67. Jahrgang / Heft 2 / April 2019 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Florian Greiner
Die Kirchen und das Lebensende in der Bundesrepublik Deutschland

Benjamin Ziemann
Martin Niemöller als völkisch-nationaler Studentenpolitiker in Münster 1919 bis 1923

Marcus Klein
Walther Rauff und die chilenische Militärdiktatur unter Augusto Pinochet

Mathias Häußler
Ein britischer Sonderweg? Großbritannien und die europäische Integration

Jürgen Brautmeier
Wie Albert Speer dem Galgen entging
(Dokumentation)

Ein neues Forschungsprojekt
Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit

DE GRUYTER OLDENBOURG

Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

2
19

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von

Helmut Altrichter
Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Elke Seefried, Petra Weber
Chefredakteur: Jürgen Zarusky
Stellvertreter: Thomas Schlemmer
VfZ-Online: Barbara Schäffler
Lektorat und Büro: Mirella Kraska

67. Jahrgang Heft 2 April 2019

De Gruyter Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Homepage

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/

Offenes Heftarchiv

Alle Ausgaben und Beiträge seit 1953 im Free Access, aktuell bis einschließlich 2013.
www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv

Impressum

© 2019 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Offenlegung der Inhaber und Beteiligungsverhältnisse gem. § 7a Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2 Ziff. 3 des Berliner Pressegesetzes: Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Elsbeth, Pensionärin, Rosengarten-Alvesen; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maike, Wien (Österreich); Cram, Jens, Mannheim; Cram, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan/Michoacan (Mexiko); Cram, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Berit, Hamm; Cram-Gomez, Susana, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexico); Cram-Heydrich, Kurt, Angestellter, Mexico DF (Mexico); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunternehmer, Ingolstadt; Gomez Cram, Arturo Walter, Global Key Account Manager, Bonn, Gomez Cram, Ingrid Arlene, Studentin, Mexico, DF (Mexiko), Gomez Cram, Robert, Student, Philadelphia, PA, USA, Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Mannheim; Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld; Tran, Renate, Mediatorin, Zürich (Schweiz).

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Anzeigenverwaltung: Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264,
E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Bezugsbedingungen
Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 17,–/Ausland: € 34,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (zwei Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: aprinta druck GmbH, Senefelderstr. 3-11, 86650 Wemding
Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim.

Inhalt

Florian Greiner
Säkulares Sterben? . . . . . 181 Aufsätze
Die Kirchen und das Lebensende in der Bundesrepublik Deutschland

Benjamin Ziemann
Martin Niemöller als völkisch-nationaler Studentenpolitiker in Münster 1919 bis 1923 209

Marcus Klein
Walther Rauff und die chilenische Militärdiktatur unter Augusto Pinochet 235
Eine transnationale Spurensuche nach einem beharrlichen Gerücht

Mathias Häußler
Ein britischer Sonderweg? 263
Ein Forschungsbericht zur Rolle Großbritanniens bei der europäischen Integration seit 1945

Jürgen Brautmeier
Wie Albert Speer dem Galgen entging . . . . . 289 Dokumentation
Zur Genesis der Überlebensstrategie des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion im Mai 1945

Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit . . . . . 307 Notiz
Ein Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung

Aus gegebenem Anlass **321** Aus der Redaktion
Hermann Gramls Erinnerungen an die Anfänge des Instituts für Zeitgeschichte

Neu im VfZ-Forum: Diskussionsbeitrag von Heinz Kluss zu Heiner Möllers' Aufsatz über die „Kießling-Affäre" sowie die Replik des Autors **329** VfZ-Online

331 Rezensionen online

337 Abstracts

339 Autoren

341 Hinweise

Der Tod als unausweichliches Ende des menschlichen Lebens ist eine anthropologische Konstante, aber der gesellschaftliche Umgang mit dem Sterben unterliegt historischen Wandlungsprozessen. Obwohl Philippe Ariès das mit seiner großen Studie zur „Geschichte des Todes" schon 1977 gezeigt hat, nähert sich die Zeitgeschichtsforschung dem Thema erst in jüngerer Zeit. Florian Greiner untersucht, wie sich der Diskurs über Tod und Sterben in Westdeutschland nach 1945, vor allem aber seit den 1970er Jahren geändert hat. Dass die Kirchen dabei eine zentrale Rolle spielen, vor allem seit sie nach anfänglicher Skepsis begonnen haben, die Ideen und Initiativen der Hospizbewegung aufzunehmen, stellt verbreitete Annahmen über die fortschreitende Säkularisierung moderner Gesellschaften in Frage.

Florian Greiner

Säkulares Sterben?

Die Kirchen und das Lebensende in der Bundesrepublik Deutschland

I. Einleitung

Das menschliche Lebensende entwickelte sich seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem bedeutsamen Gegenstand gesellschaftlicher Debatten. Während die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch in Deutschland, erfahrungsgeschichtlich vor allem durch den „tragischen Tod" in Form des gewaltsamen Massensterbens durch Krieg und Genozid geprägt war, wurden nach 1945 der Wunsch nach Normalität und der „natürliche Tod" zum bestimmenden Merkmal des Endes des Lebens.[1] Tatsächlich wandelten sich in jenen Jahren nicht nur die Todesbilder, sondern auch die Sterbeverläufe markant. Das Lebensende wurde zunehmend mit fortgeschrittenem Alter, schwerer, oft chronischer Krankheit und dem langsamen Sterben unter ärztlicher Begleitung assoziiert. Neben dem demografischen Wandel, hinter dem verbesserte Lebensbedingungen in den Bereichen Ernährung, Hygiene und Arbeitsschutz sowie natürlich das Ausbleiben von Kriegen standen, war für diese Entwicklung vor allem der medizinische Fortschritt verantwortlich. Dies hatte zur Folge, dass sich in den letzten 100 Jahren in den Industriegesellschaften sowohl der Todeszeitpunkt nach hinten verschob als auch die Art und

[1] Vgl. Richard Bessel/Dirk Schumann, Introduction. Violence, Normality, and the Construction of Postwar Europe, in: Richard Bessel/Dirk Schumann (Hrsg.), Life after Death. Approaches to a Cultural and Social History during the 1940s and 1950s, Washington 2003, S. 1–13, hier S. 1. Zur historischen Entwicklung von Tod und Sterben vgl. allgemein die Überblicksdarstellungen von Norbert Fischer, Geschichte des Todes in der Neuzeit, Erfurt 2001, und Reiner Sörries, Vom guten Tod. Die aktuelle Debatte und ihre kulturgeschichtlichen Hintergründe, Kevelaer 2015.

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0011

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Weise veränderte, wie Menschen starben.[2] Ein Blick auf die häufigsten Todesursachen zeigt dies eindringlich: Waren um 1900 noch eine Vielzahl an Infektionserkrankungen wie Grippe, Tuberkulose oder Gastritis mit zumeist eher schnellem Verlauf sowie Unfälle und die hohe Kinder- und Müttersterblichkeit hauptverantwortlich für das Ende des Lebens, starb knapp 100 Jahre später mehr als die Hälfte aller Menschen an Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie an Krebs und damit an chronischen Leiden.[3] Infolgedessen verlängerte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts nicht nur die menschliche Lebenszeit, sondern auch und gerade der letzte Lebensabschnitt, die Phase des Sterbens.

Zu sterben dauert im Schnitt nicht nur viel länger als früher, es ist auch viel teurer geworden, vor allem infolge von kostenintensiven, lebensverlängernden Maßnahmen insbesondere im Bereich der Intensivmedizin. Gesundheitsökonomen beschäftigen sich bereits seit Längerem mit der „Sterbekostenthese", wonach nicht das immer weiter steigende Lebensalter der Bevölkerung an sich, sondern das Sterben und speziell die letzten Lebenswochen in Zeiten der modernen Medizin zu den höchsten Behandlungskosten führten und für die Explosion der Gesundheitsausgaben verantwortlich seien.[4] Damit zusammenhängend wandelten sich auch die Orte des Sterbens: Immer seltener endete das Leben in den heimischen vier Wänden, und immer häufiger verbrachten Menschen ihre letzten Wochen und Monate im Krankenhaus oder Altenheim.[5] Mit dieser Entwicklung ging ein ab den frühen 1960er Jahren entstehendes neues Problembewusstsein für soziale Not am Lebensende einher. In die Kritik geriet vor allem das „unwürdige" Sterben im Krankenhaus sowie in Pflege- und Altenheimen.[6] Auf diese Weise gewann das Sterben radikal an Bedeutung. So traten zunehmend mehr Akteure auf das Parkett, die sich aus jeweils unterschiedlichen Gründen und mit verschiedenen Interessen dem Lebensende als Gegenstand zuwandten: Pharmaindustrie, Gesundheitspolitik, ärztliches Fachpersonal, Forschende der

[2] Vgl. Norbert Elias, Über die Einsamkeit der Sterbenden in unseren Tagen, Frankfurt a. M. 1982, S. 15–17.

[3] Vgl. Charles A. Corr, Death in modern society, in: Derek Doyle/Geoffrey W. C. Hanks/Neil MacDonald (Hrsg.), Oxford Textbook of Palliative Medicine, New York ²1998, S. 31–40, hier S. 33. So war das Verhältnis von Todesfällen infolge chronischer bzw. infolge akuter Krankheiten um 1900 noch ausgewogen, bereits im Jahr 1955 überwog dann jedoch der Anteil chronischer Erkrankungen mit 81,4 Prozent gegenüber 9,8 Prozent akuter Todesfälle deutlich; vgl. Johann-Christoph Student/Annedore Napiwotzky, Palliative Care. Wahrnehmen – verstehen – schützen, Stuttgart ²2011, S. 199.

[4] Vgl. François Höpflinger, Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in bevölkerungssoziologische Ansätze und demographische Prozesse, Weinheim ²2012, hier S. 227, und Manuela Nöthen, Hohe Kosten im Gesundheitswesen. Eine Frage des Alters?, in: Wirtschaft und Statistik 11 (2011), S. 665–675.

[5] Vgl. Student/Napiwotzky, Palliative Care, S. 199 f.

[6] Vgl. die zeitgenössischen Diskussionsbeiträge der Akademietagung vom 2. bis 4.6.1972: Das perfekte Sterben. Vom Umgang mit Sterbenden und ihren Angehörigen im Krankenhaus, Hofgeismar 1972; Der Spiegel vom 27.6.1977: „Die neue Weise vom Tod des Jedermann", und Rudolf Kautzky (Hrsg.), Sterben im Krankenhaus. Aufzeichnungen über einen Tod, Freiburg im Breisgau 1980.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sozialwissenschaften, Medien, neue zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Hospiz- und Sterbehilfebewegung, aber auch die Kirchen.

In der thanatologischen Forschung werden religiöser Wandel und der Rückgang der Bedeutung christlicher Traditionen in aller Regel als integraler Bestandteil einer „Technisierung des Todes" im 20. Jahrhundert beschrieben.[7] So habe die fortschreitende Säkularisierung den gesellschaftlichen Umgang mit Sterbenden und Toten verändert, da die Kirchen als traditionelle Träger von Übergangsriten und Sterbebegleitung an Bedeutung verloren hätten.[8] Diese Lesart ist oftmals Teil eines gesellschaftskritischen Narrativs, nach dem Menschlichkeit und Nähe zugunsten eines pragmatisch-anonymen und „medikalisierten" Umgangs mit dem Tod abhandengekommen seien – mit nachteiligen Folgen für Sterbende wie Trauernde gleichermaßen.[9] Eine solche Verlustgeschichte liegt letztlich bereits der klassischen Gesamtdarstellung zur „Geschichte des Todes" von Philippe Ariès zugrunde. Ariès führt die von ihm ausgemachte Tabuisierung des Themas in der Moderne unter anderem auf den Verlust der Vorstellung vom Leben nach dem Tode sowie den Bedeutungsrückgang der Kirchen zurück, die in früheren Epochen dafür gesorgt hätten, dass das – seit Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Gesellschaft ausgeklammerte und von den Menschen verdrängte – Sterben „stets etwas Soziales und Öffentliches" gewesen sei.[10]

Dieser Aufsatz überprüft diese thanatologische Meistererzählung. Bisherige historisch ansetzende Untersuchungen zum Sterben in der Zeit nach 1945 stammen in der Regel aus der Feder von Soziologen oder Ethnologen, die die Säkularisierung, eher abstrakt, als gesellschaftlichen Großprozess voraussetzten.[11] Obschon die Thanatologie seit jeher eine stark interdisziplinär geprägte Wissenschaft ist, sind zeithistorische Zugänge bislang selten.[12] Umgekehrt hat sich auch die sich sukzessive für religionshistorische Perspektiven öffnende Zeitgeschichte, die in den letzten Jahren verstärkt die Bedeutung von Religion und Glauben themati-

[7] Vgl. Norbert Fischer, Zur Geschichte der Trauerkultur in der Neuzeit. Kulturhistorische Skizzen zur Individualisierung, Säkularisierung und Technisierung des Totengedenkens, in: Markwart Herzog (Hrsg.), Totengedenken und Trauerkultur. Geschichte und Zukunft des Umgangs mit Verstorbenen, Stuttgart 2001, S. 41–57.

[8] Vgl. Tony Walter, The Revival of Death, London 1994, S. 9–25, sowie für den Bereich der Sepulkralkultur Fischer, Trauerkultur, in: Herzog (Hrsg.), Totengedenken und Trauerkultur.

[9] Vgl. Frank Schiefer, Die vielen Tode. Individualisierung und Privatisierung im Kontext von Sterben, Tod und Trauer in der Moderne, Münster 2007, S. 80–91, und für die ältere thanatosoziologische Forschung Lyn H. Lofland, The Craft of Dying. The Modern Face of Death, Beverly Hills 1978, S. 17–35.

[10] Philippe Ariès, Geschichte des Todes, München [11]2005, S. 716. Die Erstausgabe erschien 1977 unter dem Titel „L'homme devant la mort".

[11] Vgl. Walter, Revival; Schiefer, Tode; Lofland, Dying, sowie für die Sepulkralkultur in der DDR Jane Redlin, Säkulare Totenrituale. Totenehrung, Staatsbegräbnis und private Bestattung in der DDR, München 2009.

[12] Für jüngere wissenschaftliche Forschungsperspektiven vgl. Moritz Buchner/Anna-Maria Götz (Hrsg.), Transmortale. Sterben, Tod und Trauer in der neueren Forschung, Köln 2016. Deutlich wird hier nicht zuletzt, dass sich die Forschung stark auf Fragen der Sepulkral- und Trauerkultur konzentriert, das Sterben jedoch kaum berücksichtigt.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

siert, bislang noch nicht dem Sterben gewidmet.[13] Konkret wird im Folgenden nach den Ideen und Aktivitäten der christlichen Kirchen im Bereich der Sterbebegleitung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gefragt. Wie reagierten kirchliche Hilfsorganisationen auf die oben skizzierten, gewandelten Rahmenbedingungen rund um das Sterben und die damit einhergehenden neuen Problemstellungen? Wie positionierten sich christliche Akteure öffentlich? Und wie entwickelte sich das Verhältnis zu anderen wirkmächtigen zivilgesellschaftlichen Konzepten, insbesondere zur Sterbehilfe- und Hospizidee? Dabei wird die These vertreten, dass sich kirchliche Akteure nach 1945 neu ausrichteten und die gesellschaftlichen Probleme rund um das Lebensende eher als Chance denn als Bedrohung begriffen. Waren die Kirchen – wenigstens in der Selbstwahrnehmung – in vielen anderen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung zunehmend in die Defensive gedrängt, so avancierte das Lebensende zu einem Anker, mit dem sich offensiv die Bedeutung der Religion in der Moderne vertreten ließ.

II. Die Konzeption einer modernen christlichen Sterbebegleitung in Caritas und Diakonie

Im Unterschied zu vielen anderen Akteuren, die sich nach 1945 zunehmend mit dem Sterben beschäftigten, war dieses Thema für die Kirchen gewissermaßen eine Wiederentdeckung. Bereits im Spätmittelalter versuchte die katholische Kirche bekanntermaßen, mittels christlicher Erbauungsschriften, der Literaturgattung der *Ars moriendi*, die Gläubigen auf einen „guten Tod" vorzubereiten. Die „Kunst zu sterben" bestand damals vor allem darin, einen unvorbereiteten Tod zu vermeiden und sich rechtzeitig um das eigene Seelenheil zu bemühen.[14] Im 19. Jahrhundert war es zunehmend die sich professionalisierende Ärzteschaft, die den Geistlichen ihren Platz am Sterbebett und damit zugleich die Deutungskompetenz rund um alle Fragen des Todes streitig machte, welche sie jahrhundertelang unangefochten für sich reklamieren konnten.[15]

Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen sich beide Kirchen, deren Selbstverortung sich zunächst in einem Spannungsfeld zwischen großen Hoffnungen auf eine Rechristianisierung sowie den augenfälligen Folgen der Erosion religiöser Bindungen und Normen bewegte,[16] zunehmend mit der Frage zu befassen, wie eine christliche Sterbebegleitung in der Moderne aussehen könnte. Dies lässt sich gut am Beispiel der Tätigkeit der katholischen Caritas und der evangelischen Dia-

[13] Vgl. Klaus Große Kracht, Religionsgeschichte, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 26.4.2018; www.docupedia.de/zg/Grosse_Kracht_religionsgeschichte_v1_de_2018 [8.11.2018], und die Überblicksstudie von Thomas Großbölting, Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013. Großbölting thematisierte darin zwar gelegentlich en passant Fragen rund um das Lebensende, insbesondere die Angst vor dem Tod, kam aber nicht auf Sterben, Sterbebegleitung oder Sterbehilfe zu sprechen.

[14] Vgl. Arthur Erwin Imhof, Ars moriendi. Die Kunst des Sterbens einst und heute, Wien 1991.

[15] Vgl. Karen Nolte, Todkrank. Sterbebegleitung im 19. Jahrhundert – Medizin, Krankenpflege und Religion, Göttingen 2016.

[16] Vgl. Großbölting, Himmel, S. 22–34.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

konie in diesem Bereich illustrieren, denen als führende Verbände der freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik eine zentrale Rolle innerhalb des westdeutschen Wohlfahrtsstaats zufiel. In den beiden Hilfsorganisationen kam die Frage einer christlichen Sterbebegleitung denn auch vor allem im Kontext der Altenhilfe, Krankenpflege sowie Krankenhausseelsorge auf. Caritas wie Diakonie reagierten dabei beide auf einen aus der Praxis heraus empfundenen Mangel. So diagnostizierte Robert Svoboda, der Geschäftsführer der Freien Vereinigung für Seelsorgehilfe, 1963 eine „Not des Sterbens" und einen gravierenden Mangel an Ordensschwestern in der Gemeindepflege. Um den Sterbebeistand in der Krankenhausseelsorge und Krankenpflege wieder besser zur Geltung zu bringen, der „ein geistiges Werk der Barmherzigkeit" darstelle, erfolgte sogar ein Appell an „rüstige Witwen, die zuvor selber ihren Gatten gepflegt haben, mit ihren Erfahrungen sich zu unserm Dienst an den Siechen zur Verfügung zu stellen".[17]

Tatsächlich war es gerade Svoboda, eine führende Figur bei der Neuausrichtung der Organisation nach dem Zweiten Weltkrieg, der innerhalb der Caritas früh die Bedeutung des Sterbens thematisierte.[18] In einem internen Schreiben aus dem Jahr 1957 kritisierte Svoboda, man sage „gerade der katholischen Krankenseelsorge nach, daß sie am Sterbebett rücksichtslos, ohne Takt und Feingefühl, vorginge und die Sakramente geradezu aufdränge, nur um zu einem ‚Erfolg' zu kommen". Infolgedessen würde die Pfarrseelsorge vor allem in größeren Städten kaum noch zu Sterbenden gerufen. Dies sei ärgerlich, da „manche Christen auf eine Gelegenheit warteten, dies oder jenes wieder in Ordnung zu bringen, und diese Gelegenheit erst im Krankenhaus ins Leben tritt".[19] Einige Jahre später ergänzte Svoboda in einem Artikel, dass im Angesicht von Pseudonymität und Unwahrheit (also dem Verleugnen des nahenden Todes, etwa in Form des Verschweigens der Diagnose) am Sterbebett sowie dem Fehlen religiöser Bindungen in der Moderne, viele Sterbende ein großes Bedürfnis nach christlicher Hilfe hätten. Allerdings sei Sterbebeistand verlernt und nicht an den „heutigen Stil des Sterbens" angepasst worden. Der moderne Mensch verkläre sein Sterben nicht mehr so romantisch wie die Bürger der Neuzeit, sondern sei geneigt, „nach dem grauenhaften Massensterben in Krieg und KZ [...] in die kollektive Anonymität einzutauchen".[20] Svoboda forderte die katholischen Seelsorger daher auf, am Sterbebett sensibel vorzugehen und sparte auch nicht mit Details: Sterbebegleiter sollten „keinen üblen Mund-, Schweiß- oder Tabak-Geruch [...] verbreiten – sie werden den hilflos Daliegenden überhaupt nicht ins Gesicht hineinreden –, beim Sprechen sollte man achten auf angenehme Tonlage, angemessene Lautstärke,

[17] Robert Svoboda, Denen „niemand mehr helfen kann", in: Oberrheinisches Pastoralblatt 64 (1963), S. 209–213, hier S. 212 f.

[18] Zur Biografie Svobodas vgl. Hubert Kolling, Robert Svoboda, in: Ders. (Hrsg.), Who was who in Nursing History. Biographisches Lexikon zur Pflegegeschichte, Bd. 5, München 2011, S. 277–280; www.pflege-wissenschaft.info/104-datenbanken/who-was-who-in-nursing-history/11234-svoboda-robert [28.11.2018].

[19] Archiv des Deutschen Caritasverbands, Freiburg im Breisgau (künftig: ADCV), Signatur 259.4, Fasz. 01.

[20] Ebenda.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kurze und einfache Sätze";[21] Sterbebegleitung also für eine angesichts der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs der Allgegenwart des Sterbens überdrüssige, aber de facto weiterhin hilfsbedürftige moderne Gesellschaft. Die wichtigste Aufgabe sei es, so Svoboda, Leidenstrost zu spenden, da dieser nur auf der Grundlage echten Glaubens möglich sei.

In den 1970er Jahren intensivierte sich in der Caritas auch die praktische Arbeit im Bereich der Sterbebegleitung, wobei wiederum die Krankenhausseelsorge voranging. So widmete die Arbeitsgemeinschaft katholischer Krankenhausseelsorger ihre beiden Jahrestagungen 1972 in Essen-Heidhausen und in Freising dem Thema „Sterben und Beistand bei Sterbenden". Dieses sei, wie der Vorsitzende Anton Székely vorab in einem Rundbrief an seine „Mitbrüder im Krankendienst" betonte, „[s]cheinbar ein Modethema, [...] aber überaus aktuell, nämlich für den kranken Menschen, [...] der seine Hoffnung auf die moderne Medizin alleine setzt".[22] Er verwies damit auf die Grundfrage der Veranstaltungen sowie auch der Debatten um die Neujustierung der christlichen Sterbebegleitung allgemein, nämlich auf die der Positionierung gegenüber der Medizin sowie deren Mängeln im Umgang mit Sterbenden. Durchaus in Einklang damit verkündete ein Heidelberger Arzt denn auch in einem Vortrag auf der Essener Konferenz, dass Geistliche traditionell viel eher mit Tod und Sterben vertraut und befasst seien als Ärzte, aber die gesellschaftliche Entmythologisierung, in der „die alten christlichen Metaphern nicht mehr recht greifen wollen", bei vielen zu neuen Hemmungen geführt hätten: „Es scheint mir, daß gerade die kirchliche Seelsorge in großer Unruhe und Bewegung begriffen ist [...] und nach neuen Handlungsmöglichkeiten und Handlungsvorbildern Ausschau hält." Jenen Unsicherheiten gelte es entgegenzuwirken: „Eine Möglichkeit dazu könnte eine neue Seelsorge im Krankenhaus sein, die psychologisch kundiger als ehemals gelernt hat, hinzuhören auf das, was den Sterbenden in seinen mitmenschlichen, in seinen weltlichen Gefühlen bewegt."[23] 1974 fand das Thema Sterbebeistand auch Aufnahme in den Stundenplan der von der Caritas veranstalteten Einführungskurse für Krankenhausseelsorger. Das Bistumsblatt für das Ruhrgebiet behandelte in einem Artikel unter dem Titel „Frischer Wind in der Krankenhausseelsorge" eben diese Neuerung und hob die Bedeutung christlicher Sterbebegleitung im Krankenhaus in der Moderne hervor. Faktisch vereinsame der Patient rasch, wenn er „mit der Sinnfrage allein gelassen ist. Unversehens bricht in ihm auf, was er – oft ein Leben lang – mit Arbeit, Vergnügen und Hetze rund um die Uhr zu übertönen suchte."[24] Das Sterben, oder genauer die Problematik des ungenügenden Umgangs mit dem Sterben, erschien dieser Lesart zufolge als eine Art moderne Zivilisationskrankheit, die vorrangig mit religiösen Mitteln bekämpft werden konnte: Eine

[21] Ebenda.

[22] ADCV, Signatur 259.4, Fasz. 06, Reiter 1972, Brief vom 12.3.1972.

[23] ADCV, Signatur 259.4, Fasz. 06, Reiter 1972, Vortragsmanuskript „Wie erleben Patienten ihr Sterben?" von Oberarzt Dr. med. Böker.

[24] RuhrWort vom 4.5.1974: „Frischer Wind in der Krankenhausseelsorge" (J. Hosse); auch in: ADCV, Signatur 259.4, Fasz. 06, Reiter 1974.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

grundsätzliche Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung und den Versäumnissen der Medizin, insbesondere bei der seelisch-emotionalen Versorgung von schwer kranken Patienten im Krankenhaus, sowie eine Selbstkritik mit Blick auf den Zustand christlicher Sterbebegleitung gingen hier Hand in Hand.

Ganz ähnlich verlief die Debatte auch in der Diakonie, wo eine intensivere Beschäftigung mit dem Sterben allerdings erst etwas später einsetzte. Gerade der für Altenarbeit zuständige Fachverband, der Deutsche Evangelische Verband für Altenhilfe (DEVA), hielt sich lange zurück und präferierte andere Themen, vor allem das „aktive Altern" mit entsprechender Freizeitgestaltung, Gesundheit und Wohnsituation. Erst in den 1970er Jahren entdeckten die protestantischen Sozialexperten das Thema Sterben. Auf der Bundestagung 1975 beklagte ein Tübinger Dekan den Verlust der *Ars moriendi* in den letzten 100 Jahren. Aufgabe der Diakonie müsse es sein, den Menschen zu einer neuen Sterbekunst und einem unbefangeneren Verhältnis zum Tod zu verhelfen.[25] Immer lauter wurde beklagt, dass der „eigentliche pastorale Dienst" vor allem bei „Sterbenden und hoffnungslos Erkrankten" zu kurz komme oder ganz verschwunden sei. Deren Betreuung bleibe häufig Sozialarbeitern überlassen, die wiederum klagten, dass viele Krankenhausseelsorger „Angst hätten vor den Anforderungen der seelsorgerlichen Begegnung mit Sterbenden".[26]

Als Reaktion auf derartige Klagen rückte das Thema Sterbebegleitung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stärker ins Zentrum des diakonischen Interesses. So gründete sich im Rahmen des von 1976 bis 1978 laufenden Schwerpunktprogramms „Hilfe für das Alter" eine Projektgruppe mit dem Titel „Recht auf Leben – Recht auf Sterben". Diese befasste sich keinesfalls ausschließlich, wie der Name suggeriert, mit dem Problem der Sterbehilfe, sondern widmete sich der Suche nach den Hintergründen und Gegenmaßnahmen für die vermeintliche Verbannung des Sterbens in einen nicht öffentlichen Bereich. In einem Ende 1977 vorgelegten Arbeitsbericht wurde als Antwort auf den Verlust christlicher Werte im modernen, rationalisierten Medizinbetrieb gefordert, die Sterbenden mit biblischen Worten, Gebeten und der Barmherzigkeit Gottes zu umsorgen: „Das Gespräch mit Sterbenden und der Dienst an ihnen mag uns Angst machen; aber wir sollten nicht davor zurückschrecken; denn wir sehen hinter der Dunkelheit des Todes das Licht des ewigen Lebens."[27] Zugleich wurde die Aufnahme des Themas Sterben in die Aus- und Fortbildungslehrpläne der Altenhilfe und Altenpflege empfohlen, dazu die Gründung von Selbsterfahrungsgruppen für Mitarbeiter, die

[25] Archiv des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin (künftig: ADW), Signatur DEVA 225, „Leben und Tod: Schicksal und Aufgabe" im Vorbereitungsheft der Tagung, S. 61–71.

[26] ADW, Signatur HGSt 2777, Brief von Mechthild König, Vorsitzende Hauptabteilung III, Sozial- und Jugendhilfe, an Klaus Rassmann, Pfarrer am Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart und Vorsitzender der Konferenz für evangelische Krankenhausseelsorge, 2.3.1977.

[27] ADW, Signatur DEVA 335, Manfred Seitz, Der alte Mensch und sein Tod, Arbeitsergebnis der Projektgruppe 9 (innerhalb des 3. Schwerpunktprogramms des Diakonischen Werks der EKD: „Hilfe für das Alter"), „Recht auf Leben – Recht auf Sterben", S. 3–9, hier S. 9.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sonst kaum die Möglichkeit hätten, die sich aus der Konfrontation mit Sterbenden ergebenden „persönlichen und beruflichen Probleme aufzuarbeiten".[28]

Bis Ende der 1970er Jahre war das Sterben in Caritas wie Diakonie zu einem der zentralen gesellschaftlichen Zukunftsthemen geworden. Dabei ging es aber keineswegs nur um das Lebensende und den möglichst „würdigen" Tod. Im Kern berührte die Frage nach dem „guten Sterben" die Rolle der christlichen Kirchen in einer sich zunehmend säkular verstehenden Gesellschaft. Gab es hier womöglich ein Sinnvakuum der Moderne, das nur durch die Kirchen gefüllt werden könne? Wo also war der Platz der beiden Kirchen – einer Institution der Sinngebung, die sich zunehmend schwerer tat, ihre alten Milieus an sich zu binden. Als eine direkte Bedrohung musste in diesem Zusammenhang die in jenen Jahren öffentlich immer mehr Aufmerksamkeit und Zustimmung erhaltende Idee einer (aktiven) Sterbehilfe erscheinen. Obschon diese infolge der NS-Verbrechen nach 1945 zunächst dauerhaft diskreditiert schien,[29] entwickelte sich in der ganzen westlichen Welt im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts eine lebhafte Auseinandersetzung rund um das Thema, die in eine „liberale Phase" der Sterbehilfe mündete.[30] Deren Hintergrund lag vor allem in einer zunehmend kritischen Wahrnehmung der Möglichkeiten der modernen Intensivmedizin zur künstlichen Verlängerung menschlichen Lebens im Endzustand und verwies damit auf neue ethische Problemlagen, die häufig simplifizierend unter Schlagworten wie „Warum darf ich nicht sterben?" firmierten.[31] In den Niederlanden veranstalteten etwa Anfang 1972 infolge einer Fernsehsendung, in der Patienten, Angehörige, Ärzte, Pflegepersonal, Juristen und Theologen über Sterbehilfe debattierten, der protestantische und der katholische Krankenpflege-Verband einen Kongress in Utrecht, der wegen des großen Zulaufs sogar zweimal wiederholt werden musste.[32] Denn für viele religiöse Akteure war die wachsende öffentliche Zustimmung zur Sterbehilfe nicht nur Ausdruck einer „gottlosen" Zeit, sondern auch eine direkte Folge des defizitären Zustands christlicher Sterbebegleitung. In diese Richtung argumentierte auch eine Krankenhausseelsorgerin auf einer Ende der 1980er Jahre veranstalteten Tagung des Evangelischen Bildungswerks Berlin gegen Legalisierungsbestrebungen im Bereich der Sterbehilfe, die anhand eines Falls aus der

[28] Ebenda.

[29] Ausführlich zu den nationalsozialistischen Krankenmorden und zur „Aktion T4" vgl. Gerrit Hohendorf, Der Tod als Erlösung vom Leiden. Geschichte und Ethik der Sterbehilfe seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2013, S. 72–131.

[30] Ludger Fittkau/Petra Gehring, Zur Geschichte der Sterbehilfe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2008, S. 25–31, hier S. 29. Als Überblick über die Debatten um Sterbehilfe in der Bundesrepublik vgl. Jeantine E. Lunshof/Alfred Simon, Die Diskussion um Sterbehilfe und Euthanasie in Deutschland von 1945 bis in die Gegenwart, in: Andreas Frewer/Clemens Eickhoff (Hrsg.), „Euthanasie" und die aktuelle Sterbehilfe-Debatte. Die historischen Hintergründe medizinischer Ethik, Frankfurt a. M. 2000, S. 237–249.

[31] Vgl. Peter Grubbe, „Warum darf ich nicht sterben?" Das Recht auf den eigenen Tod. Die Sterbehilfe-Bewegung, München 1986.

[32] Vgl. Henk Mochel, Milder Tod. Euthanasie. Aufzeichnungen nach einer Fernsehsendung, München 1973, S. 12.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Praxis nachzuweisen suchte, dass die „Bitte um Sterbehilfe [...] in den meisten Fällen ein Ruf nach effektiverem Beistand" sei.[33]

Noch ungleich früher und schärfer bezog die katholische Kirche Position gegen Sterbehilfe und Versuche, die bestehenden Gesetze wie in den Niederlanden zu lockern. Nachdem sich die Arbeitsgemeinschaft katholischer Krankenhausseelsorger auf ihren Jahrestagungen 1974 unter dem Titel „Lebensverlängerung um jeden Preis? Das Problem der Euthanasie in medizinischer und theologischer Sicht" noch vergleichsweise neutral mit der Frage nach Sterbehilfe befasst hatte und etwa den als Sterbehilfe-Befürworter bekannten Arzt Lothar Witzel einen Vortrag halten ließ,[34] erteilte die Deutsche Bischofskonferenz der Idee bereits kurz darauf eine klare Absage. Ein Hirtenbrief vom 1. Juni 1975 diskutierte das Thema nicht zufällig unter dem im deutschen Sprachgebrauch stark negativ konnotierten Begriff der Euthanasie, wobei ein Zusammenhang zwischen den aktuellen Sterbehilfedebatten und den nationalsozialistischen Morden nicht nur semantisch, sondern auch inhaltlich hergestellt wurde. Folgerichtig gelangte der Hirtenbrief zu einem klaren Urteil: „Für den Christen [...] muß menschliches Leben, in welchem Stadium auch immer es sich befindet, unverfügbar und unantastbar sein."[35] Zwar könne der Anspruch jedes Einzelnen auf ein „menschenwürdiges Sterben" unter bestimmten Bedingungen bedeuten, dass auf medizinische Maßnahmen wie etwa weitere Operationen verzichtet werde, aber selbst auf das stark in die Kritik geratene, „beliebig lange" Anschließen von Menschen an eine Herz-Lungen-Maschine dürfe aus christlicher Sicht nicht verzichtet werden; es sei vielmehr „Aufgabe des Sozialstaates, dafür zu sorgen, daß auch kostspielige Apparaturen und aufwendige Medikamente für alle, die ihrer bedürfen, zur Verfügung stehen".[36] Darauf aufbauend schlug ein weiterer Hirtenbrief im Jahr 1978 sogar eine alternative Definition des Begriffs Sterbehilfe im Sinne einer Hilfe im Sterben vor, bei der es ganz in der Tradition christlicher Sterbebegleitung um medizinisch-pflegerische, aber auch „geistig-seelische Hilfe" für Sterbende ging.[37] Zugleich müssten Sterbende lernen, sich auch ohne Hoffnung auf Heilung an Gott festzuhalten. Gegen die Ohnmacht am Sterbebett könnten Gebete helfen, aber auch Sakramente, vor allem die Krankensalbung. Da bereits Verstorbene keine

[33] Marga Rust-Riedel, Praxisbericht aus der Seelsorge, in: Begleitetes Sterben. Gegen den Versuch, Euthanasie zu legalisieren – Tagung vom 2. bis 4. Juni 1989 im Haus der Kirche, hrsg. vom Evangelischen Bildungswerk Berlin, Berlin 1989, S. 45–47, hier S. 46.

[34] ADCV, Signatur 259.4 Fasz. 06, Reiter 1974, Manuskript Vortrag Witzel. Vgl. auch einen im folgenden Jahr erschienenen „Spiegel"-Artikel, in dem Witzel offen eingestand, „in zahlreichen Fällen Euthanasie durchgeführt" zu haben: Der Spiegel vom 10.2.1975: „Sterbehilfe – der Tod als Freund".

[35] Hirtenwort des Ständigen Rats der Deutschen Bischofskonferenz am 16.12.1974, in: Die deutschen Bischöfe, Das Lebensrecht des Menschen und die Euthanasie, Bonn 1975, S. 3; www.dbk-shop.de/de/Deutsche-Bischofskonferenz/Die-deutschen-Bischoefe/Hirtenschreiben-und-Erklaerungen/Das-Lebensrecht-des-Menschen-.html [2.10.2018].

[36] Ebenda, S. 5 f.

[37] Hirtenwort, in: Die deutschen Bischöfe, Menschenwürdig sterben und christlich sterben, Bonn 1978, S.12; www.dbk-shop.de/de/Deutsche-Bischofskonferenz/Die-deutschen-Bischoefe/Hirtenschreiben-und-Erklaerungen/Menschenwuerdig-sterben-.html [2.10.2018].

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sakramente empfangen könnten, sei angesichts der unklaren Definition des Todeszeitpunkts an der „bisherigen bewährten Praxis" festzuhalten, dass „der Priester im Zweifelsfall – unter gewissenhafter Abwägung aller Umstände – dem Sterbenden die Krankensalbung spendet".[38]

III. Eine neue *Ars moriendi*? Die Kirchen und die Medien

Auch mit Blick auf die öffentliche Verbreitung der Grundsätze eines „guten Todes" übernahmen die Kirchen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zunehmend die Initiative und bemühten sich um die Propagierung der Ziele, Chancen und Bedeutung christlicher Sterbebegleitung in der Moderne. Es war bereits auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung, als 1989 Peter Neher[39] in seiner theologischen Dissertation über die *Ars moriendi*-Literatur des 15. Jahrhunderts ganz konkret eine Wiederbelebung jener *Ars moriendi* forderte. Er prüfte, in welchem Umfang deren Inhalte und Praktiken auf die gegenwärtige Problematik der Sterbebegleitung übertragen werden konnten. Neher postulierte unter anderem eine „Elementarisierung christlichen Glaubens" als Grundlage einer das Subjekt des Sterbenden fokussierenden Sterbebegleitung. Im Angesicht des Todes würden die „tragenden Wurzeln des Glaubens" freigelegt, denn am Ende sei es „Gott alleine [...], mit dessen Hilfe der Sterbende [...] die Ängste der Sterbesituation besiegen kann".[40]

Tatsächlich hatten sich christliche Autoren und Verlage bereits früh und sehr grundlegend in einen ab den späten 1970er Jahren neu entstehenden Markt eingefügt: Ratgeber zu Tod und Sterben. So überschwemmte eine ganze Fülle an Publikationen den westdeutschen Buchmarkt, deren erklärtes Ziel die Begleitung, häufiger aber die dezidierte Anleitung von Sterbenden und ihren Angehörigen war. Das Sterben geriet in den Fokus einer neuen Gruppe von öffentlichen Experten des Todes, deren Erkenntnisse sich einer großen Nachfrage erfreuten.[41] Den Startschuss zu dieser Entwicklung lieferte im Jahre 1969 das Buch „On Death and Dying" der amerikanisch-schweizerischen Psychiaterin Elisabeth Kübler-Ross, das sich mehrere Monate auf der Bestsellerliste der *New York Times* halten konnte und sich alleine im englischen Original bis 1976 über eine Million Mal verkaufte. Auch die deutsche Übersetzung des Buchs, die unter dem Titel „Interviews mit Sterbenden" nicht zufällig im katholischen Kreuz-Verlag erschien, erreichte rasch eine siebenstellige Auflage.[42] Auch andere christliche Verlage wie der Patmos-, der Matthias Grünewald- oder der Herder-Verlag sowie das auf evangelisch-theolo-

[38] Ebenda, S. 28 f.

[39] Peter Neher ist ein ehemaliger Krankenhausseelsorger und seit 2003 Präsident des Deutschen Caritasverbands.

[40] Peter Neher, Ars moriendi – Sterbebeistand durch Laien. Eine historisch-pastoraltheologische Analyse, St. Ottilien 1989, S. 345.

[41] Vgl. Florian Greiner, „Richtig sterben". Populäres Wissen zum Thema „Tod" seit den 1970er-Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 55 (2015), S. 275–296.

[42] Vgl. Elisabeth Kübler-Ross, On Death and Dying, New York 1969, und dies., Interviews mit Sterbenden, Stuttgart 1969.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gische Themen spezialisierte Verlagshaus Gerd Mohn publizierten in der Folge unzählige Sachbücher, Ratgeber und Romane zum Themenbereich Sterben, Tod und Trauern.[43]

Inhaltlich widmeten sich viele Schriften spirituellen Themen und mühten sich häufig um eine rational-wissenschaftliche Darstellung religiös konnotierter Sinnstiftungsmerkmale. Derartiges Wissen über das Sterben wurde in der Ratgeberliteratur in aller Regel vor einem gesellschafts- und medizinkritischen Hintergrund präsentiert. Der Ausgangspunkt der meisten Schriften war eine wahrgenommene Verdrängung des Sterbens in modernen Gesellschaften, infolge einer zunehmenden Professionalisierung der medizinischen Versorgung und der fortschreitenden Säkularisierung, die zu einer Anonymisierung von Todkranken beitrage. Viele Ratgeber forderten darauf aufbauend etwa eine Akzeptanz von Sterben und Trauern als integrale Bestandteile des Lebens – und leisteten so zugleich der obigen Krisendeutung weiter Vorschub. „Sterbende nicht alleine lassen" sei, wie der Theologe Heinrich Pompey verkündete, vielmehr die Grunderfahrung christlicher Sterbebegleitung.[44] Religion wurde hier letztlich als Heilmittel gegen eine als problematisch wahrgenommene gesellschaftliche Entwicklung präsentiert.

Neben praktischen Hinweisen zur Begleitung und Betreuung von Sterbenden lag der Fokus vieler Ratgeber häufig auf transzendenten Fragen hinsichtlich eines Lebens nach dem Tod.[45] Zu einer extrem wirkmächtigen Spielart hiervon avancierte spätestens Mitte der 1970er Jahre mit den Bestsellern des amerikanischen Psychiaters Raymond Moody die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Nahtod-Erfahrung.[46] Berichte von Menschen, die infolge von Komazuständen oder Unfällen[47] mutmaßlich einige Zeit im Grenzbereich zwischen Tod und Leben verbracht hatten, oder die gar nach ihrem klinischen Tod wiederbelebt werden konnten, dienten in diesem Kontext als Belege für das Vorhandensein eines Lebens nach dem Tod. Auch mit Blick auf inhaltliche Details lehnten sich diese häufig an eine christliche Bild- und Motivsprache an: Sie berichteten etwa vom

[43] Vgl. Paul Becker/Volker Eid (Hrsg.), Begleitung von Schwerkranken und Sterbenden – Praktische Erfahrungen und wissenschaftliche Reflexion, Mainz 1984; Richard Lamerton, Sterbenden Freund sein. Helfen in der letzten Lebensphase, Freiburg im Breisgau 1991; Heinrich Pera, Sterbende verstehen. Ein praktischer Leitfaden zur Sterbebegleitung, Freiburg im Breisgau 1995; Werner Schweidtmann, Sterbebegleitung. Menschliche Nähe am Krankenbett, Stuttgart 1991, und Stephan Wehowsky, Sterben wie ein Mensch, Gütersloh 1985.

[44] Vgl. Heinrich Pompey, Sterbende nicht alleine lassen. Erfahrungen christlicher Sterbebegleitung, Mainz 1996.

[45] Vgl. Leonardo Boff, Was kommt nachher? Das Leben nach dem Tode, Salzburg 1982; Siegfried Raguse (Hrsg.), Was erwartet uns nach dem Tod? 24 Darstellungen von Religionen und Konfessionen, Gütersloh 1983, und Werner Schiebeler, Wir überleben den Tod. Erfahrungsbeweise für ein Weiterleben, Freiburg im Breisgau 1983.

[46] Vgl. Raymond A. Moody, Life after Life. The Investigation of a Phenomenon – Survival of Bodily Death, Covington 1975, und ders., Reflections on Life After Life, Harrisburg 1977. Die deutschen Ausgaben erschienen 1977: „Leben nach dem Tod. Die Erforschung einer unerklärlichen Erfahrung" und 1978: „Nachgedanken über das Leben nach dem Tod".

[47] Vgl. die Darstellung des Bergsteigers Reinhold Messner über Todeserfahrungen bei Bergunglücken: Grenzbereich Todeszone, Köln 1978.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Anblick eines hellen, warmen Lichts, dem Auftauchen religiöser Figuren oder dem freien Schweben (der Seele) über dem eigenen Körper. Fast immer erschien der Tod dabei als etwas grundsätzlich Positives, die Betroffenen verkündeten, nach dem Ableben ruhig, glücklich und schmerzfrei gewesen zu sein. Die Suggestion, einen alten Glauben mit modernen, vermeintlich wissenschaftlichen Beweisen unterfüttern zu können, sowie die augenfällige Nähe zum deutlich älteren und stets populären Thema der Jenseitsvorstellungen machte das Phänomen der Nahtod-Erfahrungen wenigstens zeitweise salonfähig.[48] So widmete etwa das Magazin *Der Spiegel* 1977 Nahtod-Erfahrungen eine eigene Ausgabe, deren Titel bereits die optimistische Grundbotschaft transportierte: „Das schöne Sterben – Erlebnisse im Grenzbereich des Todes".[49]

Die Hoffnung auf ein Leben nach dem Tod stellte damit fraglos eine wichtige Schnittstelle dieser spezifischen Form der Todesratgeber zu klassisch religiösen Deutungsmustern und Sinnstiftungsstrategien dar – was erklärt, dass christliche Autoren rasch eine führende Rolle in dem Genre übernahmen. So stammten einige der zentralen Veröffentlichungen aus der Feder von Geistlichen, die sich darin um einen direkten oder indirekten Anschluss ihrer Glaubenslehre an die neueren gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatten zum Sterben bemühten. Das 1975 publizierte Buch „Sterben ist doch ganz anders. Erfahrungen mit dem eigenen Tod" des evangelischen Pastors Johann Christoph Hampe etwa entwickelte sich im Laufe der 1980er Jahre zu einem Bestseller mit zweistelliger Auflagenzahl. Hampe stellte empirisch zahlreiche Nahtod-Erfahrungen vor, die er immer wieder mit Bibelzitaten unterlegte. Er argumentierte, dass Wissen den Glauben zwar niemals ersetzen, doch „geprüfte Erfahrung unsere Urteile verändern" könne.[50] Die Menschen sollten sich daher auf die neuen wissenschaftlichen Belege für ein Leben nach dem Tod einlassen und aus diesen Sicherheit gewinnen, sowohl für das Leben als auch für den Tod: „Und darum, weil wir sterben dürfen und nicht sterben müssen, darum, weil Sterben ganz anders ist, als wir immer dachten, habe ich Hoffnung und Vertrauen für dieses mein Leben."[51]

Zeithistorisch betrachtet lässt sich also mit Blick auf christlich-religiöse Sterberatgeber feststellen, dass diese einerseits als Teil des „Psychobooms"[52] des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts zu sehen sind, in dem psychologische Beratung zu allen Fragen des Lebens – und eben auch Sterbens – eine neue Breitenwirkung entfaltete. Andererseits sind diese Ausdruck einer Art forcierten Rechristianisierung. Die ungebrochene Bedeutung der Religion im Kontext des Sterbens wurde

[48] Vgl. Gerhard Mayer, Phantome – Wunder – Sensationen. Das Übersinnliche in der Presseberichterstattung, Sandhausen 2004, S. 145–148.

[49] Vgl. Der Spiegel vom 20.6.1977: „Das schöne Sterben – Erlebnisse im Grenzbereich des Todes".

[50] Johann Christoph Hampe, Sterben ist doch ganz anders. Erfahrungen mit dem eigenen Tod, Stuttgart 1975, S. 10.

[51] Ebenda, S. 163; vgl. generell S. 160–163.

[52] Vgl. Maik Tändler, Das therapeutische Jahrzehnt. Der Psychoboom in den siebziger Jahren, Göttingen 2016, und Sabine Maasen u. a. (Hrsg.), Das beratene Selbst. Zur Genealogie der Therapeutisierung in den „langen" Siebzigern, Bielefeld 2011.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

folglich nicht nur von geistlichen Autoren herausgestellt. Die Frage, ob Sterbebegleitung pauschal eine religiöse Grundlage benötige, bejahte etwa explizit Paul Becker, Chefarzt an einer Limburger Klinik und eine der führenden Figuren der noch jungen Palliativmedizin in der Bundesrepublik, in einem vom Kreuz-Verlag in Auftrag gegebenen Begleitbeitrag zur deutschen Ausgabe einer Veröffentlichung von Elisabeth Kübler-Ross: „Ich kann dazu nur sagen, wenn ich nicht von zu Hause aus schon eine religiöse Grundhaltung erfahren hätte, dann wären es spätestens die Sterbenden gewesen, die mir zu einer solchen verholfen hätten."[53] Das Sprechen über das Lebensende wurde in diesem Sinne quasi automatisch zu einem Nachdenken über Religion – und oftmals zu einer Art öffentlichen (Re-) Affirmation der Bedeutung christlichen Glaubens in der Moderne.

Gerade im Bereich des Sterbens ließ sich durchaus eine „Wiederkehr der Götter"[54] im ganz wörtlichen Sinne feststellen, wie ein Blick auf die Meinungsumfragen zum Glauben an ein Leben nach dem Tod eindringlich illustriert. Die Langzeituntersuchungen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigen, dass in Westdeutschland Ende der 1990er Jahre eine klare Mehrheit an ein Leben nach dem Tod glaubte, die sogar größer war als bei den ersten Befragungen hierzu im Jahr 1956 – wohingegen Mitte der 1970er Jahre das Verhältnis noch umgekehrt war und die Zahl der Skeptiker überwog (vgl. Abb. 1, S. 194).[55] Eklatant ist auch der Unterschied zu Ostdeutschland, wo unmittelbar nach der Wiedervereinigung nur 13 Prozent der Befragten angaben, an ein Leben nach dem Tod zu glauben; auch hier steigt die Zahl seitdem leicht an (vgl. Abb. 2, S. 194).[56] Auch ohne diesen Zahlen zu große Bedeutung beizumessen, lässt sich festhalten, dass das Lebensende mithin eine Art natürliche Grenze für säkulare Tendenzen markierte.[57] Religiös-christliche Deutungen von Sterben und Tod erwiesen sich in Westdeutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als äußert konsistent. Dieser Umstand wurde zeitgenössisch auch von den Meinungsforschungsinstituten selbst beobachtet, die Fragen der religiösen Entwicklung aufmerksam untersuchten. So konstatierte das – ähnliche Zahlen wie die Konkurrenz aus Allensbach erhebende – Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen und Dienstleistungen (EMNID) 1984 als Trend entgegen der Zunahme kritisch-ablehnender Stimmen in Glaubensfragen: „Als Ausnahme muß die Frage

[53] Paul Becker, Sterbebeistand – Lebenshilfe, in: Elisabeth Kübler-Ross, Leben bis wir Abschied nehmen, Stuttgart 1979, S. 157–172, hier S. 171. Zur Biografie Paul Beckers vgl. die Angaben ebenda, S. 157.

[54] Vgl. Friedrich Wilhelm Graf, Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur, München 2004.

[55] Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002, Bd. 11, München 2002, S. 369.

[56] Ebenda.

[57] Zu den methodischen Herausforderungen für die Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker im Umgang mit sozialwissenschaftlichem Datenmaterial vgl. Jenny Pleinen/Lutz Raphael, Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin, in: VfZ 62 (2014), S. 173–196.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nach dem Leben nach dem Tod angesehen werden, denn davon sind über den Gesamtzeitraum betrachtet, heute mehr Menschen überzeugt als vor 16 Jahren.“[58]

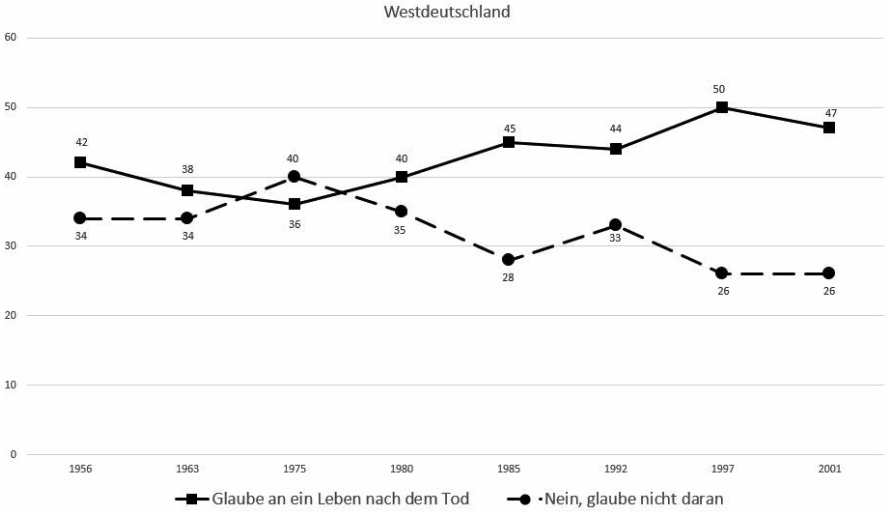


Abb. 1: Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach „Glauben an ein Leben nach dem Tod“ in Westdeutschland 1956 bis 2001 (eigene Grafik)

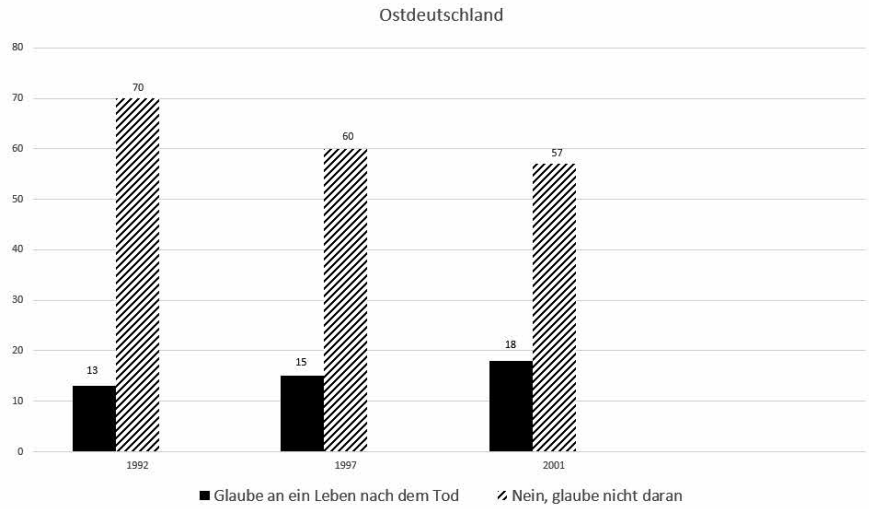


Abb. 2: Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach „Glauben an ein Leben nach dem Tod“ in Ostdeutschland 1992 bis 2001 (eigene Grafik)

[58] EMNID-Informationen 36 (1984), S. 30.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Einzelne Geistliche trieben eine Diskursivierung des Sterbens denn auch in den wichtigsten Massenmedien der Zeit voran. So war es im Bereich des Rundfunks im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in Westdeutschland zunächst vor allem der Kirchenfunk, in dem Fragen des Sterbens immer wieder thematisiert wurden. Bereits 1967 widmete sich etwa eine ausführliche Reportage in der Sendereihe „Zum Sonntag" im Westdeutschen Rundfunk (WDR) dem Thema „Denken und Tod". Beklagt wurde darin, dass die heutige Gesellschaft dem „härtesten Faktum unseres Dasein, dem Tod, am liebsten aus dem Wege" gehe.[59] Der eben erwähnte Johann Christoph Hampe produzierte 1975 ebenfalls für den WDR eine Sendung mit dem Titel „Zweimal sterben – zweimal leben. Überlegungen zum Todeserlebnis". Hampe beklagte darin, dass die Kunst früherer Generationen verloren gegangen sei, als die Menschen im Sterben, durch die Annahme des Todes, ihren Glauben besiegelt hätten: „Wir empfinden das alles heute ganz anders. Und die Kirchen und ihre Theologen selbst tun ihr Bestes, die Christen von solcher Freude am Sterben und im Sterben freizumachen."[60]

Vor dem Hintergrund dieser Problemwahrnehmung fand das Sterben auch den Weg auf die Fernsehbildschirme der Republik.[61] So drehte der Jesuit und Filmemacher Reinhold Iblacker 1971 für das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) eine Sendung über das Londoner *St. Christopher's Hospice* mit dem Titel „Noch 16 Tage", die den Auftakt für eine ganze Reihe an Fernsehbeiträgen in den 1970er und 1980er Jahren markierte. Diese an Fronleichnam zur besten Sendezeit im Vorabendprogramm ausgestrahlte Dokumentation hatte zum Ziel, dem deutschen Publikum die jüngeren Entwicklungen in Großbritannien im Bereich der Sterbebegleitung vorzustellen sowie ein Bewusstsein für das Problem eines menschenwürdigen Lebensendes in der Gegenwart zu wecken. Die Dokumentation bot eine eindeutig positive Darstellung des Alltags in dieser „Sterbeklinik", und rekurrierte dabei auch auf gesellschafts- und medizinkritische Zeitdiagnosen. Das Personal versuche den Patienten die Angst davor zu nehmen, „in der Anonymität eines Krankenhausbetriebs zu verschwinden".[62] Vielmehr bedürften Sterbende großer Aufmerksamkeit und Zärtlichkeit, auch wenn sie gar nicht mehr auf die Gesten der Zuneigung reagieren würden. Nur durch einen klaren Fokus auf den Patienten und dessen individuelle Wünsche und Sorgen könne es gelingen, „die Einsamkeit des Todes gerade in unserer Zeit zu überwinden, dem Tod etwas von sei-

[59] WDR-Archiv Köln, Akte Nr. 04723, Kirchenfunk, Sendereihe Zum Sonntag, Sendemanuskript, S. 2.

[60] WDR-Archiv Köln, Akte Nr. 04797, Kirchenfunk, Sendereihe Zum Sonntag, Sendemanuskript, S. 4.

[61] Für eine ausführlichere Diskussion der Darstellung von Tod und Sterben im Fernsehen vgl. Florian Greiner, Zwischen Warentest, Sensenmann und Respawnen. Überlegungen zur Medialität von Tod und Sterben, in: Augsburger Volkskundliche Nachrichten 23 (2017), S. 98–115, hier S. 104–109, sowie speziell für den hier nicht näher zu behandelnden Spielfilm die kommunikationswissenschaftliche Studie von Johannes Wende, Der Tod im Spielfilm. Eine exemplarische Analyse, München 2014.

[62] Noch 16 Tage. Eine Sterbeklinik in London, ZDF 1971, Min. 02:11–02:13. Der Film kann beim ZDF erworben werden: www.zdf-shop.de/kontakt.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nem Schrecken zu nehmen und dem Menschen im Sterben etwas von seiner Würde zurückzugeben".[63]

Die Reaktion der Zuschauer war klar zustimmend – laut ZDF-Wochenbericht übertraf die Sendung die Einschaltquoten der ARD-Konkurrenz bei weitem und wurde von knapp sechs Millionen Zuschauern verfolgt.[64] So verzeichnete der ZDF-Telefondienst nur positive Anrufe und resümierte: „Sehr großes Lob für die Sendung über eine Londoner Sterbeklinik."[65] Dagegen fiel das Presseecho gemischt aus: Neben der unkritischen und optimistischen Darstellung des Hospizalltags, die etwa der Wochenzeitung *Christ und Welt* unrealistisch erschien, wurde bemängelt, dass die Nahaufnahmen von Sterbenden sensationslüstern seien – nicht nur die *Stuttgarter Nachrichten* bezweifelten, dass das „Medium Fernsehen in der Form nüchterner Abbildung überhaupt [das Thema Sterben] erschließen" könne.[66] Am stärksten fiel der Widerstand im Umfeld der beiden Kirchen aus – obschon „Noch 16 Tage" letztlich eine Produktion der Redaktion Kirchenfunk war und auch im Film selbst die christlichen Wurzeln des Londoner Hospizes klar herausgestellt wurden, das gleichermaßen eine medizinische wie eine religiöse Institution sei. Székely, der neben seiner führenden Rolle in der katholischen Krankenhausseelsorge auch langjähriger Schriftleiter von *Krankendienst* war, der Zeitschrift für katholische Krankenhäuser, Sozialstationen und Rehaeinrichtungen, stellte dem Film ein vernichtendes Urteil aus:

> „Schade, daß es ihn gibt. Er ist gestellt und zudringlich. Er hat den Beigeschmack einer Kommerzialisierung des Sterbens. Humanität beim Sterbenden als Job – eine unsympathische Vorstellung. Nun ist auch das Persönliche institutionalisiert, die Verantwortung abgenommen, wir sind von einer Pflicht losgekauft. Der Sohn kann ruhig zum Fußballspiel gehen, während der Vater stirbt."[67]

Die Kritik richtete sich also auch gegen das Hospizkonzept insgesamt, das von führenden Theologen und Kirchenvertretern in den 1970er Jahren noch entschieden zurückgewiesen wurde.[68] Für die Protagonisten der frühen bundesdeutschen Hospizbewegung wie für deren geistliche Unterstützer, darunter auch Iblacker, bot dies jedoch eher einen Ansporn, die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit weiter zu intensivieren, nicht zuletzt um in kirchlichen Institutionen einen Gesin-

[63] Ebenda, Min. 27:27–27:40.

[64] ZDF Unternehmensarchiv, Bestand „Sekundäre Programmüberlieferung", Infratam-Einschaltquote, 10.6.1971.

[65] ZDF Unternehmensarchiv, Bestand „Sekundäre Programmüberlieferung", Protokoll der Telefonredaktion, 10.6.1971.

[66] ZDF Unternehmensarchiv, Bestand „Sekundäre Programmüberlieferung", Pressekritik vom 12.6. („Stuttgarter Nachrichten") bzw. vom 18.6.1971 („Christ und Welt").

[67] Anton Székely, Nein zur Sterbeklinik, in: Krankendienst 52 (1979), S. 38–41, hier S. 38. Vgl. auch Helmut R. Zielinski, Sterbeklinik – Ja oder Nein, in: Ders. (Hrsg.), Prüfsteine medizinischer Ethik, Bd. 1, Grevenbroich 1980, S. 52–86, hier S. 54.

[68] Vgl. Bernhard Rüther/Anton Székely/Franz Böckle, Zur Diskussion um die sogenannte „Sterbeklinik". Drei Theologen melden sich zu Wort, in: Krankendienst 51 (1978), S. 317–319.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nungswandel herbeizuführen, was erstaunlich rasch und grundlegend gelang. Als Iblacker, nun Professor am Institut für Kommunikationsforschung und Medienarbeit an der Jesuitenhochschule für Philosophie in München, Anfang der 1990er Jahre etwa eine primär auf die katholische Bildungsarbeit zugeschnittene, fünfteilige Dokumentation mit dem Titel „Hospiz – Sterbenden helfen" konzipierte, beteiligte sich der Verband der Diözesen Deutschlands mit 120.000 DM an den Produktionskosten.[69] Bereits 1987 hatte das Katholische Filmwerk eine Dokumentation unter dem Titel „Leben dürfen bis zum Tod" produziert, welche sich mühte, die „christlichen Ursprünge" der neuen (palliativen und hospizlichen) Formen der Sterbebegleitung herauszustellen.[70]

Insgesamt spricht vieles dafür, die hier vorgestellten Formen der medialen Verbreitung religiösen Wissens rund um das Lebensende und der Grundsätze christlicher Sterbebetreuung auch als einen Akt pastoraler Begleitung zu verstehen, in dem sich die Sinndeutungsgeber der beiden Konfessionen ihren Platz in einer als säkular empfundenen gesellschaftlichen Ordnung gleichsam zurückerkämpfen konnten – der Tod war und blieb gewissermaßen die christliche Kernkompetenz.

IV. „Sterbekliniken"? Die Kirchen und die Hospizidee

Mit der Hospizidee ist eine der markantesten Entwicklungen im Bereich des Sterbens seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts angesprochen, an der sich die Neuausrichtung der christlichen Kirchen und die sich damit verbindenden Aushandlungsprozesse illustrieren lassen. Der intensive und relativ unhinterfragte Ausbau von Hospizwesen und Palliativmedizin in der Gegenwart trübt den Blick in mancherlei Hinsicht, denn in ihrer Vorgeschichte spiegeln sich sehr unterschiedliche Problem- und Interessenlagen – die Geschichte sozialstaatlicher Expansion, die ökonomische Relevanz der Pharmaindustrie, aber auch die Bedeutung der Religion – sowie eine recht grundlegende Änderung der Position der Kirchen.

Die Grundprämisse der Hospizidee ist eine „ganzheitliche" Pflege von Sterbenden über eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Medizinern, Psychologen und Pflegern, eine Einbeziehung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in den Betreuungsprozess mit dem Hintergedanken einer „Entprofessionalisierung" des Sterbeprozesses sowie eine ausgefeilte medikamentöse Schmerztherapie.[71] Inhaltlich ist diese eng verwandt mit der sich zeitgleich in der professionalisierten Ärzteschaft ausformenden Palliativmedizin, wenngleich die beiden Konzepte in der Bundesrepublik im Unterschied zu anderen Ländern institutionell bis in die

[69] Jesuiten-Archiv München, Akte Sig.: 48-11, Nr. 23, Vertrag zwischen der Oberdeutschen Provinz Societas Jesu und Verband der Diözesen Deutschlands, 4.5.1990.

[70] Zit. nach der online verfügbaren Arbeitshilfe zu der Dokumentation, S. 2; www.docplayer.org/55155099-Leben-duerfen-bis-zum-tod-arbeitshilfe-katholisches-filmwerk.html [5.9.2018].

[71] Zu den (immer noch unveränderten) Grundsätzen der frühen Hospizidee vgl. Johann-Christoph Student, Was ist ein Hospiz?, in: Ders. (Hrsg.), Das Hospiz-Buch, Freiburg im Breisgau 1999, S. 19–30.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

2000er Jahre mehr oder weniger rigide voneinander getrennt waren, da sich die Hospizbewegung als durchaus medizinkritische, zivilgesellschaftliche Initiative verstand.[72] Die Hospizidee wurde in den 1960er Jahren wesentlich von Cicely Saunders formuliert und vorangetrieben, einer englischen Ärztin, die aus Ernüchterung über die schlechte Versorgung von Sterbenden in britischen Krankenhäusern 1967 in einem Londoner Vorort das erste moderne Hospiz gründete. Darüber hinaus startete Saunders eine massive Öffentlichkeitskampagne, die ihr nicht nur Aufmerksamkeit im Inland bescherte, sondern auch zahlreiche ausländische Mediziner, Pflegekräfte und Privatpersonen anlockte, die in ihrer Londoner Einrichtung hospitierten.[73] In Verbindung mit diversen Vortragsreisen von Saunders, einem ausgiebigen Briefverkehr und einer intensiven Publikationstätigkeit verbreitete und institutionalisierte sich die Hospizidee so weltweit.[74]

Während die Hospizidee in Großbritannien und den USA, aber auch in anderen Ländern wie etwa Polen, früh politisch wie gesellschaftlich Fuß fasste und dabei häufig von kirchlichen Akteuren und Institutionen unterstützt wurde,[75] konnte sie sich in der Bundesrepublik jedoch zunächst nicht durchsetzen, was wesentlich mit der anfänglich ablehnenden Haltung der beiden Kirchen zusammenhing.[76] Diese wurde oben bereits im Zuge der Kritik kirchlicher Akteure an der Iblacker-Dokumentation „Noch 16 Tage" im Jahre 1971 verdeutlicht. Tatsächlich war es Ende der 1970er Jahre denn auch eine Allianz von Kirchen, evangelischen und katholischen Krankenhausgesellschaften und Wohlfahrtsverbänden, die einen Modellversuch des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit

[72] Laut einer Definition der Weltgesundheitsorganisation von 1990 ist unter Palliativmedizin die, „aktive, ganzheitliche Behandlung von Patienten mit einer progredienten, weit fortgeschrittenen Erkrankung und einer begrenzten Lebenserwartung" zu verstehen; zit. nach Lukas Radbruch/Friedemann Nauck/Eberhard Aulbert, Grundlagen der Palliativmedizin, in: Dies. (Hrsg.), Lehrbuch der Palliativmedizin, Stuttgart ³2012, S. 1–12, hier S. 2. Zu den gemeinsamen historischen Wurzeln von Hospizidee und Palliativmedizin sowie zu deren Verhältnis in Deutschland vgl. Johanna Föllmer, Palliativversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Zur Hospizversorgung nach § 39a SGB V und zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung nach § 37b SGB V, Berlin 2014, S. 12–22.

[73] Zu Leben und Wirken von Saunders vgl. die allerdings stark hagiografische Tendenzen aufweisende Biografie von Shirley Du Boulay/Marianne Rankin, Cicely Saunders. Founder of the Modern Hospice Movement, London 2007.

[74] Zur Geschichte der ersten Jahrzehnte der internationalen Hospizbewegung nach 1945 vgl. Vincent Mor/David S. Greer/Robert Kastenbaum (Hrsg.), The Hospice Experiment, Baltimore 1988, v. a. die Einleitung der Herausgeber, The Hospice Experiment. An Alternative in Terminal Care, S. 1–15.

[75] Zur Rolle von kirchlichen Akteuren, darunter auch des späteren Papsts Johannes Paul II., speziell in Polen vgl. Janina Jujawska Tenner, The Beginnings of Hospice Care Under Communist Regime. The Cracow Experience, in: Cicely Saunders/Robert Kastenbaum (Hrsg.), Hospice Care on the International Scene, New York 2001, S. 158–166. Vgl. auch die autobiografischen Erinnerungen von Heinrich Pera, einem katholischen Priester und führenden Vertreter der Bewegung in der DDR, der Ende der 1960er Jahre durch Bekannte aus Kraków in Berührung mit der Hospizidee gekommen war: Da sein bis zuletzt – Erfahrungen am Ende des Lebens, Freiburg im Breisgau 2004, S. 24 f.

[76] Zur Geschichte der deutschen Hospizbewegung vgl. Andreas Heller u. a., Die Geschichte der Hospizbewegung in Deutschland, Ludwigsburg 2012.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zur Schaffung von Hospizen kippte.[77] In diesem Kontext beantwortete etwa das katholische Büro Bonn die Anfrage des Ministeriums mit einer klaren Absage an speziell für Sterbende eingerichtete Institutionen, in denen man die Gefahr einer endgültigen gesellschaftlichen Verdrängung des Sterbens sah: „Ein [...] menschenwürdiges Sterben kann nicht durch die Errichtung eigener Sterbekliniken oder Sterbeheime gewährleistet werden, in die der Schwerkranke abgeschoben wird."[78] Der Begriff der „Sterbeklinik", den Iblacker im Rahmen seiner TV-Dokumentation 1971 eingeführt hatte, diente – nun stark negativ konnotiert und häufig in der noch schärferen Variante „Sterbegettos" verwendet – in der kritischen Hospiz-Rezeption jener Jahre nicht zuletzt dazu, Assoziationen zur NS-Zeit hervorzurufen.[79] Vieldeutig begründete etwa Bernhard Rüther, der Geschäftsführer des Katholischen Krankenhausverbands, seine Ablehnung des Modelprogramms der Bundesregierung. Über eine „staatlich verordnete Sterbeklinik" würde unter dem Deckmantel der Humanität ein „neues Getto" geschaffen: „Man möge sich rechtzeitig überlegen, was das [...] bedeutet."[80]

In den nächsten beiden Jahrzehnten erfolgte jedoch ein vollständiges Umdenken, vielleicht auch angestoßen dadurch, dass Saunders, die als Erwachsene zum Katholizismus konvertiert und streng gläubig war, 1981 den renommierten *Templeton Prize for Progress in Religion* erhielt.[81] Letztlich war die Neuorientierung jedoch eher das Ergebnis einer Entwicklung, die im Kleinen vor Ort begann. In zahlreichen Städten wie etwa Schwerte, Siegen, Bremen oder Tübingen waren es in den 1980er Jahren Pfarrer und Kirchengemeinden, die – häufig initiativ – bei der Gründung von Hospizgruppen mitwirkten. Einige dieser frühen christlichen Hospizvertreter, wie der Aachener Pastor Paul Türks, waren zugleich um eine intensive Aufklärungsarbeit bei den Kirchenführern bemüht.[82] Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) veranstaltete daraufhin 1988 eine Synode zum Thema „Sterbende begleiten" und setzte eine Arbeitsgruppe „Hospiz-Bewegung" ein, deren Arbeit im Mai 1990 in eine „Stellungnahme zur

[77] Vgl. Peter Godzik/Karl Dietrich Pfisterer/Henning Pleitner (Hrsg.), „... daß die Gemeinde zum Hospiz werde". Dokumentation der Klausurtagung „Hospiz" des Diakonischen Werkes der EKD vom 18.–20. Februar 1992 im Deutschen Institut für Ärztliche Mission in Tübingen, Stuttgart 1992, S. A18.

[78] Ebenda.

[79] Vgl. Isabella Jordan, Hospizbewegung in Deutschland und den Niederlanden. Palliativversorgung und Selbstbestimmung am Lebensende, Frankfurt a. M. 2007, S. 45 f. Iblacker selbst bezeichnete die Verwendung des Begriffs retrospektiv in einem Interview als „Todsünde"; Jesuiten-Archiv München, Akte Sig.: 47-444, Nr. 6.

[80] Zit. nach Rüther/Székely/Böckle, Sterbeklinik, S. 317 f.

[81] Saunders äußerte sich entsprechend zu diesem Preis und ihrem eigenen Glauben in: Cicely M. Saunders, Brücke in eine andere Welt, hrsg. von Christoph Hörl, Freiburg im Breisgau 1999, S. 142–154.

[82] Dazu der Schriftverkehr von Pastor Paul Türks mit Prälat Paul Bocklet, Bischof Paul Werner Scheele, Joseph Kardinal Ratzinger und anderen, abgedruckt in: Oliver Seitz/Dieter Seitz, Die moderne Hospizbewegung in Deutschland auf dem Weg ins öffentliche Bewusstsein. Ursprünge, kontroverse Diskussionen, Perspektiven, Herbolzheim 2002, S. 297–308.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Hospiz-Bewegung" mündete.[83] Diese artikulierte aufbauend auf der Diagnose, dass infolge von Defiziten in der Sterbebegleitung in den letzten Jahrzehnten „in der letzten Lebensphase [...] die Menschenwürde gefährdet ist", die Forderung, „die Impulse der Hospiz-Bewegung aufzunehmen und in die bestehenden Einrichtungen zu vermitteln".[84] Dies gelte besonders für Alten- und Pflegeheime sowie Sozial- und Diakoniestationen, in denen Mitarbeiter entsprechend weitergebildet werden sollten.

Nachdem sich auf Einladung der VELKD im November 1991 evangelische Hospizinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet in Celle getroffen hatten, veranstaltete das Diakonische Werk schließlich im Februar 1992 eine Klausurtagung zum Thema Hospiz in Tübingen. Die begleitende Dokumentation führte eine Vielzahl an Hospizgruppen und -projekten mit evangelischen Trägern auf und empfahl „die Anerkennung und Aufnahme der Hospizarbeit als kirchlicher Arbeit" sowie konkrete Finanzhilfen der Kirchen und Gemeinden für Hospizinitiativen.[85] Darüber hinaus bot sie praktische Hilfestellungen, etwa in Form von Kostenkalkulationen für Hospize oder Ausbildungsprogrammen für Hospizmitarbeiter. Als Zielvorstellung wurde ein Konzept namens „Gemeinde als Hospiz" präsentiert, das „an alte christliche Traditionen anzuknüpfen" und so die gegenwärtig defizitäre Lage der christlichen Sterbebegleitung auszugleichen versuche.[86] Ausgemacht wurden zwei Schwerpunkte der christlich-hospizlichen Sterbeseelsorge: die Bewältigung religiöser Fragen zu Tod und Vergänglichkeit sowie das Ankämpfen gegen die innere Tabuisierung des Sterbens in den Familien und im modernen Krankenhausbetrieb, aber auch gegen individuelle Schuld und Angst. Der Direktor des gastgebenden christlichen Deutschen Instituts für Ärztliche Mission, Rainward Bastian, äußerte in einem Grußwort die Hoffnung, dass derartige Impulse letztlich dazu beitragen könnten, „die Medizin wieder menschlicher" zu machen.[87]

Auf katholischer Seite verlief die Entwicklung ähnlich, was sich exemplarisch anhand der Entwicklung in München illustrieren lässt. In der bayerischen Landeshauptstadt gründete sich 1984 unter Beteiligung von Iblacker der katholisch geprägte Christophorus-Hospiz-Verein (CHV), der auf die Einrichtung eines stationären Hospizes hinarbeitete.[88] Bei den Verhandlungen mit der Stadt München in den Jahren 1987 bis 1993, an denen auf kirchlicher Seite auch die Innere Mis-

[83] Als Überblick über die Entwicklung der Hospizarbeit in der VELKD vgl. Otmar Rüther, „Denn ich bin gewiß, daß weder Tod noch Leben ... uns scheiden kann von der Liebe Gottes" (Römer 8,38). Eine theologische Antwort zu Fragen der Sterbebegleitung, Hospiz- und Palliativarbeit, in: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen – Landesverband der Inneren Mission – e.V. (Hrsg.), Handeln an der Grenze des Lebens. Sterben und Tod als Herausforderung für die Diakonie, Münster 1996, S. 43–71.

[84] ADW, Signatur DWDDR III 82, Stellungnahme der VELKD zur Hospiz-Bewegung vom Mai 1990.

[85] Godzik/Pfisterer/Pleitner (Hrsg.), Gemeinde, S. 12. Es handelt sich dabei um eine Erklärung, der offenbar ein „Beschluss" der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Klausurtagung vorausgegangen ist.

[86] Hellmut Dopffel, „Gemeinde als Hospiz", in: Ebenda, S. 77–81, hier S. 78.

[87] Ebenda, S. 15.

[88] Zur Gründung und Geschichte des CHV in München vgl. Heller u. a., Geschichte, S. 152–158.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sion und der Orden der Barmherzigen Brüder beteiligt waren, nahm die Caritas eine führende Rolle ein.[89] Die örtliche Zeitschrift *Caritasdienste* informierte 1988 hierzu, dass die Hospizbewegung unterstützt werden müsse, da sie so alt sei, „wie es Menschen gibt", und eine „Antwort auf die Frage nach dem Wert menschlichen Lebens angesichts von Leiden und Tod" biete. Das geplante Hospiz sei überkonfessionell den christlichen Wertvorstellungen verpflichtet. Es betrachte Sterben als „natürlichen Vorgang, der weder hinausgezögert noch beschleunigt wird".[90] Ein Aufruf unter dem Titel „Hospizhelfer werden?" warb einige Zeit später sogar für ein ehrenamtliches Engagement, das „ein herausragender Dienst christlicher Nächstenliebe" sei.[91]

Zwischen den unterschiedlichen Gruppen entbrannte rasch ein Streit um die Trägerschaft. Insbesondere zwischen den Barmherzigen Brüdern und dem CHV kam es zu Meinungsverschiedenheiten, die zur Folge hatten, dass der gemeinsame Trägerverein von den Verhandlungspartnern aus der Politik nicht akzeptiert und folglich wieder aufgelöst wurde. Lautete die offizielle Begründung für diesen Schritt „Verständigungs- und Kooperationsschwierigkeiten", so führte ihn der Provinzial der Barmherzigen Brüder in einem Schreiben an den Diözesan-Caritasdirektor Ende September 1988 im Wesentlichen auf die Struktur des CHV zurück, der nicht nur christliche, sondern auch konfessionslose Mitglieder aufnehme. Infolge dieser „Mehrschichtigkeit der Vereinsmitglieder" und sich möglicherweise daraus ergebenden „wechselnde[n], politische[n] und persönliche[n] Gesinnungsmomente[n]" sei er als Partner in dem Projekt nicht geeignet.[92] Am Ende eröffneten die Barmherzigen Brüder in ihrem Krankenhaus in Nymphenburg schließlich alleine mit Mitteln des bayerischen Sozialministeriums im Januar 1991 das Johannes-Hospiz, ein Modellprojekt in Süddeutschland. Ein Begleitschreiben des Provinzialats der Barmherzigen Brüder zu einer Pressekonferenz am 14. Mai 1993 anlässlich der Einweihung eines neu gebauten Gebäudetrakts thematisierte die Frage, warum ein katholischer Orden sich überhaupt in der Hospizbewegung engagiere: „Die Antwort ist einfach: Im Grunde ist der Orden der Barmherzigen Brüder seit mehr als 400 Jahren eine Art Hospizbewegung, und die Gründung des Johannes-Hospizes an unserem Münchener Krankenhaus

[89] Die in den folgenden beiden Absätzen beschriebene Entwicklung im Raum München ist rekonstruiert aus den unveröffentlichten, im Historischen Archiv der Caritas München einsehbaren Jahresberichten der Caritas München, den im Caritas-Archiv in München-Neuperlach archivierten Presseausschnitt-Sammlungen (Signaturen: 1543, 1549, 2040, 2116-2121, 2230-2237, 2401-2414, 2441, 2765, 3242, 3338 und 3401-3404) sowie den Ordnern „Johannes-Hospiz 1987–1988", „Johannes-Hospiz 1989–1991", „Johannes-Hospiz 1991–1992" und „Hospiz-Errichtung München" im Provinzarchiv der Barmherzigen Brüder in München.

[90] Johannes-Hospiz in München. Neue Einrichtung geplant, in: Caritasdienste 1988, S. 30–32, hier S. 30 f.

[91] Johannes-Hospiz. Raststätte für Sterbenskranke, in: Caritasdienste 1991, S. 28–30, Aufruf und Zitat auf S. 29.

[92] Provinzarchiv der Barmherzigen Brüder in München, „Johannes-Hospiz 1987–1988", Reiter „Mitbeteiligte".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

knüpft dort an, wo der Orden seine Wurzeln hat."[93] Die Caritas, die sich schließlich doch noch mit einem ambulanten Hilfsdienst am Johannes-Hospiz beteiligte, schloss nur einige Monate später einen Vertrag zur Gründung eines eigenen Hospizes im Krankenhaus Harlaching mit der Stadt München ab. Vorausgegangen waren zähe Verhandlungen über die Frage, ob die Mitarbeiter in der geplanten Einrichtung einer christlichen Konfession angehören mussten, wie das die Caritas forderte, oder nicht.[94] Erst mittels einer komplexen Sprachreglung, nach der die künftigen Mitarbeiter zwar Kirchenmitglieder sein mussten, die Stadt diese Regel aber nur zur Kenntnis nahm und ihr nicht zustimmte, was verfassungsrechtlich problematisch gewesen wäre, konnte die Finanzierung sichergestellt werden.

Trotz dieser organisatorischen Schwierigkeiten lässt sich ein Siegeszug der Hospizidee innerhalb der kirchlich-christlichen Institutionen im Raum München feststellen. Bis 2002 entstanden alleine in den Pfarrgemeinden der Erzdiözese München und Freising 14 Hospizgruppen mit über 150 ehrenamtlichen Mitarbeitern.[95] München stellt hier keinesfalls eine Ausnahme dar. In vielen andere Regionen bildeten sich ähnliche Strukturen aus, wobei bundesweit neben der Caritas vor allem der Malteser Hilfsdienst eine führende Rolle im Bereich der Hospizarbeit einnahm. Als Reaktion auf diese sich immer weiter intensivierenden hospizlichen Tätigkeiten würdigte die katholische Kirche die Hospizbewegung bereits im Februar 1991 in einer von der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichten Handreichung „Schwerstkranken und Sterbenden beistehen".[96] Im darauffolgenden Jahr rückte die Idee sogar ins Zentrum einer Ansprache Papst Johannes Paul II. an die südwestdeutschen Bischöfe, in der er in der Sicherung der „Würde" sterbender Menschen eine neue große Herausforderung für die europäischen Christen sah und Hospize in diesem Zusammenhang als „Inseln der Humanität" bezeichnete.[97]

Die starke Frontstellung der deutschen Hospizbewegung gegen die Idee der aktiven Sterbehilfe machte sie dabei für die katholische Kirche noch attraktiver, wie etwa eine 1993 von der Pastoralkommission formulierte Arbeitshilfe mit dem

[93] Provinzarchiv der Barmherzigen Brüder in München, Ordner „Hospiz Grundsteinlegung am 8.3.1991 und Einweihung am 14.5.1993", Frater Donatus Wiedenmann: „Gastfreundschaft für Sterbende".

[94] Damit verband sich ein zentraler Konfliktpunkt zwischen der Position der Kirchen und (auch christlichen) Protagonisten der ursprünglichen Hospizidee, die keine formale Kirchenzugehörigkeit von Hospizmitarbeitern vorsah; vgl. Benno Littger, Christliche Hospiz- und Palliativkultur. Grundlagen, Erfahrungen und Herausforderungen, Würzburg 2014, S. 412.

[95] Historisches Archiv der Caritas München, Jahresbericht 2002 der Caritas München, Statistik, S. 22.

[96] Vgl. Die deutschen Bischöfe, Schwerkranken und Sterbenden beistehen, Bonn 1991; www.dbk.de/fileadmin/redaktion/veroeffentlichungen/deutsche-bischoefe/DB47.pdf [5.5.2018].

[97] Ansprache des Heiligen Vaters an die Bischöfe aus Südwestdeutschland, 19.12.1992, in: Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.), Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 108. Ansprachen von Papst Johannes Paul II. aus Anlaß der Ad-limina-Besuche der deutschen Bischöfe, Bonn 1992, S. 37–47, hier S. 39 f. Zu den frühen Berührungspunkten des Papsts mit der Hospizidee vgl. Rüther/Székely/Böckle, Diskussion.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

unzweideutigen Titel „Die Hospizbewegung – Profil eines hilfreichen Weges in katholischem Verständnis“ klar zum Ausdruck brachte.[98] Tatsächlich verknüpften die im Laufe der 1990er Jahre zahlreicher werdenden offiziellen Kirchentexte zu Fragen des Lebensendes häufig den Aufruf zum Widerstand gegen die aktuelle Kultur des Todes – die Papst Johannes Paul II. angesichts der Bemühungen um eine Freigabe der Euthanasie im März 1995 in seiner „Enzyklika Evangelium Vitae“[99] namentlich beklagte – mit einem Plädoyer für die christliche Form der Problemlösung durch die Hospizidee, die eine Kultur des Lebens verkörpere. Auch die Caritas verkündete in den sozialpolitischen Positionen von 2003, dass im Angesicht der wachsenden Unterstützung für aktive Sterbehilfe, die eine direkte Folge der gesellschaftlichen Verdrängung des Sterbens sei, die Caritas die Hospizbewegung bei ihren Bemühungen unterstütze, „dass Menschen in Würde“ sterben könnten.[100]

Insgesamt lässt sich feststellen, dass bei der Neukonzeption einer christlichen Sterbebegleitung ab den späten 1980er Jahren eine klare Anlehnung an die Ideen und zunehmend auch an die Organisationsstrukturen der, zuvor von vielen deutschen Geistlichen noch klar abgelehnten, internationalen Hospizbewegung erfolgte. Mit dem Umdenken kirchlicher Akteure setzte zugleich auch der Siegeszug der Hospizidee in Deutschland ein. Nachdem erst 1983 an der Universitätsklinik Köln die erste Palliativstation und 1986 in Aachen vom katholischen Pastor Türks das erste Hospiz in Deutschland eröffnet worden waren, existierten knapp zehn Jahre später bereits 43 stationäre Hospize, 32 Palliativstationen und 459 ambulante Hospizdienste. In den 1990er Jahren stieg ferner der Bekanntheitsgrad der Hospizidee infolge prominenter Unterstützer wie Helmut Kohl oder Uschi Glas sowie öffentlichkeitswirksamer Aktionen und Informationskampagnen der in dieser Zeit gegründeten überregionalen Dachorganisationen – der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Hospiz e. V. (1992), der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin (1994) und der Deutschen Hospiz Stiftung (1995) stark an, wie zahlreiche statistische Erhebungen belegen.[101]

Katholische Kirche, VELKD und christliche Hilfsverbände vereinnahmten in jenen Jahren zunehmend das – in seinen Ursprüngen zwar durchaus christlich, aber eben keinesfalls kirchlich geprägte und vielmehr dezidiert weltanschaulich

[98] Vgl. Die deutschen Bischöfe, Die Hospizbewegung – Profil eines hilfreichen Weges in katholischem Verständnis. Erklärung der Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz, 23.9.1993, Bonn 1993, S. 43–57; www.dbk-shop.de/de/Deutsche-Bischofskonferenz/Die-deutschen-Bischoefe/Erklaerungen-der-Kommissionen/Die-Hospizbewegung-.html [2.10.2018]. Zum Verhältnis von Hospizbewegung und Sterbehilfeidee in Deutschland vgl. Michael Golek, Standort und Zukunft der ambulanten Hospizarbeit in Deutschland, Münster 2001, S. 9 f. und S. 57 f.

[99] Vgl. w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_25031995_evangelium-vitae.html [5.9.2018]. Für eine theologische Untersuchung kirchlicher Texte, Stellungnahmen und Positionspapiere zum Lebensende aus jenen Jahren vgl. Littger, Hospiz- und Palliativkultur, S. 266–281.

[100] Historisches Archiv der Caritas München, Akte II/ZTR-DIR/3 51, Sozialpolitische Positionen, Juli 2003.

[101] Vgl. Golek, Standort, S. 58–62.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

neutral angelegte[102] – Hospizkonzept. Deutlich wurde dies nicht erst, als dieses in den 1990er Jahren Teil des sich verändernden gesamtdeutschen Wohlfahrtsstaats wurde, der stark von konfessionellen Akteuren bestimmt war. So kam es etwa bei den Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA), den Krankenkassen und der Hospizbewegung um eine gesetzliche Neuregelung der Dauerfinanzierung stationärer Hospizarbeit im Kontext der Einführung der Pflegeversicherung in den Jahren 1996 bis 1998 immer wieder zu Streitigkeiten zwischen der außerkirchlichen BAG Hospiz, und den christlichen Wohlfahrtspflegeverbänden. Neben dem inhaltlichen Streitpunkt einer finanziellen Eigenbeteiligung der Hospize – die Wohlfahrtsverbände lehnten diese kategorisch ab, während die BAG Hospiz zu Zugeständnissen bereit war –, ging es dabei vor allem um die grundsätzliche Frage der Repräsentation der deutschen Hospizbewegung. So führte eine Caritas-Referentin für Hospizarbeit für das Bistum Dresden-Meißen im Sommer 1997 in einem Schreiben an das BMA aus, dass die gesamte Hospizarbeit in Sachsen vom Diözesan-Caritasverband finanziert werde: „Kirchliche Wohlfahrtsverbände und Hospizarbeit sind nicht voneinander zu trennen."[103] Kurz darauf bat die Caritas alle katholischen Hospizinitiativen um die Erteilung einer klaren Verhandlungsvollmacht und äußerte dabei die Sorge, dass die BAG Hospiz, die – obschon diese auch zahlreiche christliche Hospize zu ihren Mitgliedern zählte – eine außerkirchliche Interessenvertretung mit einer sehr heterogenen Mitgliederstruktur darstelle, eine Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen an den Wohlfahrtsverbänden vorbei durchsetzen könne.[104] Und im September 1998 betonte der Präsident des Caritasverbands, Hellmut Puschmann, in einem Brief an Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, dass die Verhandlungsvollmacht ausschließlich bei den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege liegen müsse, die deutlich mehr Hospize als die Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz vertreten würden.[105] Tatsächlich befanden sich um die Jahrtausendwende knapp 30 Prozent aller stationären Hospize in der Trägerschaft der Diakonie und sogar knapp zwei Drittel in der Trägerschaft katholischer Verbände, insbesondere der Caritas.[106] Auch bei vielen privaten Hospizinitiativen, die sich aus Kostengründen meist auf ambulante Sterbebegleitung spezialisierten, war eine religiöse, wenn auch nicht unbedingt kirchliche Verankerung festzustellen. Dies galt ganz konkret vor allem mit Blick auf die Motivationen ehrenamtlicher Hospizhelfe-

[102] Vgl. Heller u. a., Geschichte, S. 326. Die christliche Prägung der Hospizidee zeigte sich darin, dass bestimmte Rituale wie Morgenandacht, Gebet, Beichte oder Krankensalbung als optionale Angebote an Sterbende vorgesehen waren und zugleich häufig eine religiöse Terminologie und Symbolsprache gepflegt wurde. Zum Hospizkonzept von Saunders vgl. Littger, Hospiz- und Palliativkultur, S. 122–137.

[103] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch Koblenz), B 149/149819, Bl. 163, Schreiben vom 8.7.1997.

[104] BArch Koblenz, B 353/203322, Bl. 170, Schreiben der Caritas vom 9.3.1998 (Kopie, vom Bundesgesundheitsministerium zu den Akten gelegt).

[105] BArch Koblenz, B 353/203322, Bl. 314 f., Brief von Hellmut Puschmann an Norbert Blüm, 2.9.1998.

[106] Vgl. Uwe Gerstenkorn, Hospizarbeit in Deutschland. Lebenswissen im Angesicht des Todes, Stuttgart 2004, S. 26 f.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rinnen und -helfer, die sich oftmals der christlichen Ethik verpflichtet fühlten.[107] Hospiz und christliche Sterbebegleitung waren so weitgehend zu Synonymen geworden.

V. Fazit

Auch wenn sich das Themenfeld Sterben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für vielfältige gesellschaftliche und wissenschaftliche Zugriffe geöffnet und die Kirche fraglos viel von ihrer Autorität über das Sterben verloren hat, ist die Neukonzeption der Sterbebegleitung in jener Epoche eng gebunden an konfessionelle Träger, religiöses Wissen und die beiden christlichen Kirchen als zentrale Deutungsinstanzen. Diese positionierten sich selbst mit einigem Selbstbewusstsein auf diesem wachsenden Markt und beanspruchten eine Kompetenz, die sie auf vielen anderen traditionellen Feldern kirchlicher Lebensbegleitung verloren hatten. Vor dem Hintergrund einer, etwa von Nicolai Hannig und Benjamin Ziemann empirisch nachgewiesenen Anpassung kirchlicher Akteure an veränderte gesellschaftliche, mediale und kulturelle Rahmenbedingungen erfolgte in jenen Jahren die Formulierung einer neuen christlichen *Ars moriendi*.[108] Sterbebegleitung als eine spezifische Form kirchlicher Lebensberatung stellte dabei zugleich ein Feld dar, dessen stärkerer Ausbau gut zu dem in den 1960er und 1970er Jahren stattfindenden Wandel von der strafenden zur helfenden Religion passte.[109] Denn als Reaktion auf das veränderte Gottesbild jener Zeit suchten die beiden christlichen Kirchen statt autoritärer Anleitung zunehmend den inklusiven, vermittelnden Dialog – ein Prozess, den Thomas Großbölting treffend mit der Formulierung „vom Höllenfeuer zur allumfassenden Liebe“ beschrieb.[110]

Menschen starben nach 1945 zwar anders als in früheren Epochen, aber keinesfalls säkularer. So fügt sich dieser Beitrag in die Reihe neuerer, gegenüber der Säkularisierungsthese skeptischer zeithistorischer Studien ein. In die Kritik ist besonders der von ihr behauptete kausale Zusammenhang von Modernisierung und Entchristlichung geraten.[111] Folgt man etwa dem Soziologen Steve Bruce, so ist der steigende Wohlstand für das Abschwächen religiöser Bindungen verantwortlich: „Je angenehmer dieses Leben ist, desto schwieriger ist es, sich auf das nächste zu konzentrieren. Je befriedigender das Menschsein ist, desto schwie-

[107] Vgl. dazu die Ergebnisse einer entsprechende Untersuchung von Freiburger Ehrenamtlichen: Katja Stange, Qualitative Befragung ehrenamtlicher HelferInnen der Hospizgruppe Freiburg e.V., in: Thomas Klie/Sighard Roloff (Hrsg.), Hospiz und Marketing. Finanzierungsstrategien für soziale Initiativen am Beispiel der ambulanten Hospizarbeit, Freiburg im Breisgau 1997, S. 62–80, und Pia Spengler, Die Motivation ehrenamtlicher HelferInnen in der Sterbebegleitung am Beispiel der Hospizgruppe Freiburg e.V., in: Ebenda, S. 81–94.

[108] Vgl. Nicolai Hannig, Die Religion der Öffentlichkeit. Kirche, Religion und Medien in der Bundesrepublik 1945–1980, Göttingen 2010, und Benjamin Ziemann, Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975, Göttingen 2007.

[109] Vgl. Großbölting, Himmel, S. 168–170.

[110] Ebenda, S. 148.

[111] Vgl. Detlef Pollack, Säkularisierungstheorie, in: Docupedia-Zeitgeschichte. Version: 1.0, 7.3.2013; www.docupedia.de/zg/Saekularisierungstheorie [5.5.2018].

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

riger ist es, Gott zu achten."[112] Dagegen verweist der Einfluss christlicher Symbole und Akteure im Bereich des Sterbens nicht nur auf nachwirkende religiöse Traditionen, sondern war oftmals eine neue Entwicklung des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts, was offenbart, dass auch in der Moderne im Sinne Bruces eine Konzentration auf jene Fragen möglich und erwünscht war. Ob man in diesem Zusammenhang von einer einsetzenden „Desecularization of the World" sprechen kann, erscheint fraglich.[113] Vielmehr dürfte es zielführender sein, von vornherein Säkularisierung – nach Ziemann – „als einen beobachterrelativen Begriff zu verstehen, der danach fragt, wie religiöse Beobachter auf Folgeprobleme funktionaler Differenzierung für die Artikulation der für Religion tragenden Unterscheidung von Immanenz/Transzendenz reagiert haben".[114] Das Thema Lebensende eignete sich besonders, um die öffentliche Sichtbarkeit der Religion zu erhöhen sowie deren Bedeutung zu betonen.

Tatsächlich war in der Bundesrepublik spätestens ab Ende der 1970er Jahre durchaus ein öffentlicher Bedarf nach religiöser Sterbeanleitung und -begleitung vorhanden. Hierauf deuten neben den Erfolgen christlicher Ratgeberliteratur und letztlich auch dem Siegeszug der Hospizbewegung nicht zuletzt diverse Meinungsumfragen hin. So ergab eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Juli 1982 als häufigste Antwort auf die Frage, womit die Religion den Menschen helfen könnte: „Um mit dem Sterben fertig zu werden."[115] In einer weiteren Allensbach-Untersuchung aus dem Jahr 1997 nach den Einsatzgebieten der Kirchen äußerten 70 Prozent der Befragten den Wunsch, die Kirchen sollten sich besonders darum kümmern, „daß die Menschen die Angst vor dem Tod verlieren" – immerhin zwei Drittel waren zugleich der Auffassung, dass die Kirchen sich auch tatsächlich dafür einsetzten.[116] Gerade mit Blick auf Sinnstiftung am Ende des Lebens waren religiös-christliche Symboliken und Deutungen nicht nur von großer Bedeutung, diese stieg vielmehr im Laufe des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts weiter an. Dies blieb kirchlichen Akteuren nicht verborgen: Im Konzeptpapier für einen hospizlichen Hausbetreuungsdienst an einer katholischen Klinik in Halle an der Saale wurde 1992 etwa hervorgehoben, dass zwar die Verbundenheit zum christlichen Glauben in der Bevölkerung allgemein rückläufig sei, beim Sterben jedoch die Erfahrung gemacht werden könne, dass „alle Menschen [...] die Grundfragen [...] nach dem Sinn, nach dem Woher, nach dem Wohin, nach dem Umgang mit Schuld und nach Hoffnung und Trost stellen".

[112] Steve Bruce, God Is Dead. Secularization in the West, Oxford 2002, S. 25; Übersetzung des Autors.

[113] Vgl. Peter L. Berger, The Desecularization of the World. Resurgent Religion and World Politics, Grand Rapids 1999.

[114] Benjamin Ziemann, Säkularisierung und Neuformierung des Religiösen. Religion und Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 51 (2011), S. 3–36, hier S. 36.

[115] Zit. nach Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983, Bd. 8, München u. a. 1983, S. 122.

[116] Zit. nach Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 1993–1997, Bd. 10, München 1997, S. 284.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Daher biete Sterbebegleitung eine „große Chance [...], die Botschaft des Evangeliums [...] zu buchstabieren".[117]

Diese Entwicklung war sicherlich auch eine Folge der Diskursivierung des Themas Sterben durch religiös-kirchliche Akteure seit den 1970er Jahren. Der Entstehungshintergrund einer modernen *Ars moriendi* und der Neukonzeption einer christlichen Sterbebegleitung lag letztlich in der Hoffnung und Erwartung, trotz der Transformation religiöser Selbstverständlichkeiten Zugriff auf menschliche Lebenswelten gewinnen zu können, da die moderne Wissenschaft und die rationalisierte Gesellschaft offenkundig keine befriedigende Antwort auf die Fragen rund um das Lebensende zu geben vermochten. So stellen das Sterben und die Frage, was danach kommt, die vielleicht letzte große Unbekannte der Moderne dar: Ein Rätsel, das der medizinische und wissenschaftliche Fortschritt eben nicht gelöst hat. Weder konnte der Tod besiegt noch die Frage, was eigentlich genau nach dem Tod passiert, beantwortet werden. Die zitierten Umfrageergebnisse, die die anhaltende Popularität des Themas Jenseitsvorstellungen in Öffentlichkeit wie Forschung verweisen darauf, dass das „Nichts" als Endzustand menschlicher Existenz für die meisten Menschen wenigstens unbefriedigend, oft wohl auch unvorstellbar ist. Die neue Debatte um den Tod und die Probleme des Sterbens erschien kirchlichen Akteuren so seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zunehmend als eine Möglichkeit, in Zeiten der Entkirchlichung, die eben keinesfalls immer eine Säkularisierung sein musste, mittels einer Betonung der Bedeutung transzendenter Selbstversicherung und religiös-christlicher Sinnstiftungsmechanismen am Lebensende erneut Einfluss auf zentrale gesellschaftliche Problemfelder zu bekommen – und zugleich den innerkirchlichen Prozess der Öffnung und Annäherung an eine sich rasch verändernde Welt voranzutreiben.

[117] BArch Koblenz, B 149/149813, Bl. 530-554, Zitate Bl. 541, Konzept des Modellprojekts Hospiz-Hausbetreuungsdienst am St. Elisabeth Krankenhaus e.V. Halle (Saale), September 1992.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Martin Niemöller ist bekannt als ein Anführer der Bekennenden Kirche, der für seine Haltung mit jahrelanger KZ-Haft belegt wurde, und als Nachkriegsmahner für ein kirchliches Bekenntnis zur Mitschuld am Nationalsozialismus. Auch eigenes Schweigen angesichts politisch-moralischer Herausforderungen hat er selbstkritisch thematisiert. Benjamin Ziemann indes zeigt im vorliegenden Beitrag auf, dass sich die Problematik von Niemöllers Verhalten vor seiner Konfrontation mit dem NS-Staat nicht in Passivität erschöpft. Während seiner Studienzeit in Münster leistete er vielmehr als völkisch-deutschnationaler Studentenfunktionär Demokratiefeindschaft und Antisemitismus aktiv Vorschub.

Benjamin Ziemann

Martin Niemöller als völkisch-nationaler Studentenpolitiker in Münster 1919 bis 1923

I. Niemöller als Student der evangelischen Theologie

Martin Niemöller (1892–1984), seit 1933 als Vorsitzender des Pfarrernotbunds und in vielen anderen Funktionen eine treibende Kraft der Bekennenden Kirche, hatte im Herbst 1919 an der Universität Münster das Studium der evangelischen Theologie begonnen.[1] Wie damals weithin üblich, tat Niemöller dies mit dem Ziel, als Pfarrer in den kirchlichen Dienst einzutreten. Er legte deshalb auch keine universitäre Abschlussprüfung ab, sondern absolvierte im April 1923 das erste kirchliche Examen, um direkt danach, am 1. Mai 1923, das Lehrvikariat anzutreten. Auch wenn sein Vater Heinrich Niemöller (1859–1941) selbst Pfarrer war, war dem ältesten Sohn diese Berufswahl nicht in die Wiege gelegt. Martin Niemöller war nach dem Abitur im April 1910 als Seekadett in die kaiserliche Marine eingetreten, um sich für den Beruf des Marineoffiziers zu qualifizieren. Im September 1913 zum Leutnant zur See befördert, diente Niemöller ab Dezember 1915 bei der U-Bootflotte. Im Mai 1918 bekam er das Kommando über ein eigenes Boot übertragen, das UC 67. Nach der deutschen Niederlage und der Revolution 1918/19 schied er auf eigenen Wunsch aus der Marine aus. Niemöller interpretierte die Revolution nicht nur als Ende der deutschen Großmachtstellung, sondern als Auflösung jeder Ordnung schlechthin. Also machte er sich auf

[1] Niemöller zog erst kurz vor Weihnachten 1919 nach Münster und begann das eigentliche Studium so erst im Januar 1920. Er hatte sich aber bereits am 3.10.1919 für das eigens für Kriegsheimkehrer eingerichtete Herbstzwischensemester eingeschrieben; Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt (künftig: ZEKHN), 62/6096, Amtskalender Martin Niemöller (künftig: AK), 3.10.1919. – Die Gerda Henkel Stiftung hat meine Forschungen zu Martin Niemöller im Rahmen ihres MAN4HUMAN-Programms großzügig gefördert. Dafür gilt ihr mein herzlicher Dank. Moritz Föllmer danke ich für seine anhaltende Unterstützung und Hinweise zu einem Entwurf dieses Aufsatzes.

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0012

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Suche nach Sündenböcken, denen er die Schuld an dieser Entwicklung zuschreiben konnte. Voll Wut und Verzweiflung kommentierte er kurz vor dem Weihnachtsfest 1918 die politische Lage:

> „Eine Großmacht werden wir nie wieder, und ein Volk, das auf den Trümmern seiner nationalen Ehre und Größe einen solchen Hexensabbath feiert, verdient auch nicht, noch einmal in die Höhe zu kommen. Deutsche Treue! Und unser Kaiser muß außer Landes gehen, weil sonst totensicher sein Volk an ihm zum Verräter geworden wäre. Deutsche Frauen! Und in ihrem Namen zeichnet Alice Salomon. Diese gottverfluchten Juden! – Ich finde mich durch den Wust nicht mehr durch. Lassen wir's. In Berlin wird's von Tag zu Tag toller, das ganze Reich ist ein Tollhaus."[2]

Die bekannte Sozialreformerin und Pionierin der sozialen Arbeit Alice Salomon (1872–1948) hatte sich bereits 1914 evangelisch taufen lassen. Anfang Dezember 1918 hatte sie im liberalen *Berliner Tageblatt* die Folgen der Einführung des Frauenstimmrechts für die Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 diskutiert. Selbstbewusst wies sie darauf hin, dass nur eine weitere „Politisierung der Frauen" ihnen den umfassenden, verantwortungsvollen Gebrauch dieses Rechts ermöglichen werde.[3] Indem Niemöller Salomon mit den „gottverfluchten Juden" assoziierte, zeigte er, dass er das Judentum nicht als eine Religionsgemeinschaft interpretierte, sondern im Sinne des völkischen Nationalismus als ein biologisch bestimmtes Kollektiv.

Niemöllers Entscheidung zum Studium der evangelischen Theologie gingen im Frühjahr und Sommer 1919 langwierige Überlegungen voraus, die er 1934 – in deutlicher Stilisierung und unter Auslassung wichtiger Umstände – in seinem Erinnerungsbuch „Vom U-Boot zur Kanzel" darlegte.[4] Die bislang vorliegenden Darstellungen haben seine Studienjahre nur ganz am Rande gestreift. Die neuere Biografie von Michael Heymel widmet dem gesamten Lebensabschnitt von vier Jahren gerade einmal zweieinhalb Seiten.[5] Die Darstellung von James Bentley räumt dem Thema etwas mehr Platz ein, beruht aber, wie das gesamte Buch, beinahe ausschließlich auf Interviews, die der Verfasser kurz vor dessen Tod mit Niemöller geführt hat. Eher nebenbei erwähnt Bentley, Niemöller habe während seines Studiums „jede freie Minute" einer als „Deutschnationale Studentenbewegung" bezeichneten Vereinigung gewidmet. Das ist nicht ganz korrekt, denn dabei handelte es sich nicht um eine Bewegung, sondern um die lokale Studieren-

[2] ZEKHN, 62/6067, Brief von Niemöller an seine Eltern, 19.12.1918.

[3] Berliner Tageblatt vom 5.12.1918: „Die Frauen vor der Nationalversammlung" (Alice Salomon).

[4] Vgl. Martin Niemöller, Vom U-Boot zur Kanzel, Berlin 1934, S. 161–164. Dazu vgl. Benjamin Ziemann, Schiffe versenken. Martin Niemöllers Bericht über die deutsche U-Bootflotte im Ersten Weltkrieg, in: Claudia Junk/Thomas F. Schneider (Hrsg.), Die Revolte der heiligen Verdammten. Literarische Kriegsverarbeitung vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Göttingen 2017, S. 21–46.

[5] Vgl. Michael Heymel, Martin Niemöller. Vom Marineoffizier zum Friedenskämpfer, Darmstadt 2017, S. 32–34.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dengruppe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).[6] Zutreffend ist, dass Niemöller den Großteil seiner Studienzeit mit der Tätigkeit in dieser Gruppe und anderen radikalnationalistischen Parteien und Verbänden verbrachte. Niemöller selbst hat Art und Umfang seines Engagements im rechtsradikalen Milieu in seinem Erinnerungsbuch mit wenigen Sätzen mehr verschleiert als dargelegt.[7]

Ziel dieses Beitrags ist es deshalb, das Ausmaß und die inhaltliche Stoßrichtung der vielfältigen Aktivitäten Niemöllers im radikalnationalistischen Milieu Münsters in den frühen 1920er Jahren zu analysieren. Diese Analyse beginnt zunächst mit der biografischen Rekonstruktion der rechtsradikalen Politik eines Studenten, der im weiteren Verlauf seines Lebens ein namhafter Vertreter des deutschen Protestantismus wurde. Gerade daraus ergeben sich aber auch weitere Implikationen, da Niemöller selbst nach 1945 zu einem Protagonisten und zum Symbol der Diskussion über die Schuld der Deutschen am und im Nationalsozialismus wurde. Als wichtige Vorarbeit lässt sich dabei auf die Studie von Rainer Pöppinghege zurückgreifen, der die politische Orientierung der Studentenschaft in Münster während der Weimarer Republik dargestellt hat.[8] An Quellen wird neben den Beständen des Universitätsarchivs Münster vor allem auf den Nachlass von Martin Niemöller zurückgegriffen. Als besondere Quellengattung seien dabei die Amtskalender hervorgehoben. Von 1919 bis kurz vor seinem Lebensende trug Niemöller – unterbrochen nur in den Jahren der KZ-Haft 1938 bis 1944 – täglich kurze Notizen über seine Aktivitäten und Treffen in einen Kalender ein. Gerade für die Studienjahre in Münster erlauben es diese Kalender, das dichte Netzwerk von sozialen Kontakten und Aktivitäten zu rekonstruieren, mit dem Niemöller in das radikalnationalistische Milieu der Universitätsstadt eingebettet war.

[6] James Bentley, Martin Niemöller. Eine Biographie, München 1985, S. 35–41, hier S. 39. Die englische Ausgabe spricht von einem „German National Student Movement“ (James Bentley, Martin Niemöller. 1892–1984, Oxford 1984, S. 25). Es handelt sich also nicht um einen Übersetzungsfehler. Jürgen Schmidt spart diesen Aspekt von Niemöllers Studienjahren komplett aus (Martin Niemöller im Kirchenkampf, Hamburg 1971, S. 16–18). Ernst Brinkmann geht darauf nur kurz ein: Martin Niemöllers Lebensjahre in Westfalen, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 77 (1984), S. 13–24. Ebenso Martin Greschat, Martin Niemöller. Die frühen Jahre in Münster, in: Jürgen Kampmann/Christian Peters (Hrsg.), 200 Jahre evangelisch in Münster. Beiträge aus dem Jubiläumsjahr, Bielefeld 2006, S. 117–130, hier S. 119 f. Auch Matthew D. Hockenos verlässt sich gänzlich auf die stilisierte Darstellung in „Vom U-Boot zur Kanzel“ und geht auf die politischen Aktivitäten Niemöllers nicht ein: Then they came for me. Martin Niemöller, the pastor who defied the Nazis, New York 2018, S. 56–64.

[7] Vgl. Niemöller, U-Boot, S. 170, S. 181, S. 183 und S. 187.

[8] Vgl. Rainer Pöppinghege, Absage an die Republik. Das politische Verhalten der Studentenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 1918–1935, Münster 1994, und Hugo Elkemann/Wolfram Götz/Brigitte Kranz, Die Universität in der Weimarer Republik (1918–1920), in: Lothar Kurz (Hrsg.), 200 Jahre zwischen Dom und Schloß. Ein Lesebuch zur Vergangenheit und Gegenwart der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Münster 1980, S. 47–63. Für das militärische Umfeld aufschlussreich ist Timm C. Richter, „In jeder Weise volles Verständnis für die Belange der Wehrmacht“. Das Verhältnis der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster zum Militär, in: Hans-Ulrich Thamer/Daniel Droste/Sabine Happ (Hrsg.), Die Universität Münster im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Brüche zwischen 1920 und 1960, Bd. 1, Münster 2012, S. 61–81.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

II. Niemöllers Arbeit in der Studierendengruppe der DNVP

Bei der Wahl des Studienorts Münster war für Niemöller das Vorbild seines Bruders Wilhelm ausschlaggebend. Dieser hatte sich direkt nach seiner Entlassung aus dem Wehrdienst – er war kurz vor Kriegsende noch zum Leutnant befördert worden – im Wintersemester 1918/19 in Münster für evangelische Theologie eingeschrieben. Zumindest im ersten Semester standen akademische Dinge für Wilhelm Niemöller jedoch im Hintergrund. Nach dem Kriegsdienst fehlten ihm Motivation und Konzentration für den Besuch von Vorlesungen. Stattdessen tanzte und diskutierte er und schloss sich der Akademischen Turnverbindung Westmark an, einer nicht-schlagenden Studentenverbindung. Seit dem Herbst 1919 war Wilhelm Niemöller zudem in der Studierendengruppe der DNVP aktiv.[9] Auch darin folgte ihm sein älterer Bruder, der sich unmittelbar nach der Ankunft in Münster der Studierendengruppe der DNVP anschloss, der er bis zum Sommersemester 1922 angehörte. Die Gruppe hatte im Februar 1920 bereits 61 Mitglieder und wuchs im Sommer 1920 auf 84 Studierende an. Damit war sie eine der drei größten parteipolitisch gebundenen Gruppen in der verfassten Studentenschaft der Universität Münster, etwa gleichauf mit der Zentrumsgruppe und nur knapp hinter jener der rechtsliberal-nationalen Deutschen Volkspartei (DVP), die im Winter 1920/21 ihren kurzlebigen Zenit erreichte. Vom Dezember 1918 bis zum Sommer 1920 war die Gruppe der DNVP sogar „die stärkste politische Kraft des rechten Spektrums" an der Uni Münster.[10]

Mit dem Eintritt in die DNVP-Studierendengruppe begab sich Martin Niemöller in das Milieu der radikalnationalistischen Rechten, das seit 1920 in Münster florierte. Dies war ein äußerst vielgestaltiges, ja verwirrendes Netzwerk miteinander konkurrierender, zugleich aber durch Mehrfachmitgliedschaften vielfach miteinander verbundener Parteien, Gruppen und Verbände. Das rechtsradikale Milieu war eine fluide Form der Vergemeinschaftung, in der einzelne Gruppen entstanden und rasch wieder verschwanden, nicht zuletzt auf Grund des Drucks staatlicher Verbotsmaßnahmen. Neben trennenden Faktoren wie persönlichen Rivalitäten und Streitigkeiten über die einzuschlagende Taktik verband diese Gruppen vieles. Alle in diesem Milieu Aktiven teilten ein unbedingtes Nein zur Republik von Weimar, ein Misstrauen gegenüber der demokratischen Regierungsform, tiefe Erbitterung über die Folgen des verlorenen Kriegs für Deutschland und antisemitische Ressentiments gegen die als Rasse verstandenen Juden. Aus

[9] Vgl. Jürgen Kampmann, Bekenntnispfarrer, Archivar und Geschichtsschreiber. Wilhelm Niemöller zwischen Weltwirtschaftskrise und Wirtschaftswunder, in: Reimund Haas (Hrsg.), Fiat voluntas tua. Theologe und Historiker, Priester und Professor. Festschrift zum 65. Geburtstag von Harm Klueting, Münster 2014, S. 467–485, hier S. 470. Auch: ZEKHN, 35/578, Wilhelm Niemöller, Stürmische See – leuchtende Sonne. Ein Lebensbericht (Ms., 1982), S. 44 f., und Universitätsarchiv Münster (UAMs), Bestand 4, Nr. 684, Bl. 5-7 und Bl. 19-21, Mitgliederliste der DNVP-Studierendengruppe für das Sommer-Halbjahr 1919, 22.5.1919, sowie Herbstzwischenhalbjahr 1919, 28.10.1919.

[10] Vgl. Pöppinghege, Absage, S. 42–53, Zitat S. 47. Auch: UAMs, Bestand 4, Nr. 684, Bl. 22-25, Mitgliederlisten der DNVP vom 3.2.1920 und 10.6.1920.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dieser „Gemeinsamkeit des Nein" – wie es der DNVP-Politiker Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau 1929 prägnant formulierte – speiste sich der Zusammenhalt und die kollektive Handlungsfähigkeit der radikalen Rechten.[11]

Vor allem 1920, aber auch in den beiden folgenden Jahren, nahmen die Sitzungen, Vorträge und geselligen Ausflüge mit rechtsradikalen Gruppen einen wesentlichen Teil von Niemöllers freier Zeit ein. Schließlich überlappten und ergänzten sich Politisches und Privates. Vor allem mit einigen Mitgliedern der DNVP-Studierendengruppe waren Niemöller und seine Frau Else – das Paar hatte im April 1919 geheiratet – auch privat befreundet. Zu ihnen zählte etwa das Ehepaar Christian und Maly Brückner, die sich für Staatswissenschaften beziehungsweise Geschichte eingeschrieben hatten. Christian Brückner war 1920 auch im Vorstand der DNVP-Gruppe aktiv. Im Januar 1921 etwa trafen sich Else Niemöller und Maly Brückner abends in der Wohnung der Brückners. Martin Niemöller ging derweil zur DNVP-Studierendengruppe, wo ein „literarischer Abend" stattfand. Kurz vor Mitternacht ging er dann mit Christian Brückner zu dessen Wohnung und holte Else dort ab. Zum Freundeskreis der beiden zählte auch Elfriede Wixforth, Studentin der Mathematik und ebenfalls Mitglied der DNVP-Gruppe. Einige Tage nach dem Treffen mit Brückners, am 27. Januar, nahmen Elfriede Wixforth, Else und Martin Niemöller gemeinsam an einer geselligen Kaisergeburtstagsfeier zu Ehren von Wilhelm II. teil.[12]

Das Milieu der radikalnationalistischen Rechten in Münster bestand im Kern aus drei Personengruppen. Die erste Gruppe waren Angehörige der protestantischen Mittelschichten, von denen viele zugleich als Soldaten oder Reserveoffiziere im Krieg gedient hatten. Zu dieser Gruppe zählten auch einige Universitätsprofessoren, die damit zugleich als Scharnierstellen zwischen dem universitären und dem weiteren rechtsradikalen Milieu fungierten. Einer von ihnen war Hubert Naendrup, seit 1919 Ordinarius für Rechtsgeschichte. Naendrup hatte im Krieg als Reserveoffizier gedient. Im Herbst 1919 war er die treibende Kraft hinter der Aufstellung der Akademischen Wehr, einer Formation studentischer Zeitfreiwilliger, in der dann auch Niemöller nach dem Kapp-Putsch die Rote Ruhrarmee bekämpfen sollte. Ende 1921 gründete Naendrup nach persönlichen Intrigen zudem in Konkurrenz zum Westfalenbund den Westfalen-Treubund. Beide Grup-

[11] Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau, Konservativismus, in: Bernhard Harms (Hrsg.), Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, Bd. 2: Politik und Partei/Staatsverfassung und Staatsverwaltung, Berlin 1929, S. 35–62, hier S. 59. Im Aufsatz von Larry Eugene Jones, Introduction. The German Right in the Weimar Republic – New Directions, New Insights, New Challenges, in: Ders. (Hrsg.), The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism, New York 2014, S. 1–24, hier S. 1, ist das Zitat ebenfalls, in englischer Sprache, zu finden. Grundlegend zur radikalen Rechten in Münster vgl. Gerd Krüger, „Treudeutsch allewege!" Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887–1929/30), Münster 1992, und Ludger Grevelhörster, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, S. 80–88.

[12] ZEKHN, 62/6096, AK, 13.1., 27.1.1921, und UAMs, Bestand 4, Nr. 684, Bl. 24-30, Mitgliederlisten der DNVP vom 10.6. und 25.11.1920, 10.6.1921.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

pen verstanden sich als Nachfolger der Organisation Escherich (Orgesch), einer paramilitärischen Selbstschutzorganisation bürgerlich-radikalnationalistischer Kreise. In Preußen wurde die Orgesch als Auffangorganisation für die in der Revolution von bürgerlichen Kreisen zum Besitzschutz geschaffenen, bewaffneten Einwohnerwehren im November 1920 endgültig verboten, da sie systematisch gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags verstieß.[13]

Im rechtsnationalistischen Milieu aktiv war auch der Mathematikprofessor Reinhold von Lilienthal (1857–1935). Trotz seines vorgerückten Alters hatte er im Weltkrieg als Infanterieoffizier der Reserve an der Front gedient, und wie andere Radikalnationalisten „litt" er „schwer" am „Zusammenbruch" des deutschen Heeres im Herbst 1918.[14] Martin und Else Niemöller waren dem „Geheimrat" von Lilienthal, wie ihn beide respektvoll nannten, wohl erstmals zufällig im Osnabrücker Land während ihrer kurzen Flitterwochen im April 1919 begegnet.[15] Im Frühjahr 1919 trafen sich Niemöller und von Lilienthal dann im Kontext der deutschnationalen Studierendengruppe wieder, wo sie über mögliche Vortragsthemen sprachen.[16] In der DNVP-Gruppe trug schließlich auch Felix Hase vor, Studiendirektor am Paulinischen Gymnasium und zugleich Sprachlektor am Englischen Seminar der Universität.[17]

Die zweite Gruppe im rechtsradikalen Milieu Münsters waren protestantische Studierende. Von den im Winter 1919/20 knapp 4.400 Studierenden der Universität Münster war immerhin knapp ein Drittel evangelisch. Diese Evangelischen stellten den aktiven Kern der politisch auf dem rechten, antirepublikanischen Rand angesiedelten Hochschulgruppen. Dazu zählten auch Studentinnen. Im Wintersemester 1920/21 waren von den 80 Mitgliedern der DNVP-Studierendengruppe immerhin 18 Frauen, darunter auch Else Niemöller, die als Mitglied eingetragen war, obwohl die Satzung der Gruppe formal nur Immatrikulierten den Beitritt einräumte.[18] Zur dritten Gruppe zählten aktive Soldaten und Offiziere des Reichswehrstandorts Münster sowie außer Dienst stehende Berufsoffiziere des alten kaiserlichen Heeres. In der Person Martin Niemöllers überschnitten sich die drei Kreise, aus denen sich das rechtsradikale Milieu Münsters in den frühen 1920er Jahren rekrutierte. Auch das erklärt die Leichtigkeit, mit der er sich zwischen den verschiedenen Parteien und Verbänden bewegen, Kontakte knüpfen und Mehrfachmitgliedschaften eingehen konnte.

[13] Vgl. Krüger, Treudeutsch, S. 115–119; Pöppinghege, Absage, S. 80. Auch: UAMs, Bestand 31, Nr. 42, Personalakte Hubert Naendrup.

[14] Zit. nach Heinrich Keisker, Gedächtnisrede auf Geheimrat von Lilienthal, in: Semesterberichte zur Pflege des Zusammenhangs von Universität und Schule 8 (1935/36), S. 77–86, hier S. 83. Keisker geht nicht auf diese Aktivitäten Reinhold von Lilienthals ein.

[15] ZEKHN, 62/6078, Tagebuch Else Niemöller o. D. (April/Mai 1919).

[16] ZEKHN, 62/6096, AK, 11.3. und 14.5.1919.

[17] ZEKHN, 62/6096, AK, 7.7.1922. Vgl. auch Personal-Verzeichnis der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster für das Winterhalbjahr 1920/21, Münster 1920, S. 14.

[18] UAMs, Bestand 4, Nr. 684, Bl. 26-28, Mitgliederliste vom 25.11.1920. Vgl. auch Klaus Gimpel, Martin Niemöllers Wirken in Münster, in: Auf Roter Erde 44/289 (1988), S. 3, und Pöppinghege, Absage, S. 22–118.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Im Zentrum von Niemöllers politischer Aktivität stand zunächst die DNVP. Gerade in den Jahren 1919/20, bevor andere völkische Gruppierungen sich besser als radikale Alternative zur verhassten Republik präsentieren konnten, bündelte die DNVP als nationalistische Sammelpartei die Wut über die Kriegsniederlage, die Verweigerung des von den Alliierten diktierten Friedens und das Ressentiment gegen Juden und Linke. Dabei war die DNVP eine evangelische Volkspartei, für die sich auch die Mehrheit der evangelischen Pfarrer einsetzte.[19] In der Studierendengruppe der DNVP, in der Niemöller zunächst aktiv war, herrschte ein reges Treiben. Einmal wöchentlich – in der Regel am Donnerstag – traf man sich im Mathäserbräu am Münsteraner Roggenmarkt. Diese Treffen hatten eine gesellige Funktion. Darüber hinaus standen aber auch Vorträge auf der Tagesordnung, die entweder von den studentischen Mitgliedern selbst oder von DNVP-Funktionären aus der Stadt und deren Umland gehalten wurden.[20] Die Themen der Vorträge erhellen die politischen Themen und ideologischen Obsessionen, welche Niemöller und seine Freunde zu dieser Zeit umtrieben. Im Februar 1920 referierte Eberhard Kayser, ein bei der Bezirksregierung angestellter Landvermesser und Mitglied des Landesvorstands der DNVP, den Niemöller jedoch, militärischer Gewohnheit folgend, mit seinem Reserveoffizierstitel als „Major Kayser" titulierte. Kayser sprach über die frühere Kolonie Deutsch-Ostafrika, ein Thema, bei dem Stolz auf die imperiale Größe des Reichs und Trauer über deren Verlust im Weltkrieg zusammenkamen. „Sehr schön", so lautete Niemöllers Urteil.[21] In der stichwortartig verdichteten Diktion, in der er seinen Amtskalender führte, war dies das höchste Lob.

Ein anderes Lieblingsthema der völkischen Rechten, mit dem sich antibolschewistische Ressentiments aktualisieren ließen, war das Schicksal deutscher Kriegsgefangener in Russland. Darüber sprach etwa Niemöllers Freund Christian Brückner.[22] Auch die aus nationaler Sicht heroische Seite des Weltkriegs kam zur Sprache, nicht zuletzt als Niemöller selbst im Februar 1921 erstmals über die „letzte Kriegsfahrt mit UC 67" berichtete, die er 1918 als Kommandant des U-Boots UC 67 unternommen hatte. In den folgenden Jahren sollte dies sein Standardvortrag in nationalen Zirkeln werden. Dass er bereits beim ersten Mal Resonanz in der Lokalpresse fand, freute ihn besonders.[23] Schließlich war es in der DNVP un-

[19] Vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956, S. 7–39, und Maik Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition" und dem „Willen zur Macht". Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928, Düsseldorf 2011, hier S. 159–198. Zu Pfarrern in der DNVP vgl. Kurt Nowak, Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen ²1988, S. 101–103, und Karl-Wilhelm Dahm, Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933, Köln 1965, S. 148–151.

[20] Vgl. Hochschul-Stimmen. Zeitschrift für das akademische Leben der Westfälischen Wilhelms-Universität (künftig: Hochschul-Stimmen) vom 15.12.1920: „Aus der Studentenschaft".

[21] ZEKHN, 62/6096, AK, 12.2.1920. Vgl. auch Blätter für das Münsterland vom 1.4.1922 und vom 1.4.1924, sowie Gimpel, Wirken in Münster, S. 3.

[22] ZEKHN, 62/6096, AK, 13.1.1921. Vgl. auch Krüger, Treudeutsch, S. 93.

[23] ZEKHN, 62/6096, AK, 2.2. und 26.2.1921.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bestritten, dass auch nach den Gewaltexzessen des Kriegs Gewalt ein Mittel der internationalen Politik bleiben sollte.[24]

Es gab zwei Dinge, die als einigende Klammer zwischen diesen verschiedenen politischen Themen fungierten. Das erste war die tiefe Sehnsucht nach der Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie, die vor allem in der jährlichen Feier des Geburtstags von Wilhelm II. am 27. Januar zelebriert wurde.[25] Das zweite war die antisemitische Agitation. Im März 1920 gab Helene Bremer, die jüngere Schwester von Else Niemöller, einen Einblick, wie sehr dieses Thema in den studentischen Alltag des Ehepaars Niemöller verwoben war:

> „Martin diktiert Else gerade einen Vortrag, den er am nächsten Donnerstag in der hiesigen deutsch-nationalen Studentengruppe halten wird. Das Thema lautet: 4 Monate U-Kreuzerfahrt im Atlantischen Ozean. Die erste Sekretärin Else ist also schon beschäftigt. Da habe ich es unternommen, euch von uns zu erzählen. [...] Donnerstag [4.3.1920] war ich mit Martin in der deutsch-nationalen Studentengruppe, wo ein Student eine Rede über ‚Das Ziel des Judentums' hielt. Überhaupt steht hier die Frage des Judentums sehr im Brennpunkt des Interesses. Mittwoch wird ein Rabbiner sprechen, in gewissem Sinne soll es eine Entgegnung werden auf die Rede eines Professor Werner aus Gießen, eines Führers im deutsch-völkischen Bund. Man ist allgemein auf den Abend recht gespannt. [...] Nachmittags, wenn Martin arbeitet, setzen wir uns zu ihm ins Wohnzimmer. Obwohl tiefstes Stillschweigen herrscht ist er höchst unzufrieden, wenn Else nicht bei ihm ist und er allein ist."[26]

Bei dem Rabbiner handelte es sich um Dr. Bruno Lange, der als zweiter Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Essen amtierte und zugleich Mitglied des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens war.[27] Der besagte Professor war Ferdinand Werner, ein wegen seiner radikal judenfeindlichen Ansichten häufig versetzter Gymnasiallehrer. Bereits während des Kriegs hatte sich Werner dem Aufbau deutsch-völkischer Gruppierungen verschrieben. Zum Zeitpunkt des Vortrags in Münster war er ein führendes Mitglied des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbunds (DVSTB), einer im Kern rassistischen und antisemitischen Vereinigung, und wurde kurz darauf zu deren stellvertretendem Bundesvorsitzenden gewählt.[28] Der Andrang zu seinem Vortrag im Münsteraner Auditorium Maximum war so groß, dass die Veranstaltung am folgenden Tag wiederholt werden musste.[29] Die Studierendengruppe der DNVP war bereits unmittelbar nach ihrer Gründung 1919 mit antisemitischer Hetzpropaganda beschäftigt und trug diese

[24] ZEKHN, 62/6096, AK, 3.12.1921. Vgl. auch Blätter für das Münsterland vom 1.1.1922.
[25] ZEKHN, 62/6096, AK, 27.1.1921 und 27.1.1922.
[26] ZEKHN, 62/6067, Helene Bremer an Heinrich und Paula Niemöller (Martin Niemöllers Eltern), 7.3.1920; auch: ZEKHN, 62/6096, AK, 4.3.1920.
[27] Vgl. Hochschul-Stimmen vom 4.3.1920: „Freie Politische Vereinigung".
[28] Vgl. Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 68–71, S. 96 f. und S. 139–175.
[29] Vgl. Krüger, Treudeutsch, S. 138.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu dieser Zeit als einzige politische Vereinigung in die Universität hinein.[30] Diese Agitation stand zugleich im weiteren Rahmen einer judenfeindlichen Gruppenkultur der radikalnationalen Studierendenschaft Münsters. Sie manifestierte sich unter anderem in öffentlichen Beschimpfungen von jüdischen Studierenden, im Beschmieren von Hörsaalbänken mit antisemitischen Parolen und 1921 auch in tätlichen Übergriffen korporierter Studenten gegen jüdische Verbindungsstudenten.[31] Ob sich Niemöller an solchen Schmierereien oder gar Übergriffen selbst beteiligt hat, lässt sich ebenso wenig belegen wie seine Teilnahme an der Störung von demokratischen Hochschulversammlungen.[32] Auszuschließen ist allerdings, dass er solch antisemitische Schmierereien nicht wahrnahm. Denn sie waren nicht nur in den Räumen diverser Fakultäten der Universität sichtbar, sondern wurden in der studentischen Presse mehrfach angesprochen.[33]

Das Interesse der DNVP-Studierendengruppe am Vortrag von Ferdinand Werner deutet darauf hin, wie fließend die Übergänge zwischen deutschnationalen und deutsch-völkischen Positionen unter der akademischen Jugend zu diesem Zeitpunkt waren. Zugleich wirft der Brief ein Schlaglicht auf die geschlechterspezifische Arbeitsteilung in radikalnationalistischen Zirkeln. Wie andere Frauen in der DNVP-Gruppe war Else Niemöller in die deutschnationale Arbeit involviert. Aber ihre Rolle bestand vornehmlich darin, die nationalpolitischen Gedankengänge ihres Manns im Diktat entgegenzunehmen und ihm ansonsten schweigend bei der geistigen Arbeit Gesellschaft zu leisten. Für Martin Niemöller waren der Besuch von Versammlungen und das Verfassen von Vorträgen dagegen nur der Beginn einer intensiveren Tätigkeit im radikalnationalen Milieu. In einer kurzen Notiz an die Eltern, die er dem bereits zitierten Brief von Leni beifügte, gab er einen Ausblick auf weitere Arbeiten: „Für das nächste Semester werde ich wohl der 1. Vorsitzende der deutsch-ntl. Studentengruppe werden; alles Sträuben hilft nichts. Aber ich tue es im Grunde auch gerne; denn es ist eine dankbare Aufgabe und viel Arbeit, hoffe ich, wird es nicht machen.“[34]

Die Funktion des Vorsitzenden der DNVP-Gruppe hatte Niemöller vom Frühjahr 1920 bis zum Ende des Wintersemesters 1920/21 inne.[35] Doch sie war letztlich nur ein Sprungbrett für weitere Aufgaben, die er von 1920 bis 1922 in rastloser Tätigkeit für die DNVP erfüllte, und zwar über den Rahmen der Studierendengruppe hinaus in der Ortsgruppe der Partei. So fand er sich des Öfteren in der lokalen Geschäftsstelle der DNVP ein, um dort in einer „Geschäftsstunde“, die in der Regel am Freitagnachmittag stattfand, Bürodienst zu verrichten. Auch die Wahlhilfe durch die Verteilung von Zetteln oder die Tätigkeit als

[30] Dies betont Heinz Köster, Die Westfälische Wilhelms-Universität zu Münster während des Weltkrieges und der Novemberrevolution (1914–1919), Diss., Münster 1941, S. 167.
[31] Vgl. Pöppinghege, Absage, S. 47 f. und S. 88–92.
[32] Das letztere behauptet, ohne stichhaltigen Beleg, Matthias Schreiber, Martin Niemöller, Reinbek bei Hamburg 1997, S. 40.
[33] Vgl. Hochschul-Stimmen vom 1.7.1920: „Mehr Selbstzucht“ und vom 11.2.1920: „Niedriger hängen!!“
[34] ZEKHN, 62/6067, Helene Bremer an Heinrich und Paula Niemöller, 7.3.1920.
[35] Vgl. Pöppinghege, Absage, S. 48.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ordner am Wahltag gehörten zu seinen Aufgaben, etwa bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920. Deren Ausgang bezeichnete er als „wenig ermutigend", denn die DNVP hatte gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung in Münster Stimmen verloren und kam nur auf magere 5,0 Prozent.[36] Schließlich war Niemöller auch auf der Ebene des westfälischen Landesverbands der DNVP tätig. Im Juni 1920 nahm er erstmals an einer Sitzung des Landesverbands teil, weitere Sitzungen folgten in unregelmäßiger Folge bis in den Sommer 1921 hinein. Niemöller war offenkundig ein Delegierter der Münsteraner Ortsgruppe, denn am 24. Juli 1921 nahm er an einer geschlossenen, nur von Vertretern der Ortsgruppen und Kreisvereine besuchten Sitzung des Landesparteitags für Westfalen teil, auf der unter anderem Alfred Hugenberg sprach.[37] In den politischen Kontroversen der Jahrzehnte nach 1945 sollte Niemöller stets betonen, dass er nie einer Partei angehört habe oder für eine solche tätig gewesen sei.[38] Das entsprach offenkundig nicht der Wahrheit.

III. Der Kapp-Putsch und der Einsatz der Akademischen Wehr

Eine wichtige Zäsur im rechtsradikalen Milieu Münsters der frühen Weimarer Republik war der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Militärs um den Chef des Reichswehrgruppenkommandos I in Berlin, General Walther Freiherr von Lüttwitz, und Wolfgang Kapp, 1917 einer der Mitbegründer der radikalnationalen Vaterlandspartei, taten sich zum Sturz der Republik zusammen. In der Nacht vom 12. auf den 13. März 1920 marschierte die Marinebrigade von Hermann Ehrhardt in Berlin ein und besetzte das Regierungsviertel. Die Reichsregierung unter Kanzler Gustav Bauer (SPD) zog sich erst nach Dresden und dann nach Stuttgart zurück, um handlungsfähig zu bleiben. Für die nationalistische Studentenschaft nicht nur in Münster war die Absetzung der legitimen Regierung ein Anlass zum Jubel. „Die alte Regierung ist gestürzt!", notierte Martin Niemöller emphatisch in seinem Kalender. Sein Bruder Wilhelm drückte sich deutlicher aus: „Neuer Reichskanzler Kapp! Ebert-Bauer gestürzt! Große Begeisterung! Schwarz-weiß-rot!" Auch am folgenden Tag gab es für Martin Niemöller Grund zur Genugtuung, als die Marine sich hinter die Putschisten stellte.[39]

Doch die Begeisterung der Gebrüder Niemöller hielt nicht lange an und schlug bald in Ernüchterung um. Ebenfalls am 13. März hatten die sozialdemokratischen Reichsminister und der SPD-Vorsitzende Otto Wels einen Aufruf zum Generalstreik gegen die Putschisten veröffentlicht. Die SPD-nahen Freien Gewerkschaften übernahmen die Durchführung des Streiks, seit dem 14. März auch mit Unterstützung der KPD. Ab Montag, dem 15. März, legte der Streik die Be-

[36] ZEKHN, 62/6096, AK, 6.6., 7.6. (Zitat), 7.7. und 3.12.1920 sowie 14.1., 19.1., 28.1., 11.2. und 19.2.1921. Vgl. auch Grevelhörster, Münster, S. 66.

[37] ZEKHN, 62/6096, AK, 24.6. und 11.8.1920, 21.1. und 24.7.1921. Vgl. auch Blätter für das Münsterland vom 15.8.1921.

[38] Vgl. Heymel, Niemöller, S. 39, der diese Behauptung ungeprüft wiedergibt.

[39] ZEKHN, 62/6096, AK, 13.3. und 14.3.1920, sowie 35/703, Tagebuch Wilhelm Niemöller, 13.3.1920.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

triebe in allen wichtigen Industriegebieten des Reichs lahm. Nach Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften kam es am 22. März zum Abbruch des Generalstreiks. Doch im Ruhrgebiet gingen die Streiks weiter. In den Zechen des Reviers gab es eine substanzielle Zahl syndikalistisch oder anarchistisch eingestellter Bergleute, während in der Eisen- und Stahlindustrie eine Mehrheit in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) organisiert war. Aufgrund der Demilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrags gab es im Revier nur wenig Reichswehrtruppen. Unmittelbar nach dem Beginn des Putschs hatten sich linke Arbeiter im Ruhrgebiet bewaffnet und in der Roten Ruhrarmee organisiert, die bis zu 50.000 Arbeiter umfasste. Bereits am 16. März konnten Einheiten der Roten Ruhrarmee das von Münster aus in Marsch gesetzte Freikorps Lichtschlag bei Dortmund vernichtend schlagen. Es war gewiss diese Neuigkeit, auf die Niemöller mit einer sarkastischen Notiz im Amtskalender reagierte: „Tolle Nachrichten aus dem Industriegebiet. [...] Generalstreik dauert fort."[40]

Bereits unmittelbar nach der Proklamation des Generalstreiks war es in Münster zu Spannungen zwischen sozialistischen Arbeitern und nationalistischen Studierenden gekommen. Eine Gruppe von fast 200 Arbeitern verbrannte vor dem Kneiplokal der katholischen Verbindung Zollern deren schwarz-weiß-rote Fahne, die sie als Flagge des Kaiserreichs missverstanden. Martin Niemöller dagegen beklagte sich am 17. März darüber, dass „Arbeiter" gegen Mittag „die Universität belästigt" hätten. Am selben Tag kam es zur „Alarmierung" – so Niemöller – der Akademischen Wehr.[41] Ein Verband studentischer Zeitfreiwilliger war bereits im Januar 1919 erstmals aufgestellt worden. Im Herbst 1919 wurde der Verband als Akademische Wehr unter Leitung von Naendrup erneut gebildet. Die rechtsnationalen Studierenden forderten unmittelbar nach der Nachricht vom Kapp-Putsch deren Einberufung. Doch Oskar von Watter, der zuständige Kommandeur des Wehrkreises VI der Reichswehr in Münster, trat nicht offen für die Putschisten ein – obwohl er bereits seit dem Sommer 1919 von deren Plänen wusste –, sondern wartete ab. Erst als die Putschisten am 17. März aufgaben, mobilisierte er die Akademische Wehr, und zwar zur Niederschlagung des Aufstands der Roten Ruhrarmee.[42]

Die Akademische Wehr umfasste rund 750 Studenten, die auf drei Bataillone verteilt waren; das erste mit Studenten waffentragender Verbindungen, das zweite mit solchen aus katholischen Verbindungen. Niemöller machte sich am 18. März sofort an den Aufbau des zweiten Bataillons, übernahm dann aber das Komman-

[40] ZEKHN, 62/6096, AK, 16.3.1920. Zum Kontext vgl. Ursula Büttner, Weimar – Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 143–145; zum Gesamtkomplex immer noch die Darstellung von Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

[41] ZEKHN, 62/6096, AK, 17.3.1920. Vgl. auch Pöppinghege, Absage, S. 80, und Niemöller, U-Boot, S. 171 f.

[42] Vgl. Pöppinghege, Absage, S. 80, und Grevelhörster, Münster, S. 55–60. Die Akademische Wehr war ein Verband von Zeitfreiwilligen, und kein „Freikorps", wie es oft kolportiert wird; vgl. Nicholas Stargardt, Der deutsche Krieg 1939–1945, Frankfurt a. M. 2015, S. 30.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

do des dritten Bataillons, dem die übrigen, nicht-korporierten Studenten unterstanden. Bereits am 19. März gab es eine Inspektion der Akademischen Wehr durch von Watter, der einen „Parademarsch" abnahm. Um die Rekrutierung zu erleichtern, suchte Niemöller am folgenden Tag zusammen mit Arnold Knoerchen, einem Studenten der Zahnmedizin und Kameraden aus der DNVP-Studierendengruppe, den Rektor der Universität, den Physikprofessor Gerhard Schmidt, auf. „Schließung durchgesetzt", notierte Niemöller befriedigt als Ergebnis des Gesprächs mit Schmidt. Gegen den Widerstand der sozialistischen Studenten wurde der Lehrbetrieb der Universität bis auf Weiteres eingestellt. Am 27. März war die Akademische Wehr marschbereit und rückte gegen das nördliche Ruhrgebiet vor. Am Gründonnerstag, dem 1. April, stürmte das dritte Bataillon unter Niemöller bei Selm in der Nähe von Lünen die Zeche Hermann II und besetzte anschließend die anliegende Zechenkolonie.[43]

Nach dem konzertierten Einsatz von Reichswehrtruppen und Freikorps lösten sich die Reste der Roten Ruhrarmee schon am 5. April auf. Die Kampfhandlungen waren also bereits vorbei, als die Akademische Wehr am 4. April über die Lippe in Richtung Castrop-Rauxel vorrückte. In seinem Erinnerungsbuch hat Niemöller den Vormarsch der Akademischen Wehr dennoch als einen Kampf gegen Spartakisten stilisiert und seinen Trupp als „Befreier aus der Hölle des Bolschewismus" glorifiziert. Dabei kam nur eine kleine Minderheit der Soldaten in der Roten Ruhrarmee aus der KPD. Aber der Antibolschewismus war das wichtigste politische Motiv der nationalen Studierendenschaft Münsters nach 1919 – weit über den Ruhrkampf hinaus –, und zwar als ideologische Projektion, nicht etwa als Beschreibung der politischen Realitäten. Solche Projektionen dominierten Niemöllers Wahrnehmung der Situation. Nachdem französische Truppen als Reaktion auf den Einmarsch der Reichswehr in das entmilitarisierte Ruhrgebiet seit dem 6. April Frankfurt und andere hessische Städte besetzt hatten, notierte er am 15. April: „Was in der Politik los ist, ist die große Frage, auf die man keine Antwort bekommt. Seit 8 Tagen sind die Franzosen in Frankfurt, kein Vormarsch, kein Standgericht."[44] Selbstredend war die Reichsregierung weder willens noch in der Lage, nationalistischen Blütenträumen von einem militärischen Kampf gegen die Franzosen oder Standgerichten gegen deutsche Kollaborateure nachzugehen.

Generalleutnant von Watter hatte die Radikalisierung des militärischen Vorgehens gegen die Rote Ruhrarmee ganz bewusst vorangetrieben, als er das am 24. März zwischen Gewerkschaften, Staat und Arbeiterparteien ausgehandelte Bielefelder Abkommen am 29. März eigenmächtig durch weitere Bedingungen ergänzte und damit die Militanz der Arbeiter provozierte. Mit dem Vorgehen gegen die kämpfenden Arbeiter wollte von Watter „blutige Vergeltung" üben. So forderte

[43] ZEKHN, 62/6096, AK, 18.–20.3.1920. Vgl. auch Niemöller, U-Boot, S. 174. Zum Einsatz der Akademischen Wehr vgl. Hans Oscar Michatsch, Die Akademischen Wehren Münster 1919 und 1920, in: Einst und Jetzt 54 (2009), S. 301–323.

[44] ZEKHN, 62/6096, AK, 15.4.1920. Vgl. auch Niemöller, U-Boot, S. 177 f., und Bernward Vieten, Medizinstudenten in Münster. Universität, Studentenschaft und Medizin 1905 bis 1945, Köln 1982, S. 118.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der von Reichswehrtruppen und Freikorpseinheiten ausgeübte „weiße Terror" mehr als 1.000 Todesopfer unter den sozialistischen Arbeitern.[45] Vor dem Hintergrund dieser Eskalation der Gewalt war der Einsatz der Akademischen Wehr allerdings alles andere als ein „blutige[r] Kampf".[46] Er bestand hauptsächlich in Sicherungsaufgaben, vor allem der Durchsuchung von Häusern nach versteckten Waffen und versprengten Soldaten der Roten Ruhrarmee.[47] Daneben fand sich genügend Zeit für Geselligkeit. So etwa am 8. April in Castrop, wo die Studenten abends Doppelkopf spielten, oder am 11. April in Dortmund-Mengede. Dort fand bei einem Beamten namens Hoffmann ein fröhlicher „Sektabend" statt. Niemöller verließ ihn nach einer Weile, um einige Befehle zu erledigen, kehrte dann aber zurück, und es wurde noch ausgiebig „musiziert u. gesungen",[48] bis er endlich um 2 Uhr morgens in sein Quartier zurückkehrte. Am 19. April trat die Akademische Wehr den Rückmarsch nach Dortmund an. Dort wurde sie am 22. April zur Rückfahrt nach Münster auf offene Wagen verladen. Wilhelm Niemöller war zu Beginn des Putschs nach Münster geeilt – er studierte inzwischen in Bielefeld-Bethel – und dort dem Bataillon seines Bruders zugeteilt worden. Er beobachtete bei der Verladung „viele Hakenkreuze!" – was einen Einblick in die politischen Präferenzen der Studenten gibt.[49] Am Tag darauf nahm General von Watter in Münster die Verabschiedung der studentischen Zeitfreiwilligen vor. In seiner kurzen Ansprache betonte er, dass die Zeitfreiwilligen ein „leuchtendes Beispiel in schwerster Zeit für alle Zweifler an noch vorhandenem kräftigen Willen zu einheitlichem Zusammenhalten Deutschlands gegen alle Feinde" gesetzt hätten.[50]

So blieb das antikommunistische Kommando der Akademischen Wehr eine kurzlebige Episode in Niemöllers Leben. Zwar erhielt er wenige Tage nach der Rückkehr nach Münster das Angebot, als Hauptmann und Adjutant eines Majors in die Reichswehr einzutreten. In seinem Erinnerungsbuch hat Niemöller seine Absage so erklärt: „[...] ich konnte nicht; meine Aufgabe lag deutlich und unmißverständlich vor mir!"[51] Damit bezog sich Niemöller auf jene Überlegung, die angeblich seinem Entschluss zum Theologiestudium zugrunde lag: „[...] meine Überzeugung, meinem Volk aus ehrlichem und geradem Herzen" als Pfarrer „in seiner trostlosen völkischen Lage"[52] zu dienen. Doch das war – wie so vieles andere in dem nationalistischen Heldennarrativ des 1934 erschienenen Buchs – nichts

[45] Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn ²1985, S. 330–337, Zitate S. 335.
[46] So ohne Beleg Heymel, Niemöller, S. 32.
[47] Wilhelm Niemöller bestätigt, die Akademische Wehr habe „nicht einen scharfen Schuss" abgegeben; ZEKHN, 35/578, Wilhelm Niemöller, „Stürmische See – leuchtende Sonne. Ein Lebensbericht" (masch. Ms., 1982), S. 48. Vgl. auch Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, Bd. 3: Verhandlungsversuche und deren Scheitern/Gegenstrategien von Regierung und Militär/die Niederlage der Aufstandsbewegung/der weiße Terror, Frankfurt a. M. 1976, S. 283.
[48] ZEKHN, 62/6096, AK, 8.4. und 11.4.1920 (Zitat).
[49] ZEKHN, 35/703, Tagebuch Wilhelm Niemöller, 22.4.1920. Vgl. auch Niemöller, U-Boot, S. 177 f.
[50] Hochschul-Stimmen vom 20.5.1920.
[51] Niemöller, U-Boot, S. 180.
[52] Ebenda, S. 163.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

weiter als eine nachträgliche Stilisierung. Die Realität war eher prosaisch: „Else möchte nicht“,[53] notierte Niemöller in seinem Amtskalender, und das aus guten Gründen: Am 2. April war Brigitte – das erste Kind des jungen Ehepaars – geboren worden. Erst eine Woche später, am 9. April, kam der stolze Vater Martin Niemöller für eine kurze Stippvisite nach Münster, um sein Kind in Augenschein zu nehmen.[54]

Es war symptomatisch für die Politik von Watters und der Studenten, dass die Akademische Wehr nicht gegen die Putschisten um Kapp, sondern gegen jene Arbeiter mobilisiert wurde, deren Generalstreik die Republik gerettet hatte. Das preußische Kultusministerium unter dem Sozialdemokraten Konrad Haenisch richtete deshalb noch im März peinliche Nachfragen an die Universität. Diese behauptete jedoch einfach, in völliger Verkehrung der Tatsachen, die Zeitfreiwilligen hätten die Universität „gegen den roten Terror“ verteidigt.[55] Immerhin hatte Martin Niemöller durch seinen Einsatz in der Akademischen Wehr einen Gönner gewonnen: General von Watter, der stramm monarchistisch aus seiner Abneigung gegen die Republik keinen Hehl machte und nur aus Angst vor einem Bürgerkrieg die Putschisten nicht unterstützt hatte. Niemöller und von Watter trafen in der Folge sporadisch zusammen – so etwa im August 1931 bei einer großen Kundgebung des Wehrverbands „Stahlhelm“ im früheren Gebäude des preußischen Herrenhauses in Berlin (heute Sitz des Bundesrats). Noch kurz vor seinem Tod im August 1939 versäumte es von Watter nicht, Niemöller einen letzten Gruß in das KZ Sachsenhausen zu schicken, wo dieser sich seit dem 2. März 1938 in Einzelhaft befand. „Seit der Zeit der gemeinsamen Kämpfe um die Befreiung unseres Vaterlandes“, so schrieb er in Erinnerung an den April 1920, „schätze ich Sie als meinen guten Kameraden und möchte Ihnen jetzt noch einmal danken für Ihren unerschrockenen ganzen Einsatz für unser Volk und Vaterland“.[56] Die aus dem gemeinsamen antibolschewistischen Kampf geborene Hochachtung beruhte auf Gegenseitigkeit. Am 24. August 1939, also einen Tag nach von Watters Tod – von dem er offenkundig noch nichts wusste – trug Niemöller seiner Frau in einer Sprecherlaubnis im KZ Sachsenhausen auf, sich um den krank im Johanniterheim liegenden von Watter „zu kümmern“.[57] Einige Tage später – inzwischen hatte er die Nachricht von Watters Tod vernommen – notierte Niemöller in einem Brief an seine Frau, von Watter sei für ihn „ein Edelmann, wie er sein soll, und wie es ja nicht mehr allzu viele gibt“.[58]

[53] ZEKHN, 62/6096, AK, 27.4.1920.

[54] Vgl. Niemöller, U-Boot, S. 178 f.

[55] UAMs, Bestand 4, Nr. 1316, Bl. 297 f., preußischer Minister für Wissenschaft und Kunst an die Kuratoren Universitäten in Münster, 25.3.1920, Antwort von Rektor und Senat an Kurator, 16.4.1920. Vgl. auch Vieten, Medizinstudenten, S. 113–117.

[56] ZEKHN, 62/6096, AK, 4.8.1931; Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen (Bielefeld), 5.1, Nr. 440, Fasc. 1, Bl. 34, Freiherr von Watter an Martin Niemöller, 2.6.1939, und durch P. E. Meissner, Seelsorger am Johanniterheim Berlin-Lichterfelde, am 2.6.1939 an Heinrich Himmler zur Weiterleitung gesandt (Abschrift).

[57] ZEKHN, 62/6179, Martin Niemöller, Notiz über die Sprecherlaubnis, 24.8.1939.

[58] Martin Niemöller an seine Frau, 31.8.1939, in: Martin Niemöller, Briefe aus der Gefangenschaft. Konzentrationslager Sachsenhausen (Oranienburg), hrsg. von Wilhelm Niemöller, Bielefeld 1979, S. 69.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

IV. Vertiefung und Radikalisierung der völkischen Agitation

Nach der Rückkehr aus dem kurzlebigen Abenteuer des Kampfs gegen die Rote Ruhrarmee im April 1920 erfolgte eine weitere Vertiefung und Radikalisierung von Niemöllers politischer Arbeit. Denn neben der Arbeit in der DNVP engagierte er sich nun auch im DVSTB. Im Frühjahr 1919 mit Unterstützung des Alldeutschen Verbands aus dem Zusammenschluss verschiedener völkischer Gruppen gebildet, ist der DVSTB als erster faschistischer Verband in Deutschland zu verstehen. Funktionäre und Mitglieder teilten das Programm einer völkischen Erneuerung Deutschlands, das auf einem rassistischen Antisemitismus und strikten Antibolschewismus basierte.[59] Mit seinen reichsweit Ende 1920 etwa 110.000 Mitgliedern schuf der Verband eine Massenbasis für radikalnationalistische, faschistische Politik. Nicht zufällig begannen viele spätere Funktionäre der NSDAP ihre politische Arbeit hier. Die im Oktober 1919 gegründete Münsteraner Ortsgruppe zählte bald mehr als 500 Mitglieder. Mit einer Serie von Veranstaltungen im Frühsommer 1920 versuchte der DVSTB in Münster, aus der in bürgerlichen Kreisen verbreiteten Angst vor dem „vermeintlich jüdisch gesteuerten Bolschewismus“ Kapital zu schlagen.[60] Allerdings steuerte der neue Vorsitzende der Ortsgruppe, Hauptmann a. D. Hans Caspary, seit dem Herbst 1920 einen etwas gemäßigteren Kurs.[61]

Der „konkrete Auslöser“ für den Aufschwung des DVSTB in Münster waren also die Kämpfe der Roten Ruhrarmee und deren Niederschlagung durch Reichswehr- und Freikorpsverbände.[62] Auch Niemöllers Interesse am DVSTB geht darauf zurück, zumal er an diesen Kämpfen selbst beteiligt war. Allerdings kam bei ihm wohl die Enttäuschung über die Schwäche der Münsteraner DNVP in der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 hinzu. Denn nur zwei Tage später, am 8. Juni, besuchte er Johannes Pol, laut städtischem Adressbuch „Telegraphen-Direktor“ und somit Beamter der Reichspost, zu einer Besprechung „wegen dtsch.-völkischer Organisation“. Einen Anstoß mag auch sein Bruder Wilhelm gegeben haben, der bereits in der Woche zuvor einen „Deutschvölkischen Abend“ besuchte.[63] Jeden-

[59] Wenn hier und im Folgenden von einem rassistischen Antisemitismus gesprochen wird, ist damit keine durch pseudowissenschaftliche Rasseforschung untermauerte Judenfeindschaft gemeint, wie sie im „Dritten Reich“ praktiziert wurde. Im völkischen Studentenmilieu der frühen Weimarer Republik diente das Konzept der Rasse nur dazu, die „biologisch determinierte Wertigkeit der Völker“ zu untermauern, und das hieß im Konzept des Antisemitismus: die biologisch determinierte Minderwertigkeit der Juden; vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 60 f.

[60] Grevelhörster, Münster, S. 85.

[61] Zu Münster vgl. ebenda, S. 84–88; allgemein vgl. Lohalm, Radikalismus, S. 77–134; Walter Jung, Ideologische Voraussetzungen, Inhalte und Ziele außenpolitischer Programmatik und Propaganda in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre der Weimarer Republik, Diss., Göttingen 2001, und Krüger, Treudeutsch, S. 134–160.

[62] Ebenda, S. 140.

[63] ZEKHN, 62/6096, AK, 1.6. und 8.6.1920. Vgl. auch Einwohnerbuch der Stadt Münster i. W. 1921, Teil 1, Münster 1921, S. 177.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

falls trat Martin Niemöller umgehend der studentischen Gruppe des DVSTB bei, die gleich nach ihrer Gründung im Sommer 1920 auf immerhin 158 Mitglieder anwuchs. Nicht weniger als 24 von ihnen waren wie Niemöller zugleich Mitglieder der DNVP. Aufgrund einer organisatorischen Umgliederung ging die Studierendengruppe aber schon im Winter 1920 in der Ortsgruppe des DVSTB auf – der sie bereits zuvor angegliedert war – und trat deshalb nicht mehr selbstständig in Erscheinung. Die Satzungen der Gruppe verpflichteten die Mitglieder auf den Kampf gegen den „verderblichen Einfluss" insbesondere der Juden auf das „Deutschtum", und die „deutsche" – also „arische" beziehungsweise nicht-jüdische – Abstammung war Voraussetzung der Mitgliedschaft.[64] Jedes Mitglied der Gruppe musste bei der Anmeldung schriftlich versichern, dass „er deutscher Abstammung war und sich auch unter seinen Vorfahren keine jüdischen Blutes befanden".[65] Niemöller wusste also, worauf er sich als Mitglied dieser Gruppe einließ. Allerdings stagnierte die Arbeit des DVSTB in Münster bald. Der Rückgang des Engagements zeigte sich bereits seit dem Frühjahr 1921 und ging somit dem endgültigen Verbot des Verbands voraus. Dieses erfolgte im Juli 1922 auf der Grundlage des kurz zuvor erlassenen Republikschutzgesetzes, mit dem die Mehrheit der Reichstagsparteien auf die Ermordung von Außenminister Walther Rathenau reagierte.[66]

Von den Gebrüdern Niemöller scheint sich Wilhelm häufiger an Treffen der Gruppe des DVSTB beteiligt zu haben als sein älterer Bruder. Am 29. Juni 1920 etwa war Wilhelm bei einem Treffen im „Dtsch.-völk. Bund", während sein älterer Bruder bis in den späten Abend hinein über die Apostelgeschichte arbeitete. Erst um kurz nach 23.00 Uhr kam Wilhelm dann zu einem späten Abendbrot bei seinem Bruder vorbei.[67] Gut drei Wochen zuvor, am 4. Juni, hatte Wilhelm einen Vortrag des antisemitischen Schriftstellers Artur Dinter besucht, der dem Vorstand des DVSTB angehörte und mit seiner Trilogie „Die Sünden der Zeit" bekannt geworden war.[68] Die von der Freien Politischen Vereinigung, einer überparteilichen Gruppe von Studierenden, organisierte Veranstaltung fand im mit rund 1.200 Studierenden überfüllten Audimax der Universität statt. Martin Niemöller zog es dagegen vor, an einer „deutsch.-ntl. Sitzung" teilzunehmen, bei der es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um eine Sitzung der örtlichen Partei, und nicht der Studierendengruppe, handelte.[69] Als Entgegnung auf den Vortrag von Dinter,

[64] UAMs, Bestand 4, Nr. 704, Satzungen der deutsch-völkischen Studentengruppe Münster, o. D. (1920). Vgl. auch Pöppinghege, Absage, S. 48 f.; Krüger, Treudeutsch, S. 143 f., und Köster, Wilhelms-Universität, S. 167.

[65] Ebenda, S. 167.

[66] Vgl. Krüger, Treudeutsch, S. 148–155, und Lohalm, Radikalismus, S. 256–272.

[67] ZEKHN, 62/6096, AK, 29.6.1920.

[68] Zu Dinter vgl. Lohalm, Radikalismus, S. 126 und S. 241.

[69] ZEKHN, 62/6096, AK, 4.6.1920: Dafür spricht, dass Niemöller an diesem Abend „mit Frau Krome nach Hause gegangen" ist. Dies war die Frau von – laut Adressbuch – Major a. D. Hermann Krome, der im Kaiser Wilhelm Ring 5 unweit von Niemöller – Kaiser Wilhelm Ring 10 – wohnte und ein führendes Mitglied der DNVP in Münster war; vgl. Einwohnerbuch Münster 1921, S. 128. Bei Niemöller, U-Boot, S. 171, wird der als „Oberst a.D. Crome"

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sprach am 17. Juni Dr. Ludwig Holländer vom Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Dabei kam es zwischen deutsch-völkischen Studenten und Anhängern der USPD beinahe zu Schlägereien. Im Getümmel dabei war Wilhelm Niemöller, während sein Bruder zu Hause für das Studium lernte.[70]

Der wachsende Einfluss der völkischen Nationalisten nach dem Kapp-Putsch und die Radikalisierung der Münsteraner Studentenschaft zeigte sich auch in den Ereignissen um die Reichsgründungsfeier der Universität 1921. Diese jährlichen Feiern zementierten den „antirepublikanischen Grundkonsens", der Studenten und Dozenten einte.[71] Für die Feier des 50. Jahrestags am 18. Januar 1921 war der angesehene Philosoph Max Ettlinger vorgesehen, dessen Vortrag später als Separatdruck erschien.[72] Ettlinger war getaufter Katholik, aber jüdischer Herkunft, und damit für den Waffenring, eine Vereinigung verschiedener schlagender Verbindungen, als Redner untragbar. Mit einem schriftlichen Protest beim Rektor versuchten die Verbindungen, Ettlinger als Redner zu verhindern. Der Protest hatte keinen Erfolg, und zu einem Boykott des Festkommerses kam es nicht. Aber immerhin blieben die jüdischen Studierenden vom Ring deutscher Korporationen, der den Festkommers veranstaltete, ausgeschlossen.[73] Martin Niemöller war an der Entscheidung zu diesem Protest gewiss nicht beteiligt, auch wenn er – aus unbekannten Gründen – im Juli 1920 an einer „Wahlsitzung des Waffenrings" teilgenommen hatte.[74] Aber seine Notizen in dieser Sache – „Feier des 18. Jan.[uar] in der Unität [sic!]: wegen des Redners Ettlinger großer Krach. Abends Reichsgründungskommers im Schützenhof" – lassen nicht erkennen, dass er die rassenantisemitisch motivierte Ablehnung des Katholiken Ettlinger in irgendeiner Weise anstößig fand.[75]

Der politische Einfluss des DVSTB ging weit über seine eigene unmittelbare Arbeit hinaus. In Münster wie anderswo fungierte er zugleich als Transmissionsriemen für die Verbreitung eines rassistischen Antisemitismus in anderen nationalen Verbänden, die selbst nicht zum Kern des völkischen Lagers zählten, aber zusammen mit den völkischen Verbänden eine „geschlossene antisemitische Front gegen die Republik" bildeten.[76] Beispielhaft für dieses Ausgreifen ist ein alter Marinekamerad und Münsteraner Freund von Niemöller, Rudolf Arnoldi. Im Jahr 1918 noch Niemöllers Leitender Ingenieur auf UC 67, war Arnoldi nun als

beschriebene Krome als „Nachbar" bezeichnet. Weiterführend auch: Krüger, Treudeutsch, S. 160.

[70] ZEKHN, 62/6096, AK, 17.6.1920. Vgl. auch Krüger, Treudeutsch, S. 138.

[71] Pöppinghege, Absage, S. 88.

[72] Vgl. Max Ettlinger, Leibniz als Geschichtsphilosoph. Festrede bei der 50jährigen Reichsgründungsfeier der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster am 18.1.1921, München 1921, und Josef Spieler, Ettlinger, Max Emil, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 4, Berlin 1959, S. 666 f.

[73] Vgl. Pöppinghege, Absage, S. 89 f.; die nachträgliche Rechtfertigung dieses durch rassistischen Antisemitismus motivierten Schritts bei Hochschul-Stimmen vom 12.2.1921: „Erklärung des Münsteraner Waffen-Rings".

[74] ZEKHN, 62/6096, AK, 7.7.1920.

[75] ZEKHN, 62/6096, AK, 18.1.1921.

[76] Lohalm, Radikalismus, S. 214.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

KfZ-Sachverständiger für Versicherungen aktiv. In seiner Freizeit leitete er ab 1921 die DVSTB-Ortsgruppe und war ein Jahr später Mitbegründer der NSDAP in Münster. Zugleich gehörte er auch dem Nationalverband Deutscher Offiziere (NDO), der Orgesch und deren Nachfolgeorganisation Westfalenbund sowie dem Heimatbund Rote Erde an. Und in jedem dieser vier radikalnationalen Verbände begegnete er seinem alten Kommandanten, Kapitänleutnant a. D. Martin Niemöller.[77]

Als am 2. März 1921 die Münsteraner Ortsgruppe des NDO aus der Taufe gehoben wurde, war Niemöller selbstverständlich anwesend.[78] Der im Dezember 1918 gegründete NDO war mit maximal 10.000 Mitgliedern der kleinere und zugleich politisch radikalere der beiden Verbände, in denen sich ehemalige Offiziere des kaiserlichen Heers sammelten. Anders als der Deutsche Offiziersbund (DOB) machte der NDO die antisemitische Hetze zum Programm. Er war mehr ein politischer Kampfbund als ein Verband zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen der überwiegend pensionierten Offiziere. Prominente Mitglieder des NDO beteiligten sich im März 1920 am Kapp-Putsch, so etwa Paul von Lettow-Vorbeck, der im Weltkrieg als Kommandeur der deutschen Schutztruppe in der Kolonie Deutsch-Ostafrika fungiert hatte. Durch seinen hinhaltenden Guerillakrieg gegen britische Truppen, mit dem er die Kolonie bis 1916 verteidigen konnte, war von Lettow-Vorbeck im nationalen Lager zu einer Heldenfigur von nachgerade mythischen Proportionen avanciert.[79] Als solche schlug er auch Niemöller in seinen Bann. Im November 1920 hielt von Lettow-Vorbeck auf Einladung der Freien Politischen Vereinigung, einer zur politischen Schulung der Studierenden gegründeten Gruppe, einen Vortrag über den „Wert überseeischer Kolonien".[80] Niemöller notierte dazu in seinem Amtskalender: „[D]er Eindruck ist überwältigend u.[nd] macht den Alltagssterblichen vor sich selbst klein u.[nd] häßlich."[81]

Doch so „klein u. häßlich" sich Niemöller auch im Vergleich mit einem völkisch-nationalen Weltkriegshelden wie von Lettow-Vorbeck fühlen mochte, so gewohnt energisch und engagiert war er in seiner politischen Teilhabe am rechtsradikalen Milieu. Bereits im November 1921 wurde Niemöller in den Ehrenrat der Ortsgruppe des NDO gewählt, zusammen mit seinem Marinekameraden Arnoldi und dem Juraprofessor Hubert Naendrup. Der NDO hatte sich zusammen mit dem DOB auf eine gemeinsame Ehrenschutzordnung geeinigt. In Anlehnung an

[77] Vgl. ebenda, S. 211–214; Krüger, Treudeutsch, S. 158 f., und Niemöller, U-Boot, S. 102 f. sowie S. 187.

[78] ZEKHN, 62/6096, AK, 2.3.1921.

[79] Vgl. Kurt Finker/Reinhard Giersch, Offiziersverbände 1918–1940, in: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften/Reichs- und freikonservative Partei, Leipzig 1985, S. 538–547, und Krüger, Treudeutsch, S. 87. Zur Mythisierung von Lettow-Vorbecks nach 1918 vgl. Eckard Michels, „Der Held von Deutsch-Ostafrika". Paul von Lettow-Vorbeck – Ein preußischer Kolonialoffizier, Paderborn 2008, S. 245–271.

[80] Hochschul-Stimmen vom 25.11.1920: „Die Freie Politische Vereinigung".

[81] ZEKHN, 62/6096, AK, 18.11.1920.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Vorschriften der Ehrengerichtsordnung des kaiserlichen Heeres diente sie dazu, den Kastengeist und elitären Ehrenkodex unter den ehemaligen Offizieren zu pflegen und Verstöße gegen diese ständischen Normen zu ahnden. Bis in den Sommer 1922 hinein nahm Niemöller wiederholt an Sitzungen des Ehrenrats und anderen Treffen der NDO-Ortsgruppe teil. Neben der politischen Arbeit ging es dort auch feuchtfröhlich zu, und sicherlich nicht nur dann, wenn Naendrup einmal eine „Runde" ausgab.[82] Im Rahmen des NDO traf Niemöller im Juni 1922 auch mit Franz Pfeffer von Salomon zusammen, dem späteren SA-Führer.[83] Selbstverständlich konnte Niemöller auch im NDO seine Weltkriegserlebnisse auf U-Booten der kaiserlichen Marine zum Vortrag bringen. Für ihn selbst war das dann, wie etwa im März 1922, ein „[s]chöner Abend".[84]

Niemöllers Arbeit im NDO ging im Übrigen über Münster hinaus. Zu Neujahr und Ostern 1922, Feiertage, die er und seine Frau Else oft bei den Eltern Niemöllers in Elberfeld (heute Teil von Wuppertal) verbrachten, nahm er an Sitzungen der dortigen NDO-Ortsgruppe teil und hatte Gelegenheit, auch dort seinen Standardvortrag über die letzte Fahrt von UC 67 zum Besten zu geben.[85] Ebenfalls in Elberfeld trug er im April 1922 auch beim Bund der Aufrechten über seine „Ubootserlebnisse" vor.[86] Der Bund der Aufrechten war ein radikalnationalistischer, auf die Restauration der Monarchie zielender Verband mit vielen personellen Überschneidungen zur DNVP und zum DVSTB. Es muss hier offenbleiben, ob Niemöller Mitglied der Münsteraner Ortsgruppe des Bunds war. Immerhin nahm er im März 1922 an einem Vortragsabend des Bunds der Aufrechten teil. Den politischen Präferenzen des Bunds entsprechend, berichtete der frühere Admiral der kaiserlichen Marine, Hubert von Rebeur-Paschwitz, inzwischen als Adjutant von Wilhelm II. in Doorn tätig, aus dem niederländischen Exil des Kaisers.[87] Im Juni 1922 stand beim Bund der Aufrechten wiederum das Thema „Warum mußte der Kaiser nach Holland gehen?" auf der Tagesordnung.[88]

Mit der Arbeit in DNVP, DVSTB, NDO und dem Bund der Aufrechten erschöpfte sich Niemöllers Engagement im rechtsradikalen Milieu Münsters noch lange nicht. Zum einen nahm Niemöller zumindest gelegentlich an Versammlungen und Vorträgen der Münsteraner Ortsgruppe des Alldeutschen Verbands teil, jener 1891 gegründeten Organisation, die auch in der Weimarer Republik ihre völkisch-nationalen und rassenantisemitischen Ziele vertrat.[89] Am 18. Mai

[82] ZEKHN, 62/6096, AK, 4.11. und 10.11.1921 sowie 11.1., 27.1., 10.2., 11.5. und 16.6.1922 (Zitat).
[83] ZEKHN, 62/6096, AK, 16.6.1922.
[84] ZEKHN, 62/6096, AK, 9.3.1922.
[85] ZEKHN, 62/6096, AK, 3.1., 4.1. und 26.3.1922.
[86] ZEKHN, 62/6096, AK, 3.4.1922.
[87] ZEKHN, 62/6096, AK, 13.3.1922.
[88] ZEKHN, 62/6096, AK, 13.6.1922. Vgl. auch Finker/Giersch, Offiziersverbände, in: Fricke (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 540; Krüger, Treudeutsch, S. 129 f., und Lohalm, Radikalismus, S. 213.
[89] Vgl. Björn Hofmeister, Realms of leadership and residues of social mobilization. The Pan-German League, 1918–33, in: Jones (Hrsg.), German Right, S. 134–165.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1922 hielt Niemöller dort selbst einen Vortrag. Dieser Abend war für ihn „sehr schön“, wohl nicht zuletzt deshalb, weil er bei dieser Gelegenheit wieder einmal „viele bekannte Offiziere“ traf, mit denen er auch in anderen Organisationen des rechtsradikalen Milieus Umgang pflegte, darunter die Herren „Grunert, Krome, Kreutter, Cotta“.[90] Zu seinen Gesprächspartnern an diesem Abend zählte aber auch Paul Krückmann, Professor für römisches und deutsches bürgerliches Recht an der juristischen Fakultät der Universität, der bereits im Ersten Weltkrieg aktiv für den Alldeutschen Verband geworben hatte.[91] Niemöller war ferner im Heimatbund Rote Erde aktiv, einer republikfeindlichen Vereinigung, die ihre radikalnationalistische Ideologie durch die Beschwörung des Heimatgedankens und des deutschen Volkstums ausdrückte. Nach den Nachweisen im Amtskalender war sein Engagement dort aber nur sporadisch.[92]

Darüber hinaus fand Niemöller auch Zeit, sich paramilitärisch zu betätigen. Die Plattform dafür bildete die Orgesch. Preußen verbot die Einwohnerwehren nach der Niederschlagung des Kapp-Putschs im Frühjahr 1920. Der Forstrat Georg Escherich, in Bayern die treibende Kraft hinter der Organisation und der überlokalen Vernetzung der Einwohnerwehren, leistete Schützenhilfe auch beim Aufbau der Orgesch in Norddeutschland. In Münster entstand sie 1920. Mit der Orgesch erweiterte sich das radikalnationale Lager um militärisch geschulte Männer, die ihre „Ziele gegebenenfalls mit Waffengewalt“ durchzusetzen gedachten.[93] In Münster wuchsen ihr viele Mitglieder aus den Resten der aufgelösten Akademischen Wehr zu. Niemöller scheint sich dort seit Anfang 1921 engagiert zu haben. Am 28. Mai 1921 nahm er an einer gut besuchten Versammlung im Münsteraner „Schützenhof“ teil, in der Escherich die Ziele der Orgesch darlegte.[94]

Diese Versammlung stand bereits im Zeichen eines drohenden Verbots der Orgesch, das schließlich am 30. Juni 1921 auf Druck der Alliierten erfolgte. In seinem Gefolge gruppierte sich der Kern der Orgesch zu einer bürgerlichen Ordnungsformation um. Dies geschah in der Form eingetragener Vereine, die sich als „Heimatschutzverbände“ tarnten.[95] In Münster war dies der im Juni 1921 gegründete Westfalenbund. Er vertrat in der Öffentlichkeit eine antibolschewistische und gegen den Klassenkampf gerichtete Programmatik. Daneben widmete man sich den üblichen geselligen Aktivitäten wie gemeinsamen Ausflügen und Familienabenden.[96] Neben dieser öffentlichen gab es jedoch auch eine verborgene Seite, in der sich der Westfalenbund um den Aufbau einer militärischen Kapazität

[90] ZEKHN, 62/6096, AK, 19.1.1921 und 18.5.1922.

[91] Vgl. Sebastian Felz, Im Geiste der Wahrheit? Die Münsterschen Rechtswissenschaftler von der Weimarer Republik bis in die frühe Bundesrepublik, in: Thamer/Droste/Happ (Hrsg.), Universität Münster, Bd. 1, S. 347–412, hier S. 350. Auch: ZEKHN, 62/6096, AK, 18.5.1922.

[92] ZEKHN, 62/6096, AK, 8.2.1922. Vgl. auch Niemöller, U-Boot, S. 187, und Krüger, Treudeutsch, S. 121–123.

[93] Grevelhörster, Münster, S. 81–83, hier S. 81. Vgl. auch Krüger, Treudeutsch, S. 72–88.

[94] ZEKHN, 62/6096, AK, 28.5. und 29.5.1921. Vgl. auch Krüger, Treudeutsch, S. 88.

[95] Krüger, Treudeutsch, S. 98–115, hier S. 98.

[96] Niemöller notierte die Teilnahme an Aktivitäten des Westfalenbunds u. a. in: ZEKHN, 62/6096, AK, 17.6., 17.10. und 21.10.1922 sowie 14.7.1923.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bemühte. Dem dienten versteckte Waffenlager und das Schusswaffentraining der Mitglieder. Niemöller selbst scheint zumindest einmal, im Juni 1922, an einer solchen „Ausbildung" teilgenommen zu haben.[97] Nach dem Mord an Rathenau wurde dieser Apparat zumindest teilweise aktiviert, da man im Westfalenbund Aufstandsversuche der sozialistischen Arbeiter befürchtete. In der politisch aufgewühlten, spannungsvollen Situation nach dem Rathenau-Mord erschien Niemöller bereits eine nur kurze generelle Arbeitsruhe am 27. Juni, dem Tag der staatlichen Trauerfeier, als ein besorgniserregender „Generalstreik".[98] Und da nun öffentlich Vorkehrungen zum „Schutz der Republik" diskutiert wurden, sah er bereits das „Sowjetbanner" über Deutschland wehen.[99] Mit der übersteigerten Wahrnehmung der vom Bolschewismus ausgehenden Gefahr, die der Westfalenbund und andere radikalnationale Verbände teilten, stimmte Niemöller, daran gibt es keinen Zweifel, voll überein.

Neben dem spezifisch radikalnationalistischen Antibolschewismus war der Antisemitismus das zweite ideologische Element, das die organisatorisch in zahlreiche Verbände zersplitterte rechtsradikale Szene in Münster vereinte. Hinzu kam ein drittes Moment, das zusammen mit der tiefen Abneigung gegen Juden und Kommunisten als eine emotionale Klammer zwischen den divergierenden Interessen der rechtsradikalen und völkischen Verbände fungierte: die „Flucht in den Mythos" nach der Kriegsniederlage.[100] Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreichs im Herbst 1918 war für alle radikalen Nationalisten der 1920er Jahre ein entscheidender Bezugspunkt ihres politischen Denkens und Handelns. Dies galt besonders für den ehemaligen Berufsoffizier Martin Niemöller, den die Niederlage nicht nur politisch, sondern auch persönlich bis ins Mark getroffen hatte. Das ganze Ausmaß seiner tiefgreifenden Erschütterung durch den Zusammenbruch wird in einer Episode deutlich, die sich Anfang 1920 in den Bodelschwinghschen Anstalten in Bielefeld-Bethel abspielte. Neben den von der Inneren Mission betriebenen Einrichtungen für kranke und behinderte Menschen bestand dort seit 1905 die Theologische Schule, die eine kirchliche theologische Ausbildung in Konkurrenz zu den theologischen Fakultäten an staatlichen Hochschulen anbot. Der Theologe Samuel Jaeger (1864–1927) fungierte als deren erster Leiter.[101]

Am Sonntag, dem 25. Januar 1920, besuchten Martin und Wilhelm Niemöller gemeinsam einen Gottesdienst Jaegers in der Kapelle des Diakonissenmutterhauses Sarepta in Bethel. Als Jaeger in seiner Predigt die von Karl Kautsky Ende 1919 veröffentlichten „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" würdigte, platzte den Brüdern der Kragen. Der USPD-Politiker Kautsky hatte mit dieser Dokumentenedition dem Deutschen Reich die Hauptverantwortung für den Aus-

97 ZEKHN, 62/6096, AK, 14.6.1922.
98 ZEKHN, 62/6096, AK, 27.6.1922.
99 Ebenda.
100 Vgl. Anneliese Thimme, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969.
101 Zu Jaeger vgl. Frank-Michael Kuhlemann, Die kirchliche Hochschule Bethel. Grundzüge ihrer Entwicklung 1905–2005, Bielefeld 2005, S. 35–47 und S. 177 f.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bruch des Weltkriegs zugewiesen. Er wollte damit zu einer moralischen Läuterung Deutschlands nach dem Krieg beitragen. Doch die Befürwortung dieser „Kautskypolitik" – so Wilhelm Niemöller in seinem Tagebuch – von der Kanzel war für die beiden Brüder zu viel.[102] Unter lautstarkem Schimpfen verließen sie empört das „Lokal". Martin Niemöller fand den Vortrag, wie er in seinem Amtskalender notierte: „Schamlos!"[103] Diese Wortwahl deutet bereits an, dass er auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bei der Marine die Ehr- und Reinlichkeitsvorstellungen des deutschen Offizierkorps tief verinnerlicht hatte. Für Martin Niemöller war die Angelegenheit damit allerdings noch nicht beendet. Einige Tage später schrieb er an Jaeger einen Brief, in dem er seine Wut und Enttäuschung zum Ausdruck brachte. Bereits die ersten Worte von Jaegers Predigt seien ihm in ihrer Verletzung nationaler Grundprinzipien wie „ein Schlag ins Gesicht" vorgekommen. Er warf Jaeger eine unzulässige Vermengung von Politik und Religion vor, für die in der Kirche kein Platz sei. Zudem kenne Jaeger einfach „die Tragik unseres Lebens" nicht, in der sich die Deutschen nach der Niederlage 1918 befinden würden und aus der ihr „Nationalismus" geboren sei. Er als ehemaliger Offizier habe sie dagegen durchlebt und durchlitten. Also lehne er es ab, wie Jaeger „die Politik unserer Gegner" zu betreiben.[104]

V. Von der völkisch-nationalen Politik zur Beschwörung der Schuld am „Dritten Reich"

Im April 1923 legte Martin Niemöller sein erstes kirchliches Examen mit der Note „sehr gut" ab. Die Annahme, dass das Konsistorium damit auch das völkisch-nationale Engagement des Studentenpolitikers Niemöller honoriert habe, bleibt Spekulation.[105] Der Zusammenhang hat wenig Plausibilität, da Niemöller in Organisationen wie der DNVP und dem Alldeutschen Verband zumeist mit Professoren der juristischen Fakultät verkehrte, die, anders als solche der evangelisch-theologischen Fakultät, wohl kaum Kontakte zum Konsistorium hatten. Zutreffend ist eher die Feststellung, dass eine solch gute Examensnote überraschend war. Denn Niemöller betrieb das Studium der Theologie in den drei Jahren vom Januar 1920 bis April 1923 eher nebenbei. Vor allem 1920 und 1921 stand das Engagement in den zahlreichen völkisch-nationalen Parteien, Organisationen und Wehrverbänden, denen er angehörte, ganz im Vordergrund. Eine intensive Recherche in den erhaltenen Quellen hat nicht nur die Breite und Tiefe von Niemöllers Vernetzung und Engagement im rechtsradikalen Milieu Münsters belegt. Es ließ sich

[102] ZEKHN, 35/703, Tagebuch Wilhelm Niemöller, 25.1.1920.

[103] ZEKHN, 62/6096, AK, 25.1.1920. Vgl. die Schilderung dieser Episode durch den Augenzeugen Ernst Wilm, Kämpfer – Prediger – Schreiber, in: Junge Kirche 39 (1978), S. 3–5, hier S. 3 f. Zum Kontext vgl. Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984, S. 34–43.

[104] ZEKHN, 62/6063, Martin Niemöller an Samuel Jaeger, o. D. (31.1.1920; Abschrift); auch: ZEKHN, 62/6096, AK, 31.1.1920.

[105] Vgl. Schreiber, Niemöller, S. 40.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auch zeigen, dass Niemöller an der Radikalisierung dieses Milieus und dem Übergang zu einer völkischen Programmatik teilnahm. Als verbindende ideologische Klammer zwischen den verschiedenen Gruppen und Verbänden fungierten zwei Elemente: Ein kämpferischer Antibolschewismus, dem ein weit gefasstes Verständnis der bolschewistischen Gefahr zugrunde lag, das auch die politische Aktivität sozialdemokratischer Arbeiter perhorreszierte, und ein völkisch-rassistischer Antisemitismus, der auch getaufte Katholiken wie Max Ettlinger dem Judentum zurechnete. Beide Elemente waren tief in der Gruppenkultur der völkischen Studenten in Münster verankert, in der sich Niemöller von Anfang 1920 bis Anfang 1922 beinahe täglich, danach in etwas verringertem Umfang bewegte.

Insgesamt ergibt sich, dass der Kriegsteilnehmer Niemöller viele weltanschauliche Elemente teilte, die auch unter den jüngeren Studentenjahrgängen aus der Kriegsjugendgeneration verbreitet waren, für die etwa der 1903 geborene Werner Best steht.[106] Best nahm 1923 aktiv am Kampf gegen die Ruhrbesetzung teil und wurde deswegen zu einer kurzen Gefängnisstrafe verurteilt. Niemöller schloss etwa zur selben Zeit sein Studium ab. Sein Engagement gegen die Ruhrbesetzung blieb auf einen symbolischen Akt der Anerkennung beschränkt, als er am 8. Juni 1923 in der Elberfelder Stadthalle an der Gedenkfeier für den von der französischen Besatzungsmacht hingerichteten rechtsradikalen Saboteur Albert Schlageter teilnahm.[107]

Zwei Tage später ging er mit einer Tante zu einem Festzug aus Anlass des deutsch-evangelischen Volkstags in Wuppertal. Daran nahmen etwa 75.000 Mitglieder von evangelischen Vereinen aus Wuppertal und dem Märkischen Land teil, die unter dem Motto „Volk in Not!“ Wege zur sittlichen Erneuerung der Gesellschaft diskutierten.[108] Dies war eine stolze Selbstdarstellung der evangelischen Laienwelt, in der sich Niemöller in den kommenden Jahren als Geschäftsführer des Provinzialverbands der Inneren Mission bewegen sollte. Aus welchem Grund ergaben sich diese abweichenden Lebensverläufe? Der wichtigste Unterschied bestand vermutlich in der Gründung einer Familie, die für Niemöller mit der Geburt seiner Tochter Brigitte 1920 begann. In der Folgezeit ließ das zeitliche Engagement Niemöllers in den rechtsradikalen Verbänden deutlich nach. 1922/23 vernachlässigte er dann sowohl das Studium als auch die Arbeit in völkischen Verbänden, um als Rottenarbeiter bei der Reichsbahn und mit anderen Arbeiten den

[106] Vgl. Ulrich Herbert, „Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hrsg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne, Hamburg 1991, S. 115–144, sowie Herbert, Best, S. 42–87.

[107] ZEKHN, 62/6096, AK, 8.6.1923. Vgl. auch Stefan Zwicker, „Nationale Märtyrer“. Albert Leo Schlageter und Julius Fučík. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur, Paderborn 2006, S. 69 f. Fälschlich behauptet Hockenos, They came for me, S. 62, Martin und Wilhelm Niemöller hätten sich bei Schlageters „Beerdigung“ als „Sargträger“ betätigt. Die herangezogene Stelle bei Niemöller, U-Boot, S. 199, bietet dafür keinen Beleg. Aus der Notiz im Amtskalender geht hervor, dass Wilhelm Niemöller erst am Nachmittag seinen Bruder aufsuchte. Die Gedenkfeier fand am Morgen statt.

[108] ZEKHN, 62/6096, AK, 10.6.1923. Vgl. auch Barmer Zeitung vom 11.6.1923: „Volk in Not!“, und Bergisch-Märkische Zeitung vom 11.6.1923: „Evangelischer Volkstag“.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Lebensunterhalt für seine Familie zu verdienen.[109] Sein jüngerer Bruder Wilhelm nahm den Schwung der völkischen Studentenpolitik dagegen mit in die Zeit nach dem Studium. Genau wie Martin Niemöller legte er im April 1923 sein erstes kirchliches Examen ab. Schon im August desselben Jahrs trat er dann, mit der Mitgliedsnummer 40.816, der NSDAP bei. Diese Mitgliedschaft behielt er auch nach der Wiedergründung der Partei 1925, und über alle Wirren des Kirchenkampfs hinweg bis zum Kriegsende 1945.[110]

Am 2. März 1938 wurde Niemöller auf einen direkten Befehl Hitlers hin in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Als „persönlicher Gefangener des Führers" verbrachte er die folgenden sieben Jahre bis zur Befreiung im Frühjahr 1945 zuerst in Einzelhaft in Sachsenhausen, ab dem Sommer 1941 dann im KZ Dachau. In den langen Jahren der Haft wurde Niemöller, an dessen Schicksal evangelische Christen vor allem in Großbritannien und den USA regen Anteil nahmen, ein weltbekannter Mann. So ist er denn nach 1945 oft zu seinem Lebensweg und seinen politischen Überzeugungen in der Zeit vor und nach 1933 befragt worden. Das bekannteste Beispiel dafür ist wohl das Fernsehinterview, das der Journalist Günther Gaus am 30. Oktober 1963 in seiner Reihe „Im Gespräch" mit Niemöller führte.[111] Gaus fragte Niemöller unter anderem nach seiner Einstellung zur Weimarer Republik, worauf dieser die Antwort gab, dass für ihn die Deutschen für eine Demokratie, „in der jeder Staatsbürger mitzureden hat", noch nicht „reif" gewesen seien.[112] Konkrete Angaben zu seinem politischen Engagement in der Weimarer Republik machte Niemöller nicht. Dann fragte Gaus nach einer Äußerung Niemöllers im Prozess vor dem Berliner Sondergericht 1938, die seit ihrer Wiedergabe in einem Bericht des Amts Rosenberg, der 1947 in den Dokumenten des Nürnberger Prozesses gefunden wurde, einer weiten Öffentlichkeit in der Bundesrepublik bekannt war.[113] Gaus wies darauf hin, dass Niemöller dort gesagt habe, „daß man es Ihnen als ehemaligem Offizier und Sproß einer westfälischen Bauernfamilie schon glauben dürfe, daß Ihnen die Juden menschlich gewiß nicht sympathisch seien. Bedrückt Sie dieses Wort heute?"[114] Niemöller antwortete darauf folgendermaßen:

> „Ja, sicher bedrückt es mich – das war auch ein Stück Tradition. In meiner Tecklenburger Heimat gab es viele Bauern, die an jüdische Geldgeber und Viehhändler verschuldet waren. Die Stimmung in dieser ganzen Gegend war nicht syste-

[109] Vgl. Benjamin Ziemann, Martin Niemöller. Ein Leben im Widerspruch, München 2019 (i. E.), Kap. 4.

[110] Vgl. Kampmann, Bekenntnispfarrer, in: Haas (Hrsg.), Fiat voluntas tua, S. 470 und S. 472.

[111] Vgl. Günter Gaus, Bruder Niemöller, mußten Sie das gerade so sagen?, in: Ders., Zur Person. Porträts in Frage und Antwort, München 1965, S. 103–120.

[112] Ebenda, S. 107.

[113] Vgl. den Abdruck dieses Berichts bei Hans Buchheim, Ein NS-Funktionär zum Niemöller-Prozeß, in: VfZ 4 (1956), S. 307–315, und Benjamin Ziemann, Der Prozess gegen Martin Niemöller vor dem Berliner Sondergericht 1938, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 66 (2018), S. 299–317, hier S. 310 f.

[114] Gaus, Bruder Niemöller, in: Ders., Zur Person, S. 114.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

matisch, aber gefühlsmäßig traditionell antisemitisch in jener Zeit, und das ist bei mir niemals in einen bestimmten Zweifel gezogen worden. Und in der Wehrmacht von 1910 gab es auch diese gewisse Reserve dem Judentum gegenüber. Das bedaure ich heute schwer."[115]

Man mag es verständlich finden, dass sich Niemöller nach 1945, und zumal im zunehmend kritischen Meinungsklima der 1960er Jahre, in den Massenmedien nicht offen zur Mitgliedschaft und aktiven Mitarbeit in radikalnationalistischen beziehungsweise völkisch-nationalen Verbänden während seiner Studienzeit auslassen wollte. Dennoch muss dieses Schweigen verwundern, zumal angesichts der Tatsache, dass Niemöller seit 1945 im kirchlichen Rahmen in vielen Vorträgen und Veröffentlichungen die Deutschen dazu aufrief, ihre Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus zu bekennen, dafür Verantwortung zu übernehmen und Buße zu tun.[116] In diesem Zusammenhang ließ er kaum eine Gelegenheit aus, diese Verantwortung als eine persönliche zu interpretieren und darauf hinzuweisen, dass er selbst auch durch sein eigenes „Schweigen" schuldig geworden sei. „Denn ich weiß", so formulierte Niemöller im Juli 1946 in einer Rede in Stuttgart, „daß ich an der Versklavung meines Volkes durch mein Schweigen mitgearbeitet habe".[117] „Ich schließe", so formulierte er bei anderer Gelegenheit, „mich von dieser Schuld nicht aus, sondern ich schließe mich jedesmal ausdrücklich ein, denn ich habe auch geschwiegen, wo ich hätte reden müssen".[118] Aber wenn dies zuträfe: Hätte Niemöller dann nicht nach 1945 auch darüber reden müssen, dass er 1920/21 in der Studierendengruppe einer völkischen Partei aktiv war, die im Rückblick nicht nur als direkter Vorläufer der NSDAP erkennbar war, sondern zudem mit ihrem Arierparagraphen unmissverständlich signalisierte, dass sie in der radikalen Exklusion der als Rasse verstandenen Juden ihre eigentliche politische Bestimmung fand? Die historische Schuld Niemöllers im Hinblick auf den Nationalsozialismus, das wird gerade aus der Perspektive des evangelischen Schulddiskurses der Jahre nach 1945 deutlich, lag nicht im Schweigen, sondern in der aktiven Teilnahme an völkisch-nationaler und rassenantisemitischer Politik. Es zeigt sich hier, dass der Schulddiskurs der Jahre nach 1945 eher der Abwehr als der Anerkennung deutscher Schuld diente.[119]

Auf jeden Fall gibt es gute Gründe, jene Biografen Niemöllers zu kritisieren, welche die zitierte Äußerung aus dem Interview mit Günter Gaus allzu leichtgläubig und ohne weitere Nachprüfung als Beleg für sein aufrechtes Bedauern über

[115] Ebenda.
[116] Vgl. Matthew D. Hockenos, A Church Divided. German Protestants Confront the Nazi Past, Bloomington 2004, und Victoria Barnett, For the Soul of the People. Protestant Protest against Hitler, New York/Oxford 1992, S. 209–235.
[117] Martin Niemöller, Der Weg ins Freie, in: Ders., Reden 1945–1954, Darmstadt 1958, S. 23–42, hier S. 33.
[118] Martin Niemöller, Zum Schuldbekenntnis. Aus einem Brief vom 10.11.1945, in: Ebenda, S. 16–18, hier S. 16.
[119] Vgl. Norbert Frei, Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit, in: Rechtshistorisches Journal 16 (1997), S. 621–634.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den Mangel an Sympathien gegenüber den Juden akzeptieren oder ihm gar attestieren, er habe mit Gaus gesprochen, „ohne seine frühere Antipathie gegen Juden zu beschönigen".[120] Gerade vor dem Hintergrund solcher Thesen zeigt sich der Wert einer auf systematischer Analyse der erhaltenen Quellen basierenden empirischen Rekonstruktion der Tätigkeit des völkisch-nationalen Studentenpolitikers Martin Niemöller. Denn dieser hatte keine rein gefühlsmäßige Abneigung gegen die Juden, die auf der Präsenz jüdischer Viehhändler in der Tecklenburger Heimat seiner Vorfahren basierte und sich darin erschöpfte. Als studentisches Mitglied von DNVP und DVSTB vertrat er einen völkisch-nationalen Rassenantisemitismus. Das dabei implizierte Verständnis der Juden als eines biologisch definierten Kollektivs überwand Niemöller erst 1932, als er in einer Reihe von Notizen das Verhältnis von Judentum und Christentum reflektierte. Aber noch in den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen der Jahre ab 1933, in denen Niemöller mit dem Pfarrernotbund gegen die Einführung eines Arierparagraphen in der Kirche eintrat, blieb sein Verhältnis gegenüber den Glaubensjuden ambivalent und von den Spuren einer gesellschaftlich-kulturellen Judenfeindschaft geprägt. Mitstreiter Niemöllers in der Bekennenden Kirche beklagten verschiedentlich, dass sein Einsatz allein den getauften Judenchristen galt, nicht aber den Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft, die von der Rassenpolitik des „Dritten Reichs" in erster Linie betroffen war.[121]

[120] Heymel, Niemöller, S. 189. Vgl. auch Leonore Siegele-Wenschkewitz, Auseinandersetzungen mit einem Stereotyp. Die Judenfrage im Leben Martin Niemöllers, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 293–319, hier S. 302.

[121] Vgl. Ziemann, Martin Niemöller, Kap. 8 und 9.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Walther Rauff, seit 1944 Standartenführer der SS, gehörte bis zu seinem Tod im Mai 1984 als Verantwortlicher für die Entwicklung und den Einsatz der sogenannten Gaswagen zu den meistgesuchten NS-Verbrechern. Er hatte sich der Strafverfolgung durch Flucht entzogen und lebte seit Ende der 1950er Jahre in Chile. Als die Streitkräfte dort im September 1973 den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende stürzten und unter General Augusto Pinochet eine brutale Militärdiktatur errichteten, wurden rasch Stimmen laut, Rauff sei an verantwortlicher Stelle für den berüchtigten chilenischen Geheimdienst tätig. Belastbare Indizien dafür fanden sich nie, dennoch entwickelte dieses Gerücht eine erstaunliche Beharrungskraft. Marcus Klein spürt der Frage nach, wie es dazu kam, welche Akteure und Netzwerke dabei eine wichtige Rolle spielten und warum sich das Gerücht bis in unsere Tage halten konnte.

Marcus Klein

Walther Rauff und die chilenische Militärdiktatur unter Augusto Pinochet

Eine transnationale Spurensuche nach einem beharrlichen Gerücht

I. Dawson-Insel …

Im August 1984, gut drei Monate nachdem die sterblichen Überreste Walther Rauffs unter großem medialem Interesse und begleitet von einer Handvoll chilenischer, „Heil Hitler!“ rufender Nazis in Santiago de Chile zu Grabe getragen worden waren,[1] veröffentlichte die in der chilenischen Hauptstadt erscheinende Zeitschrift *Análisis* einen Aufsatz über, so der Titel, das „letzte Konzentrationslager Rauffs“: die ehemalige Gefangeneninsel Dawson. „[D]er Nazi-Kriegsverbrecher“, schrieb Alfonso Alcalde,[2] habe für das Leben und die Abläufe in diesem weithin berüchtigten, in der Magellanstraße gelegenen Lager der Militärdiktatur verant-

[1] Vgl. La Segunda vom 15.5.1984: „Homenaje nazi para W. Rauff“ und vom 18.5.1984: „Lo que piensa hoy un nazi“. Die Rede von „ehemalige[n] Kameraden des Toten“ und nicht Chilenen ist in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 17.5.1984: „Hitlergruß in Chile nach Beerdigung von Rauff“. – Mein Dank gilt Joaquín Fermandois, Martin Finkenberger und Heike Härtel für die kritische Durchsicht der ursprünglichen Version des Beitrags, Mareen Kölker für die Hilfe mit den polnischen Zeitungen und Béla Rásky vom Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (Vienna Wiesenthal Institute, VWI) für die unbürokratische Zurverfügungstellung einzelner Dokumente. Sämtliche Übersetzungen – bis auf jene aus dem Polnischen – stammen vom Autor, der auch für mögliche Fehler verantwortlich ist.

[2] Alcalde (1921–1992) war Journalist, Schriftsteller und Poet. Zum Zeitpunkt des Sturzes der Regierung von Salvador Allende durch die Streitkräfte hielt er sich im Ausland auf und entging damit als bekannter Anhänger des Präsidenten einer wahrscheinlichen Inhaftierung durch die neuen Machthaber; vgl. www.memoriachilena.cl/602/w3-article-547.html [5.1.2017].

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0013

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wortlich gezeichnet und die Umsetzung der von ihm entworfenen Methoden zur Misshandlung der Insassen persönlich angeleitet beziehungsweise überwacht. Ziel sei es gewesen, die zwischen September 1973 und Oktober 1974 dort festgehaltenen führenden Mitglieder der gestürzten Koalition der *Unidad Popular* (UP) von Präsident Salvador Allende systematisch „in den Wahnsinn zu treiben"; ihre „Moral" sollte zerstört und ihr „Geist" gebrochen werden.[3]

Wie gleich zu Beginn des umfangreichen, aus der Wir-Perspektive sich um Authentizität bemühenden „Spezialberichts" angemerkt, stützte Alcalde seine Ausführungen auf „Zeugenaussagen der ehemaligen Kriegsgefangenen". Mehrmals in dem neun Seiten langen Beitrag, der mit zahlreichen das Lagerleben darstellenden Zeichnungen des einstigen Häftlings Miguel Lawner illustriert ist, erwähnte er dann auch, dass dieser oder jener Zeuge die folgenden Beobachtungen gemacht habe – ohne allerdings je einen der *testimoniantes* zu identifizieren.[4] Tatsächlich benannt wurde von Alcalde allein – und dies gleich auf der ersten Seite – Luis Vega, der in einem ein Jahr zuvor veröffentlichten Buch über den Sturz Allendes unter anderem ausführlich über seine mehrmonatige Inhaftierung auf der Dawson-Insel geschrieben hatte.[5] Und so lassen sich auch große, aber im Einzelnen nicht belegte Übereinstimmungen zwischen Vegas Erinnerungen und weiten Teilen von Alcaldes Bericht feststellen, beispielsweise prompt im einleitenden Satz.[6]

Gleichzeitig ging Alcalde weit über Vegas Buch hinaus, gerade in der entscheidenden Frage der Aktivitäten Rauffs im Lager. Während Alcalde den ehemaligen SS-Standartenführer als zentrale Figur auf Dawson sah, sprach Vega lediglich davon, die Gefangenen hätten erfahren, dass das „riesige Konzentrationslager" von ihm entworfen worden sei.[7] Zu keinem Zeitpunkt behauptete er, Rauff habe auf die Behandlung der politischen Häftlinge Einfluss genommen, geschweige denn diese sogar persönlich überwacht, wie Alcalde versicherte. Genauso wenig schrieb Vega, Rauff gesehen zu haben. Das Mitglied des persönlichen Sicherheitsdiensts von Allende, dem es in seiner „sorgfältigen Untersuchung eines Staatsstreichs" (so der Untertitel) um die Darlegung der Parallelen zwischen dem Dritten Reich und der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet ging und der deshalb, so darf man annehmen, eine nachweisbare direkte Verbindung zwischen beiden in der Person Rauffs hervorgehoben hätte, war also weit zurückhaltender als Alcalde.

[3] Alfonso Alcalde, Dawson, el último campo de concentración de Rauff, in: Análisis 89 (1984), S. 24–32, hier S. 24 und S. 26 f. Vgl. auch Comisión Nacional sobre la Prisión Política y Tortura, Informe de la Comisión sobre la Prisión Política y Tortura, Santiago de Chile 2005, S. 504.

[4] Alcalde, Dawson, S. 24 und S. 29–31. Miguel Lawner (*1928) war unter Allende Direktor der „Corporación de Mejoramiento Urbano", die u. a. für den Bau von Sozialwohnungen verantwortlich war. Die Zeichnungen erschienen ursprünglich in Miguel Lawner, Venceremos! Dos años en los campos de concentration [sic!] de Chile, Aarhus 1976.

[5] Vgl. Luis Vega, La caída de Allende. Anatomia de un golpe de estado, Jerusalem 1983, S. 304–327.

[6] Vgl. ebenda, S. 275, und Alcalde, Dawson, S. 24.

[7] Vega, caída, S. 306.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

II. … und weitere Verwicklungen

Alcaldes erklärterweise auf Zeugenaussagen beruhender Aufsatz und Vegas Buch bieten bereits unterschiedliche Ansichten zu Rauffs Rolle auf der Insel. Berücksichtigt man außerdem noch die davor – seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre – und danach erschienenen Erinnerungen ehemaliger Dawson-Gefangener, zum Beispiel Aníbal Quijada Cerda,[8] Sergio Vuskovic,[9] Clodomiro Almeyda,[10] Luis Corvalán,[11] Edgardo Enríquez Frödden,[12] Sergio Bitar[13] und Miguel Lawner,[14] die bis auf die beiden Letzteren Rauff mit keinem Wort erwähnten – und auch sie sprachen lediglich von einem kursierenden „Gerücht", dass er beim Aufbau des Lagers beratend tätig gewesen sei[15] –, ergibt sich ein widersprüchliches Bild.[16]

Dieses steht exemplarisch für die schwierige Faktenlage zum Verhältnis des bekannten NS-Kriegsverbrechers zum Militärregime insgesamt. Vor allem in den Jahren 1974/75 (und mit Einschränkungen auch noch 1976/77), mithin der Phase der umfassendsten Menschenrechtsverstöße,[17] die große internationale Aufmerksamkeit erregten und zu einer weltweiten Welle der Solidarität führten,[18]

[8] Vgl. Aníbal Quijada Cerda, Cerco de púas, Havanna 1977. Cerda (1918–2012) war ein kommunistischer Funktionär in Punta Arenas.

[9] Vgl. Sergio Vuskovic, Dawson, in: Araucaria de Chile 2 (1978), S. 60–77. 1984 veröffentlichte Vuskovic unter demselben Titel auch ein Buch in Madrid, in dem er Rauff aber ebenfalls nicht erwähnte. Vuskovic (*1930) war zwischen 1970 und 1973 Bürgermeister von Valparaíso.

[10] Vgl. Clodomiro Almeyda M., Reencuentro con mi vida, Santiago de Chile 1987, S. 239–266. Almeyda (1923–1997) war ein führendes Mitglied der Sozialistischen Partei und Außenminister (11/1970–5/1973, 8–9/1973) sowie Verteidigungsminister (7–8/1973) Allendes.

[11] Vgl. Luis Corvalán, De lo vivido y lo peleado. Memorias, Santiago de Chile 1997, S. 188–192. Corvalán (1916–2010) war zwischen 1958 und 1990 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles.

[12] Vgl. Jorge Gilbert Ceballos, Edgardo Enríquez Frödden. Testimonio de un destierro, Santiago de Chile 1992, S. 101–118. Enríquez (1912–1996) war von Anfang Juli 1973 bis zum Putsch im September Bildungsminister.

[13] Vgl. Sergio Bitar, Dawson. Isla 10, Santiago de Chile [12]2009. Bitar (*1940) war in der Regierung Allendes zwischen März und Juli 1973 Bergbauminister.

[14] Vgl. Miguel Lawner, Retorno a Dawson, Santiago de Chile 2004.

[15] Vgl. ebenda, S. 74, und Bitar, Dawson, S. 110. Trotz Bitars Zurückhaltung sah Peter Winn in der annotierten englischen Übersetzung der Memoiren Rauffs Beratertätigkeit als Tatsache; vgl. Sergio Bitar, Prisoner of Pinochet. My Year in a Chilean Concentration Camp, Madison 2017, S. 77, Fußnote 44.

[16] Zum Typus der „literatura testimonial" allgemein vgl. z. B. Jaime Concha, Testimonios de la lucha antifascista, in: Araucaria de Chile 4 (1978), S. 129–147; Juan Armando Epple, Acercamiento a la literatura testimonial de Chile, in: Revista Iberoamericana 168/9 (1994), S. 1143–1159, und Friederike Steiner, Kultureller Wandel in Chile von 1969–1993, Münster 1998, S. 86–100.

[17] Vgl. Hugo Frühling, Stages of Repression and Legal Strategy for the Defense of Human Rights in Chile 1973–1980, in: Human Rights Quarterly 5 (1983), S. 510–533.

[18] Vgl. Patrick William Kelly, The 1973 Chilean coup and the origins of transnational human rights activism, in: Journal of Global History 8 (2013), S. 165–186; Jan Eckel, „Under a Magnifying Glass". The International Human Rights Campaign against Chile in the Seventies, in: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), Human Rights in the Twentieth Century, Cambridge 2011, S. 312–342, und Kim Christiaens/Magaly Rodríguez García/Idesbald

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

war immer wieder zu lesen und zu hören, dass Rauff für die Diktatur tätig sei. So soll er nicht nur in Dawson, sondern auch in weiteren Lagern und Folterzentren, zum Beispiel Londres 38 in Santiago und Tejas Verdes in der Provinz San Antonio, Kostproben seiner zweifelhaften Fähigkeiten gegeben haben. Getan habe Rauff dies in einer offiziellen, offiziösen oder informellen, jedenfalls aber zentralen Position in der *Dirección de Inteligencia Nacional* (DINA, Leitung des Nationalen Geheimdiensts).

Diese Behauptungen fanden schließlich Eingang in die (mehr oder wenige seriöse) wissenschaftliche Literatur, wobei mitunter kurios anmutende Variationen des Themas festzustellen sind und es mit der Quellenkritik in aller Regel nicht allzu weit her ist, wenn denn überhaupt mit Verweisen gearbeitet wird. So versicherte Tamara Lea Spira beispielsweise in einem 2012 publizierten Aufsatz, Rauff habe Pinochet dabei geholfen, nicht nur die Isla Dawson, sondern auch „Lager wie Pisagua [...] und Tres Alamos zu entwerfen";[19] als Beleg dafür führte sie ein bekanntes Buch Pinochets aus dem Jahr 1978 an, in dem sich allerdings der Name Rauff nicht findet. Das überrascht nicht weiter, wäre diese Quelle sonst sicherlich früher herangezogen worden, vom internationalen Aufschrei einmal ganz abgesehen, den ein solches Eingeständnis in den späten 1970er Jahren verursacht hätte.[20]

Schon davor, Mitte der 1990er Jahre, hatte Jorge Camarasa mit Verweis auf nicht näher erläuterte „spätere Nachforschungen" Rauff zum „geheimen Berater ad honorem" der DINA gemacht.[21] Bei Graeme S. Mount, der sich in seiner Monografie über Chile und die Nazis einzig auf Camarasa bezog, als er auf Rauff zu sprechen kam, wurde der ehemalige SS-Mann gleich zum vom Pinochet-Regime ernannten Direktor der Organisation.[22] Graham Holton und Robert Austin schließlich, die sich ihrerseits in einem Aufsatz über die Menschenrechtsverbrechen der Diktatur allein auf Mount – und somit indirekt auf Camarasa – beriefen, bezeichneten Rauff wieder nur mehr als einen „Schlüsselberater in der DINA".[23]

Ein weiteres Beispiel lieferte Ingo Kletten, der Rauff sowohl in Zusammenhang mit einem konkreten Lager (dem zwischen Ende 1973 und September 1974 genutzten Folterzentrum Londres 38) als auch mit der Arbeit für die DINA brachte. Unter Bezug auf eine aus dem Jahr 1991 stammende „eidesstattliche Erklärung" des chilenischen Autors León Gómez Araneda, der „einen [s]einer Folterer" in dem im Zentrum Santiagos gelegenen Haus „wegen seines ausländischen Ak-

Goddeeris, A Global Perspective on the European Mobilization for Chile (1970s–1980s), in: Kim Christiaens/Magaly Rodríguez García/Idesbald Goddeeris (Hrsg.), European Solidarity with Chile 1970s–1980s, Frankfurt a. M. 2014, S. 7–46.

[19] Tamara Lea Spira, Neoliberal Captivities. Pisagua Prison and the Low-Intensity Form, in: Radical History Review 112 (2012), S. 127–146, hier S. 141, Fußnote 2.

[20] Vgl. Augusto Pinochet, Geopolítica de Chile, Mexiko-Stadt 1978.

[21] Jorge Camarasa, Odessa al sur. La Argentina como refugio de nazis y criminales de guerra, Buenos Aires [3]1996, S. 34. Die erste Auflage erschien 1995.

[22] Vgl. Graeme S. Mount, Chile and the Nazis. From Hitler to Pinochet, Montreal 2002, S. 157.

[23] Graham Holton/Robert Austin, Was There a Chilean Holocaust? Concentration Camps, Political Genocide and the Pinochet Dictatorship, in: Tensões Mundiais 3 (2007), S. 345–390, hier S. 359.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zentes [...] unterscheiden [...] und [...] glaubwürdig feststellen" konnte, „dass es sich um den deutschen Nazi" handelte, schlussfolgerte Kletten, Rauff habe „mit dem Geheimdienst DINA" zusammengearbeitet. Unklar bleibt dabei, in welchem Zusammenhang Gómez Araneda seine Erklärung über fast 20 Jahre zurückliegende Ereignisse machte und wo sie zu finden ist, denn genauere Angaben zum Dokument fehlen bei Kletten.[24] Zudem bleibt unberücksichtigt, dass Gómez Araneda in einem nur ein Jahr vor der Erklärung veröffentlichten Buch, in dem er Londres 38 ein eigenes, gut 50 Seiten umfassendes Kapitel widmete, Rauff nicht erwähnte – und dies im Übrigen entgegen seinen ursprünglichen Intentionen.[25]

III. Ziele, Grundlagen, Struktur

Im vorliegenden Beitrag soll Licht gebracht werden in das Halbdunkel, das die Beziehungen zwischen Walther Rauff und dem chilenischen Militärregime umhüllt. Zunächst wird gefragt, wo, wie und unter welchen Umständen erstmals berichtet wurde, dass Rauff für die Junta tätig sei. In einem nächsten Schritt wird die Verbreitung dieser Behauptung dokumentiert und analysiert. Dabei geht es auch darum, die Veränderungen in der Darstellung aufzuzeigen und – soweit möglich – ihren Wahrheitsgehalt zu bestimmen. Ziel ist mithin, erstens, eine umfassende und quellenbasierte Auseinandersetzung mit diesem Thema, das ungeachtet jüngster Publikationen über Rauff, die sich auch mit seinem Leben unter der Pinochet-Diktatur beschäftigen, immer noch nicht umfassend aufgearbeitet ist.[26]

Zweitens wird in diesem Aufsatz die Relevanz dieser Anschuldigungen für die Auseinandersetzung mit dem Regime, der Mobilisierung dagegen und der von ihm begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen untersucht. Bewertet werden soll dies zum einen für die national organisierten, aber transnational vernetzten und agierenden westlichen Solidaritätsbewegungen und Menschenrechtsorganisationen, die mit chilenischen Exilgruppen zusammenarbeiteten, zum anderen mit Blick auf den Ostblock im Allgemeinen und die DDR im Besonderen. Denn es war nicht zuletzt das Regime der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), das enge Kontakte zu UP-Politikerinnen und -Politikern sowie prominenten Mitgliedern der gestürzten Allende-Regierung unterhielt und die Verbreitung der Nachricht über Rauffs Tätigkeit für die Junta forcierte.

Den theoretischen Rahmen dazu bilden Überlegungen zur Entstehung, Ausbreitung und Beharrlichkeit von Gerüchten, verstanden als eine Form der infor-

[24] Ingo Kletten, Eine lange Nachgeschichte – Der Fall des SS-Standartenführers Walther Rauff nach 1945 in Chile, Nürnberg, 3.6.2008; www.menschenrechte.org/lang/de/regionen/ss-standartenfuhrer-rauff-chile [8.1.2017].

[25] Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, Archivo de Fondos y Colecciones, CL MMDH 00000134-000021-000007, Libro Proyecto de Investigación, S. 2, und vgl. León Gómez Araneda, Tras la huella de los desaparecidos, Santiago de Chile 1990, S. 125–177.

[26] Vgl. Heinz Schneppen, Walther Rauff. Organisator der Gaswagenmorde, Berlin 2011, S. 168–171; Martin Cüppers, Walther Rauff – In deutschen Diensten. Vom Naziverbrecher zum BND-Spion, Darmstadt 2013, S. 352–359, und Daniel Stahl, Nazi-Jagd. Südamerikas Diktaturen und die Ahndung von NS-Verbrechen, Göttingen 2013, S. 234–240.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mellen Kommunikation.[27] Folgt man der wissenschaftlichen Literatur, die sich im Übrigen auffallend zurückhaltend zeigt im Hinblick auf Definitionen,[28] so treten Gerüchte insbesondere bei wahrgenommenen Informationsdefiziten und -unsicherheiten auf, wie sie für krisenhafte Situationen typisch sind. Charakteristisch für sie ist die „*Ungewissheit* bzw. die *Unklarheit über den Wahrheitsgehalt*" wie auch über die Quellen, aus denen sie stammen. In diesem Sinne kann man sie „als Komplementärform zu (fehlenden) Nachrichten auffassen".[29]

Gerüchte können wahr oder falsch sein. Im Falle von Rauff gibt es, so viel sei an dieser Stelle bereits vorweggenommen, keine Belege, dass er je zu irgendeinem Zeitpunkt in irgendeiner Funktion für die Junta und deren Repressionsapparat tätig war. Relevant für die ursprüngliche Verbreitung eines Gerüchts ist jedoch ohnehin nicht der Wahrheitsgehalt; wichtig ist vielmehr, ob das Gerücht unter den gegebenen Umständen plausibel erscheint und mit dazu beiträgt, schwer oder gar nicht verständliche Ereignisse zu erklären und Ambiguität aufzuheben. Es geht also darum, „ein belastbares Begreifen einer gefährlichen Welt" zu ermöglichen.[30]

Die Langlebigkeit eines Gerüchts hängt schließlich von dessen Glaubwürdigkeit ab. Man kann ihm durch die Überprüfung des Wahrheitsgehalts ein Ende setzen, mit Quellen durch Verifikation oder Falsifizierung. Ebenso kann es aber durch neue, anderslautende Gerüchte ersetzt oder durch aktuellere Ereignisse überlagert werden. Da Gerüchte „allerdings grundsätzlich keiner Logik" gehorchen, ist gleichfalls möglich, dass sie immer wiederkehren.[31] Rauff und seine angeblichen Verbindungen mit dem Regime sind dafür ein gutes Beispiel, tauchen sie doch, wie eben beispielhaft gezeigt, in der mehr oder weniger seriösen (populär-)wissenschaftlichen Literatur stets aufs Neue auf.

Einem chronologischen Ansatz folgend, bildet eine kurze Darstellung der internationalen Reaktionen auf den Putsch und die Welle der Repression nach dem 11. September 1973 den Ausgangspunkt für die folgenden Ausführungen. Der Fokus liegt dabei auf den (westlichen) Solidaritätsinitiativen und den chilenischen Exilgruppen sowie ihren Verbindungen untereinander, bevor in einem nächsten Schritt die (teils verschieden lautenden und im Laufe der Zeit sich verändernden) Meldungen über Rauffs Aktivitäten für das Militärregime und ihre Verbreitung untersucht sowie kritisch gewürdigt werden. In einem Fazit werden die behaupteten Verbindungen Rauffs mit der Junta abschließend bewertet und

[27] Vgl. Manfred Bruhn, Gerüchte als Gegenstand der theoretischen und empirischen Forschung, in: Ders./Werner Wunderlich (Hrsg.), Medium Gerücht. Studien zu Theorie und Praxis einer kollektiven Kommunikationsform, Bern 2004, S. 11–39, und Klaus Mertens, Zur Theorie des Gerüchts, in: Publizistik 54 (2009), S. 15–42.

[28] Vgl. ebenda, S. 20.

[29] Rudolf Stöber, Das halte ich für ein Gerücht. Zu Klaus Mertens Beitrag „Zur Theorie des Gerüchts" (Publizistik, 54. Jg. 2009, S. 15–42), in: Publizistik 54 (2009), S. 431–435, hier S. 434, und Bruhn, Gerüchte, in: Ders./Wunderlich (Hrsg.), Medium Gerücht, S. 15 („Ungewissheit"); Hervorhebungen im Original.

[30] Gregory Evans Dowd, Groundless. Rumors, Legends, and Hoaxes on the Early American Frontier, Baltimore 2015, S. 6.

[31] Vgl. Mertens, Theorie, S. 38 f., Zitat S. 38.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Erklärungen dafür präsentiert, warum sich dieses nie belegte Gerücht als so langlebig erwiesen hat.

IV. Im Namen der antifaschistischen Solidarität

Der zumindest in Chile von vielen erwartete Coup gegen die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende führte weltweit zu Protestkundgebungen und zu einer Welle der Solidarität,[32] die man dem sozialistischen Präsidenten während seiner nur knapp dreijährigen Amtszeit zu keinem Zeitpunkt irgendwo entgegengebracht hatte. Es kam zu (mehr oder weniger spontanen) Demonstrationen, die in Buenos Aires zum Beispiel eine Viertelmillion und in Mexiko-Stadt Hunderttausend Menschen auf die Straßen brachten. In der Folge erhielten kleinere, bereits vor dem 11. September 1973 bestehende Solidaritätskomitees verstärkt Zulauf und neue wurden allerorts gegründet.[33] In den USA hatten sich beispielsweise bereits zu Jahresende „Hunderte von Gruppen im gesamten Land der Sache Chiles angenommen",[34] während in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Frühjahr 1974 „rund 50 Chile-Komitees" entstanden und wahrscheinlich sogar noch mehr ins Leben gerufen wurden.[35]

Das jähe Ende der UP-Regierung und damit der Hoffnung auf einen demokratischen Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft, zu deren Realisierung Allende sich verpflichtet hatte, trugen ganz wesentlich zum Entstehen und raschen Anwachsen der Solidaritätsgruppen bei; das galt für die Bundesrepublik, sicherlich aber auch für die Bewegungen in anderen Ländern.[36] Berücksichtigen muss man zur gleichen Zeit die verstörende, vollends unerwartete Brutalität der Putschisten. Die drakonische Repression führte zur Gründung von einer Reihe von Organisationen, die sich ausschließlich den Menschenrechtsverletzungen widmeten, zum Beispiel der Internationalen Kommission für die Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile.[37]

[32] Vgl. Alan Angell, Las dimensiones internacionales del Golpe de Estado chileno, in: Política 51 (2013), S. 57–78, und Thomas C. Wright/Rody Oñate Zúñiga, Chilean Political Exile, in: Latin American Perspectives 34 (2007), S. 31–49, hier S. 33.

[33] Vgl. Werner Balsen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 319; Margaret Power, The U.S. Movement in Solidarity with Chile in the 1970s, in: Latin American Perspectives 36 (2009), S. 46-66, hier S. 52; Inga Emmerling, Die DDR und Chile. Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität, Berlin 2013, S. 379; Francis Peddie, Shaming an Unwilling Host. The Chilean Solidarity Movement, Fall 1973, in: Left History 17 (2013), S. 49–72, hier S. 55 f., und Ann Jones, No Truck with the Chilean Junta! Trade Union Internationalism, Australia and Britain, 1973–1980, Canberra 2014, S. 163.

[34] Power, U.S. Movement, S. 53.

[35] Balsen/Rössel, Solidarität, S. 323. Vgl. auch Die Arbeit der Chile-Komitees, in: Blätter des iz3w 48 (1975), S. 22–24, hier S. 22.

[36] Vgl. Balsen/Rössel, Solidarität, S. 320, und Salvador Allende, Discurso del 5 de noviembre de 1970, in: Hernán Godoy (Hrsg.), Estructura social de Chile, Santiago de Chile 1971, S. 582–593.

[37] Vgl. Kelly, Chilean coup, S. 176–180.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Unterdessen war gerade in den ersten Monaten die Informationslage über die Ereignisse in Chile ausgesprochen dünn. Die Junta machte sämtliche Medien mundtot, die Allende und die UP unterstützt hatten, und für jene Zeitungen, Rundfunkstationen und Fernsehsender, die weiterhin operieren durften, galt „eine strenge Zensur".[38] Zu dem sich daraus ergebenden Mangel an unabhängigen und überprüfbaren Informationen kamen die Angst und der Schrecken, den das Militärregime insbesondere unter der Anhängerschaft des gestürzten Präsidenten verbreitete. All das führte dazu, wie sich die seinerzeit als Journalistin und linke Aktivistin bekannte Isabel Allende später erinnern sollte, dass es in Chile selbst „fast keine Informationen" gab, sondern „bloß Gerüchte" über das, was geschah – über die „Folterzentren, Konzentrationslager, Ermordungen, Razzien in Armenvierteln" sowie das Ausmaß an Verhaftungen und Flucht.[39]

Bei all der Unwägbarkeit und Ungewissheit, die sich in mitunter widersprüchlichen, sicherlich oftmals auch übertriebenen Aussagen (von Geflüchteten und freigelassenen Folteropfern) in außerhalb Chiles veröffentlichten Artikeln, Reportagen und ersten Berichten von nichtstaatlichen Organisationen spiegelte – genannt seien in diesem Zusammenhang etwa die anfangs stark divergierenden, später revidierten Angaben über die Zahl der Gefangenen und Toten[40] –, war eines unbestritten: Der „entscheidende Aspekt" für die Verfolgung durch die Junta bestand einzig und allein darin, ob jemand die UP unterstützt hatte.[41]

Die weit meisten Opfer der Repression, die von den Streitkräften (und ihren zivilen Apologeten) im Übrigen als „‚ein Heiliger Krieg' gegen […] den ‚marxistischen Krebs'" gerechtfertigt wurde,[42] waren folglich – tatsächliche oder auch nur angebliche – Sympathisanten und Parteigänger Allendes, insbesondere Sozialisten (*Partido Socialista*, PS) und Kommunisten (*Partido Comunista de Chile*, PCCh). Eine vergleichbare Zahl von Opfern hatte ansonsten nur noch der viel kleinere *Movimiento de Izquierda Revolucionario* (Bewegung der Revolutionären Linken,

[38] Vgl. Comisión Nacional sobre la Prisión Política y Tortura, Informe, S. 171 und S. 203–213, Zitat S. 171.

[39] Zit. nach Interview Amnesty International vom 11.9.2013: „Life under Pinochet – Isabel Allende: ‚The day we buried our freedom'"; www.amnesty.org/en/latest/news/2013/09/life-under-pinochet-isabel-allende-day-we-buried-our-freedom/ [13.4.2018].

[40] Vgl. Ferdinand Mesch, Human Rights, Chile and International Organizations, in: DePaul Law Review 24 (1975), S. 999–1022, hier S. 1008 f.; Michael Stolle, „Inbegriff des Unrechtsstaates". Zur Wahrnehmung der chilenischen Diktatur in der deutschsprachigen Presse zwischen 1973 und 1989, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 791–813, hier S. 805, und Eckel, Magnifying Glass, in: Hoffmann (Hrsg.), Human Rights, S. 321. Zu Berichten vgl. Activités extérieures. Chili, in: Revue Internationale de la Croix-Rouge 55 (1973), S. 599–602, hier S. 599 f.; The New York Review of Books vom 30.5.1974: „Terror in Chile II. The Amnesty Report" (Rose Styron), und Final Report of the Mission of the International Jurists' Commission in Chile, in: Chile-América 1 (1974), S. 15–17.

[41] Mesch, Human Rights, S. 1008.

[42] Brian Loveman, Chile. The Legacy of Hispanic Capitalism, New York ²1988, S. 310.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

MIR) zu beklagen, der von der kubanischen Revolution inspiriert war und der UP skeptisch, jedoch nicht offen ablehnend gegenübergestanden hatte.[43]

Mitglieder dieser und weiterer kleinerer linker Gruppierungen etablierten ihre eigenen Exilorganisationen – Allendes Sozialisten ließen sich in Ost-Berlin nieder, die Kommunisten entschieden sich für Moskau, während die *Miristas* ihre Hauptquartiere in Havanna und Paris hatten;[44] sie kooperierten aber auch in parteiübergreifenden Organisationen, die bereits wenige Wochen nach dem blutigen Umsturz gegründet wurden. Diese entstanden zum Beispiel in Ost-Berlin, Rom und Havanna, später gab es auch in Mexiko-Stadt ein wichtiges Zentrum des (fast) die ganze Welt umspannenden, intensiv kommunizierenden Widerstandsnetzwerks.[45] Dieser Austausch stand im krassen Gegensatz zu den enormen Problemen, die sich bei der „Kommunikation zwischen den Kameraden zu Hause und jenen im Exil" zeigten; Informationen waren wegen der „Effizienz und Aufmerksamkeit des chilenischen Sicherheitsapparats" kaum zu erhalten.[46]

Vertreterinnen und Vertreter dieser Komitees unterhielten gleichermaßen enge Kontakte zu sympathisierenden Gruppen und Regierungen sowie den verschiedenen Solidaritätsbewegungen, deren Reihen durch die Flut an Vertriebenen ihrerseits sehr stark anwuchsen.[47] Dazu gehörte nicht zuletzt die Teilnahme an in Ost wie in West stattfindenden internationalen Solidaritätskonferenzen, deren erklärtes Ziel es unter anderem war, wie es beispielsweise auf einer vom französischen Chile-Solidaritätskomitee in Paris Anfang Juli 1974 organisierten gesamteuropäischen Konferenz hieß, die „Weltöffentlichkeit über die in Chile seit dem 11. September 1973 begangenen Verletzungen der Menschenrechte

[43] Vgl. Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación, Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación, Bd. 2, Santiago de Chile 1996, S. 945 und S. 947; Comisión Nacional sobre la Prisión Política y Tortura, Informe, S. 561 und S. 565, sowie Cristián Pérez, Historia del MIR. „Si quieren guerra, guerra tendrán ...", in: Estudios Públicos 91 (2003), S. 5–44, hier S. 6–17.

[44] Vgl. Wright/Oñate Zúñiga, Chilean Political Exile, S. 39.

[45] Vgl. Tanya Harmer, The view from Havana. Chilean exiles in Cuba and early resistance to Chile's dictatorship, 1973–1977, in: Hispanic American Historical Review 96 (2016), S. 109–146, hier S. 111 und S. 117 f.; Christiaens/Rodríguez García/Goddeeris, Global Perspective, in: Christiaens/Rodríguez García/Goddeeris (Hrsg.), European Solidarity, S. 25, und Alessandro Santoni, El Partido Comunista Italiano y el otro „compresso storico". Los significados políticos de la solidaridad con Chile (1973–1977), in: Historia 43 (2010), S. 523–546, hier S. 530 f. und S. 534.

[46] Central Intelligence Agency (CIA), Freedom of Information Act Electronic Reading Room (FOIA), Intelligence Memorandum „Anti-Junta Activity Outside of Chile", 12.8.1974, S. 18 (Zitate); www.cia.gov/library/readingroom/docs/CIA-RDP79R01099A001500070002-3.pdf [29.11.2018]; Harmer, View from Havana, S. 123, und Olga Ulianova, Corvalán for Bukovsky. A real exchange of prisoners during an imaginary war, in: Cold War History 14 (2014), S. 315–336, hier S. 324 und S. 334.

[47] Vgl. Kelly, Chilean coup, S. 177, und Mario Sznajder/Luis Roniger, The Politics of Exile in Latin America, Cambridge 2009, S. 230–234.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aufzuklären und die Solidaritätsbewegung für die verfolgten chilenischen Demokraten zu stärken".[48]

Dabei handelte es sich in letzter Konsequenz, so Carlos Altamirano, um einen Kampf gegen den „Terror des Faschismus".[49] Der Generalsekretär des PS wiederholte damit Aussagen, die sich schon in der UP-Zeit in Angriffen gegen die damalige christdemokratische und konservative Opposition finden lassen,[50] nach dem Umsturz aber geradezu kennzeichnend waren für den oppositionellen Diskurs. „Faschistische Diktatur" mag tatsächlich in den frühen Jahren die gängigste Bezeichnung des Regimes durch Repräsentanten der verschiedenen linken Gruppen und Parteien gewesen sein; entsprechende Aussagen finden sich unter anderem bei Sozialisten und Kommunisten ebenso wie bei *Miristas*, wobei – wenig überraschend – auch immer wieder gerne Vergleiche mit dem Dritten Reich gezogen und Verbindungen zum Nationalsozialismus hergestellt wurden.[51]

Die Gewaltexzesse der Militärmachthaber schienen die Charakterisierung zu rechtfertigen. Der Versuch, mithilfe eines bekannten (Kampf-)Begriffs eine emotionale und intellektuelle Brücke zu der Tradition des europäischen Antifaschismus zu schaffen und so zum einen Unterstützung (in Europa und Nordamerika) zu maximieren und zum anderen eine möglichst breite Front chilenischer Gruppen zu etablieren, spielte aber sicher auch eine Rolle, vielleicht sogar die entscheidende.[52] Auf jeden Fall wurde der Terminus von – alten und neuen – Verbündeten der UP gleichermaßen verwendet. Der kubanische Revolutionsführer Fidel Castro zum Beispiel „hatte die Junta sehr schnell als ‚faschistisch' bezeichnet", nämlich nur zwei Tage nach dem Coup,[53] und die SED, folglich die DDR, verwendete das Adjektiv „ab Oktober 1973 in allen veröffentlichten oder geheimen Dokumenten", wenn sie sich auf das Regime bezog.[54]

[48] Europäische Konferenz in Paris, in: Chile-Nachrichten 19 (1974), S. 50 f., hier S. 50. Vgl. auch L'Humanité vom 3.7.1974: „Conférence européenne de solidarité avec le peuple chilien" und vom 4.7.1974: „Des délégations venues de toute l'Europe".

[49] Zit. nach Europäische Konferenz in Paris, S. 50.

[50] Vgl. dazu die Artikel in der Regierungszeitung „La Nación" aus Santiago de Chile vom 2.5.1973: „Presidente Allende en concentración: No puede haber revolución sin disciplina" und „Presidente de la CUT. ‚Lucha actual está planteada entre explotadores y explotados'". Zu Altamirano vgl. Joaquín Fermandois, La revolución inconclusa. La izquierda chilena y el gobierno de la Unidad Popular, Santiago de Chile 2013, S. 288.

[51] Vgl. Iván Silva Gatta, El Golpe y la Dictadura Militar en las caracterizaciones tempranas de la Izquierda Chilena (1973–1977), in: Revista Grafía 10 (2013), S. 90–110, hier S. 100–103, und Jaume Peris Blanes, Combatientes de un nuevo cuño. Supervivencia y comunidad de los primeros testimonios del exilio, in: Universum 24 (2009), S. 144–161, hier S. 148–150.

[52] Vgl. ebenda, S. 149, und Ronaldo Munck, The „Modern" Military Dictatorship in Latin America. The Case of Argentina (1976–1982), in: Latin American Perspectives 12 (1985), S. 41–74, hier S. 42–45.

[53] Harmer, View from Havana, S. 118.

[54] Jost Maurin, Flüchtlinge als politisches Instrument – Chilenische Emigranten in der DDR 1973–1989, in: Totalitarismus und Demokratie 2 (2005), S. 345–374, hier S. 356.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Gleiches lässt sich für die von der SED kontrollierte Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und deren Presseorgane sagen.[55] Selbst Gruppierungen wie die gerade in Westdeutschland seinerzeit umtriebigen, überwiegend maoistischen K-Gruppen, die verbal „für den Sieg des Sozialismus in Chile" eintraten und nicht für die „Bildung einer breiten ‚antifaschistischen Front'", wie sie von der „DKP, den ihr angeschlossenen Organisationen, den Jusos und der wachsenden Zahl der Exilchilenen" verfolgt wurde,[56] begannen sukzessive, die Begriffe Faschismus und faschistisch im Zusammenhang mit der Militärdiktatur zu verwenden, wenn auch bei Weitem nicht so konsequent.[57] In anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in den Niederlanden und in Finnland, verhielt es sich ähnlich.[58] Der solidarische Kampf gegen die Diktatur galt letztlich als eine Auseinandersetzung mit dem Faschismus.

V. Vom Berater …

In dieser Gemengelage aus leidenschaftlichen Appellen zum Kampf gegen die als faschistisch verfemte Junta und immer neuen, oftmals aber unbestätigten und auf einer unsicheren Quellenlage beruhenden Meldungen über weitere Gräueltaten, einschließlich der Berichte und Fotos „des Konzentrationslagers auf der […] Insel Dawson", tauchte der Name von Walther Rauff in Nachrichten über Chile auf.[59] Der 1906 im anhaltinischen Köthen geborene SS-Offizier, einer der berüchtigtsten NS-Verbrecher, lebte bekanntermaßen seit Ende der 1950er Jahre in Chile. Dass er die Verbrechen des Dritten Reichs leugnete war ebenso gut dokumentiert.

Bekannt war Rauff einer interessierten Öffentlichkeit – in Chile wie auch im geteilten Deutschland und darüber hinaus – seit einem von der Bundesrepublik Ende 1962, Anfang 1963 wegen seiner Verantwortung für die „Gaswagen" zur Ermordung von Juden vergeblich angestrengten Auslieferungsverfahren.[60] Mit un-

[55] Vgl. Unsere Zeit (UZ) vom 3.10.1973: „Mordprozess gegen Corvalan [sic!]" und „Augenzeugen klagen die Henker der chilenischen Freiheit an". Zum Verhältnis zwischen DKP und SED vgl. Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn 2006, S. 73–96.

[56] Balsen/Rössel, Solidarität, S. 324.

[57] Vgl. Roter Morgen (Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten) vom 29.9.1973: „Chile: Die Massen greifen zum Gewehr"; Kommunistische Volkszeitung (Zentralorgan des Kommunistischen Bunds Westdeutschland) vom 24.10.1973: „Chile, organisierter Widerstand", und Arbeiterkampf (Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bunds) vom 26.2.1974: „Faschismus in Chile. Folter, Mord und Terror".

[58] Vgl. Jan de Kievid, Posters of the Dutch Solidarity Movement with Chile (1972–1990), in: European Review of Latin American and Caribbean Studies 95 (2013), S. 109–113, hier S. 110, und Linda Heinonen, Finland: Popularizing Chile, in: Christiaens/Rodríguez García/Goddeeris (Hrsg.), European Solidarity, S. 257–274, hier S. 257 f.

[59] Vgl. zu Dawson ein Bild und den entsprechenden Text in der Deutschen Volkszeitung vom 31.1.1974, S. 4 (Zitat), und Der antifaschistische Widerstand. Gemeinsame Erklärung der Unidad Popular und des MIR, in: Antiimperialistisches Informationsbulletin 2 (1974), S. 11–13.

[60] Rauff wurde Anfang Dezember 1962 auf der Grundlage eines bundesdeutschen Auslieferungsgesuchs verhaftet. Mitte Februar 1963 gab der Präsident des Obersten Gerichtshofs in erster Instanz dem Antrag statt. In der von Rauffs Verteidigung angestrengten Berufung

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einsichtigen Äußerungen über seine Mitschuld an den NS-Verbrechen, beispielsweise in einem im Londoner *Jewish Observer and Middle East Review* erschienenen Bericht im April 1966 oder im Zusammenhang mit Verfahren wie dem kurz danach stattfindenden „Gaswagen"-Prozess vor dem Schwurgericht Hannover, in dem er als Hauptschuldiger bezeichnet wurde, war er in den folgenden Jahren immer wieder in den Nachrichten gewesen.[61] Letztmals geschehen war dies nur wenige Monate vor dem blutigen Machtwechsel, als Simon Wiesenthal Salvador Allende um die Ausweisung des SS-Manns ersucht hatte, dies vom chilenischen Präsidenten jedoch unter Hinweis auf das zweitinstanzliche Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 1963 abgelehnt worden war.[62]

Ähnlich wie im Falle des im bolivianischen Exil lebenden ehemaligen Gestapo-Chefs von Lyon, Klaus Barbie (alias Klaus Altmann), dem Mitte 1972 in „auf zahlreiche Zeugenaussagen gestützte[n] Meldungen" vorgeworfen worden war, der (weit weniger internationales Interesse weckenden) Diktatur von Hugo Banzer (1971–1978) „als Berater für Verhörmethoden" zu dienen,[63] wurde Rauff nun Anfang 1974 als Mitarbeiter des chilenischen Unterdrückungsapparats bezeichnet. Noch reichlich unspezifisch behauptete ein unbekannter Zeuge oder Sachverständiger – Genaueres lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht sagen – des neu ins Leben gerufenen Bertrand-Russell-Tribunals über die Repression in Brasilien und Lateinamerika (Russell-Tribunal II), der ehemalige SS-Standartenführer schule gemeinsam mit anderen, nicht weiter identifizierten ehemaligen Nazis chilenisches Militärpersonal.[64]

Nur ein paar Wochen später, im März, war schon konkreter von „der technischen Vorbereitung und Ausbildung der Zellen von DINA" die Rede, an der er beteiligt sei. Die Aufgabe dieser Ende 1973 gegründeten Organisation bestehe darin, berichteten die vom West-Berliner Chile-Komitee und einer Reihe westdeutscher Komitees herausgegebenen *Chile-Nachrichten* in einem ganzseitigen Ar-

hob dasselbe Gericht dieses Urteil Ende April dann allerdings auf. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass die Rauff vorgeworfenen Verbrechen nach chilenischem Recht verjährt seien; vgl. Susanne Katharina Raidt, Die transnationale Karriere eines „staatlich geprüften Kriegsverbrechers". Der Fall Walther Rauff 1938–1963, in: Zeitschrift für Genozidforschung 11 (2010), S. 76–108, hier S. 96–106; Stahl, Nazi-Jagd, S. 142–153; Cüppers, Rauff, S. 305–333, und Schneppen, Rauff, S. 120–150.

[61] Vgl. Der Spiegel vom 16.5.1966: „Gaswagen. Der Nerven wegen"; FAZ vom 7.6.1966: „Als ‚Schreibtisch-Täter' verurteilt", und Jewish Observer and Middle East Review vom 15.4.1966: „‚Quiet Gentleman'. Rauff in Chile".

[62] Vgl. Stahl, Nazi-Jagd, S. 231–233; Cüppers, Rauff, S. 348–352, und Schneppen, Rauff, S. 161–164.

[63] Stahl, Nazi-Jagd, S. 224.

[64] Vgl. CIA, FOIA, VI. 20 Feb 1974 Inter-American Affairs, A 3; www.cia.gov/library/readingroom/docs/LOC-HAK-175-6-2-9.pdf [29.11.2018]. Im veröffentlichten Bericht über die erste Sitzung des zweiten Russell-Tribunals, die in Rom Anfang April 1974 stattfand, findet sich in den Abschnitten über Chile der Name Rauff jedoch nicht; vgl. Bertrand Russell Peace Foundation, Repression in Latin America. A Report of the Russell Tribunal Session in Roma, Nottingham 1976, S. 62–110. Zu den Russell-Tribunalen allgemein vgl. Berenice Böhlo, Gesellschaftsgerichte nach Russell, in: Kritische Justiz 43 (2010), S. 70–77. Sowohl Cüppers, Rauff, S. 355, als auch Stahl, Nazi-Jagd, S. 234, sprachen irrtümlicherweise davon, dass die Anschuldigung erstmals im Mai 1974 aufkam.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tikel, der von einem Porträt des SS-Standartenführers mit der Bildunterschrift „Gaswagen-Chef Rauff" begleitet wurde, „Führer der Linken aufzuspüren, Treffpunkte ausfindig zu machen und die Infrastruktur der linken Parteien auszuspionieren". So erfolgreich operiere die aus „ausgesuchte[n] Spezialgruppen der Streitkräfte" und „Mitgliedern faschistischer Gruppen" bestehende Einheit, dass „die politische Arbeit der Linken" in den von der Oberschicht dominierten Stadtteilen Santiagos „praktisch unmöglich geworden ist".[65]

Der ungenannte Autor des Artikels, der sich im Hinblick auf die Tätigkeit Rauffs für die DINA auf die „verläßlichen", jedoch in keiner Weise weiter belegten Angaben einer nicht genannten „Person im Informationsapparat der Junta" berief, fügte sich im Ton und in seiner Stoßrichtung nahtlos ein in die allgemeine Berichterstattung der (deutschen) Solidaritätskomitees sowie linker Gruppen und Parteien über die Entwicklungen in Chile. Rauffs behauptete Arbeit für die im Beitrag – irrtümlicherweise – als *Dirección de Inteligencia Nacionalista Anticomunista* bezeichnete Organisation erschien angesichts der belegten Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Diktatur vollkommen plausibel. Sie wurde, so könnte man argumentieren, nur noch als ein weiterer Beleg für eine ohnehin bereits weithin akzeptierte Einschätzung angesehen.

Mediales Interesse erweckte die Nachricht vorerst nicht. Ändern sollte sich dies erst, wenigstens ansatzweise, in der zweiten Mai-Hälfte, als die Meldung erschien, dass „der Nazikriegsverbrecher Walter [sic!] Rauff zum Berater der faschistischen Junta berufen worden" sei.[66] Mit Verweis auf die US-amerikanische Tageszeitung *Daily World*, der – was unerwähnt blieb – Ostküstenzeitung der *Communist Party USA* (mit guten Kontakten zu chilenischen Exilanten), fand sich zur selben Zeit im *Neuen Deutschland* (ND) wie in der *Berliner Zeitung* (BZ) wie im in Essen herausgegebenen DKP-Organ *Unsere Zeit* (UZ) diese Behauptung in gleichlautenden Kurzmeldungen über den angeblichen Bau von „KZ-Krematorien" in Chile.[67] Ende des Monats, diesmal unter Berufung auf den britischen *Morning Star*, der De-facto-Parteizeitung der *Communist Party of Great Britain*, berichteten zuerst ND und am Tag darauf die BZ in größtenteils wortgleichen Artikeln über „[w]eitere Einzelheiten über den ehemaligen SS-Standartenführer" und dessen Verhältnis zur „faschistischen chilenischen Junta". Rauff sei von Pinochet persönlich „zum Hauptberater der ‚Direktion für nationale antikommunistische Ermittlung' (DINA), einer gestapoähnlichen Organisation, gemacht worden".[68]

[65] DINA: Spezialisiert auf Repression, in: Chile-Nachrichten 14 (1974), S. 19. Die folgenden Zitate sind ebenda, Rechtschreibung im Original. Zur Herausgeberschaft vgl. in derselben Auflage Redaktionsnachrichten, S. 40.

[66] Neues Deutschland (ND) vom 22.5.1974: „Junta baut KZ-Krematorien", und Berliner Zeitung (BZ) vom 22.5.1974: „Chile: Krematorien nach Nazivorbild".

[67] Vgl. UZ vom 22.5.1974: „Krematorien in KZ Chiles". Die Nachricht erschien ursprünglich am 21.5.1974. Zu „Daily World" vgl. House of Representatives, Hearings Before the Committee on Internal Security. The Theory and Practice of Communism, Bd. 5, Washington 1974, S. 2681–2751.

[68] ND vom 30.5.1974: „Junta-Berater war mit Eichmann befreundet"; BZ vom 31.5.1974: „Chile: Für Kleidung und Schuhe bleibt kein Geld mehr". Die hier zitierten Stellen finden sich

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In anderen Ländern des Ostblocks erschienen Ende Mai und im Juni ebenfalls Nachrichten zu Rauff. Die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina behauptete, er sei „‚Chefberater' des in Chile gegründeten ‚Nat. Amtes für Antikommunistische Untersuchungen'";[69] und *Granma*, die offizielle Zeitung des Zentralkomitees des *Partido Comunista de Cuba*, brachte einen darauf basierenden Artikel, der später auch auf Englisch in der Wochenausgabe des Parteiorgans erschien.[70] Die sowjetische Regierungszeitung *Iswestija* erhob indes kurz darauf – von der BZ wiederholte – Vorwürfe, dass Rauff in der „Londrez-Straße [sic!] 38" ein „Büro" habe und dort „Verhöre und Folterungen" stattfänden, bevor „die Verhafteten in die wichtigste Höhle der DINA – nach Tejas Verdez [sic!], in der Nähe von San Antonio [–] gebracht" werden würden.[71]

Jenseits des Eisernen Vorhangs und abgesehen von Zeitungen wie der UZ, die faktisch von der DDR kontrolliert wurde, fanden sich in den auflagenschwachen Publikationen einzelner westdeutscher K-Gruppen Nachrichten über den „Ausbau des Terrorapparates" unter Rauffs Beteiligung.[72] Erwähnt wurde der ehemalige SS-Mann außerdem in der in Frankfurt erscheinenden *tat*, der von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes herausgegebenen „antifaschistischen Wochenzeitung", die bereits „den Fall Barbie" zwei Jahre zuvor „aufmerksam" beobachtet hatte.[73] Überdies veröffentlichte die in Paris ansässige *Ligue internationale Contre le Racisme et l'Antisémitisme* ein Kommuniqué zu Rauffs „neuen Aufgaben".[74]

Mit dem *Guardian* und dem *Spiegel*, der die linksliberale britische Tagezeitung umfänglich zitierte, griffen zur gleichen Zeit – Ende Mai und Anfang Juni – zudem erstmals auch etablierte, unabhängige westliche Medien das Thema auf; sie

in beiden Zeitungen. Zu „Morning Star" vgl. Jones, No Truck, S. 57, Fußnote 177. Die UZ ihrerseits meldete Gleiches, ohne sich allerdings auf den „Morning Star" zu beziehen; vgl. UZ vom 29.5.1974: „Graf Schulenburg vom Auswärtigen Amt: Überprüfung der chilenischen Flüchtlinge noch im Gange".

69 Bundesarchiv (künftig: BArch), B 206/2008, lfd. Nr. 296, PEZED-Bogen zu RAUFF, Walter [sic!] Hermann, 27.5.1974.

70 Vgl. Granma. Weekly Review vom 2.6.1974: „Chile: Former Nazi Colonel Serving as Adviser to Junta" (Mario Díaz). Der Beitrag erschien ursprünglich am 27.5.1974 in der Tagesausgabe der Zeitung.

71 BZ vom 23.6.1974: „Erfinder der Gaskammern im Dienste Pinochets. ‚Iswestija' über Naziverbrecher in Chile" und „Nicht Buchenwald, sondern Chile".

72 Kommunistische Volkszeitung vom 26.6.1974: „Unterdrückung und Widerstand in Chile", und Rote Fahne (Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands) vom 12.6.1974: „Die SPD-Regierung ist Helfershelfer der Junta".

73 Stahl, Nazi-Jagd, S. 224. Vgl. die tat vom 8.6.1974: „SS-Gaskammern-Experte Berater der Chile-Junta". Der Verband Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) wurde als eine der DKP nahestehende Organisation angesehen. Zu „tat" und der VVN vgl. Arne Kapitza, Transformation der ostdeutschen Presse. „BZ", „Junge Welt" und „Sonntag/Freitag" im Prozess der deutschen Vereinigung, Opladen 1997, S. 90, und Bettina Blank, Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA), in: Extremismus & Demokratie 12 (2000), S. 224–239.

74 Zit. nach Kurznachrichten. Chile: Massenmörder mit neuen Aufgaben, in: Internationale Solidarität 7 (1974), S. 21. Vgl. auch Granma. Weekly Review vom 23.6.1974: „Walter [sic!] Rauff, war criminal and Gestapo commander, adviser to fascist military in Chile".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

brachten im Blattinneren Kurzmeldungen über Rauffs angebliche Tätigkeit für den Unterdrückungsapparat. In der Wortwahl und im Inhalt zeigte der *Guardian* – und folglich der *Spiegel* – übrigens frappante Ähnlichkeiten gerade mit der Prensa-Latina-Meldung beziehungsweise dem darauf beruhenden *Granma*-Artikel.[75]

VI. … zum Direktor der DINA

Nachdem auf der Ende Juni in Kopenhagen stattfindenden zweiten Tagung der Internationalen Kommission für die Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile der Vertreter der DDR, Friedrich Karl Kaul, den „ehemaligen SS-Standartenführer" als „ein besonders übles Werkzeug" der Junta „zur brutalen Unterdrückung des Volkes" bezeichnet und die Kommission selbst das Regime aufgefordert hatte, sich zur „Einstellung des SS-Massenmörders in ihre Dienste" zu äußern,[76] erschienen in kurzer Folge in verschiedenen westlichen Tageszeitungen Artikel zu diesem Thema. Diese Beiträge, unter anderem in der *Frankfurter Rundschau*, der Wiener *Arbeiter-Zeitung* (AZ), *Le Monde* sowie *L'Humanité*, dem Organ des *Parti communiste français*,[77] verschafften der behaupteten Tätigkeit Rauffs für das Militärregime eine bis dahin nicht gekannte Aufmerksamkeit.

Dies war nicht so sehr der Fall, weil substanziell Neues geäußert oder gar Beweise vorgelegt worden wären; dass Rauff nun, wie es beispielsweise in der Überschrift des in der AZ veröffentlichten Artikels hieß, als „Chef des Geheimdienstes der Chile-Junta" bezeichnet wurde, war nicht entscheidend.[78] Ausschlaggebend war vielmehr, dass die Anschuldigungen in etablierten und westlichen, das heißt auch als seriös erachteten und weithin zugänglichen Medien erschienen. So wurde dem Vorwurf Glaubwürdigkeit verliehen, dass „in der Person […] Rauffs die perfektionierten Methoden des Dritten Reiches bei der Verfolgung und Vernichtung von Regimegegnern in die Praktiken des chilenischen Regime[s] eingebracht worden sind", wodurch, wie Marie-Luise Kaltenegger in der AZ schrieb, „der unmenschliche Charakter der Militärdiktatur nicht mehr verhüllt werden" könne.[79] Das Pinochet-Regime wurde somit in direkte Verbindung gesetzt mit Hitler-Deutschland, dem Inbegriff des faschistischen Unrechtsstaats.

[75] Vgl. The Guardian vom 31.5.1974: „Chile winds" (Martin Walker), und Der Spiegel vom 10.6.1974: „Berufliches. Walter [sic!] Rauff".

[76] Friedrich Karl Kaul, Der Mörder als Chefberater, in: Die Weltbühne 69 (1974), S. 904–906, hier S. 906, und ND vom 27.6.1974: „Schandprozesse in Chile müssen beendet werden" („Werkzeug").

[77] Vgl. Frankfurter Rundschau (FR) vom 29.6.1974: „Alt-Nazi als Folterexperte"; Arbeiter-Zeitung (AZ) vom 30.6.1974: „SS-Offizier nun Chef des Geheimdienstes der Chile-Junta" (Marie-Luise Kaltenegger); Le Monde vom 3.7.1974: „L'ancien ‚SS' Walter [sic!] Rauff est placé à la tête des services de renseignements", und L'Humanité vom 3.7.1974: „Un ancien SS à la tête des services de renseignements".

[78] Das gilt auch für den Artikel in der FR, in dem der in Buenos Aires ansässige Korrespondent des Blatts, Romeo Rey, Rauff auf der Basis von „übereinstimmenden Zeugenaussagen als Folterexperte[n]" der DINA bezeichnete, nicht aber als deren Leiter.

[79] AZ vom 30.6.1974: „SS-Offizier nun Chef des Geheimdienstes der Chile-Junta".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Junta sah dies ebenfalls so,[80] und die Militärmachthaber, die zuvor bloß vereinzelt über die Botschaften Meldungen hatten dementieren lassen,[81] reagierten entsprechend auf die auch Chile erreichende Nachricht. Über den Radiosender *Cooperativa*, der dem (noch nicht in Opposition zur Junta stehenden) *Partido Democráta Cristiano* gehörte und seine Hörerschaft vor allem in der Mittel- und Oberschicht hatte, wurde die Behauptung über Rauffs Tätigkeit Anfang Juli kategorisch zurückgewiesen. Man habe es, so wurde verlautbart, mit einem vom internationalen Marxismus gelenkten Manöver zu tun, durch das „die chilenische Regierung als faschistisch erscheinen" solle.[82] Die wesentlichen Aussagen einer identischen Erklärung des Sprechers der Junta, Oberst Pedro Ewing, erschienen gleichzeitig sowohl in der AZ wie in *Le Monde*.[83]

Nachweislich zum ersten Mal zeigten jetzt auch die das Regime vorbehaltlos unterstützenden Vereinigten Staaten Interesse. In einer ersten Reaktion äußerte die *Central Intelligence Agency* (CIA) die Befürchtung, dass Rauffs „Referenzen" im Dritten Reich es „[l]eider [...] zunehmend schwieriger" machten, Pinochet und sein Regime „zu verteidigen". Nach ein paar Tagen war sich die CIA dann allerdings sicher, dass die „Geschichte [...] vollkommen unwahr" sei; Rauff habe „keine Verbindung" zur „chilenischen Regierung", so hieß es definitiv in einer Einschätzung vom 10. Juli 1974.[84]

Wer vom US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst kontaktiert wurde, um den Sachverhalt zu klären, geht aus den teils bearbeiteten Dokumenten nicht hervor. Plausibel scheint, dass die über engste Verbindungen in den Repressionsapparat verfügende CIA direkt beim DINA-Direktor, Oberst Manuel Contreras Sepúlveda, nachfragte. Der enge Vertraute Pinochets hielt sich in den Vereinigten Staaten auf, als die Meldungen erschienen, und traf sich unter anderem mit Vernon Walters, dem stellvertretenden CIA-Direktor.[85] Eine besser informierte Quelle war kaum vorstellbar. Und es gibt keinen Grund, warum Contreras seinem

[80] Allerdings gibt es keine Hinweise, dass die Junta als Institution sich damit auseinandersetzte. Über Rauff sprach sie nur einmal, und zwar am 15.5.1984, das heißt nach seinem Tod; vgl. República de Chile, Junta de Gobierno, Acta N° 9–84, S. 35; www.bcn.cl/obtienearchivo?id=recursoslegales/10221.3/34758/1/acta9_1984.pdf [1.12.2018].

[81] Vgl. Kaul, Mörder, S. 906, und The Guardian vom 3.6.1974: „Chile winds" (Kaare Olsen).

[82] National Archives and Records Administration (künftig: NARA), RG 263, Name File Rauff, Walter [sic!], Box 42, 5.7.1974. Zum Radiosender vgl. Carla A. Rivera Aravena, La verdad está en los hechos – una tensión entre objetividad y oposición. Radio Cooperativa en dictadura, in: Historia 41 (2008), S. 79–98, hier S. 83 f., und Rosalind Bresnahan, Radio and the Democratic Movement in Chile 1973–1990. Independent and Grass Roots Voices During the Pinochet Dictatorship, in: Journal of Radio Studies 9 (2002), S. 161–181, hier S. 165.

[83] Vgl. Le Monde vom 4.7.1974: „Le gouvernement dément que l'ancien ‚SS' Rauff dirige ses services de renseignements", und AZ vom 4.7.1974: „Junta-Dementi im Fall Rauff".

[84] NARA, RG 263, Name File Rauff, Walter [sic!], Box 42, 10.7.1974, und Secret 031447Z JUL 74 („Referenzen"). Zum Verhältnis der USA zum Pinochet-Regime vgl. Tanya Harmer, Fractious Allies. Chile, the United States, and the Cold War, 1973–76, in: Diplomatic History 37 (2013), S. 109–143.

[85] Vgl. Peter Kornbluh, The Pinochet File. A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability, New York/London 2013, S. 222 f., und CIA, FOIA, Secret 0521050Z JUL 74; www.cia.gov/library/readingroom/docs/RAUFF%2C%20WALTER_0103.pdf [29.11.2018].

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wichtigsten Verbündeten über Rauff die Unwahrheit gesagt haben sollte, der – notabene – gleichfalls bestritt, „irgendetwas mit der chilenischen [R]egierung zu tun zu haben".[86]

VII. Verhaltene Reaktionen

Die CIA beunruhigte ursprünglich vor allem *Le Monde*,[87] wohl aufgrund des Renommees dieser Zeitung. Etwaige Sorgen sollten sich jedoch als unbegründet erweisen, denn nach dem Artikel über Ewings Dementi schenkte die Zeitung dem Thema keine Aufmerksamkeit mehr. Tatsächlich schien sich *Le Monde* nicht mehr so sicher zu sein, ob die Nachricht über Rauffs Ernennung zum Leiter der DINA korrekt oder ob sie nicht doch vielleicht einem Gerücht aufgesessen war, denn der Erklärung Ewings folgte eine entschuldigend anmutende Anmerkung über den Hintergrund des ursprünglichen Artikels. Verwiesen wurde dabei auf die AZ, aber auch auf andere nicht weiter genannte Quellen.[88] Dabei dürfte es sich – so legt es wenigstens die zeitliche und örtliche Nähe zum bereits erwähnten Solidaritätskongress in Paris nahe – um Mitglieder linker Parteien, von Solidaritätskomitees oder Vertretern exilchilenischer Gruppen gehandelt haben.

Auf jeden Fall verhielt sich *Le Monde* ganz anders als die AZ beziehungsweise deren für den Beitrag verantwortliche Mitarbeiterin. Marie-Luise Kaltenegger, die unter Allende in Chile gearbeitet hatte und sich nach ihrer Flucht Ende 1973 in der österreichischen Chile-Solidarität engagierte, sprach in einer „Entgegnung" von einem „inhaltlich nicht stichhaltige[n] Dementi der chilenischen Militärjunta" und sah es weiterhin als „erwiesen" an, dass „Rauff einer der führenden Mitarbeiter" des Regimes sei.[89] Anfang August, gut fünf Wochen nachdem der erste Artikel über Rauff im Organ der österreichischen Sozialdemokratie erschienen war, räumte Kaltenegger dann in Reaktion auf einen Brief des chilenischen Botschafters Ramón Valdés zwar ein, dass die „Leitung der DINA [...] dem Oberst Sepulveda übertragen" worden sei; sie bezeichnete Rauff aber gleichzeitig „als de[n] eigentliche[n] Schöpfer und als ‚graue Eminenz' dieses Repressionsapparats".[90]

Kalteneggers erneute Vorwürfe, die mit Blick auf Rauffs „führende Rolle [...] beim Aufbau des Geheimdienstes" auf nicht näher erläuterte „Angaben" eines „Beamten des chilenischen Staatsapparats" zurückgehen sollten, wurden von anderen Medien nicht aufgenommen; und auch sie selbst ließ es dabei bewenden. Die Faktenlage wird doch nicht so belastbar gewesen sein, wie sie allemal behauptete. Gleichzeitig gestand die AZ der Militärjunta zu, wie Manfred Scheuch,

[86] BArch, B 206/2008, ldf. Nr. 297, DPA-Meldung, 6.7.1974.
[87] Vgl. CIA, FOIA, Secret 0521050Z JUL 74.
[88] Vgl. Le Monde vom 4.7.1974: „Le gouvernement dément que l'ancien ‚SS' Rauff dirige ses services de renseignements".
[89] AZ vom 5.7.1974: „Entgegnung auf ein Dementi" (Marie-Luise Kaltenegger); BArch, B 141/131465, Flugblatt der österreichischen Chile-Solidaritätsfront, und Der Standard vom 5.9.2003: „Es war leider auch ein bissl träumerisch"; derstandard.at/1411459/Es-war-leider-auch-ein-bissl-traeumerisch [31.7.2017].
[90] AZ vom 9.8.1974: „Chile: Terror auch ohne Nazi" (Marie-Luise Kaltenegger).

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Chefredakteur, in einem Kommentar unter Kalteneggers Artikel sarkastisch festhielt, ganz „allein – ohne Mithilfe ehemaliger SS-Offiziere – zur Errichtung von Konzentrationslagern, zu Deportationen politisch Andersdenkender, zum Terror gegenüber den Bewohnern der Proletarierviertel, zu Folterung und Ermordung linksgerichteter Anhänger des rechtmäßig gewählten Präsidenten Allende imstande zu sein".[91]

Währenddessen blieb Rauff für die transnationale Solidaritätsbewegung selbst in dieser Zeit des relativ größten medialen Interesses – von Ende Juni bis Anfang August 1974 – stets nur von untergeordneter Bedeutung. So produzierte das französische *Comité Chili* ein Poster, die österreichische Chile-Solidaritätsfront legte – wohl noch vor dem gesteigerten Interesse um die Jahresmitte 1974 – ein Flugblatt zu Rauff auf, für dessen Inhalt Kaltenegger verantwortlich zeichnete,[92] und in der Bundesrepublik tauchte der Name Rauff vereinzelt in Veröffentlichungen von Solidaritätsgruppen auf. All diesen Beispielen ist gemein, dass Rauff eher en passant erwähnt wurde, er aber nie Gegenstand eines eingehenderen Berichts war.[93]

Ähnlich verhielt sich die Sachlage in den Vereinigten Staaten. Der vom *North American Congress on Latin America* herausgegebene *NACLA's Latin America and Empire Report*, „der einflussreichste und professionellste" Newsletter der US-amerikanischen Solidaritätsbewegung mit Chile,[94] erwähnte Rauff beispielsweise nur ein einziges Mal, und zwar in seiner im Juli erschienenen Ausgabe vom Sommer 1974. Die Ausführungen, die sich auf seine vermeintliche Rolle bei der Gründung der DINA bezogen, beruhten bloß auf dem bereits genannten *Granma*-Artikel von Ende Mai.[95] An den für die Chile-Solidaritätsbewegung in den USA so wichtigen Universitäten war Rauff ebenso allenfalls ein Randthema, überlagert von der Auseinandersetzung um die Verwicklung der Regierung von Präsident Richard Nixon und seines Außenministers und Sicherheitsberaters Henry Kissinger in den Sturz Allendes.[96]

[91] Ebenda.

[92] BArch, B 141/131465, Flugblatt der österreichischen Chile-Solidaritätsfront, und Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, BG E8/289.

[93] Vgl. Liste einiger Gefängnisse, Lager etc. in Chile, in: Chile-Nachrichten 19 (1974), S. 23 und S. 25 (dabei handelt es sich um einen Text, der ursprünglich in den in Bonn veröffentlichten „Chile-Informationen" erschien); Anklage Lumi Videla, in: Chile-Nachrichten 22 (1974), S. 11 f., hier S. 12, und die beiden Beiträge in der ersten Ausgabe der Chile-Solidarität (1974): Die Repression der Junta zur Erhaltung ihrer Macht (S. 2) und Anklage (S. 5). Zu „Chile-Solidarität" vgl. Balsen/Rössel, Solidarität, S. 347.

[94] Victoria Goff, The Chile Solidarity Movement and Its Media. An Alternative Take on the Allende and Pinochet Years, in: American Journalism 24 (2007), S. 95–125, hier S. 115.

[95] Vgl. U.S. Military Intervention in Chile, in: NACLA's Latin America and Empire Report 8 (1974), S. 30–39, hier S. 38.

[96] Vgl. The Harvard Crimson vom 8.10.1974: „End All Aid to Chile" und vom 26.10.1974: „A New Life", sowie Gabrielle Girard, Disillusionment in Action. The Origins and Outcomes of US Solidarity with Chilean Refugees, in: Ezra's Archive 5 (2015), S. 1–26, hier S. 9.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VIII. Ein Ost-Berliner Anliegen

Am häufigsten und konsequentesten beschäftigten sich die Zeitungen des Ostblocks mit Rauff. Nicht zuletzt die DDR-Medien, die ganz im Dienst der von der SED propagierten internationalen antifaschistischen Solidarität mit Chile standen,[97] erwähnten den SS-Standartenführer im Laufe des Sommers mehrmals. Im Vergleich dazu hatten die BZ und ND im Zusammenhang mit den Bemühungen der Bundesrepublik um eine Auslieferung Rauffs Anfang der 1960er Jahre lediglich je einen Kurzbericht über seine Verhaftung gebracht;[98] das Verfahren selbst hatten sie dann völlig ignoriert. Gleiches trifft auf die Bemühungen Wiesenthals unter Allende zu; auch diesen war keinerlei Beachtung geschenkt worden.

So meldeten in der ersten Juli-Woche 1974 sowohl ND als auch die *Neue Zeit*, das Zentralorgan der Blockpartei Christlich-Demokratische Union Deutschlands, unter Berufung auf *Le Monde* die Ernennung des „SS-Führers" zum „Junta-Geheimdienstchef", die *Neue Zeit* etwas umfangreicher und gar auf der Titelseite.[99] Gemeinsam mit der BZ brachten sie dann in den nächsten zwei Monaten – bis Ende August – immer wieder kürzere Artikel, in denen über Rauffs – unbestrittene – Verwicklungen in die systematischen Massenmorde des Dritten Reichs berichtet und die Enthüllung neuer Beweise über seine Tätigkeit in der NS-Zeit angekündigt wurde. Zudem prangerten sie die Verbrechen der Pinochet-Clique an. Belege für Rauffs Verstrickungen in die Militärdiktatur blieben sie jedoch schuldig.[100]

Gleichzeitig versuchte das SED-Regime, bundesdeutsche Intellektuelle und politisch Interessierte zu erreichen. Der Ost-Berliner Jurist Friedrich Karl Kaul, der in der Bundesrepublik unter anderem wegen seines Auftretens als Nebenkläger in NS-Prozessen bekannt war, veröffentlichte ebenfalls im Juli in der DDR verlegten, aber auch in Westdeutschland verbreiteten *Weltbühne* einen Beitrag mit der bezeichnenden Überschrift „Der Mörder als Chefberater".[101] Kurz darauf erschien in den vom Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag herausgegebenen *Blättern für deutsche und internationale Politik*, die von der SED „politisch und finanziell [...] vollständig abhängig" waren und „für die Propagierung" ihrer „Politik in der

97 Vgl. Stolle, Inbegriff, S. 806 f.

98 Vgl. BZ vom 7.12.1962: „Eichmann-Komplice verhaftet", und ND vom 8.12.1962: „Bonn schützt Eichmann-Komplicen".

99 Vgl. Neue Zeit vom 5.7.1974: „SS-Führer wurde Junta-Geheimdienstchef", und ND vom 5.7.1974: „Geheimdienstchef der Junta. Ein SS-Führer".

100 Vgl. ND vom 7.8.1974: „SS-Experte Pinochets"; BZ vom 20.7.1974: „Unsere Solidarität fördert antifaschistischen Kampf. Internationale Pressekonferenz mit Gladys Marin" und vom 26.7.1974: „10838 Verhaftete an zwei Tagen"; ND vom 28.7.1974: „Neue Beweise gegen Rauff veröffentlicht"; Neue Zeit vom 6.8.1974: „Gegen das Verbrechen", und BZ vom 25.8.1974: „Bei Hitler und Pinochet oder Der arge Weg des ‚Erfinders' Walter [sic!] Rauff".

101 Vgl. Kaul, Mörder, S. 905 f. Zu Kauls Leben vgl. Annette Rosskopf, Strafverteidigung als ideologische Offensive. Das Leben des Rechtsanwalts Friedrich Karl Kaul (1906–1981), in: forum historiae iuris, 8.8.1998; www.forhistiur.de/1998-08-rosskopf/ [4.2.2017]. Zu Weltbühne vgl. Petra Kabus, Hätte Kurt Tucholsky für die DDR-„Weltbühne" geschrieben?, in: Stefanie Oswalt (Hrsg.), Die Weltbühne. Zur Tradition und Kontinuität demokratischer Publizistik, St. Ingbert 2003, S. 215–221.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bundesrepublik" verwendet wurden, ein Beitrag des Bremer Rechtsprofessors und Menschenrechtsaktivisten Gerhard Stuby über die Verbrechen des Regimes, in dem ebenso auf Rauff verwiesen wurde. Wie in einem in der *Neuen Berliner Illustrierten* im Juli 1974 erschienenen Beitrag und bei Kaul in der *Weltbühne* wurde im Übrigen einzig die *Spiegel*-Meldung, die ja auch nur den *Guardian* wiedergab, als Beleg präsentiert.[102]

Währenddessen zielte ein vom chilenischen Journalisten Luis Alberto Mansilla verantworteter, auf Englisch verfasster sogenannter Dokumentarbericht, der zur selben Zeit – also im Sommer 1974 – erschienen sein dürfte wie die Aufsätze von Kaul und Stuby, auf eine internationale Leserschaft über die Bundesrepublik hinaus. In der zehn Seiten umfassenden Publikation, die von Panorama DDR herausgegeben wurde, der dem Ministerrat der DDR unterstellten Auslandspresseagentur, erinnerte der im ostdeutschen Exil lebende Mansilla an Rauffs Rolle im Holocaust und wiederholte – die nicht weiter dokumentierten – Vorwürfe, dieser sei einer „der wichtigsten Berater" der DINA, „einer Organisation [...], die bestrebt ist, der Gestapo von Hitler-Deutschland bis in kleinste Detail nachzueifern".[103]

IX. Erneute Anschuldigungen

All diesen Veröffentlichungen war gemeinsam, dass sie stichhaltige Beweise schuldig blieben – und ungehört verhallten. Gleiches lässt sich für eine weitere Dokumentation sagen, an der Kaul wohl führend mitwirkte und die von der Subkommission für juristische Fragen der Internationalen Untersuchungskommission der Verbrechen der Militärjunta in Chile – höchstwahrscheinlich im Sommer desselben Jahrs – unter dem Titel „Walther Rauff. Berater der chilenischen Junta für die Vorbereitung der Prozesse gegen politisch Andersdenkende. Ein Dokumentarbericht" herausgegeben wurde. Die inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen dem *Weltbühne*-Beitrag Kauls und den Ausführungen des Subkommissions-Berichts, die sich mit Rauffs Leben beschäftigten, sind jedenfalls auffällig.[104]

[102] Vgl. Gerhard Stuby, Ein neues Stadium der Unterdrückung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8 (1974), S. 772–777, hier S. 773; Neue Berliner Illustrierte vom Juli 1974: „Chile-Kommission klagt an: Nazi-Massenmörder berät Junta" und „Das ist Walther Rauff" (Julius Mader). Mader wiederholte den Vorwurf, dass Rauff Berater der Junta sei, in: Instruction 37/57. Tatsachen und Hintergründe des Putsches 1973, Berlin (Ost) 1974, S. 98. Zu den „Blättern für deutsche und internationale Politik" vgl. Udo Baron, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen", Münster 2003, S. 58.

[103] Luis Alberto Mansilla, Rauff – a nazi criminal doing his old „job" in Chile, Berlin (Ost) 1974, S. 1. Zu Panorama DDR vgl. Michael Minholz/Uwe Stirnberg, Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN). Gute Nachrichten für die SED, München 1995, S. 12. Mansilla (1930–2016) war während seiner Exilzeit u. a. Privatsekretär von Luis Corvalán.

[104] Vgl. Subkommission für juristische Fragen der Internationalen Untersuchungskommission der Verbrechen der Militärjunta in Chile, Walther Rauff. Berater der chilenischen Junta für die Vorbereitung der Prozesse gegen politisch Andersdenkende. Ein Dokumentarbericht, o. O. o. J., S. 3, und Cüppers, Rauff, S. 357, Fußnote 119.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Neuen Schwung erhielt die Diskussion erst wieder mit der nächsten regulären Tagung der Internationalen Kommission, die in Mexiko-Stadt im Februar 1975 stattfand und an der mehrere prominente chilenische Oppositionelle teilnahmen, zum Beispiel Carlos Altamirano, Volodia Teitelboim, ein Mitglied des Zentralbüros des PCCh, und Gladys Marín, eine führende Kommunistin.[105] Unter den mehr „als siebzig ‚Zeugen'", die im Laufe der Tagung den – so die einhellige Meinung – vom „ausländischen Kapital" finanzierten „‚Faschismus' der chilenischen Junta" anprangerten,[106] gab es nämlich einige, die Rauff als einen jener Männer benannten, die führend verantwortlich seien für die DINA und somit in letzter Konsequenz für die von diesem „unheilvollen Apparat" begangenen Menschenrechtsverletzungen.[107]

Da im Tagungsband selbst der Name Rauff nicht vorkommt, ist unklar, wer die Vorwürfe erhob. Vielleicht handelte es sich um Armando Uribe, Manuel Cabieses oder Eduardo Novoa Monreal, der Rauff sicherlich mit am besten kannte, hatte er doch die Bundesrepublik im Auslieferungsverfahren Anfang der 1960er Jahre anwaltlich vertreten. Sie allesamt sollen, so war nach der Zusammenkunft zu lesen, „Rauffs Mitwirkung in der DINA bestätigt haben".[108] Möglicherweise waren es aber auch Luis Alberto Corvalán Castillo, Pedro Vuskovic oder Hortensia Bussi Soto de Allende, die Witwe des Präsidenten. Alle drei waren ebenfalls in Mexiko-Stadt, und sowohl Corvalán Castillo als auch Vuskovic als auch Bussi äußerten die Beschuldigungen in weiterer Folge schriftlich beziehungsweise, wie Bussi, öffentlich im Rahmen eines Vortrags.[109]

Auf jeden Fall wurden diese auf oder im Umfeld der Tagung erhobenen, aber nicht weiter dokumentierten erneuten Anschuldigungen speziell in den Vereinigten Staaten – zumindest punktuell und über einen kürzeren Zeitraum – aufgenommen und verbreitet. Die im kalifornischen Berkeley ansässige „anti-imperialistische Solidaritätsorganisation" *Non-Intervention in Chile* sah, wie es in ihrem *Chile Newsletter* hieß, den „Nazi wieder bei der Arbeit".[110] Und die von New York

[105] Vgl. International Commission of Enquiry into the Crimes of the Military Junta in Chile, Third Session of the International Commission of Enquiry into the Crimes of the Military Junta in Chile, Mexico-City, 18.–21.2.1975, Helsinki 1975, S. 39–47.

[106] Kelly, Chilean Coup, S. 181.

[107] Sección latinoamericana, in: Comercio exterior 25 (1975), S. 1014–1022, hier S. 1018.

[108] Nazi Back At Work, in: Chile Newsletter 2 (1975), S. 2. Uribe (*1933) war chilenischer Botschafter in Peking unter Allende. Cabieses (*1933) gehörte seit Juli 1974 dem Zentralkomitee des MIR an. Novoa Monreal (1916–2006) war ein bekannter Anwalt und spielte eine zentrale Rolle bei der Verstaatlichungsstrategie der Allende-Administration.

[109] Zum Vortrag von Bussi vgl. The Tripod vom 8.4.1975: „Role of CIA Examined at Yale" (Jim Morrell). Die weiteren Beschuldigungen bei Pedro Vuskovic, Acusación al imperialismo, Mexiko-Stadt 1975, S. 129, und Luis Alberto Corvalán Castillo, Viví para contarlo, Santiago de Chile 2007, S. 102. Laut dem Vorwort des Herausgebers Gustavo Ruz Zañartu (Nota del editor, S. 5 f.) verfasste Corvalán das Manuskript ursprünglich 1975; das Buch selbst erschien erstmals unter dem Titel „Escribo sobre el dolor y la esperanza de mis hermanos" 1976 in Bulgarien. Vuskovic (1924–1993) gehörte dem PS an und war zwischen November 1970 und Juni 1972 Wirtschaftsminister Allendes; Corvalán Castillo (1947–1975), Vuskovic' Schwiegersohn, gehörte der kommunistischen Jugend an.

[110] Vgl. Nazi Back At Work, S. 2, und Anhang und Impressum, in: Chile Newsletter 3 (1976), S. 12.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aus operierende US-Sektion von Amnesty International (AI) gab einem Artikel in ihrer Zeitschrift *Matchbox* den Titel „Ein Folterer wieder zurück im Geschäft".[111]

X. Vorbehalte und Zweifel

Weit vorsichtiger äußerte sich hingegen zur gleichen Zeit Rose Styron, die dem Vorstand der US-amerikanischen Sektion von AI angehörte und im Februar 1974 als Mitglied einer AI-Delegation Chile besucht hatte. In einem extra für die US-amerikanische Ausgabe des Amnesty-Folterberichts verfassten, auf Februar 1975 datierten Anhang wies sie zwar darauf hin, dass Rauffs Name immer wieder in „Berichte[n] über direkten Nazi-Einfluss" auf das chilenische Regime vorkomme. Anders als ihre Kolleginnen und Kollegen von *Matchbox* sprach sie jedoch nicht von Tatsachen, sondern bloß von „Gerüchten", denen zufolge er „Pinochets Gefängnissystem führen, [die] DINA leiten und ein Arbeitslager für Kinder planen" solle. „Gefangene von der Insel Dawson nahe Punta Arenas sagen" zudem, so Styron, dass er „ihre besonderen Qualen" geplant habe.[112]

Styron beklagte gleichermaßen, dass US-Medien – wichtige Zeitungen sowie Radio- und Fernsehstationen – diesen und anderen Berichten von Exil-Chilenen über die Ereignisse in Chile bislang nicht nachgegangen seien. Mit Blick auf Rauff tat dies Mitte Mai 1975 zumindest Jonathan Kandell in der *New York Times*, und seine Schlussfolgerung war eindeutig: Die von „Gegner[n] der Junta" nach dem Putsch gegen Allende behauptete Beratertätigkeit Rauffs für den chilenischen Geheimdienst sei nicht mehr als ein unbestätigtes Gerücht. „Die jüdische Gemeinde, Menschenrechtsanwälte und Geistliche, die sich um politische Gefangene kümmern", so schrieb Kandell in einem Artikel über ehemalige Nazis in Südamerika, „haben diese Anschuldigungen nachdrücklich zurückgewiesen".[113]

Ausgesprochene Zweifel am Wahrheitsgehalt der Gerüchte hegte indes auch Simon Wiesenthal, als er durch einen der Teilnehmer der Mexiko-Konferenz, den New Yorker Politikprofessor (und gebürtigen Österreicher) John E. H. Fried, Anfang März 1975 von den erneuten Vorwürfen erfuhr. Wiesenthal, der die im Frühjahr 1974 in den ostdeutschen Zeitungen erschienenen Meldungen so ernst genommen hatte, dass er nach eigenem Bekunden den chilenischen Botschafter in Wien besuchte, „um bei ihm dagegen zu protestieren", glaubte nicht mehr an eine solche Tätigkeit; „schliesslich", so führte Wiesenthal in seiner Antwort an Fried aus, „brauchen diese Leute keine Berater für ihre Missetaten".[114]

[111] Vgl. A torturer back in business, in: Matchbox. An International Journal on Human Rights 1 (1975), S. 77. Auch: BArch, B 141/131465, Max Delbrück an Hans-Jochen Vogel, Pasadena, 23.5.1975. Dem Schreiben ist eine Kopie des Artikels aus der AI-Zeitschrift beigefügt.

[112] Vgl. Appendix. Special Report on Chile by Rose Styron, in: Amnesty International, Report on Torture, New York 1975, S. 243–282, hier S. 241 und S. 250 (Zitate).

[113] The New York Times vom 18.5.1975: „Nazis Safer in South America Today" (Jonathan Kandell).

[114] VWI, Akt Rauff 1, Simon Wiesenthal an John H. Fried, Wien, 10.3.1975, Rechtschreibung im Original, und Fried an Wiesenthal, New York, 3.3.1975. Zu Fried vgl. Paul Julian Weindling, Nazi Medicine and the Nuremberg Trials. From Medical War Crimes to Informed Consent, Basingstoke/New York 2004, S. 136.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die westdeutsche Botschaft in Santiago de Chile teilte Wiesenthals Meinung,[115] die CIA ebenso. In einem ausführlichen Bericht vom Oktober 1974 war der US-Geheimdienst zu dem Schluss gekommen, dass es keine Anzeichen für „politische Aktivitäten in Chile oder Verbindung[en] mit verbotenen Gruppen" gebe. Rauff sei vielmehr in Punta Arenas, wo er zum damaligen Zeitpunkt lebte, „als seriöser, verantwortungsvoller Bürger bekannt" und „ein hoch respektiertes Mitglied der Gemeinschaft", der seinen Lebensabend ruhig begehe und sich auf „seine persönlichen Geschäftsaktivitäten" konzentriere.[116]

Und auch das *Department of State* wusste „von keiner Grundlage für diese oft kursierende Behauptung". Dies teilte der für Chile verantwortliche Diplomat Arnold M. Isaacs Simon Wiesenthal im April 1975 schriftlich mit, als er den Leiter des Dokumentationszentrums des Bunds jüdischer Verfolgter des Naziregimes ebenso kurz und knapp informierte, dass Außenminister Kissinger keinesfalls den Fall Rauff im Zuge seines Besuchs in Santiago de Chile ansprechen werde. Dies hatte sich Wiesenthal erhofft, um vielleicht doch noch „einen der größten Verbrecher unseres Jahrhunderts" festgenommen zu sehen.[117]

XI. Nachklang

In den folgenden Jahren wurden die Anschuldigungen, Rauff sei Berater der DINA oder sonst irgendwie für das Regime tätig, immer wieder einmal erhoben. Czesław Pilichowski, der Leiter der Hauptkommission zur Untersuchung nationalsozialistischer Verbrechen in Polen, tat dies auf der vierten Sitzung der Internationalen Kommission in Helsinki im März 1976 unter Verweis auf (teils obskure) polnische Zeitungen.[118] Zur gleichen Zeit wollte, so hieß es laut CIA-Quellen, das in Rom ansässige Oppositionsbündnis *Chile Demócratico* erfahren haben, dass Rauff „im Innenministerium der chilenischen Militärregierung" arbeite. Im Februar 1977 schließlich, so vermerkte ein weiterer CIA-Bericht, sollen chilenische Exilantinnen und Exilanten in Mexiko-Stadt „Rauff als einen der Chefberater von DINA" benannt haben. Im gleichen Dokument sprach der US-Auslandsgeheimdienst dann auch erstmals davon, dass „er in der Position eines ‚inoffiziellen Beraters' gewesen sein mag".[119] Zu einer definitiven Einschätzung kam die CIA jedoch

[115] Vgl. Cüppers, Rauff, S. 357.

[116] CIA, FOIA, Secret 171954Z, Oct. 1974; www.cia.gov/library/readingroom/docs/RAUFF%2C%20WALTER_0108.pdf [29.11.2018].

[117] VWI, Akt Rauff 1, Wiesenthal an Kissinger, Wien, 1.4.1975, und Isaacs an Wiesenthal, Washington, D. C., 17.4.1975.

[118] Vgl. Czesław Pilichowski, Legal responsibility of the Junta for its criminal acts, in: International Commission of Enquiry into the Crimes of the Military Junta in Chile (Hrsg.), Arbitrary Arrests and Detentions in Chile. 4th Session of the International Commission of Enquiry into the Crimes of the Military Junta in Chile, Helsinki, March 28th–29th, 1976, Helsinki 1976, S. 128–135, hier S. 132 und S. 135, Fußnote 32. Pilichowski verwies neben „Trybuna Ludu" (17.12.1974) auf Artikel in „Słowo Powszechne" (Allgemeines Wort, 9.–11.1.1976) und „Żołnierz Wolności" (Soldat der Freiheit, 10./11.1.1976).

[119] CIA, FOIA, Chief, PCS/ITC, an Chief, CI Staff, 8.7.1977; www.cia.gov/library/readingroom/docs/RAUFF%2C%20WALTER_0110.pdf [30.11.2018], und Chief of Station an

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nicht, große Neigung zur weiteren Aufklärung der Angelegenheit schien man ebenso wenig zu haben, denn weitere Berichte blieben aus.

Für die transnationale Chile-Solidaritätsbewegung und für Menschenrechtsgruppen spielte Rauff, der bis 1975 in einzelnen Publikationen zumindest noch sporadisch erwähnt wurde,[120] in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre überhaupt keine Rolle mehr. In den seit Mitte 1977 als *Lateinamerika-Nachrichten* erscheinenden *Chile-Nachrichten* findet sich der Name des ehemaligen SS-Manns in dieser Zeit nicht, soweit sich das feststellen lässt.[121] Genauso wenig erwähnt wurde er in einem von Gerhard Stuby und Erich Wulff herausgegebenen Tagungsband, der auf einer in Bonn und Nürnberg Ende 1976 abgehaltenen Konferenz über die Verbrechen der Militärjunta in Chile basierte. Das ist insoweit bemerkenswert, da sich im Band Beiträge unter anderem von Pilichowski, Fried und Kaul finden, von drei Männern also, die bei früheren Gelegenheiten nachweislich Rauffs Tätigkeit für jenes Regime angeprangert hatten, „dessen Grausamkeit", so Stuby und Wulff im Vorwort, „den Praktiken des Hitler-Regimes zumindest in qualitativer Hinsicht in nichts nachsteht".[122]

Selbst die Medien des SED-Regimes, das im Übrigen die Nürnberger Konferenz maßgeblich finanziert und organisiert hatte,[123] verloren zunehmend das Interesse an Rauff. Artikel über ihn im ND oder in der BZ waren rar in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Ausnahmen waren je kurze Meldungen über Gespräche mit Rauff, die der Journalist César Peña in der argentinischen Zeitschrift *La Semana* im August 1977 veröffentlichte.[124] Anstoß nahmen die beiden Zeitungen an der auch international Beachtung findenden Veröffentlichung vor allem daran, dass der „SS-Mörder [...] die Verbrechen der Faschisten in Santiago" verteidigte, wie es im ND hieß. Unerwähnt blieb dagegen der Umstand, dass Rauff jegliche Schuld am Tod von Zehntausenden von Juden von sich wies und die Massenmorde bagatellisierte.[125]

Chief, Latin American Division, 13.4.1976; www.cia.gov/library/readingroom/docs/RAUFF%2C%20WALTER_0109.pdf [30.11.2018].

[120] Vgl. Repression durch Sippenhaft, in: Chile-Solidarität 2 (1975), S. 4, und Junta leugnet Mord an Lumi Videla, in: ¡Adelante! 5 (1975), S. 9. Bei der Letzteren handelt sich um die in Wien erschienene Zeitschrift des Komitees zur Unterstützung des chilenischen Widerstands.

[121] Durchgesehen wurden die Ausgaben 33-38 (1–6/1976), 62-64 (7–10/1978), 68-77 (2–12/1979) und 78-88 (1–12/1980).

[122] Gerhard Stuby/Erich Wulff, Vorwort, in: Gerhard Stuby/Erich Wulff (Hrsg.), Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile, Köln 1977, S. 9–16, hier S. 10.

[123] Vgl. Georg J. Dufner, Chile als Partner, Exempel und Prüfstein. Deutsch-deutsche Außenpolitik und Systemkonkurrenz in Lateinamerika, in: VfZ 61 (2013), S. 513–548, hier S. 545.

[124] BArch, B 141/131465, Telefax, Buenos Aires, 31.8.1977. Eine deutsche Übersetzung des Artikels findet sich in Schneppen, Rauff, S. 175–184.

[125] ND vom 3./4.9.1977: „Bonns Botschafter nimmt an Junta-Feier in Chile teil", und BZ vom 3./4.9.1977: „SS-Mörder verteidigt Pinochet". Zu internationalen Reaktionen vgl. Cüppers, Rauff, S. 359, und The Odessa American vom 11.9.1977: „Mass killer talks to reporter" (Ysabel Trujillo).

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

XII. Abschließende Betrachtungen über ein langlebiges Gerücht

Stichfeste, belastbare Belege für die Anschuldigungen zu Rauffs Engagement für die Junta blieb die DDR-Presse auch diesmal schuldig. Und bis heute hat niemand solche Belege geliefert. Aufgrund der minutiösen und gut dokumentierten Arbeit chilenischer Menschenrechtsgruppen, allen voran des überkonfessionellen *Comité Pro Paz* (1973–1975) und seiner Nachfolgerin, der von der katholischen Kirche getragenen *Vicaría de la Solidaridad* (1976–1992), der nach dem Ende der Diktatur 1990 eingesetzten staatlichen Kommissionen über Tote und Vermisste einerseits sowie politische Gefangenschaft und Folter andererseits als auch der wissenschaftlichen Aufarbeitung der von der Militärdiktatur begangenen Verbrechen darf jedoch angenommen werden, dass belastende Indizien mittlerweile gefunden worden wären.[126] Bei Klaus Barbie war dies beispielsweise nach dem Machtwechsel in Bolivien der Fall; seine Tätigkeit für das Banzer-Regime ist inzwischen zweifelsfrei nachgewiesen.[127]

Nicht abschließend zu klären ist der Ursprung der Anschuldigungen gegen Rauff. Es werden wohl Informanten in Chile selbst oder Flüchtlinge gewesen sein, die erste Gerüchte weitertrugen und über das nur bedingt funktionierende Kommunikationsnetz der verfolgten linken Parteien und Bewegungen unter Exil-Chilenen, Solidaritätsinitiativen sowie sympathisierenden Gruppierungen verbreiteten. Eine Schlüsselrolle kam dabei den Exil-Organisationen im Ostblock zu, die – unterstützt durch Regierungen wie jene der DDR – „Hauptinformationsquellen über die Situation in Chile“ waren.[128] Im Hinblick auf Vegas eingangs erwähntes Buch über den Sturz Allendes liegt außerdem die Vermutung nahe, dass die Behauptung bewusst lanciert wurde, um das merklich nachlassende internationale Interesse an Chile anzufachen[129] – und in diesem Fall ganz gezielt jüdische Kreise anzusprechen. Es ist jedenfalls auffällig, dass die in Jerusalem publizierten Erinnerungen erschienen, bald nachdem Simon Wiesenthal Mitte 1983 die später insbesondere von Beate Klarsfeld vorangetriebene und unter anderem von Israel unterstützte Kampagne zur Ausweisung Rauffs aus Chile angestoßen hatte.[130]

[126] Vgl. Cüppers, Rauff, S. 358, der zur gleichen Schlussfolgerung kam.

[127] Vgl. Stahl, Nazi-Jagd, S. 225, und Peter Hammerschmidt, Die Nachkriegskarriere des „Schlächters von Lyon“. Klaus Barbie und die westlichen Nachrichtendienste, Diss., Mainz 2013, S. 503–506. Uneinig sind sich Stahl und Hammerschmidt in der Frage, für welche Institutionen Barbie arbeitete. Stahl sprach von der Armee, Hammerschmidt schrieb, dass er auch für das Innenministerium tätig gewesen sei.

[128] Kim Christiaens, European Reconfigurations of Transnational Activism. Solidarity and Human Rights Campaigns on Behalf of Chile during the 1970s and 1980s, in: International Review of Social History 63 (2018), S. 413–448, hier S. 423.

[129] Bezüglich der nachlassenden Unterstützung vgl. Balsen/Rössel, Solidarität, S. 353 f., und Sznajder/Roniger, Politics of Exile, S. 236.

[130] Vgl. Stahl, Nazi-Jagd, S. 285–292, und vor allem im Hinblick auf Klarsfeld das New York Magazine vom 19.3.1984: „Hunting a Nazi“ (David Hellman). Vega war nach seiner Ausweisung aus Chile 1976 nach Israel ins Exil gegangen. Dort verstarb er 2001; vgl. El Clarín vom 26.12.2016: „Lucho Vega“ (Miguel Lawner); www.elclarin.cl/web/noticias/cultura/21030-lucho-vega.html [26.4.2018].

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Angesichts der unbestrittenen Brutalität der neuen Machthaber bei der Verfolgung der Parteigänger und Sympathisanten des gestürzten Präsidenten Allende wurden die ursprünglich im Laufe des Jahrs 1974 – einer von Verunsicherung und Informationsdefiziten geprägten Zeit – veröffentlichten Berichte über Rauffs Tätigkeit für die Diktatur im Grunde unhinterfragt akzeptiert. Gerade für (linke) Unterstützer der UP – Chilenen wie auch Nicht-Chilenen – schien es plausibel, dass die verhassten und als faschistisch gebrandmarkten Militärs die zweifelhaften Fähigkeiten eines bekannten Nazis nutzen würden. Selbst die CIA – daran sei ebenfalls noch einmal erinnert – wies die Meldungen nicht einfach von der Hand, sondern nahm sie ernst genug, um Nachforschungen anzustellen.

Für die CIA – wie für Wiesenthal davor und *Le Monde* mehr oder weniger zur gleichen Zeit – genügte das Dementi eines Repräsentanten des Regimes, um den Sachverhalt abzuhaken. Zeitungen wie die AZ waren nicht so leicht zu überzeugen, zeigten jedoch an den Vorwürfen ebenso wie die Solidaritätsgruppen bestenfalls eingeschränktes Interesse. Und sogar in den DDR-Medien, die Rauff 1974 sicherlich am häufigsten erwähnten und ihm mithin das meiste Augenmerk schenkten, nahm der ehemalige SS-Standartenführer im Rahmen der Berichterstattung über Chile wie auch über die Solidaritätsbewegung nur eine marginale Rolle ein. 14 Mal fiel sein Name im ND und in der BZ in diesem Jahr, 1975 dann überhaupt nicht mehr. Der unter anderem nachweislich auf der Isla Dawson inhaftierte Generalsekretär des PCCh, Luis Corvalán, der, wie eingangs erwähnt, in seinen Erinnerungen an das Lager Rauff mit keinem Wort erwähnte, wurde in den beiden Zeitungen 1974 über 800 Mal und 1975 immer noch fast 650 Mal genannt.[131]

So entsteht der Eindruck, dass dem Gerücht über Rauffs Rolle im Repressionsapparat in der (wissenschaftlichen) Literatur weit mehr Bedeutung zugemessen wurde, als ihm in den politischen Auseinandersetzungen um Chile und den Verbrechen des Militärregimes in den 1970er Jahren zukam. Die Analysen der Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Publikationen der transnationalen Solidaritätsbewegung und der Menschenrechtsorganisationen wie auch der DDR legen jedenfalls einen Schluss nahe: Rauff war bei all dem medialen Interesse, das er aufgrund seiner weithin bekannten verbrecherischen Laufbahn im Dritten Reich punktuell weckte, zu keinem Zeitpunkt ein relevanter Faktor im Kampf gegen die Diktatur. Es gab nie eine sich über einen längeren Zeitraum erstreckende Berichterstattung. Veröffentlicht wurden lediglich kürzere, sich auf Informationen angeblicher Mitarbeiter im Staats- oder Sicherheitsapparat oder auf unbekannte Zeugen berufende Meldungen, die nie bestätigt werden konnten.

Unterdessen nahmen die Belege für die mannigfaltigen Verbrechen des Regimes zu. Die Inhaftierung prominenter UP-Politiker auf der Insel Dawson war zum Beispiel ein Fakt, Flucht und Exil ebenso. Die Chile-Solidarität und die Menschenrechtsgruppen hatten folglich (bei all den Unsicherheiten, die im Einzelnen bestanden) reichlich Angriffspunkte und Gründe zur Mobilisierung, selbst

[131] Die Angaben basieren auf einer Onlinerecherche im Zeitungsinformationsystem der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz vom 16.4.2018.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wenn eine nachgewiesene Tätigkeit Rauffs dem Kampf gegen die Junta eine neue Dimension verliehen hätte. Die Verteidigung des Regimes wäre sicherlich, wie die CIA festhielt, erschwert worden, nicht zuletzt für konservative Apologeten der Diktatur in der Bundesrepublik.[132]

Man mag sich in diesem Zusammenhang gleichermaßen fragen, warum das Regime Rauffs Unterstützung hätte suchen oder, falls ihr eine solche angeboten wurde,[133] akzeptieren sollen. Der Nutzen wäre minimal, die Gefahr im Falle einer Enthüllung unweit größer gewesen. Klar ist bei alldem ohnehin, dass die chilenischen Militärs eine solche Hilfestellung schlicht nicht benötigten. In ihren Reihen fanden sich genügend Offiziere, die an der von den USA in Panama betriebenen *School of the Americas* seit 1950 in modernen Konzepten der Aufstandsbekämpfung geschult worden waren und bis Ende der 1970er Jahre weiterhin ausgebildet wurden.[134]

Dieselbe Frage kann auch für Rauff gestellt werden. Nach Allendes Sturz am 11. September 1973 konnte er sicher sein, einen ruhigen Lebensabend in Chile verbringen zu können.[135] Mit der Machtübernahme durch die Streitkräfte unter Pinochet, den Rauff im Übrigen persönlich gekannt haben dürfte, selbst wenn der chilenische Diktator dies Anfang der 1980er Jahre öffentlich bestritt,[136] war die Gefahr einer Ausweisung in die Bundesrepublik beseitigt.[137] Enthüllungen über Rauffs Tätigkeit für das Regime, Fotos beispielsweise, wie er in aller Öffentlichkeit „mit einer Aktentasche an der Hand" zu seinem „Büro" in der „Londresstraße 38" ging, wie dies der Journalist Wolfgang Korruhn 1984 im *Kölner Stadt-Anzeiger* behauptete,[138] hätten den Druck auf Rauff erhöht – und sicherlich auch auf die Junta, womit sich der Kreis schließt.

In einem größeren historischen Rahmen betrachtet, können die gegen Rauff erhobenen Vorwürfe so als weitere Beispiele für die durch Unsicherheit und Übertreibung geprägten Nachrichten angesehen werden, die in den ersten Wo-

[132] Vgl. Dufner, Chile, S. 544–547.

[133] VWI, Akt Rauff 1, Wiesenthal an Fried, Wien, 26.3.1975.

[134] Zwischen 1950 und 1979 wurden fast 7.000 Offiziere der insgesamt 87.000 Mann umfassenden chilenischen Streitkräfte an der „School of the Americas" ausgebildet; vgl. Harmer, Fractious Allies, S. 117; Katherine E. McCoy, Trained to Torture? The Human Rights Effects of Military Training at the School of the Americas, in: Latin American Perspectives 32 (2005), S. 47–64, hier S. 49 f., und Gregory Weeks, Fighting the Enemy Within. Terrorism, the Schools of the Americas, and the Military in Latin America, in: Human Rights Review 5 (2003), S. 12–27, hier S. 15–18.

[135] Vgl. Cüppers, Rauff, S. 354.

[136] Vgl. Newsweek vom 19.3.1984: „Destiny Gave Me the Job" (Patricia J. Sethi), und Patricia J. Sethi, Pinochet on Chile, in: LASA Forum XV (1984), S. 11–15, hier S. 11 und S. 13. Dabei handelt es sich um eine längere Version des „Newsweek"-Interviews. Zu Kontakten vgl. Schneppen, Rauff, S. 115 f., und Cüppers, Rauff, S. 258–261. Diese gingen auf die Zeit in Ecuador Ende der 1950er Jahre zurück.

[137] Ein solcher Schritt hätte wohl den – berechtigten – Rufen nach einer Verfolgung der von der Diktatur begangenen Verbrechen Auftrieb gegeben, und daran war Pinochet und den anderen Junta-Mitgliedern sicherlich nicht gelegen.

[138] Kölner Stadt-Anzeiger vom 16./17.6.1984: „Rauff und seine Helfershelfer. Ein Journalist auf den Spuren eines SS-Verbrechers".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

chen und Monaten nach dem Coup aus Chile kamen. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die angeblichen Krematorien und die Meldungen über Zehntausende Tote erinnert, die anfänglich kursierten und gerne in politischen Debatten angeführt wurden.[139] Nachrichten über Verbrennungsanlagen kann man mittlerweile ins Reich der Fabel verweisen, und auch die Opferzahlen hat man nach akribischen Recherchen auf etwa 3.200 Tote korrigiert.[140] Die Gerüchte über Rauff haben sich dagegen als weitaus hartnäckiger erwiesen.

Der Grund dafür dürfte zum einen im anhaltenden Interesse für den Nationalsozialismus zu suchen sein, zumal im Kontext der nach dem Zweiten Weltkrieg nach Lateinamerika geflohenen Nazis und der Geschichten, die sich darum rankten. Zum anderen aber ist das auch auf jene Autorinnen und Autoren zurückzuführen, die diese Behauptungen allzu leichtfertig übernahmen, ohne ihnen auf den Grund zu gehen. Was bleibt, sind dubiose Quellen, fehlende Quellenkritik, sicher auch eine gewisse Leichtgläubigkeit, für den der eingangs zitierte Beitrag von Alfonso Alcalde ein typisches Beispiel ist, wenn auch nicht das einzige, denn selbst in prämierten wissenschaftlichen Büchern wird Rauff unhinterfragt zum Berater des Regimes.[141]

139 Vgl. Andre Gunder Frank, Ökogorillas. Chicago-Mafia in Chile, in: Neues Forum 251 (1974), S. 13–22, hier S. 21, und ders., An Open Letter about Chile to Arnold Harberger and Milton Friedman, in: Review of Radical Political Economics 7 (1975), S. 61–76, hier S. 73. Das sind zwei leicht voneinander abweichende Versionen ein und desselben offenen, mit 6.8.1974 datierten Briefs Franks. Die Angaben zu den Opferzahlen variieren zum Beispiel.

140 Vgl. Carlos Huneeus, El régimen de Pinochet, Santiago de Chile 2000, S. 41.

141 Vgl. Jerry Dávila, Dictatorship in Latin America, Chichester 2013, S. 94. Das Buch wurde von „Choice: Current Reviews for Academic Libraries“, der von der „Association of College and Research Libraries“ herausgegebenen Zeitschrift, 2014 in die Liste von „Outstanding Academic Titles“ aufgenommen; vgl. dazu die Webseite des Verlags eu.wiley.com/WileyCDA/WileyTitle/productCd-EHEP002810.html [17.2.2017].

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Brexit ist in aller Munde – und eigentlich haben wir es ja alle immer schon gewusst: Die Briten, oder besser: die Engländer pflegen anti-europäische Ressentiments und trauern der vergangenen Herrlichkeit des Empire nach, ohne Bereitschaft, sich den Folgen ihrer imperialistischen Vergangenheit zu stellen. Mathias Häußler hält sich nicht mit solchen Stereotypen auf, sondern zeigt auf der Basis einer fundierten Analyse der Forschung, dass die Wahrheit erheblich komplizierter ist und dass sich der Brexit mitnichten als zwangsläufige Konsequenz eines britischen Sonderwegs in Europa verstehen lässt. Die Haltung der britischen Regierungen und der britischen Öffentlichkeit war im Gegenteil wesentlich komplexer und Konjunkturen unterworfen, die innenpolitischen Konflikten ebenso folgten wie internationalen Krisen. Das Ergebnis des Brexit-Referendums vom Sommer 2016 ist letztlich das Resultat einer Koinzidenz von pfadabhängigen Entwicklungen und kontingenten Ereignissen.

Mathias Häußler

Ein britischer Sonderweg?

Ein Forschungsbericht zur Rolle Großbritanniens bei der europäischen Integration seit 1945

I. Im Zeichen des Brexit

Im Frühjahr 2016 erschütterte ein Historikerstreit die britische Forschungslandschaft. Im Zentrum stand die Debatte um einen historischen Sonderweg Großbritanniens, der das Land in eine ganz andere Richtung geführt habe als die anderen europäischen Staaten. Auslöser war das unmittelbar bevorstehende Referendum über Großbritanniens Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU). Insbesondere die *Historians for Britain*, eine Interessengruppe, die den Brexit historisch zu unterfüttern suchte, verfochten im Vorfeld der Abstimmung öffentlichkeitswirksam die These eines solchen Exzeptionalismus und begründeten diesen mit der jahrhundertelangen, ununterbrochenen Entwicklung des britischen Parlaments und Rechtssystems, dem weltumspannenden Empire sowie mit Großbritanniens Insellage.[1] Diese angeblich einzigartige Entwicklung zu einem demokratischen und souveränen Rechtsstaat, so die *Historians for Britain*, unterscheide Großbritannien grundlegend von den Staaten des Kontinents, deren Geschichte von Revolution, Krieg und Gewalt geprägt sei. In der britischen Historikerzunft rief diese These heftigen Widerspruch hervor; die Kritiker verwiesen dabei vor allem auf die Brüche in Großbritanniens eigener Geschichte und auf ihre Einbettung in

[1] Vgl. History Today vom 11.5.2015: „Britain. Apart from or a part of Europe?"; www.historytoday.com/david-abulafia/britain-apart-or-part-europe [5.12.2018].

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0014

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

größere europäische Entwicklungslinien.[2] Trotz all dieser Einwände ist das Motiv eines britischen Sonderwegs in aktuellen Brexit-Debatten nach wie vor präsent. Selbst Historikerinnen und Historiker, die sich explizit mit Großbritannien und der europäischen Integration seit 1945 beschäftigen, stellen der vermeintlich normalen Entwicklung der Gründungsmitglieder der heutigen EU häufig eine abweichende Entwicklung Großbritanniens gegenüber, und suchen in einer Art Nabelschau Antworten auf die Frage, warum das Land dem Prozess der europäischen Integration skeptisch oder gar ablehnend begegnete.

Das knappe Resultat des britischen Referendums – 51,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmte für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU –, hat dieser bislang wenig beachteten Debatte plötzlich große Aufmerksamkeit beschert. Wer jedoch einen ausführlichen Forschungsüberblick, zumal in deutscher Sprache, sucht, wurde bis dato enttäuscht.[3] Der hier vorliegende Aufsatz soll diese Lücke schließen. Ziel ist es, aktuelle Studien zu Großbritanniens Rolle im Prozess der europäischen Integration kritisch zu hinterfragen und, davon ausgehend, neue Forschungsansätze zum besseren Verständnis der britischen Europapolitik nach 1945 aufzuzeigen. Dem methodischen Instrumentarium der Zeitgeschichte kommt dabei besondere Bedeutung zu, da sich damit zeitgenössische Deutungen wie das Narrativ vom Sonderweg konsequent historisieren und ihre oftmals konstitutiven Wirkungen auf zentrale Akteure gewichten lassen.[4] In diesem Zusammenhang ist insbesondere der historische Vergleich von Interesse, der für Studien zur britischen Europapolitik immer noch in den Kinderschuhen steckt. Im Mittelpunkt des Aufsatzes stehen vier zentrale Episoden britischer Europapolitik: die Jahre zwischen 1945 und der ersten britischen Bewerbung um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1961, die Zeit des unfreiwilligen Ausschlusses Großbritanniens vom europäischen Integrationsprozess zwischen 1961 und 1973, die Rolle Großbritanniens in der EG zwischen dem britischen Beitritt 1973 und der deutschen Wiedervereinigung 1990 und schließlich die Entstehung der heutigen Europaskepsis seit den 1990er Jahren.

Wenn hier mit dem Begriff Sonderweg operiert wird, geht es um die These eines vermeintlichen britischen Sonderwegs im Prozess der europäischen Integra-

[2] Vgl. History Today vom 18.5.2015: „Fog in Channel, Historians Isolated. An open letter in response to the Historians for Britain campaign"; www.historytoday.com/various-authors/fog-channel-historians-isolated [5.12.2018]. Für einen Überblick der Debatte vgl. Financial Times vom 13.5.2016: „Rival historians trade blows over Brexit". Allgemeiner vgl. Norman Davies, The Isles. A History, London 1999; Jeremy Black, Convergence or Divergence? Britain and the Continent, London 1994, und Linda Colley, Britons. Forging the Nation, 1707–1837, New Haven 1992.

[3] Für eine historiografische Analyse in englischer Sprache vgl. Oliver Daddow, Britain and Europe since 1945. Historiographical Perspectives on Integration, Manchester 2004.

[4] Zum Potenzial der Zeitgeschichte in aktuellen politischen Debatten vgl. auch Andreas Wirsching, Von der Lügenpresse zur Lügenwissenschaft? Zur Relevanz der Zeitgeschichte als Wissenschaft heute, in: Zeitgeschichte-online, 19.4.2018; www.zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/von-der-luegenpresse-zur-luegenwissenschaft [5.12.2018], und Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: VfZ 59 (2011), S. 479–508.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tion seit 1945, wobei zwischen zwei unterschiedlichen Interpretationslinien unterschieden werden muss. Die erste suggeriert eine scheinbar ewige Außenseiterrolle Großbritanniens, die sich in einer destruktiven Europapolitik manifestiert habe. Für eine zweite, darauf aufbauende Interpretationslinie ist die destruktive Haltung Großbritanniens bereits die Voraussetzung, um diese Sonderrolle mit der historischen Entwicklung des Vereinigten Königreichs zu erklären. Der vorliegende Forschungsbericht geht auf beide Debatten ein; einerseits betont er die Normalität britischer Europapolitik seit 1945, andererseits arbeitet er die konkrete Genese des Narrativs vom Sonderweg im Kontext der späten 1980er Jahre heraus. Daher geht es nicht um Großbritanniens vermeintlich exzeptionelle historische Entwicklung seit vielen Jahrhunderten, sondern vielmehr um die Entstehung und Funktion solcher Narrative in Debatten zur britischen Rolle im Prozess der europäischen Integration nach 1945.

II. Ein Sonderweg außerhalb der europäischen Institutionen? 1945 bis 1961

Im Anfang war Winston Churchill. Der Aufruf des ehemaligen Premierministers im September 1946, „eine Art Vereinigte Staaten von Europa" zu gründen, gilt auch heute noch als Zeichen einer vermeintlichen britischen Europaeuphorie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren.[5] Und in der Tat spielten britische Akteure in den späten 1940er Jahren eine aktive und häufig entscheidende Rolle bei der Gestaltung der politischen Strukturen Europas. Sie reagierten dabei nicht zuletzt auch auf die nationalsozialistischen Europapläne und auf die veränderte geopolitische Lage im Kalten Krieg. Die neuere Forschung betont insbesondere den starken britischen Einfluss beim Aufbau des Europarats und bei der Entstehung der Europäischen Menschenrechtskonvention im November 1950.[6] Daran zeigt sich nicht nur das durchaus vorhandene britische Interesse an europäischen Einigungsbemühungen in den späten 1940er Jahren, sondern auch die Pluralität damaliger Europa-Debatten, die nicht zwangsläufig auf eine supranationale Integration im Sinne der späteren EG/EU hinausliefen. Vielmehr sahen die späten 1940er Jahre hitzig geführte Debatten zwischen Verfechtern supranationaler Integration und Advokaten lockerer intergouvernementaler Kooperation; die große Mehrheit der britischen Rufer im Streit sprach sich für letzteres Konzept aus.[7]

[5] Zit. nach Winston Churchill, Für ein vereintes Europa unter deutscher und französischer Führung, in: Hagen Schulze/Ina Ulrike Paul (Hrsg.), Europäische Geschichte. Quellen und Materialien, München 1994, S. 398–400, hier S. 399. Vgl. Felix Klos, Churchill's Last Stand. The Struggle to Unite Europe, London 2017. Für prominente Churchill-Bezüge in aktuellen Brexit-Debatten vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2.3.2016: „Was die EU stabilisieren wird – und was nicht" (Joschka Fischer).

[6] Vgl. Marco Duranti, The Conservative Human Rights Revolution. European Identity, Transnational Politics, and the Origins of the European Convention, New York/Oxford 2017.

[7] Für einen gelungenen Überblick der zahlreichen Integrationsbestrebungen jener Zeit vgl. Wilfried Loth, Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt a. M. 2014, S. 9–64.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Man kann Churchill freilich auch anders lesen und die deutsch-französische Achse als zukünftigen Embryo einer europäischen Einigung sowie die Nichtbeteiligung Großbritanniens hervorheben. So betonten beispielsweise David Reynolds und John Ramsden das stark imperialistisch und angloamerikanisch geprägte Weltbild des ehemaligen Premierministers, der Großbritannien im Zentrum dreier überlappender Einflusskreise sah: des Empire beziehungsweise Commonwealth, der *special relationship* zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA und – aber eben nur an dritter Stelle – Europa.[8] Churchills einflussreiches Modell verdeutlicht eindrucksvoll die globale Rolle Großbritanniens zu jener Zeit: 1945 zählten das britische Empire sowie die *Dominions* (Kanada, Australien) über 700 Millionen Bürgerinnen und Bürger, in Großbritannien war fast ein Drittel der europäischen Industrieproduktion beheimatet, und ungefähr die Hälfte des Welthandels wurde in Pfund Sterling abgewickelt.[9] Dementsprechend ist es nicht überraschend, dass Churchills Modell die Weltsicht britischer außenpolitischer Eliten jener Zeit reflektierte. Und auch für die Regierung unter Clement Attlee und dessen Außenminister Ernest Bevin (beide Labour-Partei) war zwischen 1945 bis 1951 letztlich der Erhalt von Großbritanniens globaler Machtstellung das überragende Motiv ihrer Außenpolitik.[10]

Die globale Rolle Großbritanniens war ein Hauptgrund dafür, dass sowohl die Regierung Attlee als auch die späteren konservativen Regierungen unter Anthony Eden und Harold Macmillan den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1950 und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 ablehnten. Allerdings entbrannte bereits kurze Zeit später eine bis heute eifrig geführte Debatte, ob diese Weltsicht auf realistischen Einschätzungen oder nicht vielmehr auf Wunschdenken beruhte. Der spezifische zeithistorische Kontext solch kritischer Studien, die nicht selten mit dem politischen und wirtschaftlichen Erfolg der EWG sowie mit Großbritanniens quasi gleichzeitigem Machtverlust zusammenfielen, wird insbesondere in den Arbeiten früherer Regierungsvertreter wie Anthony Nutting oder Roy Denman deutlich. Geblendet von Großbritanniens glorreicher Vergangenheit und der seines heroischen Kampfs im Zweiten Weltkrieg, so die gängige These, hätten britische Eliten die Zeichen der Zeit ignoriert und es versäumt, sich vorurteilsfrei den Einigungsbestrebungen auf dem europäischen Kontinent zu öffnen und die entstehenden europäischen Institutionen von Beginn an nach britischen Vorstellungen zu formen.[11] Die wohl

[8] Vgl. John Ramsden, Man of the Century. Winston Churchill and his Legend since 1945, New York 2002, S. 267–324, und David Reynolds, In Command of History. Churchill Fighting and Writing the Second World War, London 2005, S. 52.

[9] Vgl. David Reynolds, Britannia Overruled. British Policy and World Power in the Twentieth Century, Harlow 2000, und Robert Self, British Foreign and Defence Policy since 1945. Challenges and Dilemmas in a Changing World, Basingstoke 2010.

[10] Vgl. Geoffrey Warner, The Labour Governments and the Unity of Western Europe, 1945–1951, in: Ritchie Ovendale (Hrsg.), The Foreign Policy of the British Labour Governments 1945–51, Leicester 1984, S. 61–82.

[11] Vgl. Anthony Nutting, Europe Will Not Wait. A Warning and a Way Out, London 1960; Roy Denman, Missed Chances. Britain and Europe in the Twentieth Century, London 1996,

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

konzentrierteste Zusammenfassung dieser Sichtweise findet sich bei Hugo Young, der 1998 in seinem Buch „This Blessed Plot" ein vernichtendes Urteil über die Entscheidungsträger der späten 1940er und 1950er Jahre fällte.[12]

Klischees von britischem Großmachtstreben und Empire-Nostalgie sind auch in heutigen Brexit-Debatten noch weit verbreitet.[13] Historikerinnen und Historiker bewerteten seit der Öffnung der Archive in den 1990er Jahren die britische Europapolitik wesentlich milder.[14] So gilt etwa die Nichtbeteiligung an der EGKS angesichts der damaligen Gegebenheiten als rationale Entscheidung der britischen Regierung. Zum einen sah sie keine ausreichenden wirtschaftlichen Vorteile, die es gerechtfertigt hätten, nationale Souveränität an die supranationale Hohe Behörde abzugeben. Zum anderen war der französische Vorschlag für eine Montanunion kaum mit der von britischer Seite gewünschten Sicherung einer globalen Führungsrolle basierend auf engst möglicher Bindung an die Vereinigten Staaten sowie dem Erhalt des Pfund Sterling als Weltreservewährung vereinbar. Doch vor allem wird die Behauptung, Großbritannien habe durch Nichtbeteiligung an der EGKS die Chance verpasst, Europa nach eigenen Vorstellungen zu formen, als Ex-post-Konstrukt beurteilt: Die EGKS sei als sektoral wie geografisch stark begrenzte Organisation zu verstehen, die seinerzeit keineswegs als Nukleus eines größeren europäischen Verbunds galt.[15] Überdies zeigte sich Großbritannien in den 1940er und 1950er Jahren in anderen, nicht supranational geprägten Bereichen der europäischen Zusammenarbeit durchaus konstruktiv, so insbesondere in der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie bei der Gründung der Westeuropäischen Union und der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO).[16]

Komplizierter und ergebnisoffener entwickelte sich die Debatte über die britische Rolle bei der Gründung der EWG von der Messina-Konferenz im Juni 1955 bis zur Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 1957. Hier bleibt auch nach einer Vielzahl von Studien offen, ob Großbritannien durch eine abwartende

und Edmund Dell, The Schuman Plan and the British Abdication of Leadership in Europe, Oxford 1995.

[12] Vgl. Hugo Young, This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair, Woodstock 1998, S. 3.

[13] Vgl. Handelsblatt Global vom 3.4.2018: „View from Germany. Brits are in denial about their diminishing importance"; global.handelsblatt.com/opinion/germany-brits-are-in-denial-brexit-905941 [6.12.2018], und Politico vom 25.6.2016: „Britain's Out. Now What?"; www.politico.eu/article/britains-out-now-what-brexit-symposium-political-commentators-experts/ [7.1.2019].

[14] Vgl. James Ellison, Britain and Europe, in: Paul Addison/Harriet Jones (Hrsg.), A Companion to Contemporary Britain 1939–2000, Oxford 2007, S. 517–538.

[15] Vgl. John W. Young, Britain and European Unity, 1945–1999, Basingstoke 2000, S. 26–32; Christopher Lord, Absent at the Creation. Britain and the Formation of the European Community, Aldershot 1996, und Alan S. Milward, The United Kingdom and the European Community, Bd. 1: The Rise and Fall of a National Strategy, 1945–1963, London 2002, S. 48–77.

[16] Vgl. Anne Deighton, The Impossible Peace. Britain, the Division of Germany and the Origins of the Cold War, Oxford 1990, und dies., The Last Piece of the Jigsaw. Britain and the Creation of Western European Union, 1954, in: Contemporary European History 7 (1998), S. 181–196.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bis negative Haltung den Bus oder das Boot nach Europa verpasste.[17] Zum einen gab es nach damaliger Faktenlage in der Tat gute Gründe, der EWG skeptisch gegenüberzustehen. So überstieg beispielsweise das Volumen des britischen Handels mit dem Commonwealth das Handelsvolumen mit den sechs Gründungsstaaten der EWG noch beträchtlich. Eine Zollunion mit einem gemeinsamen Außenhandelstarif war dementsprechend nicht im britischen Interesse – insbesondere aufgrund einer Vielzahl von vorteilhaften Handelsabkommen mit Ländern des Commonwealth. Dementsprechend sahen Regierung wie Parlament durch eine britische Mitgliedschaft in der EWG die globale Handelsstrategie des Vereinigten Königreichs als gefährdet an.[18] Ebenso war die britische Skepsis gegen den Weg zu einer „immer engeren Union", wenige Monate nach Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durchaus nachvollziehbar: Das Veto der französischen Nationalversammlung im August 1954 stellte auch außerhalb Großbritanniens einen herben Dämpfer für die damaligen Integrationsbemühungen dar.[19] Zum anderen jedoch war man sich in Großbritannien der politischen und wirtschaftlichen Nachteile eines längerfristigen Ausschlusses von einer kontinentaleuropäischen Zollunion durchaus bewusst. So warnte bereits im Oktober 1955 ein internes Kabinettsmemorandum, dass „langfristig die Nachteile einer Enthaltung die Vorteile überwiegen würden".[20] Unklar ist, inwieweit die Regierung solchen Warnungen Gehör schenkte: Führende Minister wie Schatzkanzler Rab Butler oder Premierminister Anthony Eden zeigten sich jedenfalls an den EWG-Plänen kaum interessiert. Auch nach Öffnung der Archive bleibt also reichlich Spielraum, die britische Entscheidung, der EWG nicht beizutreten, unterschiedlich zu bewerten.

Folglich bleibt ebenso offen, ob diese Entscheidung letztendlich auf einer nüchternen – wenn auch vielleicht kurzsichtigen – Einschätzung britischer Interessen basierte oder ob kulturelle Prägungen und Emotionen den Blick der Entscheidungsträger entscheidend trübten. Als gesichert kann gelten, dass die überwiegende Mehrheit der Protagonisten auf britischer Seite immer noch in globalen Maßstäben dachte. Doch musste eine solch globale – und teilweise auch noch imperiale – Weltsicht nicht zwangsläufig in einer Ablehnung Europas münden. So argumentierte Benjamin Grob-Fitzgibbon, dass vom 17. Jahrhundert bis hin zum Ende des Empire in den 1960er Jahren eine imperiale Weltsicht durchaus mit dem Bewusstsein einer europäischen Identität Großbritanniens vereinbar sein

[17] Vgl. John W. Young, „The Parting of the Ways"? Britain, the Messina Conference and the Spaak Committee, June–December 1955, in: Michael Dockrill/John W. Young (Hrsg.), British Foreign Policy 1945–56, Basingstoke 1989, S. 197–224.

[18] Vgl. James Ellison, Threatening Europe. Britain and the Creation of the European Community 1955–1958, Basingstoke 2000.

[19] Zur britischen Haltung gegenüber der EVG vgl. Saki Dockrill, Britain's Policy for West German Rearmament, 1950–55, Cambridge 1991, und Kevin Ruane, The Rise and Fall of the European Defence Community. Anglo-American Relations and the Crisis of European Defence 1950–1955, Basingstoke 2000.

[20] Zit. nach Milward, United Kingdom, Bd. 1, S. 208.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

konnte; mehr noch: „Ein Europäer zu sein, *hieß* Imperialist zu sein."[21] Noch pointierter formulierte Timothy Garton Ash, der ebenfalls den Charakter des Kolonialismus als europäisches Phänomen betonte: „Der einzige Ort, an welchem sich die Briten wirklich als Europäer betrachteten, war Indien."[22] Dementsprechend lässt sich zwar durchaus vermuten, dass die ebenso globale wie imperiale Weltsicht der britischen Entscheidungsträger eine gewisse Rolle bei der Ablehnung der EWG spielte, allerdings scheint diese Prädisposition eher zu Indifferenz und potenzieller Ignoranz gegenüber den Einigungsbestrebungen auf dem Kontinent geführt zu haben als zu grundsätzlicher Skepsis.

Inwiefern kann man also für den Zeitraum von 1945 bis 1961 von einem britischen Sonderweg sprechen? Primär ist die globale Ausrichtung britischer Außenpolitik zu nennen, die sich wie ein roter Faden durch diese Jahre zieht.[23] Strittig bleibt, ob die globale britische Strategie tatsächlich auf rein rationalen Überlegungen basierte oder ob ihr vielmehr subjektive Wahrnehmungen und Emotionen zugrunde lagen. In diesem Zusammenhang fällt in der Literatur die starke Dissonanz zwischen den oft teleologischen und akteurszentrierten Studien ehemaliger Politiker und Regierungsvertreter sowie den seit den 1990er Jahren vorherrschenden revisionistischen Arbeiten auf, die meist auf stark quellenlastigen Rekonstruktionen ministerialer Entscheidungsprozesse basieren. Es wäre gewinnbringend, diese parallelen, aber doch grundlegend unterschiedlichen Ansätze stärker miteinander zu verknüpfen. Insbesondere die Oral History bietet hierzu großes, aber bisher kaum genutztes Potenzial.[24] So zeigen beispielsweise Interviewsammlungen eindrucksvoll die globale Weltsicht, welche die Europabilder von Entscheidungsträgern wie Premierminister Harold Macmillan oder führenden Diplomaten wie Frank Roberts oft entscheidend prägten. Doch wie schlugen sich abstrakte kulturelle Prägungen in den Entscheidungsprozessen nieder? Die Zeitgeschichte könnte hier einen Beitrag für das bessere Verständnis des vermeintlichen britischen Sonderwegs leisten, indem sie die zeitgenössischen Deutungsmuster konsequent historisiert und mit den tatsächlichen politischen Entscheidungen verknüpft.

Darüber hinaus böte ein abstrakterer Vergleich der Debatte um den britischen Sonderweg mit den deutschen Sonderwegs-Debatten der 1960er Jahre interessante Perspektiven. So waren die stärksten Vertreter der These von einem deutschen Sonderweg vor allem in den USA lehrende deutsche Historiker, die vor den Nationalsozialisten geflohen waren; sie stellten der historischen Entwicklung Deutschlands ein positives – und teils idealisiertes – Bild der Entwicklung Großbritanniens und der

[21] Benjamin Grob-Fitzgibbon, Continental Drift. Britain and Europe from the End of Empire to the Rise of Euroscepticism, Cambridge 2016, S. 8; Hervorhebung im Original.

[22] Timothy Garton Ash, Is Britain European?, in: International Affairs 77 (2001), S. 1–13, hier S. 4.

[23] Vgl. Milward, United Kingdom, Bd. 1, S. 2.

[24] Nicht zuletzt die Protokolle des „British Diplomatic Oral History Project" (BDOHP) am Churchill College Cambridge sowie die kaum beachtete Interviewsammlung eines britischen BBC-Journalisten; vgl. Michael Charlton, The Price of Victory, London 1983.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vereinigten Staaten als Prototypen der liberalen Demokratie gegenüber.[25] Analog dazu fanden sich in den britischen Europa-Debatten die Vertreter eines Sonderwegs vor allem unter ehemaligen Politikern und Regierungsvertretern, die der Zweite Weltkrieg geprägt hatte oder die eindringliche Erfahrungen im diplomatischen Dienst in Kontinentaleuropa gesammelt hatten. Dementsprechend wurde auch hier, häufig mit explizit proeuropäischer Stoßrichtung, der vermeintlichen Ignoranz Großbritanniens eine oft idealisierte Entwicklung der EWG gegenübergestellt.[26] Ein weiter gefasster und über die sechs Gründungsstaaten hinausgehender historischer Vergleich problematisiert dieses Narrativ jedoch stark. So teilten viele europäische Staaten wie Dänemark und Norwegen häufig sowohl die britische Kritik am supranationalen Charakter der EWG als auch die britische Präferenz für eine locker gefasste europäische Freihandelszone.[27] Und auch in Gründungsstaaten wie Frankreich und Westdeutschland war die EWG anfangs durchaus umstritten, wie nicht zuletzt Ludwig Erhards heftiger Widerstand gegen eine Zollunion zeigt.[28] Daher versprechen komparatistische Studien nicht nur eine signifikante Modifizierung der britischen Sonderrolle, sondern ebenso Antworten auf die allgemeinere Frage, weshalb sich das EWG-Modell letztendlich gegenüber dem von Großbritannien ebenso wie von den nordeuropäischen Ländern propagierten Freihandelsmodell durchsetzen konnte. Dies würde dazu beitragen die Geschichte der europäischen Integrationsgeschichte nicht als zwangsläufig von der EGKS zur EWG und letztlich zur EU führende Entwicklung zu verkürzen, sondern die Multipolarität und Offenheit der Europadebatten jener Zeit stärker in den Vordergrund zu stellen.[29]

III. Ein Sonderweg zur EWG-Mitgliedschaft? 1961 bis 1973

Großbritanniens globale Rolle war spätestens in den 1960er Jahren ausgespielt, wie nicht zuletzt die letzte Welle der Dekolonialisierung sowie der militärische

[25] Vgl. Jürgen Kocka, Looking Back on the „Sonderweg“, in: Central European History 51 (2018), S. 137–142.

[26] So war beispielsweise Denman in den 1950er Jahren „First Secretary“ der britischen Botschaft in Bonn. Wie stark diese Erfahrungen Denmans Haltung zur europäischen Integration geprägt haben, lässt sich im Interview des BDOHP mit Denman vom 4.5.1999 erkennen; www.chu.cam.ac.uk/media/uploads/files/Denman.pdf [6.12.2018].

[27] Vgl. Matthew Broad, Harold Wilson, Denmark and the Making of Labour European Policy, 1958–72, Liverpool 2017, und Kristian Steinnes, The British Labour Party, Transnational Influences and European Community Membership 1960–1973, Stuttgart 2014.

[28] Vgl. Tim Geiger, Ludwig Erhard und die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Rudolf Hrbek/Volker Schwarz (Hrsg.), 40 Jahre Römische Verträge. Der deutsche Beitrag, Baden-Baden 1998, S. 50–64, und Clemens Wurm, Two Paths to Europe. Great Britain and France from a Comparative Perspective, in: Ders. (Hrsg.), Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration, 1945–1960, Oxford 1995, S. 175–200.

[29] Dies gilt insbesondere auch für die Frage von Kontinuitäten zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; vgl. Wolfgang Schmale, Geschichte Europas, Wien 2001; Florian Greiner, Wege nach Europa. Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945, Göttingen 2014, und Frank Bösch/Ariane Brill/Florian Greiner (Hrsg.), Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie, Göttingen 2012.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rückzug von *East of Suez* deutlich machten.[30] Überdies sah sich das Land mit Währungs- und Wirtschaftskrisen konfrontiert, die nicht zuletzt das Ziel in Frage stellten, das Pfund Sterling als Weltreservewährung dauerhaft zu erhalten. Und auch das angloamerikanische Verhältnis wandelte sich in ein zunehmend einseitiges Abhängigkeitsverhältnis unter den Vorzeichen der bipolaren Weltordnung und des Kalten Kriegs. Der ehemalige US-Außenminister Dean Acheson beschrieb die britische Position in einer vielbeachteten Rede vor der Militärakademie in West Point im Dezember 1962 so:

> „Großbritannien hat ein Empire verloren und noch keine neue Rolle gefunden. Der Versuch, eine gesonderte Rolle zu spielen – eine Rolle abseits von Europa, eine Rolle basierend auf der ‚special relationship' mit den Vereinigten Staaten, eine Rolle als Oberhaupt eines ‚Commonwealth', welcher keine politische Struktur oder Einheit oder Stärke aufweist und ebenso fragile wie prekäre Wirtschaftsbeziehungen mittels des Sterlingblocks und den Präferenzen für den britischen Markt besitzt – diese Rolle ist so gut wie ausgespielt. Es scheint, dass Großbritannien mit dem Versuch, alleine zu arbeiten und als Mittler zwischen den Vereinten Staaten und Russland zu fungieren, eine Politik verfolgt hat, welche ebenso schwach ist wie seine militärische Macht."[31]

Achesons Rede zeigt deutlich, wie stark Großbritanniens Machtverlust mit der Annäherung des Lands an die EWG koinzidierte. Bereits wenige Jahre nach Gründung der EWG bewarb sich Großbritannien zweimal erfolglos um die Mitgliedschaft: 1961 bis 1963 unter dem konservativen Premierminister Macmillan sowie 1967 unter der Regierung Harold Wilsons (Labour-Partei). Über die grundlegende Motivation beider Bewerbungen herrscht in der historischen Forschung weitgehend Einigkeit: ein Mangel an Alternativen.[32] Ökonomisch kontrastierte das rasante Wachstum der EWG mit der relativen Stagnation der britischen Wirtschaft; die hastig ins Leben gerufene Europäische Freihandelszone EFTA stellte keine ernstzunehmende Alternative zur wesentlich potenteren EWG dar.[33] Und auch politisch führte die Erfolgsgeschichte der EWG bald zu einer klar sichtbaren

[30] Vgl. John Darwin, Britain and Decolonisation. The Retreat from Empire in the Post-War World, Basingstoke 1998.

[31] Zit. nach Douglas Brinkley, Dean Acheson and the „Special Relationship". The West Point Speech of December 1962, in: The Historical Journal 33 (1990), S. 599–608, hier S. 601.

[32] Vgl. James Ellison, Accepting the Inevitable. Britian and European Integration, in: Wolfram Kaiser/Gillian Staerck (Hrsg.), British Foreign Policy, 1955–64. Contracting Options, Basingstoke 2000, S. 171–189; Richard Griffiths, A Slow One Hundred and Eighty Degree Turn. British Policy Towards the Common Market, 1955–60, in: George Wilkes (Hrsg.), Britain's Failure to Enter the European Community 1961–63. The Enlargement Negotiations and Crises in European, Atlantic and Commonwealth Relations, London 1997, S. 35–50, und Helen Parr, Britain's Policy Towards the European Community, 1964–1967. Harold Wilson and Britain's World Role, Abingdon 2005.

[33] Wobei der wirtschaftliche Abstieg Großbritanniens vor allem auf subjektiven Wahrnehmungen basierte und primär als „politische Ideologie" zu lesen ist; vgl. Jim Tomlinson, The Politics of Decline. Understanding Post-War Britain, Harlow 2000.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

– da nicht zuletzt effektiv inszenierten – Verschiebung der innereuropäischen Machtverhältnisse weg von Großbritannien hin zur EWG unter der Führung Frankreichs und Westdeutschlands.[34] In der Tat wurde die EWG auch außerhalb Europas zunehmend als politische Stimme des Kontinents wahrgenommen, was nicht zuletzt auch die Vereinigten Staaten unter Präsident John F. Kennedy dazu bewegte, die Briten offen zu einer EWG-Bewerbung zu drängen.[35] In gewisser Weise spiegeln die Bewerbungen von 1961 und 1967 also primär das Scheitern der globalen Strategie Großbritanniens wider – mit all den damit verbundenen Ressentiments, die in Achesons Rede mitschwangen.

Für die Historiografie haben sich die Debatten über das Scheitern der beiden britischen Bewerbungen um Aufnahme in die EWG freilich als wesentlich fruchtbarer erwiesen als die Debatten über ihre Ursprünge. Der französische Präsident Charles de Gaulle legte sein Veto ein, und auf den ersten Blick erscheinen seine Gründe klar: Frankreich befürchtete den Verlust der eigenen Vormachtstellung ebenso wie eine von Großbritannien herbeigeführte Änderung des politischen und wirtschaftlichen Charakters der EWG; französische Interessenspolitik führte dementsprechend zu de Gaulles Ablehnung der britischen Beitrittsgesuche.[36] Tatsächlich sollte sich der Konflikt zwischen den unterschiedlichen Europamodellen Frankreichs, Westdeutschlands und Großbritanniens im Laufe der 1960er Jahre noch verschärfen, wobei die Bundesrepublik eine oft unbequeme Zwischenposition einnehmen musste.[37] Weit weniger fatalistisch ist demgegenüber das Urteil des britischen Historikers N. Piers Ludlow, der betonte, dass die von Großbritannien in den Beitrittsverhandlungen geforderten speziellen Handelsbedingungen für den Commonwealth und der Schutz der britischen Landwirtschaft zentrale Hindernisse für erfolgreiche Verhandlungen darstellten. Hätte die britische Delegation flexibler agiert und größere Konzessionen in Bereichen der Handels- und Agrarpolitik angeboten, so Ludlow, wäre de Gaulle gar nicht erst in die Position gekommen, den britischen Beitritt zu verhindern.[38] Auch Alan Milward schlussfolgerte in einer Art Synthese, dass das Scheitern der britischen EWG-Bewerbung

[34] Vgl. Ulrich Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft" zur „Entente élémentaire", München 2001. Zu Adenauers indifferenten Haltung gegenüber Großbritannien vgl. Bernd Leupold, „Weder anglophil noch anglophob". Großbritannien im politischen Denken Konrad Adenauers, Frankfurt a. M. 1997.

[35] Vgl. Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995, und Nigel Ashton, Kennedy, Macmillan and the Cold War. The Irony of Interdependence, Basingstoke 2002.

[36] Vgl. Oliver Bange, The EEC Crisis of 1963. Kennedy, Macmillan, De Gaulle, and Adenauer in Conflict, Basingstoke 1999; mit ähnlicher Stoßrichtung vgl. Jeffrey G. Giauque, Grand Designs and Visions of Unity. The Atlantic Powers and the Reorganization of Western Europe, 1955–1963, Chapel Hill 2002.

[37] Vgl. N. Piers Ludlow, The European Community and the Crises of the 1960s. Negotiating the Gaullist Challenge, London 2006, und Tim Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969, München 2008.

[38] Vgl. N. Piers Ludlow, Dealing with Britain. The Six and the First UK Application to the EEC, Cambridge 1997.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1961/63 letztendlich Ausdruck der tieferen Unterschiede zwischen dem europäischen Fokus französischer Wirtschafts- und Außenpolitik und der globalen Orientierung britischer Politik war.[39]

Im Kontext der Diskussion um einen britischen Sonderweg wirft ein schärferer Blick auf die Jahre zwischen 1961 und 1973 aber auch eine größere Frage auf: Wie wandelten sich britische Identitätskonstruktionen in jenem Zeitraum? Dabei bietet die zeitliche Nähe der EWG-Bewerbungen mit der letzten Phase der Dekolonialisierung reichlich Möglichkeiten, eine intellektuelle Verbindung zwischen dem Machtverlust Großbritanniens und einer vermeintlich antieuropäischen Haltung herzustellen. Insbesondere die skeptische Position von Teilen der Konservativen Partei, die virulente Opposition der erzkonservativen Massenzeitung *Daily Express* oder die berühmte Parteitagsrede des Labour-Parteiführers Hugh Gaitskell im Oktober 1962, der einen Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EWG als Ende der 1.000-jährigen Geschichte Großbritanniens geißelte, werden hierbei gerne zitiert.[40] So stellte beispielsweise Grob-Fitzgibbon noch vor kurzem eine fast kausale Verbindung zwischen dem Ende des Empire und dem britischen Europaskeptizismus her, der angeblich in jenem Zeitraum entstanden sei.[41] In anderen Studien ist allerdings eine wesentlich offenere und vielschichtigere Europa-Debatte zu erkennen. So hat George Wilkes in seiner immer noch unveröffentlichten Dissertation zur innenpolitischen Debatte über Großbritanniens erste EWG-Bewerbung gezeigt, dass diese von einem äußerst komplexen und differenzierten Diskurs geprägt war, in dem auch proeuropäische Positionen engagiert vertreten wurden.[42] Auch die publizistische Debatte war erstaunlich vielfältig: Während der *Daily Express* eine dezidierte anti-EWG (und auch anti-deutsche) Position vertrat, sprachen sich Zeitungen wie die *Daily Mail*, der *Manchester Guardian* oder auch der *Economist* offen für einen britischen EWG-Beitritt aus.[43] Der *Daily Mirror*, damals die auflagenstärkste Zeitung Großbritanniens, startete gar eine großangelegte Werbekampagne für die britische Mitgliedschaft, wobei ein EWG-Beitritt sowohl der notwendigen wirtschaftlichen Modernisierung Großbritanniens dienen als auch einer postimperialen europäischen Identität Vorschub leisten sollte.[44] Auch Michael Kenny und Nick Pearce zeigten in ihrer jüngst vorgelegten Studie, dass die alternative Vorstellung der *Anglosphere* als integraler Teil britischer Identität

[39] Vgl. Milward, United Kingdom, Bd. 1, S. 483.

[40] Vgl. Robert F. Dewey Jr., British National Identity and Opposition to Membership of Europe, 1961–63. The anti-Marketeers, Manchester 2009, S. 39–80 und S. 158.

[41] Vgl. Grob-Fitzgibbon, Continental Drift, S. 6 f.

[42] Vgl. George R. Wilkes, British Attitudes to the European Economic Community, 1956–63, unveröffentlichte Diss., Cambridge 2002.

[43] Vgl. George Wilkes/Dominic Wring, The British Press and European Integration, 1948 to 1996, in: David Baker/David Seawright (Hrsg.), Britain For and Against Europe. British Politics and the Question of European Integration, Oxford 1998, S. 185–205, hier S. 190–192.

[44] Vgl. Mathias Häußler, The Popular Press and Ideas of Europe. The „Daily Mirror", the „Daily Express", and Britain's First Application to Join the EEC, 1961–63, in: Twentieth Century British History 25 (2014), S. 108–131.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rasant an Bindekraft verlor.[45] All dies spricht für die These Bernard Porters, dass es eben keine logische und unausweichliche Entwicklung vom Imperialismus hin zu einer tiefsitzenden Europaskepsis gegeben hat, sondern dass man auch eine Vielzahl anderer Ursachen in Rechnung stellen muss.[46]

Ein genauerer Blick auf die Forschungen zum Zeitraum 1961 bis 1973 zeigt sowohl bezüglich der Europapolitik der britischen Regierungen als auch hinsichtlich der postimperialen Identiätskonstruktionen ein wesentlich komplexeres und ergebnisoffeneres Bild als häufig angenommen. Doch führte das zweimalige Veto des französischen Präsidenten de Gaulle zu einem verfrühten Ende dieser großen Debatten und Anpassungsprozesse. Dennoch lassen die hier vorgestellten Studien eine gewisse Diskrepanz zwischen den politischen Eliten Großbritanniens und einer eher uninformierten, aber durchaus offenen Gesellschaft zumindest vermuten. So erweckte Ludlow beispielsweise den Eindruck, dass die vorsichtige und halbherzige Annäherung der britischen Regierung an die EWG in den frühen 1960er Jahren eher mit der Skepsis der politischen Elite Großbritanniens als mit den angeblichen Zwängen der öffentlichen Meinung zu tun hatte.[47] Gerade für die formativen Jahre zwischen 1961 und 1973 wäre es ein großer Gewinn, die innenpolitischen und kulturgeschichtlichen Dimensionen britischer Europa-Debatten stärker in das immer noch vorwiegend von Diplomatie- und Integrationshistorikern dominierte Forschungsfeld einzubeziehen. Dies gilt insbesondere für das Instrumentarium einer Kulturgeschichte der Politik, das besonders gut dazu geeignet ist, die Verflechtungen von Außen- und Innenpolitik genauer zu untersuchen. Handelte es sich bei der oft postulierten Europaskepsis der Briten eventuell um Projektionen einer skeptischen politischen Elite? Welche Rolle spielten Parteien- und Meinungsforschungsinstitute?[48] Inwieweit beeinflussten diese innenpolitischen Dynamiken die Positionen und Perzeptionen britischer Europapolitik insbesondere auch bei Charles de Gaulle?

---

[45] Vgl. Michael Kenny/Nick Pearce, Shadows of Empire. The Anglosphere in British Politics, Cambridge 2018, S. 61–84.

[46] „Es gibt keine logischen Gründe, weshalb aus ehemaligen Imperialisten Anti-Europäer werden <u>mussten</u>"; Bernard Porter, The Absent-Minded Imperialists. Empire, Society, and Culture in Britain, Oxford 2006, S. 301; Hervorhebung im Original.

[47] Vgl. N. Piers Ludlow, A Mismanaged Application. Britain and the EEC, 1961–1963, in: Anne Deighton/Alan Milward (Hrsg.), Widening, Deepening and Acceleration. The European Economic Community 1957–1963, Baden-Baden 1999, S. 271–286.

[48] Eine Frage, die auch eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten zu allgemeineren zeithistorischen Forschungen der jüngsten Zeit bietet; vgl. Laura DuMond Beers, Whose Opinion? Changing Attitudes Towards Opinion Polling in British Politics, 1937–1964, in: Twentieth Century British History 17 (2006), S. 177–205; Kerstin Brückweh u. a. (Hrsg.), Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980, London 2012, und Kerstin Brückweh, Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter, Berlin/Boston 2015. Zur Diskrepanz zwischen politischen Eliten und tatsächlichen Lebenswirklichkeiten vgl. Florence Sutcliffe-Braithwaite, Class, Politics, and the Decline of Deference in England, 1968–2000, Oxford 2018.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auch in vergleichender Perspektive sind die Jahre zwischen 1961 und 1973 interessant: Zunächst werfen die gescheiterten britischen Bewerbungen grundsätzlichere Fragen über den Charakter der EWG und ihre inneren Machtverhältnisse auf. Dies gilt insbesondere – wenn auch keineswegs ausschließlich – für das Dreiecksverhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien. So war beispielsweise für Bundeskanzler Konrad Adenauer die deutsch-französische Freundschaft von weit größerer Bedeutung als eine britische EWG-Mitgliedschaft. Jedoch war dieser Standpunkt keineswegs unumstritten, sondern Teil hitziger innenpolitischer Auseinandersetzungen: Erzürnt von de Gaulles Veto setzte der Bundestag Ende Januar 1963 beispielsweise durch, dem deutsch-französischen Élysée-Vertrag eine Präambel voranzustellen, die die Verpflichtung zur engen politischen, wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien betont.[49] In den kommenden Jahren sollten sich diese Debatten zwischen den „Atlantikern", die eine engstmögliche Bindung Deutschlands an die Vereinigten Staaten und Großbritannien forderten, und den „Gaullisten", die sich den europäischen Autonomiebestrebungen des französischen Staatspräsidenten verbunden zeigten, noch intensivieren.[50] Darüber hinaus öffnen die gescheiterten britischen Bewerbungen den Blick für das Verhältnis zwischen der EWG und anderen Foren europäischer Zusammenarbeit. So wäre insbesondere ein Vergleich der britischen Europapolitik mit europapolitischen Entwicklungen in Staaten wie Dänemark, Schweden, Österreich oder Irland von großem Interesse.[51] Auch für die allgemeinere europäische Integrationsgeschichte wäre dies durchaus gewinnbringend – nicht nur um die Stellung Großbritanniens differenzierter zu fassen, sondern auch um die Pluralität und Ergebnisoffenheit der europäischen Integration in den 1960er Jahren noch stärker herauszuarbeiten.[52]

IV. Ein Sonderweg in der EG? 1973 bis 1990

Am 1. Januar 1973 trat Großbritannien unter dem konservativen Premierminister Edward Heath der EG bei. Dem Narrativ vom Sonderweg tat das freilich keinen Abbruch. So ist in der – ab diesem Zeitraum vor allem von der Politikwissenschaft geprägten – Literatur geradezu selbstverständlich von „Reluctant Europeans" oder von Großbritannien als „Awkward Partner" in der EG die Rede.[53] Auch erste

[49] Vgl. Bange, EEC Crisis of 1963, und ders., Deutschland und die britische Beitrittsfrage, 1960–1963, in: Hrbek/Schwarz (Hrsg.), 40 Jahre Römische Verträge, S. 278–290.

[50] Vgl. Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten.

[51] Veröffentlichungen der letzten Jahre beleuchten in diesem Sinne zunehmend die Verflechtungen zwischen britischer und skandinavischer Europapolitik der 1950er und 1960er Jahre; vgl. Broad, Wilson, und Steinnes, British Labour Party.

[52] Vgl. Haakon A. Ikonomou/Aurélie Andry/Rebekka Byberg (Hrsg.), European Enlargement Across Rounds and Beyond Borders, Abingdon 2017.

[53] Vgl. David Gowland/Arthur Turner, Reluctant Europeans. Britain and European Integration, 1945–1998, Abingdon 2000, und Stephen George, An Awkward Partner. Britain in the European Community, Oxford 1990.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

historische Übersichtswerke der europäischen Integrationsgeschichte der 1970er und 1980er Jahre kontrastieren eine oft als skeptisch oder destruktiv beschriebene Haltung Großbritanniens mit neuen deutsch-französischen Europainitiativen unter Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing beziehungsweise Helmut Kohl und François Mitterrand.[54] In der Tat bietet die Geschichte der 1970er und 1980er Jahre eine Vielzahl von Beispielen für eine britische Sonderrolle: die Neuverhandlungen der britischen Beitrittsbedingungen und das anschließende erste Referendum zur EG-Mitgliedschaft 1974/75, die Nichtteilnahme am Europäischen Währungssystem (EWS) 1979 und insbesondere Margaret Thatchers Kampf für den sogenannten Britenrabatt bis Mitte der 1980er Jahre. Die offensichtlich innenpolitisch motivierten europapolitischen Aktivitäten verschiedener britischer Regierungen legen zumindest auf den ersten Blick eine tiefsitzende Europaskepsis der britischen Bevölkerung nahe, die den Handlungsspielraum der Entscheidungsträger stark einschränkte. Sieht man jedoch genauer hin, so ergibt sich erneut ein wesentlich differenzierteres Bild der britischen Politik.

Die Europapolitik der britischen Regierungen in den 1970er Jahren ist nur im Kontext der größeren Krisen jener Zeit zu verstehen. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1971, der „Ölschock" 1973 und das Ende des Nachkriegsbooms erschütterten das politische und wirtschaftliche Fundament der EG von Grund auf.[55] Konnten die Gründungsmitglieder den Integrationsprozess der 1950er und 1960er Jahre auf Basis soliden wirtschaftlichen Wachstums und stabiler transatlantischer Beziehungen aufbauen, so waren Großbritanniens erste Mitgliedsjahre von wirtschaftlicher Unsicherheit und scheinbarem integrationspolitischem Stillstand dominiert. Auch die amerikanische Unterstützung für das Projekt europäische Integration war in den frühen 1970er Jahren keine Selbstverständlichkeit mehr, wie die Auseinandersetzungen über Henry Kissingers berühmte „Year of Europe"-Rede im April 1973 zeigten.[56] Großbritannien, das von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders stark betroffen war, trat also einer zu-

[54] Vgl. Loth, Europas Einigung, S. 203–230, und Jürgen Elvert, Die europäische Integration, Darmstadt 2006, S. 101–103. Zu den deutsch-französischen Beziehungen jener Zeit vgl. Hélène Miard-Delacroix, Partenaires de choix? Le chancelier Helmut Schmidt et la France (1974–1982), Bern 1993, und Matthias Waechter, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Auf der Suche nach Stabilität in der Krise der 70er Jahre, Bremen 2011.

[55] Vgl. Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge 2011; Elisabetta Bini/Giuliano Garavini/Federico Romero (Hrsg.), Oil Shock. The 1973 Crisis and its Economic Legacy, London 2016, und Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael (Hrsg.), Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3., ergänzte Aufl., Göttingen 2012.

[56] In einer vielbeachteten Rede forderte Kissinger damals eine Erneuerung der transatlantischen Zusammenarbeit. Allerdings wurde sein Vorstoß von den meisten Europäern aufgrund fehlender Konsultationen im Vorfeld sowie der von Kissinger postulierten Unterscheidung zwischen den regionalen Interessen Europas und den weltweiten Interessen Amerikas als Affront gewertet; vgl. Daniel Möckli, European Foreign Policy During the Cold War. Heath, Brandt, Pompidou and the Dream of Political Unity, London 2009, und Aurélie Élisa Gfeller, Building a European Identity. France, the United States, and the Oil Shock, 1973–1974, New York/Oxford 2012.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tiefst verunsicherten und scheinbar stagnierenden EG bei. Dies führte unter anderem dazu, dass die britische Strategie fehlschlug, die wenig vorteilhafte Position des Vereinigten Königsreichs in den Wirtschafts- und Finanzstrukturen der EG durch graduelle Reformen schrittweise zu verbessern. Unter dem Eindruck der weltweiten Wirtschaftskrise zeigten sich führende Mitgliedstaaten wie die Bundesrepublik wenig geneigt, Großbritannien entgegenzukommen und finanzielle Lasten zu schultern.[57]

Innenpolitisch bedeutete der veränderte globale Kontext, dass sich die von der Regierung Heath versprochenen wirtschaftlichen Vorteile einer EG-Mitgliedschaft in den Augen der Bevölkerung nicht materialisierten. Dadurch verstärkten sich die innenpolitischen Grabenkämpfe über die britische EG-Mitgliedschaft, die bereits zum Zeitpunkt des Beitritts höchst umstritten war. Zwar versuchte der zutiefst von der britischen EG-Mitgliedschaft überzeugte Premierminister Heath, mit einer großangelegten Kampagne für den britischen Beitritt zu werben, doch hatten der zweimal gescheiterte Beitritt zur EWG und die schwierige wirtschaftliche Situation bereits zu einem Abebben der in den frühen 1960er Jahren noch weitgehend proeuropäischen Stimmung in der Bevölkerung gesorgt. Die Regierungskampagne war so nur mäßig erfolgreich, und bereits wenige Monate nach dem Beitritt gewannen die Gegner der EG-Mitgliedschaft Meinungsumfragen zufolge die Oberhand.[58]

Die Kombination aus Wirtschaftskrise, integrationspolitischer Stagnation und fehlendem nationalen Konsens führte in der Tat dazu, dass die britische Europapolitik in den 1970er Jahren nahezu komplett von innenpolitischen Dynamiken getrieben war. Insbesondere in der Labour-Partei befeuerte das Thema EG Kämpfe zwischen dem gemäßigten Flügel, der die EG-Mitgliedschaft als Möglichkeit zur Entwicklung eines kontinental geprägten sozialdemokratischen Modells verstand, und dem linken Flügel, der in der EG einen für den britischen Sozialismus gefährlichen kartellistisch-kapitalistischen Verbund sah.[59] Wilsons Neuverhandlung der britischen Beitrittsbedingungen 1974/75 mit einem anschließenden Referendum über den EG-Verbleib war daher vor allem ein Versuch, die Europa-Debatte aus dem Parteirahmen zu lösen und auf die nationale Ebene zu übertragen. Zwar war Wilson kurzfristig erfolgreich, denn das Referendum am 5. Juni 1975 ergab eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Verbleib in der EG, doch hatte dieser innenpolitische Erfolg einen hohen außenpolitischen Preis: Die innerparteilichen Grabenkämpfe auf Kosten der EG isolierten Großbritannien, festigten die deutsch-französische Achse unter Schmidt und Giscard und gaben dem Klischee von Groß-

[57] Vgl. Stephen Wall, The Official History of Britain and the European Community, Bd. 2: From Rejection to Referendum 1963–1975, Abingdon 2012; zum rasanten Wandel deutsch-französischer Europapolitik im Kontext der multiplen Krisen der frühen 1970er Jahre vgl. Claudia Hiepel, Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München 2012.

[58] Vgl. Robert Saunders, Yes to Europe! The 1975 Referendum and Seventies Britain, Cambridge 2018, S. 6 f.

[59] Vgl. Roger Broad, Labour's European Dilemmas Since 1945. From Bevin to Blair, Basingstoke 2001.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

britannien als zauderndem oder gar destruktivem EG-Mitglied neue Nahrung.[60] Die Kontroversen über den ab 1979 von Thatcher geforderten „Britenrabatt" zeigten ein ähnliches Muster der bewussten Selbstinszenierung der Premierministerin als kompromisslose Kämpferin für britische Interessen in Brüssel.[61]

Es ist folglich verlockend, die innenpolitische Instrumentalisierung der Europapolitik auf eine tiefergehende Europaskepsis der britischen Bevölkerung zurückzuführen. Doch geben die wenigen Studien zur innen- und parteipolitischen Dimension der britischen Europapolitik der 1970er Jahre Anlass zur Skepsis, da sie die Heterogenität und Volatilität britischer Europa-Debatten betonen. So schrieben bereits Uwe Kitzinger und David Butler in ihrem zeitgenössischen Rückblick auf das Referendum von 1975, dass die britische Zustimmung zur EG-Mitgliedschaft zwar umfassend, aber eben auch nicht besonders tiefgehend gewesen sei.[62] Robert Saunders bestätigte dieses Urteil in seiner vor kurzem veröffentlichten Studie und zeigte, dass das britische Votum für den Verbleib der EG primär im spezifischen zeithistorischen Kontext der 1970er Jahre gesehen werden sollte: In einem von tiefen Krisen geprägten Land war der Verbleib in der EG schlichtweg das geringere Risiko.[63] Erneut erscheint die britische Haltung zur europäischen Integration also eher indifferent und reaktiv und nicht grundsätzlich ablehnend. Dies wirft abermals Fragen bezüglich einer eventuellen Dissonanz zwischen Regierungshandeln und öffentlicher Meinung auf.

Darüber hinaus bietet die tatsächliche Europapolitik Großbritanniens in den 1970er und 1980er Jahren auch eine Vielzahl von Möglichkeiten, das Bild einer destruktiven britischen Europapolitik kritisch zu hinterfragen. Ein Blick über den britischen Tellerrand hinaus ist hier lohnend. So hat die historische Forschung jüngst gezeigt, dass die 1970er Jahre keineswegs einseitig als Jahre des integrationspolitischen Stillstands oder gar der Eurosklerose gesehen werden sollten, sondern vielmehr als Phase der institutionellen Erneuerung und Weichenstellung für spätere Entwicklungen in den 1980er Jahren.[64] Dies gilt insbesondere, wenn das Interesse über den Rahmen der EG-Institutionen hinaus reicht. Bei dem Versuch, zu einer Koordination einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zu kommen, spielte Großbritannien beispielsweise eine äußerst positive und konstruktive Rolle, nicht zuletzt bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder im Rahmen der Europäischen Politischen Zu-

[60] Vgl. Mathias Häußler, A Pyrrhic Victory. Harold Wilson, Helmut Schmidt, and the British Renegotiation of EC Membership, 1974–5, in: The International History Review 37 (2015), S. 768–789.

[61] Vgl. Charles Moore, Margaret Thatcher. The Authorised Biography, Bd. 2: Everything She Wants, London 2015, S. 485–495, und Stephen Wall, A Stranger in Europe. Britain and the EU from Thatcher to Blair, Oxford 2008, S. 5–7.

[62] Vgl. David Butler/Uwe Kitzinger, The 1975 Referendum, Basingstoke 1976, S. 280.

[63] Vgl. Saunders, Europe.

[64] Vgl. Claudia Hiepel (Hrsg.), Europe in a Globalising World. Global Challenges and European Responses in the „long" 1970s, Baden-Baden 2014, und Johnny Laursen (Hrsg.), The Institutions and Dynamics of the European Community, 1973–83, Baden-Baden 2014.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sammenarbeit.[65] Auch EG-Institutionen wie die Kommission oder das Europäische Parlament wurden von den neuen britischen Mitgliedern mehr oder weniger stark beeinflusst.[66] Und nach Beilegung des Haushaltsstreits Mitte der 1980er Jahre war es vor allem Margaret Thatcher, die sich als energische Verfechterin des Binnenmarkts profilierte und nachdrücklich für den Abbau von außertariflichen Handelsbarrieren, für Liberalisierungsprozesse im Transport- und Finanzsektor sowie für Freizügigkeit insbesondere im Dienstleistungssektor eintrat. Nicht zuletzt deshalb kann man in Großbritannien unter Thatcher durchaus eine entscheidende Triebkraft hinter der Europäischen Einheitsakte im Januar 1986 sehen.[67]

Großbritanniens erste Jahre in der EG zwischen 1973 und 1990 waren also keineswegs nur von Europaskeptizismus geprägt, sondern zeugten vielmehr von einem komplizierten Anpassungsprozess an strukturelle Realitäten der EG-Mitgliedschaft in einem äußerst turbulenten außen- und innenpolitischen Umfeld. Auch lassen sich viele britische Versuche erkennen, konstruktiv an der Entwicklung der EG mitzuwirken und diese nach eigenen Vorstellungen zu formen. Der Grund, weshalb altbekannte Sonderweg-Motive dennoch so wirkungsmächtig geblieben sind, lässt sich vor allem im Primat der Innenpolitik finden. Daraus resultierte nicht nur innenpolitisch eine auch heute noch weitverbreitete „Us-versus-Them"-Rhetorik, sondern auch außenpolitisch ein Gegensatz zu wichtigen EG-Partnern, die unangenehme und häufig kostspielige britische Forderungen bequem mit Verweis auf Stereotypen wie den britischen Egoismus in Europa abbügeln konnten.[68] Ob diese Entwicklungen jedoch tatsächlich die These vom Sonderweg Großbritanniens rechtfertigen, lässt sich sinnvoll nur im Rahmen historischer Vergleiche und multilateraler Studien beantworten. Dabei müssen insbesondere die gemeinsam mit Großbritannien beigetretenen Länder Irland und Dänemark sowie strukturschwache Gründungsstaaten wie Italien in die Untersuchung einbezogen werden.[69] Darüber hinaus bieten Großbritanniens erste

[65] Vgl. Tim Oliver/David Allen, Foreign Policy, in: Ian Bache/Andrew Jordan (Hrsg.), The Europeanization of British Politics, Basingstoke 2006, S. 187–200; Gabriele Clemens, „To speak with one voice"? Großbritannien, die EPZ und der Fall Zypern, 1974/1975, in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hrsg.), Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, München 2014, S. 531–546, und Angela Romano, From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE, Brüssel 2009.

[66] Vgl. Mechthild Roos, Intra-Party Group Unity in the European Parliament Prior to its First Direct Elections in 1979, in: Parliamentary Affairs 2018 (online), und N. Piers Ludlow, Roy Jenkins and the European Commission Presidency, 1976–1980. At the Heart of Europe, Basingstoke 2016.

[67] Vgl. Laurent Warlouzet, Governing Europe in a Globalizing World. Neoliberalism and its Alternatives, London 2018, S. 196 f., und ders., Britain at the Centre of European Co-Operation (1948–2016), in: Journal of Common Market Studies 56 (2018), S. 955–970.

[68] Zur Rolle Helmut Schmidts in deutsch-britischen Auseinandersetzungen in der Europapolitik jener Zeit vgl. beispielsweise Mathias Häußler, Helmut Schmidt and British-German Relations. A European Misunderstanding, Cambridge 2019.

[69] Zur Rolle Irlands und Italiens bei der Entstehung des Europäischen Währungssystems 1978/79 vgl. Emmanuel Mourlon-Druol, A Europe Made of Money. The Emergence of the European Monetary System, Ithaca/London 2012, S. 248–252 und S. 276 f.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jahre in der EG zahlreiche Beispiele einer erfolgreichen Eingliederung in bestehende EG-Mechanismen, so etwa im Rahmen struktureller Anpassungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder anhand diverser Verzahnungs- und Europäisierungsprozesse auf parlamentarischer und intraparteilicher Ebene.[70] Hier eröffnen sich für zukünftige Forschungen vielerlei Möglichkeiten, das Sonderweg-Motiv weiter zu differenzieren und kritisch zu hinterfragen.[71]

V. Ein Sonderweg aus der europäischen Integration? 1990 bis 2016

Die späten 1980er und frühen 1990er Jahre sahen profunde globale Machtverschiebungen sowie das Ende der Bipolarität des Kalten Kriegs. Während man auf der anderen Seite des Atlantiks von einem unaufhaltsamen Siegeszug einer liberal-kapitalistischen Weltordnung und vom „Ende der Geschichte"[72] sprach, entstand in Europa mit der EU ein neuartiges integrationspolitisches Regime, das die europäische Zusammenarbeit bis zum heutigen Tag entscheidend prägt. Interessanterweise datieren nicht wenige Historiker und Politologen auch die Ursprünge des heutigen britischen Europaskeptizismus auf diese Zeit.[73] Dies ist in zweierlei Hinsicht durchaus plausibel. Zum einen kam es in jenen Jahren durch den Maastrichter Vertrag, durch die Schaffung einer europäischen Währung sowie durch die EU-Osterweiterungen nicht nur zu einer Vertiefung und Verbreiterung der europäischen Integration, sondern auch zu zunehmenden Vorbehalten gegenüber dieser Entwicklung – nicht zuletzt in Großbritannien. Zum anderen fiel der britische Unmut über den Kurs der EU mit größeren Debatten über Großbritanniens postimperiale Identität und zukünftige Rolle in der Welt zusammen, die im Kontext der zusammenbrechenden bipolaren Weltordnung, der Globalisierung und einer gefühlten Machtverschiebung hin zum pazifischen Raum eine bedrückende Aktualität und Intensität erlangten.

In den Augen einiger zeitgenössischer britischer Kommentatoren schien die Zunahme des Europaskeptizismus vor allem an Entwicklungen in der EU selbst zu lie-

[70] Vgl. Martina Steber, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, München 2017, S. 355–422; für das linke politische Spektrum vgl. Christian Salm, Transnational Socialist Networks in the 1970s. European Community Development Aid and Southern Enlargement, Basingstoke 2016.

[71] Vgl. Michael Gehler, Internationale Geschichte und ihre europäischen Zugänge. Von der Teilung und Westintegration bis zur politischen Vereinigung Europas, in: Barbara Haider-Wilson/William D. Godsey/Wolfgang Müller (Hrsg.), Internationale Geschichte in Theorie und Praxis/International History in Theory and Practice, Wien 2017, S. 165–206, und Kiran Klaus Patel, Europäische Integration, in: Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hrsg.), Dimensionen Internationaler Geschichte, München 2012, S. 353–372.

[72] Vgl. Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, London 1992.

[73] Vgl. Anthony Forster, Euroscepticism in Contemporary British Politics. Opposition to Europe in the British Conservative and Labour Parties since 1945, London 2002; Robert Ford/Matthew J. Goodwin, Revolt on the Right. Explaining Support for the Radical Right in Britain, London 2014, und Oliver Daddow, The UK Media and „Europe". From Permissive Consensus To Destructive Dissent, in: International Affairs 88 (2012), S. 1219–1236.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gen. Nicht nur stießen teils überzogene Reden von einer „immer engeren Union" und ambitionierte Pläne wie eine europäische Einheitswährung vielen britischen Politikern – jetzt zumeist konservativer Gesinnung – sauer auf. Ebenso schien die wirtschaftspolitische Philosophie der europäischen Partner Großbritanniens, und hierbei insbesondere die der EU-Kommission unter Führung des französischen Sozialisten Jacques Delors, mit der britischen Wirtschaftspolitik zu kollidieren, die sich unter Thatcher zunehmend an einem minimalistischen und neoliberalen Freihandelsmodell amerikanischer Provenienz orientierten. So diagnostizierte beispielsweise Andrew Gamble für die Zeit ab den späten 1980er Jahren die von politischen Eliten bewusst forcierte Konstruktion einer angloamerikanischen Wirtschaftsidentität Großbritanniens, die von Politik und Medien häufig in expliziten Gegensatz zu kontinentaleuropäischen Entwicklungen gesetzt wurde.[74] Doch blieb die Europapolitik Großbritanniens äußerst vielschichtig. So fanden sich beispielsweise in der konservativen Regierung unter John Major seit 1990 auch viele prominente Befürworter einer weitgehenden europäischen Integration des Lands wie Michael Heseltine oder Kenneth Clarke.[75] Ebenso gelang es Großbritannien, entscheidende Elemente des Vertrags von Maastricht nach eigenen wirtschafts- und handelspolitischen Vorstellungen zu gestalten und bei den EU-Erweiterungen der 1990er und 2000er Jahre ein gewichtiges Wort mitzureden.[76] Selbst da, wo man sich nicht durchsetzen konnte, erreichte Großbritannien zahlreiche Konzessionen und Sonderregelungen – die Briten beteiligten sich weder am Schengen-Abkommen noch an der Europäischen Währungsunion oder der Sozialcharta.[77]

Entscheidender als die EU-Politik für die Konjunkturen des britischen Europaskeptizismus scheinen vielmehr innerbritische Dynamiken zu sein. Es ging also weniger um die EU als solche, die europäischen Institutionen wurden seit den späten 1980er Jahren vielmehr zunehmend zu einer Projektionsfläche umfassenderer Auseinandersetzungen um die postimperiale Identität des Vereinigten Königreichs und insbesondere Englands. Die politische Potenz solcher Konstruktionen zeigt sich erst in diesem breiteren Kontext der Neuverhandlungen einer postimperialen Identität Großbritanniens, welche bereits in den Autonomiebestrebungen von Wales und vor allem Schottlands seit den 1970er Jahren einen ersten Ausdruck gefunden hatte.[78] So argumentierte beispielsweise Menno Spiering, dass sich der rasant wachsende Europaskeptizismus seit den späten 1980er Jahren vor allem auf englische Identitätskonstruktionen stützte, in denen Eng-

[74] Vgl. Andrew Gamble, Europe and America, in: Ben Jackson/Robert Saunders (Hrsg.), Making Thatcher's Britain, Cambridge 2012, S. 218–233.

[75] Vgl. Michael Heseltine, The Challenge of Europe. Can Britain Win?, London 1989.

[76] Vgl. Warlouzet, Governing Europe, und Nicolas Jabko, Playing the Market. A Political Strategy for Uniting Europe, 1985–2005, Ithaca 2006.

[77] Wobei freilich ergänzt werden muss, dass Großbritannien der Sozialcharta unter Tony Blair letztendlich doch beitrat.

[78] Vgl. Tom Nairn, The Break-Up of Britain. Crisis and Neonationalism, London 1977; Richard Weight, Patriots. National Identity in Britain 1949–2000, Basingstoke 2002, und Peter Mandler, The English National Character. The History of an Idea from Edmund Burke to Tony Blair, New Haven 2006, S. 229–240.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

land bewusst als Gegenbild zu Europa definiert wurde. Diese oft historisch begründeten, teils bis zur Reformation zurückgreifenden Konstruktionen einer englischen Identität erlangten im postimperialen Kontext neuen Auftrieb. Sie besaßen eine spezielle Qualität, da diese englische Identität nicht nur im Gegensatz zur EU, sondern auch im Gegensatz zum europäischen Kontinent konstruiert wurde.[79] In ähnlicher Weise postulierte Ben Wellings, die Opposition zur europäischen Integration stelle gar einen konstituierenden Teil englischer Identitätskonstruktionen dar.[80] Interessanterweise diagnostizierten Kenny und Pearce für diesen Zeitraum analog auch ein Wiederaufleben der Idee der *Anglosphere*: Diese alternative, nicht-europäische Identität Englands auf globaler Bühne sei seit den späten 1980er Jahren hauptsächlich von konservativen Politikern sowie neoliberalen Meinungsmachern und Thinktanks propagiert worden.[81] Das Ende des Kalten Kriegs und der Zusammenbruch der bipolaren Nachkriegsordnung heizten diese Neuverhandlungen englischer Identität ab den 1990er Jahren zusätzlich an.

Doch wie ist der Einfluss dieser Prozesse auf die konkrete Europapolitik Großbritanniens zu sehen? Klar ist, dass die Konstruktionen einer englischen postimperialen Identität – explizit in Abgrenzung zu Kontinentaleuropa und zum europäischen Integrationsprozess formuliert – sowohl von Thatcher als auch von zahlreichen Weggefährten seit Mitte der 1980er Jahre forciert und ebenso für Kritik an EG und EU instrumentalisiert wurden.[82] Außenpolitisch spiegelte sich dies insbesondere in Debatten über die Wiedervereinigung Deutschlands wider, wo sich die skeptische britische Position zumindest öffentlich von der anderer europapolitischer Akteure unterschied; im Stillen teilte man in Paris und selbst im linksliberalen Bonner Establishment die britischen Sorgen über die Macht eines vereinten Deutschland.[83] Während jedoch Bundeskanzler Kohl mit der Einbettung des wiedervereinigten Deutschland in möglichst starke europäische Strukturen als Rückversicherung gegen nationalistische Machtpolitik warb, fürchtete insbesondere Thatcher eine Vertiefung der europäischen Integration als potenzielle Quelle deutscher Dominanz und Vormachtstellung.[84] Auch innenpolitisch

[79] Vgl. Menno Spiering, A Cultural History of British Euroscepticism, Basingstoke 2015.

[80] Vgl. Ben Wellings, English Nationalism and Euroscepticism. Losing the Peace, Oxford/New York 2012.

[81] Vgl. Kenny/Pearce, Shadows of Empire.

[82] Vgl. Daddow, UK Media.

[83] Vgl. Ulrich Lappenküper, Mitterand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011; Frédéric Bozo, Mitterrand, la diplomatie francaise et la fin de la guerre froide, Paris 2005, und Maurice Vaïsse/Christian Wenkel (Hrsg.), La diplomatie francaise face à la unification allemande, Paris 2011.

[84] Vgl. Lothar Kettenacker, Britain and German Unification, 1989/1990, in: Klaus Larres/Elizabeth Meehan (Hrsg.), Uneasy Allies. British-German Relations and European Integration since 1945, Oxford 2000, S. 99–126; Sir Julian Bullard, Great Britain and German Unification, in: Jeremy Noakes/Peter Wende/Jonathan Wright (Hrsg.), Britain and Germany in Europe, 1949–1990, Oxford 2002, S. 219–230; George Urban, Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insider's View, London 1996, S. 118–157, und Timothy Garton Ash, History of the Present. Essays, Sketches, and Dispatches from Europe in the 1990s, London 2001, S. 50–56.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

intensivierte sich der EU-Skeptizismus insbesondere in der Konservativen Partei in den 1990er Jahren, was sich nicht zuletzt in den Debatten über Großbritanniens Austritt aus dem EWS 1992 und der Gründung von James Goldsmiths *Referendum Party* sowie der *United Kingdom Independence Party* (UKIP) zeigte.[85] Zwar überschattete der gemäßigt proeuropäische Kurs der *New Labour*-Regierungen von Tony Blair und Gordon Brown diese Dynamiken für einige Jahre, doch bei den oppositionellen Konservativen fand diese Form des englischen Europaskeptizismus in den 1990er und 2000er Jahren weiterhin zunehmende politische Akzeptanz.[86] So ist das folgenschwere Versprechen David Camerons im Januar 2013, in der nächsten Wahlperiode ein Referendum über Großbritanniens EU-Mitgliedschaft abzuhalten, auch primär als Reaktion auf starken innerparteilichen Druck durch den europaskeptischen Flügel der Tories sowie den Aufstieg der UKIP in den politischen Mainstream Großbritanniens zu interpretieren.[87]

Zwar ist es verlockend, das Resultat des Brexit-Referendums als gleichsam zwangsläufige Konsequenz dieser Vorgeschichte zu sehen, doch geben erste sozialwissenschaftliche Befunde Anlass zur Skepsis. Hervorzuheben ist insbesondere die enorme Kontingenz, von der die politischen Entwicklungen rund um das Referendum geprägt waren. So überschatteten die Grabenkämpfe in der Konservativen Partei unter Cameron die Debatte stark, da das Thema Europa für die Konservativen eine wesentlich größere Bedeutung einnahm als für die meisten anderen politischen Parteien und die breitere Bevölkerung. Julie Smith argumentierte in diesem Zusammenhang, das Referendum sei überhaupt nur wegen Camerons überraschender Regierungsmehrheit bei den Wahlen im Mai 2015 zustande gekommen. Eine Neuauflage der Koalition mit den Liberaldemokraten unter Nick Clegg hätte ein Referendum verhindert, zumal auch die Labour-Partei unter Ed Miliband ein Referendum ablehnte.[88] Es hatte aber auch andere Gründe, dass sich letztlich eine Mehrheit für den Brexit fand: die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land sowie zwischen Arm und Reich, die Effekte der Finanz- und Eurokrise und nicht zuletzt die Furcht vor ungesteuerter Einwanderung. Zwar spielten Ideen und Konzepte einer britischen Sonderrolle in der EU sowie in der allgemeineren europäischen Geschichte durchaus eine gewisse Rolle in der öffentlichen Debatte, doch waren sie lediglich Teil einer äußerst heterogenen und oft diffusen Auseinandersetzung, die laut ersten Befunden vor allem vom Thema

[85] Insbesondere an der Frage des britischen Austritts aus dem EWS entzündete sich eine Vielzahl europapolitischer Kontroversen in der Konservativen Partei; vgl. William Keegan/David Marsh/Richard Roberts, Six Days in September. Black Wednesday, Brexit and the Making of Europe, London 2017; Helen Thompson, The British Conservative Government and the European Exchange Rate Mechanism, London 1996, und Matthew Goodwin/Caitlin Milazzo, UKIP. Inside the Campaign to Redraw the Map of British Politics, Oxford 2015.

[86] Vgl. Oliver Daddow, New Labour and the European Union. Blair and Brown's Logic of History, Manchester 2011.

[87] Vgl. Julie Smith, David Cameron's EU renegotiation and referendum pledge. A case of déjà vu?, in: British Politics 11 (2016), S. 324–346.

[88] Vgl. ebenda.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

(EU-)Einwanderung dominiert und letztendlich entschieden wurde.[89] Es spricht dementsprechend einiges dafür, das Ergebnis des Referendums vor allem als Resultat der spezifischen historischen Situation der letzten Jahre zu betrachten – aufgeladen von hitzigen Kampagnen und wankelmütigen Protagonisten wie Boris Johnson.[90] Ob es sich beim britischen EU-Austritt tatsächlich um einen Sonderweg handelt oder ob die wachsende EU-Skepsis in anderen Mitgliedstaaten demnächst zu weiteren Austritten, und damit vielleicht sogar zu einem Zerfall der EU führen könnte, bleibt abzuwarten.

VI. Fazit und Ausblick

Zieht man abschließend Bilanz, so ist zunächst festzustellen, dass sich die These eines britischen Sonderwegs in der europäischen Integrationsgeschichte so nicht halten lässt. Freilich stand Großbritannien einzelnen Institutionen wie der EGKS und der EWG sowie der EG und EU skeptischer gegenüber als die Gründungsstaaten. Der Grund dafür ist nicht zuletzt in der noch immer global ausgerichteten Außen- und Wirtschaftspolitik des Vereinigten Königreichs in der Nachkriegszeit und den daraus resultierenden Pfadabhängigkeiten zu sehen. Doch zugleich spielte Großbritannien eine wesentlich konstruktivere, oftmals gar aktive Rolle, wenn es um eine allgemeiner definierte europäische Zusammenarbeit ging, insbesondere in sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen. Auch gab Großbritannien in der EG wichtige integrationspolitische Anstöße, nicht zuletzt bezüglich der Europäischen Einigungsakte und des Binnenmarkts. Ebenso ist in vergleichender Perspektive festzuhalten, dass britische Positionen keineswegs immer Außenseiterpositionen waren, sondern nicht selten von europäischen Partnern wie insbesondere den skandinavischen Ländern, Irland oder Italien geteilt wurden. Selbst die europaskeptische Wende der jüngsten Zeit ist keineswegs auf Großbritannien beschränkt, sondern kann durchaus im Kontext eines generelleren Wandels der öffentlichen Meinung zu Europa gesehen werden – man denke nur an die negativen EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005 oder an aktuelle Entwicklungen in Süd- und Osteuropa.

Komplizierter gestaltet sich die Einordnung des Motivs einer historisch begründeten und gleichsam inhärenten britischen Europaskepsis. Diese Idee, so zeigt dieser Forschungsbericht, ist zwar einerseits weit verbreitet und auch prominent in historischen Studien vertreten, sie genoss jedoch andererseits erst seit den späten 1980er Jahren breitere politische Akzeptanz. Zwar waren auch frühere Jahrzehnte von Gleichgültigkeit und milder Skepsis gegenüber der europäischen Integration

[89] Die bisher umfassendste Analyse des Referendums von 2016, basierend auf umfangreichen Meinungsforschungsdaten des Zeitraums von 2004 bis 2017, findet sich in Harold D. Clarke/Matthew Goodwin/Paul Whiteley, Brexit. Why Britain Voted to Leave the European Union, Cambridge 2017.

[90] Zwar profilierte sich Johnson bereits während der 1980er Jahre als EU-kritischer Journalist in Brüssel, seine Position im Referendum 2016 blieb jedoch bis wenige Wochen vor der Abstimmung unklar. Zu Johnsons Brüsseler Jahren vgl. Andrew Gimson, Boris. The Rise of Boris Johnson, London 2012, S. 97–106.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

geprägt, doch blieben dezidiert antieuropäische Affekte eher die Ausnahme. Vielmehr zeigt eine Analyse der Forschung, dass die britische Haltung zur europäischen Integration nach 1945 äußerst volatil und starken Schwankungen unterworfen war. Sogar kurze Momente einer britischen *Europhoria* lassen sich ausmachen, insbesondere im Kontext der ersten EWG-Bewerbung Anfang der 1960er Jahre.

Der heutige Europaskeptizismus als scheinbar ewige Konstante britischer oder englischer Identität nahm demnach paradoxerweise erst in den 1990er Jahren konkrete Gestalt an – trotz der oft postulierten jahrhundertelangen Kontinuitätslinien im britischen Europabild.[91] Eine zunehmende Verflechtung der britischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit europäischen Institutionen und Partnern ging also offenbar Hand in Hand mit einem wachsenden Europaskeptizismus.

Wie lassen sich diese beiden Entwicklungen mit den Werkzeugen des Zeithistorikers sinnvoll miteinander verknüpfen? Bezüglich Großbritanniens Europapolitik gilt es zunächst, den Blick auf aktuelle Forschungsentwicklungen zu werfen. Bereits seit einiger Zeit wird die vermeintliche Insularität der britischen Zeitgeschichte bemängelt, die selbst heute oftmals geradezu selbstverständlich von einem gewissen historischen Exzeptionalismus des Vereinigten Königreichs auszugehen scheint.[92] Doch bieten aktuelle Forschungstrends der europäischen Integrationsgeschichte geradezu ideale Anknüpfungspunkte, britische Entwicklungen in einen größeren Kontext einzubetten, zumal sich diese Subdisziplin der Geschichtswissenschaft zunehmend von einer traditionellen Diplomatie- oder Politikgeschichte entfernt. Hier können transnationale Studien und neue analytische Zugänge wie Europäisierung oder Europäistik dazu dienen, die zunehmenden Verflechtungen europäischer Länder und Gesellschaften nach 1945 besser zu erfassen.[93] Dabei zeigt sich ein wesentlich komplexeres Bild; insbesondere die These einer Europäisierung Großbritanniens seit den 1970er Jahren gerät in den Blick.[94] Darüber hinaus scheint gerade wegen der überragenden Bedeutung innenpolitischer Dynamiken für die britische Europapolitik das methodische Instrumenta-

[91] Vgl. Spiering, Cultural History of British Euroscepticism, und Wellings, English Nationalism and Euroscepticism.

[92] Vgl. Kerstin Brückweh/Martina Steber, Aufregende Zeiten. Ein Forschungsbericht zu Neuansätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 671–701, und Richard J. Evans, Cosmopolitan Islanders. British Historians and the European Continent, Cambridge 2009.

[93] Vgl. Wolfram Kaiser/Kiran Klaus Patel, Multiple connections in european co-operation. International organizations, policy ideas, practices and transfers 1967–92, in: European Review of History 24 (2017), S. 337–357; Gehler, Internationale Geschichte, in: Haider-Wilson/Godsey/Müller (Hrsg.), Internationale Geschichte; Patel, Europäische Integration, in: Dülffer/Loth (Hrsg.), Dimensionen, und Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht/Michael Gehler (Hrsg.), Transnational Networks in Regional Integration. Governing Europe 1945–83, Basingstoke 2010; Gabriele Clemens (Hrsg.), The Quest for Europeanization. Interdisciplinary Perspectives on a Multiple Process, Stuttgart 2017, und Martin Conway/Kiran Klaus Patel, Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches, Basingstoke 2010.

[94] Vgl. Bache/Jordan (Hrsg.), Europeanization of British Politics, und Mark Gilbert, The Significance of British Entry into the European Community in 1973, in: Antonio Varsori/Guia Migani (Hrsg.), Europe in the International Arena During the 1970s. Entering a Different World, Brüssel 2011, S. 71–84.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rium der Kulturgeschichte des Politischen lohnend. So verspricht beispielsweise eine Analyse der Wechselwirkungen und eventuellen Diskrepanzen zwischen dem Europadiskurs politischer Eliten und deren Rückkopplung in der Gesellschaft reichhaltigen Erkenntnisgewinn insbesondere im Sinne aktueller Forschungen zur Politik- und Wählerkommunikation in Großbritannien nach 1945.

Und vielleicht liegt auch gerade in einem dezidiert zeithistorischen Zugriff die Möglichkeit, das vermeintliche Paradox zwischen einer mutmaßlichen Europäisierung Großbritanniens und dem zeitgleich wachsenden Europaskeptizismus des Lands etwas zu entschlüsseln. Bereits seit einigen Jahren debattieren Integrationshistoriker so angeregt wie kritisch grundsätzliche Fragen der tatsächlichen und vermeintlichen Einzigartigkeit des europäischen Integrationsprozesses nach 1945.[95] So argumentierte beispielsweise Kiran Klaus Patel, dass die Originalität der EG und EU nicht so sehr in ihrem institutionellen Charakter zu finden sei, als vielmehr in ihrer bewussten Selbstinszenierung als neuartige und revolutionäre Form der europäischen Zusammenarbeit nach 1945.[96] Dies deckt sich mit dem zunehmenden allgemeineren Interesse an den narrativen Konstruktionen Europas, in denen EG und EU häufig mit Europa gleichgesetzt wurden und werden.[97] Doch fällt auf, dass dieser Prozess der Selbstlegitimation keineswegs in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen auf Akzeptanz stößt, am wenigsten wohl in Großbritannien. Dies spiegelt sich nicht zuletzt auch in der unterschiedlichen Funktion der Weltkriege in diesen konkurrierenden Europa-Narrativen. Während in den Gründungsstaaten wie Frankreich und Deutschland die traumatische Kriegserfahrung graduell in ein positives Integrationsnarrativ eingebettet wurde, zehrt der englische Europaskeptizismus weiterhin von einer bewussten Identitätskonstruktion gegen EG und EU, die unter anderem mit der Sonderrolle Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg begründet wird.[98] Aufgabe des Zeithistorikers ist es, die Genese dieser unterschiedlichen Europa-Narrative in ihren spezifischen Kontexten zu untersuchen und die politischen oder persönlichen Motive der jeweiligen Protagonisten herauszuarbeiten. Ein solcher Zugriff mag auch Antworten auf die Frage bringen, wie die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen dem politisch-kulturell konstruierten Motiv des britischen Sonderwegs in Europa und der letztendlichen Normalität britischer Europapolitik analytisch besser zu greifen sind.

[95] Zur institutionellen Originalität vgl. Ulrich Lappenküper/Guido Thiemeyer (Hrsg.), Europäische Einigung im 19. und 20. Jahrhundert. Akteure und Antriebskräfte, Paderborn 2013.

[96] Vgl. Kiran Klaus Patel, Provincialising European union. Co-operation and Integration in Europe in a Historical Perspective, in: Contemporary European History 22 (2013), S. 649–673.

[97] Vgl. Mark Gilbert, Narrating the Process. Questioning the Progressive Story of European Integration, in: Journal of Common Market Studies 46 (2008), S. 641–662.

[98] Vgl. David Reynolds, Britain, the Two World Wars, and the Problem of Narrative, in: Historical Journal 60 (2017), S. 197–231.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Albert Speer war einer der mächtigsten Männer des Dritten Reichs, als Adolf Hitler seinem Leben Ende April 1945 ein Ende setzte. Als „Rüstungsdiktator" trug Speer eine erhebliche Mitschuld am millionenfachen Einsatz von Zwangsarbeitern, am mörderischen Lagersystem des NS-Staats sowie an der Ermordung der europäischen Juden, und es war nur folgerichtig, dass er zu den in Nürnberg angeklagten „Hauptkriegsverbrechern" zählte. Dennoch entkam er dem Henker, da er sich als unpolitischer Technokrat in Szene zu setzen wusste, der mit der verbrecherischen Entourage Hitlers nichts gemein hatte. Es hat lange gedauert, bis die Forschung dieses Gebäude aus Lügen und Halbwahrheiten zum Einsturz gebracht und als Teil einer ausgeklügelten Überlebensstrategie entlarvt hat. Wie früh Speer auf diese Strategie setzte, zeigt Jürgen Brautmeier anhand bislang unbekannter Dokumente aus dem britischen Außenministerium.

Jürgen Brautmeier

Wie Albert Speer dem Galgen entging

Zur Genesis der Überlebensstrategie des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion im Mai 1945

I. Ein neues Dokument zur Entstehung der Speer-Legende

Die historische Forschung hat sich nicht zuletzt aufgrund der Veröffentlichungen Albert Speers lange schwer damit getan, sein Wirken als Rüstungsminister Adolf Hitlers einzuordnen, zu bewerten und kritisch zu hinterfragen. Bis in die 1980er Jahre gab es nur vereinzelte, auf fundierter Quellenkenntnis basierende Darstellungen dieses Manns, die das bis dahin vorherrschende Bild grundlegend korrigieren konnten. Mittlerweile ist seine Strategie, die eigene Mittäterschaft an der Verfolgung und Ermordung der Juden, an dem Ausbau des KZ-Systems und der Organisation der Zwangsarbeit im Dritten Reich konsequent zu leugnen, detailliert analysiert und entlarvt worden.[1] Gesicherte Erkenntnis ist daneben auch, dass Speer das drohende Todesurteil im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess durch eine geschickte Selbstdarstellung und -inszenierung in diversen alliierten Verhören und vor Gericht verhindern konnte. Trotz der intensiven wissenschaftlichen Beschäftigung mit Albert Speer sind aber immer noch viele Fragen unbeantwortet, und es verdient weiterer vertiefter Untersuchungen, wie und wa-

[1] Einen kompakten Überblick über den Forschungsstand und die zentralen Kontroversen zur Bewertung der Rolle Albert Speers liefert Karl-Günter Zelle, Hitlers zweifelnde Elite. Goebbels – Göring – Himmler – Speer, Paderborn 2010, S. 249–355. Vgl. zuletzt Martin Kitchen, Albert Speer. Hitler's Architect, New Haven/London 2015; Isabell Trommer, Rechtfertigung und Entlastung. Albert Speer in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2016, und Magnus Brechtken, Albert Speer. Eine deutsche Karriere, München 2017.

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0015

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rum seine Kommunikations- und Überlebensstrategie funktionieren konnte, wer an der Aufrechterhaltung der Legende gewollt oder ungewollt mitwirkte oder weshalb sie so lange nicht hinterfragt wurde.

Speer zeigte sich schon vor seiner Verhaftung am 23. Mai 1945 bei Vernehmungen auf Schloss Glücksburg, wo er als Mitglied der Regierung Dönitz residierte, sehr kooperativ und machte auf seine Gesprächspartner einen intelligenten und kultivierten Eindruck. Vernommen wurde er durch Angehörige des *US Strategic Bombing Survey* (USSBS), der sich vor allem mit den Auswirkungen der alliierten Luftangriffe befasste. Unter der Leitung von Paul H. Nitze, Georg W. Ball und John K. Galbraith wurde Speer tagelang intensiven Befragungen unterzogen, denen er sich bereitwillig stellte.[2] Galbraith und Ball haben schon im Dezember 1945 beschrieben, dass er sich für seine Vernehmungen eine gut überlegte Strategie zurechtgelegt hatte, mit der er versuchte, sich zu rechtfertigen und damit sein Leben zu retten.[3] Speers Sekretärin Annemarie Kempf schilderte später, er habe in diesen Tagen nach den täglichen Verhören sehr konzentriert und zum Teil stundenlang nachgedacht. Für Galbraith war es offensichtlich Speers Absicht, sich von den anderen Nazi-Größen zu distanzieren und sich von ihnen zu unterscheiden: „Wenn ihm diese sorgfältig inszenierte Taktik der Selbstdarstellung misslungen wäre, hätte man ihn gehängt."[4] Galbraith und Ball waren von Anfang an überzeugt, dass Speer seine Geschichte weiterentwickeln, sprich, sie weiter ausschmücken werde.[5]

Die bisher nicht beachtete und eingeordnete Quelle, die im Folgenden vorgestellt wird, liefert einen Beleg dafür, wie er dies bewerkstelligte. Das Dokument, das erst nach Speers Tod im September 1981 zur Benutzung freigegeben wurde, befindet sich im ehemaligen *Public Record Office*, den heutigen *National Archives* in London, und gehört zu einem Aktenbestand über Ziele und Aktivitäten des *Combined Intelligence Objectives Sub-Committee* (CIOS), einer zum Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte gehörenden Aufklärungseinheit.[6] Es handelt sich um die Kopie eines als geheim gekennzeichneten Berichts von Oleg Hoeffding, Captain der US-

[2] Vgl. Life vom 17.12.1945: „The Interrogation of Albert Speer. Germany's Wartime Production Minister tells the story of the Nazi collapse" (John K. Galbraith/George W. Ball). Vgl. auch John K. Galbraith, Ein Rückblick auf Albert Speer, in: Ders., Wirtschaft, Friede und Gelächter, München 1972, S. 294–308; ders., A Life in our Times. Memoirs, London 1981, S. 193 und S. 207–219; Paul H. Nitze, From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision – A Memoir, London 1990, S. 31–33. Heinrich Breloer zitiert aus einem Bericht von Galbraith, den dieser unmittelbar nach der Vernehmung Speers angefertigt habe; vgl. Heinrich Breloer/Rainer Zimmer, Die Akte Speer. Spuren eines Kriegsverbrechers, Berlin 2006, S. 330–332.

[3] Sie sahen bei Speer eine „durchdachte Selbstverteidigungs- und Überlebensstrategie"; Life vom 17.12.1945: „The Interrogation of Albert Speer".

[4] Vgl. Gitta Sereny, Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma, München 1995, S. 638 f., Zitat S. 638.

[5] Vgl. Life vom 17.12.1945: „The Interrogation of Albert Speer".

[6] The National Archives (künftig: TNA), Foreign Office Papers, FO 371/46712. Zum CIOS vgl. catalog.archives.gov/id/573950 [13.11.2017].

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Streitkräfte, an Oberst Francis Pickens Miller[7] mit Datum vom 1. Juni 1945 über den Abschluss seiner Gespräche mit Speer, die bis dahin stattgefunden hatten (Dok. 3). Oleg Hoeffding (1915–2002) stammte aus der Nähe von St. Petersburg in Russland und war 1924 mit seiner Familie, die dänische Wurzeln hatte, nach Berlin gekommen. Nach der Promotion zum Dr. rer. pol. verließ Hoeffding Deutschland im März 1939 als Staatenloser und arbeitete während des Kriegs in der *Economic Warfare Division* der amerikanischen Botschaft in London, die sich unter anderem mit der Planung alliierter Luftangriffe auf deutsche Industrieanlagen beschäftigte. Als er in das besetzte Deutschland kam, war er Angehöriger der US-Armee.[8]

Der Akte ist leider nicht zu entnehmen, wann und wo genau Hoeffding die Vernehmungen durchgeführt hat. Hoeffding war der amerikanische Offizier, der Speer später im Lager Dustbin auf Schloss Kransberg im Taunus für die amerikanische *Field Intelligence Agency Technical* (FIAT) ausführlichen Befragungen unterzog; daraus resultierten schriftliche Darstellungen Speers über „Politiker und Politik im nationalsozialistischen Deutschland", „Nationalsozialistische Außenpolitik und militärische Führung" sowie über den Charakter Adolf Hitlers.[9] Nach Kransberg kam Speer aber erst im Laufe des Juni 1945, und es finden sich auch keine Hinweise darauf, dass Hoeffding schon in Glücksburg für den USSBS an den Verhören beteiligt gewesen war, geschweige denn, dass er sie geleitet hat. Deshalb kann sich der Bericht nur auf ein Gespräch beziehen, das nach Glücksburg und vor Kransberg stattgefunden haben muss, also zeitlich zwischen den Vernehmungen durch USSBS und FIAT.

Nach seiner Verhaftung am 23. Mai wurde Speer zunächst nach Bad Mondorf in Luxemburg in das Camp Ashcan und anschließend für weitere Befragungen nach Le Chesnay in die Nähe von Versailles gebracht, wo sich das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte unter General Dwight D. Eisenhower befand. Über diese Phase der Gefangenschaft Speers gibt es bislang relativ wenig substanzielle Erkenntnisse. Bekannt ist, dass er in Le Chesnay zusammen mit anderen deutschen Gefangenen von Amerikanern und Briten zu speziellen Themen der Kriegsrüstung und Forschung befragt wurde. Das Verhör, über das Hoeffding mit Datum vom 1. Juni 1945 berichtet, muss in den letzten Mai-Tagen oder am 1. Juni selbst

[7] Francis Pickens Miller (1895–1978) war Nachrichtenoffizier im „Office of Strategic Services" und gehörte im „Supreme Headquarters of the Allied Expeditionary Force" zum Stab von General Dwight D. Eisenhower.

[8] Nach dem Krieg ging Hoeffding im Sommer 1946 in die USA, wo er zunächst an der Columbia-Universität in New York Wirtschaftswissenschaften lehrte. Ab 1953 arbeitete er für die „Rand Corporation", eine Denkfabrik in Kalifornien zur Beratung der amerikanischen Streitkräfte, für die er bis Anfang der 1970er Jahre Aufsätze vor allem über die Sowjetunion oder über die chinesisch-sowjetischen Beziehungen verfasste, aber z. B. auch eine Analyse der politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Bombardierung Nord-Vietnams. Vgl. auch den Nachruf auf seinen älteren Bruder, den Statistiker Wassily Hoeffding, mit Bezügen zur Geschichte der Familie Hoeffding von Nicolas I. Fisher/Willem R. van Zwet, Remembering Wassily Hoeffding, in: Statistical Science 23 (2008), S. 536–547.

[9] Vgl. Albert Speer, „Alles, was ich weiß". Aus unbekannten Geheimdienstprotokollen vom Sommer 1945, hrsg. von Ulrich Schlie, München 1999, S. 77–216.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

stattgefunden haben,[10] und zwar in Frankreich und im Auftrag des CIOS. Dies ergibt sich aus dem Brief vom 4. Juni 1945, mit dem ein Angehöriger des *Economic Advisory Branch* des britischen Außenministeriums namens Lawrence, dessen Vorname nicht bekannt ist und der an der Vernehmung Speers teilgenommen hatte, die genannte Kopie von Hoeffdings Bericht an den Leiter der Deutschlandabteilung im britischen Außenministerium, John Munro Troutbeck, übermittelte (Dok. 2).[11] Das bedeutet auch, dass Speer früher nach Le Chesnay gebracht wurde, als bisher angenommen.[12]

Die Akte, in der sich der Brief von Lawrence und Hoeffdings Bericht finden, enthält außerdem Vermerke verschiedener ranghoher Beamter des Ministeriums, die anschaulich illustrieren, wie man das Verhalten Speers auf britischer Seite bewertete und welche Schlüsse daraus bereits zu diesem frühen Zeitpunkt gezogen wurden (Dok. 1). Die Kommentare der Beamten spiegeln das Dilemma, dem man sich im *Foreign Office* gegenüber sah, nämlich zwischen Speers Taten in der Vergangenheit und seinem möglichen Nutzen für die Zukunft abwägen zu müssen. Sie nehmen die unterschiedlichen Ansichten der Richter vorweg, die sich im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher des Dritten Reichs zu keinem einstimmigen Urteil über Speer durchringen konnten.

II. Angebliche Pläne für ein Attentat

Hoeffdings Bericht (Dok. 3), der in bisherigen Untersuchungen und Darstellungen noch keine Erwähnung gefunden hat, wirft nicht nur ein neues Licht auf Speers Umgang mit der Wahrheit, sondern auch auf die Entstehung und die Ausgestaltung seiner Überlebensstrategie. Nachdem sich Speer in Glücksburg bereits sehr deutlich von den anderen Nazi-Größen distanziert hatte und offensichtlich „die Geschichte übte, mit der er hoffte, seinen Hals zu retten“,[13] nutzte er die erneuten Befragungen dazu, seine Behauptungen weiter auszuschmücken. Am Ende der Fachverhöre machte er politische Aussagen, die seine bisherigen Darstellungen weitersponnen und deutlich über das hinausgingen, was er den Amerikanern in Glücksburg erzählt hatte. Der Bericht liefert neue Erkenntnisse über Speers Versuche zur Selbststilisierung nach seiner Festnahme durch die westlichen Alliierten und lässt erkennen, dass er sich über die Grundzüge seiner Verteidigungs- und Kommunikationsstrategie bereits im Klaren war. Er präsentierte

[10] Vgl. den Bericht zur vierten Vernehmung Speers durch Hoeffding am 29.5.1945 zum Thema „Maschinelles Berichtswesen“, in: Symposium of Interrogations and Reports on German Methods of Statistical Reporting (British Intelligence Objectives Sub-Committee, Final Report Nr. 273); www.cdvandt.org/bios-273.htm [13.8.2018].

[11] John Munro Troutbeck (1894–1971) leitete die Deutschlandabteilung des britischen Außenministeriums von 1944 bis 1946. Zu den nachrichtendienstlichen Aufgaben der „Economic Advisory Branch“ vgl. discovery.nationalarchives.gov.uk/details/r/C641 [13.11.2017].

[12] Vgl. Brechtken, Speer, S. 296 f. Im Übrigen erwähnte Galbraith, der im Juni eine Woche lang in Bad Mondorf war, in einem Bericht für „Life“ den Namen Speer nicht; vgl. Life vom 22.10.1945: „The ‚Cure‘ at Mondorf Spa“.

[13] Life vom 17.12.1945: „The Interrogation of Albert Speer“.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

jedoch zu einzelnen Begebenheiten Erklärungen, deren spätere Varianten zeigen, dass er zu dieser Zeit noch keine fertigen Antworten auf die zu erwartenden Fragen hatte und manche Aspekte seiner Erzählungen erst noch entwickelte. Dabei spielten vor allem eine möglichst glaubwürdige Erläuterung seiner Machenschaften im Dritten Reich sowie eine positive Darstellung der eigenen Motive eine zentrale Rolle, aber auch Behauptungen über angebliche Absichten und Maßnahmen zur Beendigung des Kriegs beziehungsweise zur Verhinderung des totalen Zusammenbruchs Deutschlands.

Der Bericht schildert die Umstände, unter denen sich Speer am letzten Tag seiner Vernehmungen durch Hoeffding zu einer politischen Meinungsäußerung bereitfand. Speer wollte „vertraulich“[14] sprechen und bat darum, keine Mitschrift anzufertigen. Dennoch oder gerade deshalb fertigte Hoeffding anschließend einen gesonderten Bericht über die politischen Aussagen des ehemaligen Ministers für Rüstung und Kriegsproduktion an. Es darf angenommen werden, dass Speer nicht so naiv war zu glauben, er könne ausgerechnet zu politischen Themen Mitteilungen machen, die seine Gesprächspartner nicht analysieren und weiterverwenden würden, zumal er derartige Aussagen auch schon in Glücksburg gemacht hatte. Im Gegenteil kann dies als seine Absicht und als ein weiterer Beleg für seine Strategie der dosierten Annäherung oder gar Anbiederung an die Befragungsteams der Alliierten gewertet werden. Obwohl er wiederholt betonte, sich durch seine Aussagen nicht in ein günstiges Licht rücken zu wollen, da ihm sein zukünftiges Schicksal gleichgültig sei, wird gerade dies sein Ziel gewesen sein.

Speer hatte sich bereits gegenüber den Vertretern des USSBS sehr abfällig über die führenden Männer des Dritten Reichs geäußert und sich über deren hilflose Versuche mokiert, die deutsche Niederlage abzuwenden. Aus seiner scherzhaften Absicht, am Ende des Kriegs die „nickenden Esel“ aus Hitlers Umgebung in ein Flugzeug zu setzen und sie den Alliierten als Zeichen des guten Willens auszuliefern,[15] wurde jetzt eine anscheinend ernst gemeinte Entschuldigung dafür, Himmler den Alliierten nicht in die Hände geliefert zu haben. Und er behauptete, im Februar 1945 ein Attentat auf Hitler und seine engsten Helfer geplant zu haben. Bisher war nicht bekannt, dass Speer schon zu einem so frühen Zeitpunkt, nämlich Ende Mai/Anfang Juni 1945, von einem solchen Vorhaben gesprochen hat. Bei den Befragungen in Glücksburg hatte Speer noch nichts dergleichen gesagt; das hätten Nitze, Galbraith oder Ball in ihren Erinnerungen sicher nicht verschwiegen.

Die erstmalige Schilderung einer Attentatsabsicht gegenüber Hoeffding und Lawrence stimmt, wenn auch in einfacherer Form, mit derjenigen überein, die Speer gut ein Jahr später, am 20. Juni 1946, erstmals öffentlich vor dem Nürnberger Militärgerichtshof machte und die sich auch in seinen Erinnerungen wiederfindet.[16] In Nürnberg nannte er allerdings nicht wie gegenüber Hoeffding und

[14] Zit. nach Dok. 3, S. 304.
[15] Life vom 17.12.1945: „The Interrogation of Albert Speer“.
[16] Vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 16: 11. Juni 1946–24. Juni 1946,

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Lawrence seinen Freund Professor Karl Brandt als Mitwisser, den vormaligen Begleitarzt Hitlers, der in den letzten Kriegstagen bei Hitler in Ungnade gefallen war,[17] sondern einen anderen Vertrauten, den Fabrikanten Dietrich Stahl, den er damit betraut habe, das Giftgas zu besorgen.[18] Das Gas sollte durch eine Ansaugöffnung der Frischluftanlage in den Bunker der Reichskanzlei geleitet werden. Die Ausführung des Vorhabens sei aber daran gescheitert, „daß kurz vorher auf persönlichen Befehl Hitlers auf diese Ansaugöffnung ein vier Meter hoher Kamin gemauert" worden sei, so Speer in Nürnberg.[19] Die Erklärung, die Speer bei seiner Vernehmung durch Hoeffding und Lawrence lieferte, war eine ganz andere. Sie sollte die alliierten Gesprächspartner beeindrucken, aber sie war offensichtlich mit Blick auf ihre Wirkung noch nicht bis ins Letzte durchdacht. Vor Gericht in Nürnberg wäre die Erklärung, das deutsche Volk müsse erst durch ein „Tal der Tränen" gehen und der Prozess der Regeneration nach dem verlorenen Krieg dürfe nicht durch eine erneute „Dolchstoßlegende" gestört werden,[20] kaum als mildernder Umstand gewertet worden. Kommunikativ hätte dies seine Strategie zunichtegemacht, sich als unpolitischer Technokrat in die Geschichte einzuschreiben, der mit der menschenverachtenden Politik der NS-Führung nichts zu tun gehabt habe.

Die eine Zeit lang diskutierte These, Speer habe während des Nürnberger Prozesses durch ein Arrangement oder geheime Absprachen mit dem amerikanischen Hauptankläger Robert H. Jackson die Weichen für sein Überleben gestellt, war nicht nur falsch, sie hat auch den Blick auf einen in diesem Zusammenhang interessanten Hinweis Speers an Jackson verstellt, nämlich auf seine kooperative Haltung bei den Vernehmungen durch die westlichen Alliierten. Speer nannte in seinem Brief an Jackson, auf den sich die Vermutung einer

Nürnberg 1948, S. 493–561, hier S. 542–544 (20.6.1946); Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 438 und S. 519, und Sereny, Ringen, S. 552–554. Genauer dazu, wie Speer in Nürnberg seine angebliche Attentatsabsicht publik machte, vgl. Matthias Schmidt, Albert Speer – Das Ende eines Mythos. Speers wahre Rolle im Dritten Reich, Bern 1982, S. 189–191.

17 Zu Karl Brandt vgl. vor allem die umfangreiche Biografie von Ulf Schmidt, Hitlers Arzt Karl Brandt. Medizin und Macht im Dritten Reich, Berlin 2009.

18 Dies hatte Stahl bereits am 1.5.1946 in Kransberg in einer Vernehmung durch einen Vertreter der Anklage, den Amerikaner Charles S. Burdell, und in Anwesenheit von Speers Verteidiger Dr. Hans Flächsner so behauptet; vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 41: Urkunden und anderes Beweismaterial, Nürnberg 1949, S. 514–520, hier S. 517 f.; vgl. zur Inszenierung des „Entlastungscoups" zuletzt auch Brechtken, Speer, S. 303 f.

19 Zit. nach Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 16, S. 543.

20 Das Thema „Dolchstoß" hatte anscheinend in einem Gespräch Mitte April 1945 zwischen Speer und Generaloberst Gotthard Heinrici, dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Weichsel, die den Angriff der Roten Armee auf Berlin abwehren sollte, auch eine Rolle gespielt, als beide sich über das absehbare Kriegsende unterhielten, aber keine Alternative als den Kampf bis zum bitteren Ende sahen. Speer erwähnte dieses Argument aus dem Vieraugengespräch in seinen Erinnerungen wohlgemerkt nicht; vgl. Ian Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45, München 2011, S. 429, und Speer, Erinnerungen, S. 471.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Geheimabsprache" stützt, explizit die Namen Lawrence und Hoeffding als Zeugen für seine Auskunftsbereitschaft. Er fügte allerdings hinzu, er halte es für notwendig, mit Lawrence selbst noch einmal zu sprechen – ein verständlicher Gedanke angesichts der Tatsache, dass seine damaligen Gesprächspartner eine Version der angeblichen Attentatsabsichten kannten, die besser in Nürnberg nicht zur Sprache kommen sollte.[21] Möglicherweise wollte er sich auch vergewissern, was über seine Erklärungen weiterberichtet worden war. Das Ganze verweist also weniger auf angebliche Absprachen hinter den Kulissen als auf die beträchtlichen Risiken bei Speers Vorgehen.

Es verwundert nicht, dass Speer in Nürnberg, anders als ein Jahr zuvor in Frankreich, einen äußeren Umstand vorbrachte, der seine Pläne verhindert habe. Es passte viel besser zum Bild des Technokraten, sein Vorhaben sei an technischen Schwierigkeiten gescheitert. Dass sich die Forschung – und im Nachgang dann auch die Presse und die Öffentlichkeit – lange und immer wieder intensiv mit der Frage der Ummauerung eines Lüftungsschachts im „Führerbunker" beschäftigt hat, beweist den Erfolg dieser Strategie. Offensichtlich hat es sich – sei es bewusst geplant oder auch nur intuitiv geschehen – um ein Ablenkungsmanöver gehandelt. Dadurch wurde nicht die Tatabsicht an sich, sondern nur noch deren verhinderte Ausführung diskutiert. Bis heute ist die Frage in den Köpfen geblieben, warum das Attentat nicht verübt wurde, und nicht die Frage, ob es den Plan dazu überhaupt gab. Die frühere Version seiner Geschichte – ein anderer Mitwisser, ein ganz anderer Grund für die Aufgabe der Absicht – zeigt, wie er seine ursprünglichen Erklärungen im Laufe der Zeit modifizierte. Er reagierte so möglicherweise auf Offiziere und Beamte, die ihn vernahmen, versuchte eventuelle Unstimmigkeiten zu korrigieren, oder bezog auch eine anfangs nicht bedachte, negative öffentliche Wirkung in die Weiterentwicklung seiner Strategie ein. Dass Speer in Nürnberg seine Behauptung anders präsentierte als ein Jahr zuvor, war ein riskantes Spiel. Die Vertreter der westlichen Alliierten, die es hätten wissen müssen, thematisierten diese Widersprüche aber nicht und verwandten sie nicht gegen ihn.[22] Speer rückte, nachdem er mit seiner Geschichte – wie auch mit anderen – einmal Erfolg gehabt hatte, nicht mehr davon ab, ja er konnte dies später gar nicht mehr, wollte er nicht sein gesamtes Konstrukt einstürzen lassen. In seinen „Erinnerungen", die an dieser Selbstinszenierung konsequent weiterstrickten, präsentierte Speer der Öffentlichkeit natürlich die Version aus Nürnberg.

[21] Vgl. Adelbert Reif, Kritische Bemerkungen zur Theorie einer „Geheimabsprache" zwischen Albert Speer und dem amerikanischen Hauptankläger Robert H. Jackson in Nürnberg, in: Ders. (Hrsg.), Albert Speer. Kontroversen um ein deutsches Phänomen, München 1978, S. 223–225, dort auch der Text des Briefs.

[22] Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass ein Rechtsberater des Außenministeriums, Patrick Dean, auf britischer Seite am Nürnberger Prozess teilnahm; vgl. Bradley F. Smith, Der Jahrhundertprozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg – Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a. M. 1977, S. 336.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

III. Die Rezeption der Legende

Speers Erklärungen, warum er seine Attentatspläne letztlich aufgegeben habe, ja sein ganzes Verhalten bei den Vernehmungen durch Hoeffding und Lawrence hätten der Wissenschaft und der Öffentlichkeit schon früh Anlass zu gebührender Skepsis geben müssen. Bei genauerem Hinsehen erweist sich der vorgebliche Plan als Versuch einer Anbiederung an die Alliierten und als Erzählung, deren Bestandteile anfangs noch nicht stimmig waren, sodass sie in der Folge variiert und weiter ausgeschmückt wurden. Die Frage, was Speers Absicht also wirklich war, ob es sich um ein „Phantasiegespinst",[23] einen „halbherzigen, aber trotzdem realen Plan"[24] oder um einen „räuberromantischen Impuls"[25] gehandelt habe,[26] hat viel zu viele viel zu lange beschäftigt. Die neuere historische Forschung, so hat Karl-Günter Zelle resümiert, hielt das Ganze bisher schon für „wenig plausibel".[27] Brechtken bezeichnete es jüngst zu Recht als „Märchen" und „frei erfunden".[28] Dieses Verdikt wird durch Hoeffdings Bericht (Dok. 3) untermauert.

Die Forschung hat auch noch einen anderen Grund, sich kritisch damit auseinanderzusetzen, warum sie so lange einer Lügengeschichte aufgesessen ist. Hugh Trevor-Roper, ehemaliger Nachrichtenoffizier des britischen Militärgeheimdiensts und späterer Geschichtsprofessor in Oxford, hat 1947, basierend auf einem von ihm erstellten Bericht vom November 1945 über Hitlers letzte Tage, einen interessanten Hinweis auf eine andere Erklärung Speers für die Aufgabe seiner angeblichen Attentatspläne geliefert, ohne dass dies von späteren Historikern aufgegriffen worden wäre. Zwar referierte Trevor-Roper 1947 auch die Version Speers aus Nürnberg. Aber er lieferte noch eine zweite mögliche Erklärung, für die er als Quelle nur eine nicht genauer datierte Aussage Speers angab, nämlich ein Erlebnis an der Westfront, wo er eines Nachts unerkannt eine Unterhaltung zwischen einigen deutschen Bergarbeitern mitbekam und daraus „einen neuen politischen Schluß" zog:

> „Er war davon überzeugt, daß diese Bergarbeiter den gewöhnlichen deutschen Arbeiter oder Soldaten repräsentierten, und es schien ihm klar, daß sie noch an Hitler glaubten, wie an niemanden sonst. Sie glaubten, daß er [...] – wie niemand sonst – imstande sein würde, sie aus dieser hoffnungslosen Lage durch ein Wunder zu erretten. [...] Beseitigte er Hitler, so würde er zwar den großen Saboteur der deutschen Industrie und Verkehrsmittel beseitigen, aber er würde das deutsche Volk auch des einzigen politischen Führers berauben, an den es offensicht-

[23] Galbraith, Life in our Times, S. 239 f.
[24] Sereny, Ringen, S. 677.
[25] Joachim Fest, Speer. Eine Biographie, Berlin 1999, S. 334.
[26] Vgl. auch Schmidt, Mythos, S. 147–149.
[27] Zelle, Elite, S. 346 und S. 466, Anm. 335.
[28] Brechtken, Speer, S. 303.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lich noch glaubte. [...] Sein Plan zur Vernichtung von Hitler und dessen Hof wurde verworfen und niemals mehr aufgenommen [...].“[29]

Die Geschichtswissenschaft hat diesen Hinweis Trevor-Ropers, dem bei seinen Untersuchungen unterschiedlichste geheimdienstliche Informationen über Gefangene zugänglich waren, die sich in englischer und amerikanischer Hand befanden, nicht weiterverfolgt. Dass er Hoeffdings Bericht kannte, ist gut möglich, aber bisher nicht belegt.[30] Inhaltlich deckt sich Trevor-Ropers Version im Kern mit der, die Speer zunächst in Frankreich geliefert hatte – ohne dass von einem „Tal der Tränen“ die Rede war. Trevor-Roper hat die Frage, welche der beiden Erklärungen Speers die richtige sei, in seinem Buch als „eine Frage von geringer Bedeutung“ charakterisiert,[31] weshalb die Forschung ihr vielleicht nicht weiter nachgegangen ist. Er hielt beide Versionen nicht für unvereinbar, keine müsse unwahr sein. Im Umkehrschluss heißt dies aber auch, dass Trevor-Roper Speers angebliche Attentatsabsicht nicht bezweifelte und seine Erzählungen nicht hinterfragte. Dies ist vor allem für die spätere Speer-Rezeption in Großbritannien ein wichtiger Aspekt. In der britischen Öffentlichkeit konnte sich ein Bild von Speers Rolle im Dritten Reich verbreiten, an dessen Entstehung Trevor-Roper einen maßgeblichen Anteil hatte. Die Frage, wie Trevor-Roper zu seinen Erkenntnissen kam, wie er sie darstellte und wie er sie bewertete, verdient weitere Untersuchungen, ebenso wie die Frage, warum die britische Öffentlichkeit und die meisten Deutschen bereit waren, der Speer-Legende Glauben zu schenken.

IV. Speer im Urteil des *Foreign Office* und der Nürnberger Prozess

Die Akte des Außenministeriums enthält neben Hoeffdings Geheimbericht und dem Begleitbrief von Lawrence einen Vermerk über dessen persönlich in London vorgetragene Erläuterungen zur Befragung Speers sowie Anmerkungen und Kommentare der Beamten des Ministeriums. Lawrence war von Speer offensichtlich stark beeindruckt, aber er war sich auch über dessen Janusköpfigkeit im Klaren. Man sieht deutlich, wie Speer und seine Sicht der Dinge auf den Briten Lawrence gewirkt hatten und wie dies in London bewertet wurde, etwa von Victor Caven-

[29] Hugh Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, Zürich 1948, S. 82; ursprünglich erschienen unter dem Titel The Last Days of Hitler, London 1947. Zu Trevor-Ropers Bericht und dem darauf aufbauenden Buch vgl. Geoffrey Parker/Sarah K. Douglas, The Search for Hitler. Hugh Trevor-Roper, Humphrey Searle, and the Last Days of Adolf Hitler, in: The Journal of Military History 78 (2014), S. 159–210, hier S. 165. Vgl. zuletzt vor allem Edward Harrison, Spurensuche. Hugh Trevor-Ropers Sondermissionen 1945/46 und seine Quellen für „Hitlers letzte Tage“, in: VfZ 64 (2017), S. 507–544. Todeszeitpunkt, Todesart und Verbleib der Leiche Hitlers waren den westlichen Alliierten zu dieser Zeit nicht genau bekannt.

[30] Trevor-Roper verhörte Speer laut Douglas Anfang Oktober 1945, aber Harrison hat als Datum den 11.9.1945 identifiziert; vgl. Parker/Douglas, Search for Hitler, S. 171, und Harrison, Spurensuche, S. 514. Harrison belegte, dass Trevor-Roper auf jeden Fall als Quellen für sein späteres Buch Berichte von Hoeffding vom Juni und Juli 1945 aus den Verhören im Lager Dustbin genutzt hat; vgl. ebenda, S. 536.

[31] Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 82.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dish-Bentinck und Sir Basil Newton, zwei ranghohen Beamten des Außenministeriums, über deren Schreibtische der gesamte Vorgang lief. Der Akte lässt sich nicht entnehmen, ob und wie Patrick Dean, der Rechtsberater des *Foreign Office*, der später beim Nürnberger Prozess anwesend war, die Rolle Speers beurteilt hat, obwohl Newton angeregt hatte, ihn zu konsultieren.[32] Anhand der Vermerke der anderen Beamten lässt sich aber nachvollziehen, warum und wie es Speer gelingen konnte, seine Überlebensstrategie trotz ihrer Schwächen glaubhaft zu kommunizieren und ihre Narrative gleichsam in die Geschichte einzuschreiben.

Aus der Akte des *Foreign Office* geht hervor, wie die politischen Aussagen Speers trotz aller erkennbaren Skepsis bereits Anfang Juni 1945 in London zu einem Abwägungsprozess zwischen seiner Rolle in der Vergangenheit auf der einen und seinem Nutzen für die Zukunft auf der anderen Seite führten. Die interne Debatte gipfelte in Warnungen vor seiner öffentlichen Wirkung in einem Kriegsverbrecherprozess, womit sich ein weiteres wichtiges Element der Strategie Speers erkennen lässt: Die inhaltlichen Fragen wurden überlagert von der Diskussion über Äußerlichkeiten wie die Wirkung seines Auftretens, das sich deutlich von dem der anderen Nazi-Größen unterschied. Aufschlussreich ist vor allem, dass es Speer bereits zu diesem frühen Zeitpunkt gelungen war, auf britischer Seite zumindest bei einigen seiner bisherigen Gegner einen viel positiveren Eindruck zu hinterlassen als die anderen Mitstreiter Hitlers. Mit seiner Verteidigungsstrategie in den ersten Vernehmungen hatte Speer es geschafft, eine Grundlage dafür zu legen, dass man ihn später als „guten Nazi" wahrnahm. Obwohl es ihm zunächst nur darum gegangen sein dürfte, die vernehmenden Offiziere und Beamten zu beeindrucken und seinen Kopf zu retten, zeigen die im britischen Außenministerium formulierten Befürchtungen über seine mögliche Wirkung in der Öffentlichkeit, dass seine Strategie auch in diesem Sinne funktionierte.

Speer hat in seinen „Erinnerungen" und in den Spandauer Tagebüchern geschrieben, dass ihn die Nachricht schwer getroffen habe und er „wie vom Schlag gerührt war",[33] als er erfuhr, dass er zu den Angeklagten im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gehören sollte.[34] Dem widerspricht Hoeffdings Bericht, aber es passt zu Behauptungen, Speer sei in Glücksburg angeblich „aufgrund von Äußerungen der ihn vernehmenden Engländer und Amerikaner der Überzeugung [gewesen], daß er spätestens in einem halben Jahr Wiederaufbauminister in Deutschland werden würde".[35] Und auch später im Lager Dustbin wollte er sich, glaubt man Joachim Fest, weiter Hoffnungen gemacht haben, von den Siegern an führender Stelle für den Wiederaufbau Deutschlands eingesetzt zu werden. Zu-

[32] Victor Cavendish-Bentinck (1897–1990) war zu dieser Zeit stellvertretender Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten und wurde später, im August 1945, Botschafter in Warschau; Basil Newton (1889–1965) war zwischen 1929 und 1937 Botschaftsrat bzw. Gesandter an der britischen Botschaft in Berlin gewesen; Patrick H. Dean (1909–1994) wurde 1946 Leiter der Deutschlandabteilung des „Foreign Office".

[33] Albert Speer, Spandauer Tagebücher, Frankfurt a. M. 1975, S. 56: Eintrag vom 22.1.1947.

[34] Vgl. Speer, Erinnerungen, S. 507.

[35] Aufzeichnung des Gauleiters Paul Wegener vom 18.1.1950, zit. nach Schmidt, Mythos, S. 169 f.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mindest sollen Vertreter der Alliierten ihm gegenüber diesen Eindruck erweckt haben.[36] Wie der Bericht Hoeffdings zeigt, sind auch diese Darstellungen unglaubwürdig und Teil der Legendenbildung, an der sich Speer sehr früh versucht hat und die andere, in der Bundesrepublik allen voran Fest mit seiner Speer-Biografie, bereitwillig aufgenommen und ausgeschmückt haben.

Speers vorgebliche Ambitionen auf eine Karriere im Nachkriegsdeutschland entbehrten ebenso jeder Grundlage wie seine Hoffnung, nicht vor Gericht gestellt zu werden. Als die Briten am 19. Juni 1945 eine Liste mit den Namen von zehn Personen erstellten, die als „Hauptkriegsverbrecher" angeklagt werden sollten, fehlte sein Name zwar, obwohl er auf einer früheren Liste vom April 1944 noch gestanden hatte. Eine von amerikanischer Seite vorgelegte Aufstellung mit 16 Personen enthielt jedoch den Namen des ehemaligen Rüstungsministers, der dann auch zu den 22 Männern zählte, denen zwischen dem 20. November 1945 und 1. Oktober 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg der Prozess gemacht wurde. Bezeichnenderweise war es am Ende der britische Richter Norman Birkett, der ein Strafmaß von zehn Jahren Haft für angemessen hielt, während die sowjetische Seite wie auch der amerikanische Richter Francis Biddle für Speer die Todesstrafe forderten. Da wir die Motive der einzelnen Richter nicht genau kennen,[37] ist es Spekulation, einen direkten Zusammenhang zwischen der Debatte im *Foreign Office* und der Haltung Norman Birketts zu vermuten. Auch für die Bewertung von Hoeffdings Geheimbericht auf amerikanischer Seite fehlen Hinweise. Mit der Verurteilung zu 20 Jahren Haft wurde Speers Strategie, sein Wirken im Dritten Reich in ein günstiges Licht zu rücken und damit schließlich seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen, jedenfalls bestätigt. Es bedurfte dann keines großen Schritts mehr, die in Nürnberg erfolgreich angewandte Überlebensstrategie zum weiteren Aufbau der eigenen Legende zu nutzen.

V. Fazit

Weder in den Archiven noch in den Darstellungen anderer Zeitzeugen gibt es irgendeinen belastbaren Hinweis darauf, dass Speer tatsächlich Anfang 1945 ein Attentat auf Hitler geplant hat. Ohne dass dies hinterfragt worden wäre, konnte er das Märchen über einen Attentatsplan, das er seinen alliierten Gesprächspartnern bereits eine Woche nach seiner Verhaftung aufgetischt hatte, im Nürnberger Prozess öffentlichkeitswirksam wiederholen. Warum Briten und Amerikaner ihn nicht mit seinen früheren Aussagen konfrontierten und offensichtliche Widersprüche aufdeckten, ist in diesem Zusammenhang eine offene Frage. Wie sich belegen lässt, gab es jedenfalls auf britischer Seite eine gewisse Bereitschaft, ihn anders als andere Mittäter zu betrachten und seinen möglichen Nutzen für die

[36] Vgl. Fest, Speer, S. 513 f., Anm. 3. Vgl. auch Fests Hinweis an gleicher Stelle, Speer habe in einem Gespräch mit seinem Freund Rudolf Wolters bereits im Februar 1945 die Erwartung geäußert, die Alliierten würden ihn nach Kriegsende „höchstwahrscheinlich ... für den Wiederaufbau einsetzen"; Auslassung im Original.

[37] Vgl. Smith, Jahrhundertprozeß, S. 62 f., S. 77–79, S. 240 und S. 331.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zukunft mit in die Überlegungen über seine weitere Behandlung einzubeziehen. Festzuhalten ist, dass es sich von Anfang an um eine sorgfältig überlegte und konsequent verfolgte, wenn auch riskante Strategie gehandelt hat, mit der Speer sein Leben retten konnte.

Der bisher von der Forschung vernachlässigte Bericht Hoeffdings (Dok. 3) über Speers politische Aussagen bei seinen Vernehmungen in Frankreich zeigt, wie der ehemalige Rüstungsminister seine Verteidigungsstrategie, die er sich in Grundzügen bereits vor seiner Verhaftung am 23. Mai 1945 zurechtgelegt hatte, nur wenige Tage später modifizierte und ausbaute. Seine Aussagen in Glücksburg, Le Chesnay, Kransberg und dann Nürnberg kann man als erfolgreichen Versuch biografischer Selbstkonstruktionen werten, die er in seinen veröffentlichten Erinnerungen fortsetzte und ausschmückte. Erst viel später, eigentlich erst nach seinem Tod im Sommer 1981 machten sich „erste Anzeichen für eine Entmythologisierung bemerkbar".[38] Damit begann auch die öffentliche Demontage seiner Legende, ohne dass allerdings bis heute der Eindruck gänzlich verwischt worden wäre, den seine Erzählungen hinterlassen haben. Dabei gab es vor allem auf Seiten der ehemaligen Kriegsgegner kluge Beobachter, die ihn durchschauten und für seine geschickte Selbstdarstellung nicht anfällig waren. Dazu gehörten neben den Amerikanern, die ihn als erste nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs vernehmen konnten, einige Beamte des britischen Außenministeriums. Zu Lebzeiten Speers blieb deren Wissen jedoch unter Verschluss, und die kritischen Darstellungen von Zeitzeugen wie Galbraith wurden von den vorgeblichen Erinnerungen Speers überlagert, die in vielen Punkten reine Erfindungen waren. Hoeffdings Geheimbericht und die darauf beruhende interne Diskussion in London belegen, dass Speer seine Überlebensstrategie schon Ende Mai/Anfang Juni 1945 viel weiter entwickelt hatte, als dies bisher bekannt war, und dass er den ehemaligen Kriegsgegnern bei jeder sich bietenden Gelegenheit ein viel positiveres Bild seiner selbst zu vermitteln versuchte, als es der Wirklichkeit entsprach. Er war mit dieser Strategie erfolgreich, denn sie rettete ihn vor dem Galgen.

[38] Trommer, Rechtfertigung, S. 331.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokument 1

1945 *DEUTSCH* C 2798/**G**
5. Juni 1945

Deutschland: Speers Vernehmung[39]

Mr. Lawrence, E.A.B.,[40] *an Mr. Troutbeck.*
Datum: – 4. Juni
Eingegangen: – 5. Juni

Kommentiert die Vorvernehmung Speers, bei der er zugegen war.
Hält ihn für aufrichtig und daher für auf andere Weise problematisch als die üblichen Nazis.

Mr. Lawrence kam heute Nachmittag zu mir, um seinen Brief und die Anlage inhaltlich näher zu erläutern.

Er bekräftigte, sein amerikanischer Kollege und er seien zu der Ansicht gelangt, dass Speer ein sehr bemerkenswerter Mann und ganz anders geartet sei als Leute wie Göring, Ley usw. Mr. Lawrence wollte mit seinem Besuch vor allem betonen, dass im Falle eines Kriegsverbrecherprozesses gegen Speer – dessen Zustandekommen Mr. Lawrence keineswegs infrage stellen wollte – den für den Prozess Verantwortlichen bekannt sein sollte, mit was für einem Mann sie es zu tun haben. Zum einen vermittle er den Anschein von Redlichkeit und Ehrenhaftigkeit und zum anderen sei er wahrscheinlich in der Lage, sich – wenn man ihm eine öffentliche Bühne biete – sehr geschickt zu verteidigen und damit die britische Öffentlichkeit stark zu beeindrucken.

Mr. Lawrence erwähnte ferner, Speer habe sich unterdessen als sehr nützlich für unsere Vernehmer erwiesen. Er habe von sich aus zahlreiche sehr wertvolle Informationen preisgegeben und sei bereit gewesen, seine ehemaligen Untergebenen (die eher Fach- als Parteileute seien) dazu anzuhalten, dies ebenfalls zu tun und in vollem Umfang mit uns zu kooperieren.

Voraussichtlich wird Speer in Kürze von der politischen Abteilung verhört.

John Troutbeck
5. Juni 1945

[39] Alle handschriftlichen Notizen sind kursiv gesetzt; alle Unterstreichungen im Dokument finden sich im Original.
[40] „Economic Advisory Branch“.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mr. Cavendish Bentinck[41]

Sir B. Newton siehe handschriftlicher Vermerk[42]

Ich füge Zusammenfassungen der Vernehmungen Speers in Kopie bei, aus denen hervorgeht, dass er nicht nur wertvolle Auskünfte über die Vergangenheit liefern kann, sondern sich auch in Zukunft als recht nützlich für uns erweisen könnte.

V. Cavendish Bentinck

8. Juni 1945

Es ist hilfreich zu wissen, dass Speer in der Lage ist, einen positiven Eindruck zu hinterlassen + sich wahrscheinlich geschickt zu verteidigen weiß, wenn das Gerichtsverfahren so gestaltet wird, dass es ihm entgegenkommt. Ich vertraue allerdings darauf, dass er nach seinem tatsächlichen Handeln nach 1939, aber auch vor 1939 beurteilt wird. Dies ist vermutlich hinlänglich bekannt.

Bei seinem Geständnis gab er hier an, er habe kurz davor gestanden, den Führer, den er aufgrund einer langjährigen engen Freundschaft persönlich gut gekannt habe, zu vergiften, als er den Eindruck gewonnen habe, dies sei im Interesse Deutschlands wünschenswert. Was mich weitaus weniger überzeugt, ist seine Aussage, er sei von diesem Vorhaben nur abgerückt, weil er der Meinung gewesen sei, es liege im Interesse Deutschlands, wenn das Volk weiter leide. Der Mann ist offensichtlich ein besonders rücksichtsloser & skrupelloser Deutscher & ebenso wie Schacht umso gefährlicher, als er sich darauf versteht, einen positiven Eindruck zu erwecken. Ich habe bemerkt, dass er bereits mit dem Gedanken eines Kriegs zwischen dem Westen & dem Osten spielt, in dem Deutschland die Rolle eines Bollwerks des Westens zukäme. Zweifellos gibt es andere Deutsche, die ebenso bereitwillig Russland dienen würden.

Wir sollten von Speer auf jeden Fall so viele Informationen wie möglich abschöpfen. Inwieweit der Wert dieser Informationen gebührend berücksichtigt werden kann, wenn er als Kriegsverbrecher verurteilt wird, weiß ich nicht, aber einen gewissen Anspruch auf Entgegenkommen wird er vermutlich haben. Ich würde mich freuen, wenn Mr. Dean dieses Schriftstück unter diesem Aspekt betrachten könnte.

B. N.[43]
11/6

Meiner Ansicht nach gehört Speer aus den von Sir B. Newton genannten Gründen zu der gefährlichsten Sorte von Deutschen.

[…][44]
12/VI

[41] Der Name ist mit einem handschriftlichen Haken versehen.
[42] Auch dieser Name ist mit einem handschriftlichen Haken und in Newtons Schrift mit dem Hinweis auf seinen handschriftlichen Vermerk versehen.
[43] Basil Newton.
[44] Signatur unleserlich.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokument 2

Economic Advisory Branch (F.O. & M.E.W.)[45]
Landsdowne House,
Berkeley Square, W.1.
4. Juni 1945[46]

Geheim

Lieber Troutbeck,

Wie Vickers[47] Ihnen heute Morgen telefonisch mitgeteilt hat, komme ich soeben aus Frankreich zurück, wo ich als Mitglied eines kleinen Teams, das das C.I.O.S.[48] zu diesem Zweck entsandt hatte, an der Vorvernehmung SPEERS teilgenommen habe.

Bei der Vernehmung ging es natürlich so gut wie ausschließlich um Sachverhalte der deutschen Kriegsproduktion. Ein ausführlicher Bericht über die eingeholten Informationen wird von S.H.A.E.F.[49] auf den üblichen Wegen verteilt. Es kam aber auch viel Politisches zur Sprache, und am letzten Tag gab SPEER von sich aus unter den in meiner Anlage beschriebenen Umständen eine rein politische Stellungnahme ab.

Ich möchte hinzufügen, dass ich keine Zweifel an SPEERs Aufrichtigkeit habe, nachdem ich Gelegenheit hatte, seine Persönlichkeit und sein Verhalten zu beobachten. Sein gediegenes, besonnenes Auftreten bei der Vernehmung steht in einem auffallenden Kontrast zur kriecherischen Unterwürfigkeit der meisten anderen Insassen der Anstalt, in der er einsitzt, und hinterlässt einen starken Eindruck.

Ich bin daher sicher, dass man es im Falle SPEERs mit einem politischen Problem einer ganz anderen Größenordnung zu tun hat als bei der üblichen Nazi-Kanaille und dass sich in näherer Zukunft jemand unter diesem Gesichtspunkt mit ihm befassen sollte.

[45] „Foreign Office & Ministry of Economic Warfare". Der „Economic Advisory Branch" hatte als „Enemy Branch" zum Ministerium für Kriegswirtschaft gehört, bevor er in das Außenministerium eingegliedert wurde.
[46] Die Absenderadresse ist mit einem Eingangsstempel überdruckt, in dem die Aktennummer C 2798/G und das Eingangsdatum 5.6.1945 stehen.
[47] Geoffrey Vickers (1894–1982) war im „Ministry of Economic Warfare" von 1942 bis 1944 stellvertretender Generaldirektor und von 1944 bis 1945 Generaldirektor, also Vorgesetzter von Lawrence.
[48] „Combined Intelligence Objectives Sub-Committee".
[49] „Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Eine Kopie dieses Schreibens geht an Cavendish Bentinck.

[…],
[…] Lawrence[50]

J. M. Troutbeck, Esq.,[51] C.M.G.,[52]
Außenministerium

Dokument 3

Kopie

Geheim
1. Juni 1945

An: Oberst Francis P. Miller

Von: O. Hoeffding

1. In meiner siebten Sitzung mit Speer bat ich ihn, den politischen Hintergrund bestimmter wirtschaftlicher Entwicklungen in der Endphase des Kriegs zu schildern. Daraufhin äußerte Speer von sich aus seine politischen Ansichten, die ich unten zusammenfassend wiedergebe. In vorangegangenen Vernehmungen hatte er eine gewisse Zurückhaltung gezeigt, über Themen zu sprechen, die seiner Meinung nach wohl zu eng mit seiner Person zusammenhingen – vermutlich aus dem Gedanken heraus, dass solche Aussagen in einem Kriegsverbrecherprozess, mit dem er offenbar rechnet, als Beweismittel gegen ihn verwendet werden könnten. Vermutlich aus demselben Grund bat er mich auch, seine Aussage als „vertraulich" zu betrachten und nicht zu protokollieren. Während der gesamten Vernehmung verzichtete ich bewusst darauf, rein politische Themen anzusprechen. Die unten wiedergegebene Aussage ist daher für die meisten im C.I.O.S. vertretenen Stellen nicht von unmittelbarem Interesse. Ich schlage deshalb vor, dass ich diese Aussage nicht in den Bericht mit aufnehme, den ich gerade für den Gesamtverteiler anfertige, möchte aber zu Ihrer Kenntnisnahme eine Kurzfassung vorlegen.

[50] Grußformel und Vorname unleserlich.
[51] „Esquire".
[52] „Companion of the Order of St. Michael and St. George".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

2. Speers Aussage lautete wie folgt:
Im Februar 1945 habe Speer den Plan gefasst, einen „zweiten 20. Juli" zu organisieren. Als Architekt von Hitlers Reichskanzlei und dem dazugehörigen unterirdischen Bunker sei er mit den baulichen Gegebenheiten bis ins Detail vertraut gewesen. Speers Plan habe darin bestanden, Giftgas zu beschaffen und es während der täglich im Bunker stattfindenden Lagebesprechungen[53] Hitlers in den Bunker pumpen zu lassen. Er habe gehofft, damit die Riege all jener, die für eine Fortführung des Kriegs waren, einschließlich Hitler selbst, auf einen Schlag zu beseitigen. Mit der Beschaffung des Giftgases habe Speer Brandt (Hitlers Arzt?) beauftragt; um das Einleiten des Giftgases in den Besprechungsraum durch einen Luftschacht habe Speer sich selbst kümmern wollen. Für seine Pläne gebe es, wie er behauptet, andere Zeugen, die er nicht namentlich nannte.

Ein Besuch im Ruhrgebiet habe dann später zu einem Sinneswandel bei ihm geführt, denn dort habe er gesehen, dass nicht nur die Gauleiter, sondern auch viele einfache Bergleute immer noch voller Inbrunst an den Führer glaubten und davon überzeugt waren, dieser sei in der Lage, den Endsieg herbeizuführen. Angesichts dieser Einstellung sei Speer zu der Überzeugung gelangt, dass man das deutsche Volk von seiner Verblendung und dem durch jahrelange Propaganda und Abschottung von der Außenwelt hervorgebrachten Geisteszustand nur dadurch kurieren könne, dass man es diesen „Kelch bis zur bitteren Neige leeren" lasse und ihm alle Illusionen nehme. Alles, was man später den Deutschen gegenüber als Verrat aus den eigenen Reihen darstellen könne, der den Krieg mit einem „Dolchstoß" beendet habe, würde ihnen bei ihrem mentalen Gesundungsprozess im Wege stehen. Daher habe er seinen Plan fallengelassen.

Von da an habe er nur noch zwei Ziele gehabt: (a) mit aller Kraft zu verhindern, dass Deutschland in völligem Chaos versinkt mit Seuchen, Hungersnot usw., und (b) dazu beizutragen, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die deutschen Arbeiter wie und unter wessen Herrschaft auch immer aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt sichern können. Für ihn sei unerheblich, ob das Kapital der Vereinigten Stahlwerke in deutschem oder amerikanischem Besitz sei, solange die Arbeiter der V.S.W. weiterhin Arbeit hätten. Speer sei davon ausgegangen, dass sich Deutschland nach der Niederlage in einem ähnlichen Zustand befinden werde wie nach dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs. Der Gedanke, es könne 1947 oder 1948 oder auch sehr viel später eine nationale Wiedergeburt geben, sei abwegig. Als Deutscher glaube und hoffe er aber natürlich, Deutschland werde vielleicht in 20 oder 30 oder 60 Jahren wieder eine gewisse Geltung[54] erlangen.

[53] Im Original: „daily conference on the situation (Lagebesprechungen)".
[54] Im Original: „prestige (Geltung)".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Seiner Ansicht nach läuft die weltpolitische Entwicklung langfristig auf einen – nicht unbedingt kriegerischen – Konflikt hinaus, in dem sich der Osten unter der Führung Russlands und der Westen unter der Führung der Angelsachsen gegenüberstehen. Er sei immer der Meinung gewesen, Deutschlands Platz sei an der Seite des Westens, und hoffe, der Westen werde die Weltherrschaft[55] erlangen oder vielmehr (wie er, sich selbst korrigierend, sagte) die Weltordnung[56] errichten. Speer bedauerte, dass die Deutschen einschließlich seiner selbst über alles, was sich außerhalb Deutschlands abspiele, und über andere Länder vollkommen uninformiert seien. Auch er selbst habe sich die Amerikaner „ganz anders" vorgestellt.

Nach allem, was er in den von Deutschland besetzten Ländern gesehen habe, sei er davon überzeugt, dass Kontakte zwischen Nationen für beide Seiten von Nutzen seien und alles in allem die Verständigung zwischen den einfachen Leuten auf beiden Seiten förderten, selbst wenn diese Kontakte durch militärische Besatzung zustande kämen. Unabhängig davon, was politisch auf höchster Ebene geschehe, könne man Soldaten nicht daran hindern, mit Kindern zu spielen oder mit Mädchen auszugehen, sodass sie sich gegenseitig kennenlernen. So gesehen, begrüße er die Besetzung Deutschlands.

3. Im Laufe des Gesprächs betonte Speer wiederholt, er sage dies alles nicht zu seiner eigenen Verteidigung, und sein persönliches Schicksal sei ihm gleichgültig. Er gehe davon aus, dass er vor Gericht gestellt werde, wenn er auch nicht wisse, wie die Anklage lauten werde. Möglicherweise klage man ihn an, weil er die Rüstung effizient organisiert habe – dies sei allerdings nicht gerecht, denn das sei ja seine Aufgabe gewesen –, oder weil er Hitler treu ergeben und sein enger Vertrauter gewesen sei, wobei auch dieser Vorwurf dem Urteil der Geschichte nicht standhalten werde. Er sei jedoch bereit, das anzunehmen, was ihn erwarte. Abschließend „entschuldigte" er sich dafür, dass er seine Absicht, Himmler den Alliierten lebend auszuliefern, nicht habe in die Tat umsetzen können. Dies wäre äußerst wichtig gewesen, um insbesondere vor den Augen des deutschen Volks die wahren Täter zu entlarven.

Alle Dokumente: TNA, Foreign Office Papers, FO 371/46712.

Aus dem Englischen übersetzt von Anne Vonderstein und Andreas Bredenfeld.

[55] Im Original: „world domination (Weltherrschaft)".
[56] Im Original: „world order (Weltordnung)".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit

Ein Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung

I. Das Bundeskanzleramt als Forschungsgegenstand

Das Bundeskanzleramt als politische Schaltzentrale der Bundesrepublik Deutschland war bislang noch nicht Gegenstand der geschichtswissenschaftlichen Behördenforschung.[1] Dabei verdient es vor allem deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil es aufgrund der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers planend, koordinierend und korrigierend auf alle Bereiche des Regierungshandelns einwirken kann. Dies gilt für die Personalpolitik ebenso wie für die Steuerung von Informationen und die Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus erstreckt sich der Einfluss des Kanzleramts auf die jeweiligen Koalitionsparteien und ihre Fraktionen im Bundestag sowie auf Institutionen im vorpolitischen Feld, die in die Gesellschaft hineinwirken und gleichzeitig der Regierungszentrale als Informationsquelle dienen.

Ungeachtet der Tatsache, dass das Kanzleramt nicht als direkte Nachfolgeinstitution der Reichskanzlei Adolf Hitlers gesehen werden kann, war es seit seiner Gründung im Oktober 1949 mit Fragen nach der Vergangenheit – auch seines führenden Personals – konfrontiert. Insbesondere Hans Globke, der die Behörde in enger Symbiose mit Konrad Adenauer über ein Jahrzehnt leitete, war Gegenstand anhaltender Auseinandersetzungen, die von der Opposition und Teilen der westdeutschen Presse, aber auch von gesellschaftlichen Gruppen ausgingen und überdies von Ost-Berlin als Argument für die unterstellte politische Kontinuität zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik genutzt wurden. Die gegen ihn und andere Minister und Ministerialbeamte gerichtete Kritik ebbte auch nach Globkes Ablösung nicht ab, sondern führte in den Jahren der Großen Koalition im „Braunbuch" der DDR zum Vorwurf der „verstärkte[n] Renazifizierung unter Kiesinger".[2]

Das gemeinsam vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und dem Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ) seit Ende 2017 durchgeführte Projekt zur Geschichte des Bundeskanzleramts und des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (Bundespresseamt), das zunächst eine Abteilung des Kanzleramts war und seit 1958 als Oberste Bundesbehörde fungiert, ist auf drei Jahre angelegt. Die Finanzierung erfolgt durch das „Förder-

[1] Zu diesem Forschungsboom der letzten Jahre vgl. Christian Mentel/Niels Weise, Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, München/Potsdam 2016, und Frank Bajohr/Johannes Hürter, Auftragsforschung „NS-Belastung". Bemerkungen zu einer Konjunktur, in: Frank Bajohr u. a. (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 221–233.

[2] Norbert Podewin (Hrsg.), Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Berlin (West). Nachdruck der 3. Aufl. 1968 (zuerst 1965), Berlin 2002, S. XVI.

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0016

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

programm zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zentraler deutscher Behörden", das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgelegt wurde. Der untersuchte Zeitraum reicht von 1949 bis zum Ende der sozialliberalen Koalition 1982, wobei die einzelnen Teilstudien unterschiedliche Endpunkte setzen.

Die zentralen Fragestellungen des Projekts orientieren sich an vier aufeinander bezogene Untersuchungsdimensionen: Ausgangspunkt ist erstens die Personalpolitik des Kanzleramts, zunächst im Hinblick auf die Personalentwicklung im Amt selbst, dann darüber hinaus auch auf das gesamte Gefüge von Institutionen und Organisationen, auf die es einwirken konnte. Welches Maß an personeller NS-Belastung gab es im Kanzleramt? Welche zeitgenössischen Semantiken waren mit dem Begriff Belastung verbunden, und welche Wandlungen sind diesbezüglich festzustellen? Welche Rolle spielte das Thema NS-Belastung in der Personalpolitik? Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass im Kanzleramt Ehemalige und Unbelastete beziehungsweise Gegner und Verfolgte der NS-Diktatur zusammenarbeiteten.

Um einen Einblick zu gewinnen, wie sich die personelle Zusammensetzung auf Entscheidungsprozesse und interne Abläufe auswirkte, geht es zweitens um die Geschichts- und Vergangenheitspolitik, die für Belastete wie für frühere Gegner des Nationalsozialismus lebensgeschichtlich relevant war und für die Bundesrepublik zu einem wichtigen Gradmesser ihrer politischen Reife wurde.

Bezogen auf das gesamte Aufgabenprofil der Behörde schließt sich drittens die Frage an, in welchem Maße das führende Personal des Kanzleramts für den politisch-gesellschaftlichen Wandel aufgeschlossen war und inwieweit es zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik beitrug. Beeinflussten dabei Erfahrungen und Prägungen aus der NS-Zeit und auch aus der Zeit vor 1933 das Handeln von Politikern und Ministerialbeamten? Und wie gelang es, auch mit mehr oder weniger stark belastetem politischen Führungspersonal eine Demokratie aufzubauen und zu gestalten?

Die vierte Untersuchungsperspektive richtet sich auf die Öffentlichkeitsarbeit. Diese gehörte seit 1949 – neben der Planung, Koordination und Steuerung – zu den zentralen Aufgaben des Kanzleramts und blieb auch nach der Ausgliederung des Bundespressamts eng mit der Tätigkeit des Kanzleramts verklammert. Im Hinblick auf das Bundespresseamt ist insbesondere zu fragen, in welchem Wechselverhältnis persönliche NS-Belastungen und die Herausbildung einer demokratischen Ansprüchen genügenden Öffentlichkeitsarbeit standen.

Den genannten Untersuchungsdimensionen entsprechen vier Teilstudien (je zwei am ZZF und am IfZ), die auf enge Kooperation angelegt sind und deren Ergebnisse in einer gemeinsamen Publikation voraussichtlich im Jahr 2021 veröffentlicht werden. Die Teilstudien werden von Eszter Kiss und Christian Mentel (ZZF) sowie von Nadine Freund und Gunnar Take (IfZ) bearbeitet. Die Projektleitung liegt am ZZF bei Martin Sabrow, Thomas Schaarschmidt und Annette Vowinckel, am IfZ bei Johannes Hürter und Thomas Raithel. Als sich das Team im Juni 2018 im Bundeskanzleramt in Berlin vorstellte, hat ihm Staatsminister Dr. Hendrik Hoppenstedt volle Unterstützung zugesichert. Bei weiteren Besprechungen im Bundeskanzleramt, im Presse- und Informationsamt der Bundesre-

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gierung sowie in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin wurden Fragen des Akten- und Dokumentenzugangs geklärt. Im Oktober 2018 diskutierte das Projektteam in Potsdam seine bisherigen Ansätze und Ergebnisse mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten (Constantin Goschler, Jan Niklas Kocks, Marie-Luise Recker, Annette Weinke und Bernd Weisbrod).

Insgesamt sind durch den mehrdimensionalen Ansatz neue Antworten auf die Frage zu erwarten, wie und in welchem Ausmaß die bisher für einzelne Ministerien untersuchte Personalpolitik zentral gesteuert wurde und welche Rolle das Kanzleramt hinsichtlich personeller Kontinuitäten und Brüche spielte. Die Verbindung institutionen-, diskurs- und praxisgeschichtlicher Ansätze verspricht Aufschlüsse über die Persistenz und den Wandel von politischen Grundvorstellungen, Politikstilen und Verwaltungskulturen sowie über deren Bedeutung für die demokratische Entwicklung des westdeutschen Regierungssystems.[3] Da die Ergebnisse mit den Forschungen zu anderen Bundesbehörden in Beziehung gesetzt und in die Demokratisierungsprozesse der Nachkriegszeit eingeordnet werden sollen, reicht das Erkenntnisinteresse des Projekts weit über das Kanzleramt hinaus.

Zentrale Aspekte sind derzeit noch Forschungsdesiderate. Allerdings stellen weder das Kanzleramt und Bundespresseamt noch die bundesdeutsche Geschichts- und Vergangenheitspolitik[4] historiografisches Neuland dar. Zur Organisationsgeschichte des Kanzleramts liegt eine neuere politikwissenschaftliche Studie vor,[5] die ältere Darstellungen zu den Strukturen und Funktionen der Behörde[6] deutlich erweitert. Darüber hinaus wird die Geschichte des Amts in allen Biografien der Bundeskanzler in unterschiedlicher Ausführlichkeit behandelt.[7]

[3] Vgl. Martin Florack/Timo Grunden (Hrsg.), Regierungszentralen. Organisation, Steuerung und Politikformulierung zwischen Formalität und Informalität, Wiesbaden 2011, und Karlheinz Niclauß, Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, 3., aktualisierte und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2015.

[4] Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, erweiterte Neuausgabe, München 2012 (zuerst 1996), und Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

[5] Vgl. Thomas Knoll, Das Bonner Bundeskanzleramt. Organisation und Funktionen von 1949–1999, Wiesbaden 2004.

[6] Als Darstellung aus dem Kanzleramt heraus vgl. Günther Behrendt, Das Bundeskanzleramt, Frankfurt a. M./Bonn 1967, und Siegfried Schöne, Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt. Eine Untersuchung zum Problem der Führung und Koordination in der jüngeren deutschen Geschichte, Berlin 1968.

[7] Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986; ders., Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991; Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt a. M./Berlin 1994; Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech 1996; Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006; Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002; Hartmut Soell, Helmut Schmidt, Bd. 1: 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003, und ders., Helmut Schmidt, Bd. 2: 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Gleiches gilt für die neueren Publikationen zu Hans Globke,[8] während es ansonsten – mit Ausnahme einer Studie zu Karl Carstens[9] – an Biografien über die leitenden Beamten des Kanzleramts mangelt. Zum Bundespresseamt existieren mehrere politikwissenschaftliche Arbeiten[10] sowie Studien über verschiedene Regierungssprecher[11] und zur Kommunikation der Regierung Adenauer.[12] Das Amt wurde zudem in Monografien zum Journalismus der frühen Bundesrepublik behandelt.[13] Eine größere Untersuchung über den Umgang des Bundespresseamts mit der NS-Belastung fehlt jedoch.

Das Projekt stützt sich auf eine große Zahl an publizierten Dokumenten,[14] besonders aber auf eine reichhaltige archivalische Überlieferung, die hier nur knapp und in Auswahl skizziert werden können. Die wichtigsten Materialien für die Untersuchung des Kanzleramts sind zum einen die noch in der Behörde selbst vorhandenen Unterlagen und zum anderen die Akten des Bundeskanzleramts im Bundesarchiv (BArch) Koblenz (B 136). Eine Reihe von Nachlässen und Deposita, die für die Geschichte des Kanzleramts einschlägig sind, findet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin (beispielsweise zu Hans Globke, Walter Hallstein, Otto Lenz, Hans Neusel, Karl Gumbel, Ludger Westrick, Franz-Josef Wuermeling). Von weiteren führenden Mitarbeitern des Kanzleramts (Karl Carstens, Horst Ehmke, Manfred Schüler) sowie von den

[8] Vgl. Jürgen Bevers, Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur grauen Eminenz der Bonner Republik, Berlin 2009, und Erik Lommatzsch, Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt a. M. 2009.

[9] Vgl. Tim Szatkowski, Karl Carstens. Eine politische Biographie, Köln/Weimar/Wien 2007.

[10] Vgl. Horst O. Walker, Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Eine Untersuchung zu Fragen der Organisation, Koordination und Kontrolle der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung, Frankfurt a. M. 1982, und Frank Schürmann, Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Strukturen, Medien, Auftrag und Grenzen eines informalen Instruments der Staatsleitung, Berlin 1992.

[11] Vgl. Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Regierungssprecher – Zwischen Information und Geheimhaltung. Zur publizistischen und kommunikativen Funktion staatlicher Presseamts-Leiter in Bund, Ländern, Gemeinden, Köln 1981, und Burkard Weth, Der Regierungssprecher als Mediator zwischen Regierung und Öffentlichkeit. Rollen- und Funktionsanalyse von Regierungssprechern im Regierungs- und Massenkommunikationssystem der Bundesrepublik Deutschland (1949–1982), Würzburg 1991.

[12] Vgl. Frank Andreas Buchwald, Adenauers Informationspolitik und das Bundespresseamt. Strategien amtlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kanzlerdemokratie, Mainz 1991.

[13] Vgl. Peter Köpf, Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse, Berlin 1995; Lutz Hachmeister/Friedemann Siering (Hrsg.), Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002, und Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006.

[14] Genannt seien vor allem die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung (www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/index.html), autobiografische Veröffentlichungen, amtliche Publikationen sowie Beiträge in Presse und anderen Medien.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Schmidt sind Nachlässe in anderen Archiven überliefert.[15]

Die Akten zum Teilprojekt über das Bundespresseamt sind im Bundesarchiv Koblenz (B 145) sowie im Bundespresseamt selbst verfügbar (etwa 3.500 Personalakten). Weitere relevante archivalische Quellen bilden vor allem die Nachlässe der Bundeskanzler und Regierungssprecher (Felix von Eckardt, ACDP; Günter Diehl, BArch Koblenz und Politisches Archiv des Auswärtigen Amts; Conrad Ahlers, Archiv der sozialen Demokratie), die Bestände der Bundesbildstelle im Bundesarchiv sowie das Bildarchiv des Bundespresseamts.

Um die NS-Vergangenheit von Beschäftigten des Kanzleramts und des Bundespresseamts zu klären, müssen neben den vorhandenen Personalakten insbesondere die Bestände des früheren Berlin Document Center im Bundesarchiv Berlin ausgewertet werden. Von Bedeutung sind außerdem die Materialien der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in der Außenstelle des Bundesarchivs in Ludwigsburg, die Unterlagen des Staatssicherheitsdiensts der DDR in Berlin sowie die in diversen Staats- beziehungsweise Landesarchiven lagernden Akten von Spruchkammerverfahren. Sachakten der Reichsministerien im Bundesarchiv Berlin können Aufschlüsse über das Verhalten der Beschäftigten während der NS-Diktatur vermitteln.

II. Teilprojekte

Personalpolitik und NS-Bezüge des Bundeskanzleramts (Gunnar Take, IfZ)[16]

Das erste Teilprojekt behandelt die Personalpolitik des Bundeskanzleramts, vor allem die Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen zur NS-Diktatur. Zunächst werden Ziele und Vorgehensweisen in der Auswahl, Beförderung und Versetzung des Personals von der Gründung bis zur sozialliberalen Koalition untersucht. Dabei ist zu fragen, welche Kriterien aus Sicht der Kanzler, Kanzleramtschefs und Personalreferenten ausschlaggebend waren und insbesondere wie sie mit NS-Belasteten, Verfolgten und Angehörigen des Widerstands umgingen. Auch die Personalführung, das Verhalten der Beamten gegenüber den wechselnden Leitungen und die dadurch mitbestimmte Leistungsfähigkeit der Regierungszentrale werden in den Blick genommen. Schwerpunkte bilden dabei die Aufbauphase unter Adenauer 1949/50 sowie die tatsächlichen und ausgebliebenen Umbrüche unter Erhard, Kiesinger und Brandt. Die neu gewählten Regierungschefs übernahmen das Amt in verschiedenen organisatorischen Zuständen und Besetzungen und hegten unterschiedliche Erwartungen gegenüber ihren Mitarbeitern. Mithilfe

[15] Vor allem: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, und das dortige Willy-Brandt-Archiv; Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef; Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung, Hamburg.

[16] Gunnar Take, M. Sc., Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfZ, wichtigste Veröffentlichung: Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus, Diss., 2019 (i. E.).

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einer Datenbank von etwa 120 Personen ab dem Rang eines Oberregierungsrats wird eine differenzierte prosopografische Analyse der höheren Beamtenschaft von der Referatsleiterebene aufwärts vorgenommen. Sie gibt Auskunft über das Sozialprofil (beispielsweise Altersstruktur, soziale Herkunft, Ausbildung) zu verschiedenen Zeitpunkten, über die Vergangenheit der Mitarbeiter und auch über die sogenannte formale Belastung durch frühere NS-Mitgliedschaften. Letztere entsprach ersten Erkenntnissen zufolge zumindest in der Anfangszeit dem Durchschnitt der Obersten Bundesbehörden (knapp 50 Prozent des höheren und des gehobenen Diensts), mit dem Referat 1 (Innerer Dienst) und dem Kanzlerbüro als besonders stark betroffenen Bereichen.[17]

Anschließend gilt es, anhand exemplarischer Fälle die Karrieren und die politischen Einstellungen der Beschäftigten zu betrachten. Dabei richtet sich der Blick vor allem auf ihre beruflichen Funktionen und ihr konkretes Handeln während des NS-Regimes. So stellt sich beispielsweise bei den früher im Reichsministerium des Innern (RMI) beschäftigten Beamten die Frage, an welche demokratischen oder totalitären Traditionen sie anknüpften. Der prominenteste Fall ist Hans Globke, ehemals Referent für Personenstandswesen im RMI und von 1949 bis 1963 zentraler personalpolitischer Akteur in der Bundesregierung – die „rechte Hand“ Adenauers. Zu den mindestens drei Kollegen, die wie Globke die gesamte Kriegszeit im RMI gearbeitet hatten und dann ins Kanzleramt gelangten, zählte Erich Helbig. Obwohl er im Entnazifizierungsverfahren nicht entlastet, sondern als Mitläufer eingestuft worden war, wurde er 1949 einer der ersten Mitarbeiter und mehrfach befördert. Wenige Tage vor dem Ende von Adenauers Kanzlerschaft wurde Helbig wegen des Verdachts auf Spionage für die DDR verhaftet.[18] Von großem Interesse ist auch Friedrich Karl Vialon, aktives NSDAP-Mitglied und Abteilungsleiter im Reichskommissariat Ostland. In einem Gerichtsverfahren erstritt sich der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und spätere Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Erlaubnis, behaupten zu dürfen, nichts von der Beraubung und massenhaften Ermordung von Juden in Riga gewusst zu haben.[19]

Im dritten Schritt des Teilprojekts wird erforscht, wie das Kanzleramt bei der personellen Besetzung anderer Bundesbehörden mitwirkte und in welchem Maße es auf diesem Weg politischen Einfluss ausüben wollte beziehungsweise konnte. Schon früh sprach man von einem „System Globke“,[20] und die jüngere Behördenforschung bestätigt die wichtige Rolle Globkes in der Personalauswahl

[17] BArch Koblenz, B 136/5116, Zusammenstellung: Mitglieder der früheren NSDAP für alle Ministerien (Juni 1950) und NSDAP-Mitglieder im Bundeskanzleramt (Juni 1950).

[18] Vgl. Der Spiegel vom 7.4.1965: „Vier Muttern aufgenommen“ (Gerhard Mauz).

[19] Jürgen Kilian belegte, dass diese Aussage Vialons unglaubwürdig war; vgl. ders., Krieg auf Kosten anderer. Das Reichsministerium der Finanzen und die wirtschaftliche Mobilisierung Europas für Hitlers Krieg, Göttingen 2017, S. 437.

[20] So etwa Gerhard Lütkens (SPD) in einer Bundestagssitzung am 30.3.1950. Der Begriff geht offenbar auf eine „Spiegel“-Titelgeschichte über „Kanzleramts-Minister Westrick“ zurück; vgl. Der Spiegel vom 6.6.1966: „Kanzleramt. Aus zweiter Hand“.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Bundesministerien.[21] Bislang fehlt aber eine quellengestützte Untersuchung, wie und in welchem Umfang Globke und seine Nachfolger vom Kanzleramt aus in die Personaldiskussion anderer Häuser eingriffen und ob es zeitweise gelang, ein zentrales System der Kontrolle aufzubauen. Welche Funktion kam Seilschaften aus der NS-Zeit auf den verschiedenen Hierarchieebenen zu, wie war das Verhältnis der teils jahrzehntelang miteinander bekannten Mitglieder der „Gewerkschaft der Staatssekretäre"[22] zueinander, und welche neuen Netzwerke ließen sich nach 1945 beziehungsweise 1949 knüpfen? Welche Bedeutung wurde belastenden Tatbeständen zugemessen, und wie wurde Belastung definiert und reflektiert? Waren bei personalpolitischen Mechanismen wie dem Rotationsverfahren von Beamten zwischen den Spiegelreferaten[23] des Kanzleramts und den von ihnen jeweils betreuten („gespiegelten") Ministerien sachliche, organisatorische oder machtpolitische Motivationen bestimmend?

Der Untersuchungszeitraum umfasst im Kern die Jahre 1949 bis 1969. Ein Ausblick auf die beginnenden 1970er Jahre wird die personellen Einschnitte unter Bundeskanzler Willy Brandt und seinem Kanzleramtschef Horst Ehmke thematisieren.

Das Bundeskanzleramt und der politische Umgang mit der NS-Zeit (Christian Mentel, ZZF)[24]

Die Frage nach dem Umgang des Bundeskanzleramts mit der NS-Vergangenheit wird über die personalpolitische Ebene und die Frage der Belastung der Mitarbeiter hinaus auch anhand seiner politischen Praxis thematisiert. Das zweite Teilprojekt macht den Bezug auf den Nationalsozialismus zu Zeiten des Kalten Kriegs und starker politisch-ideologischer Gegenpositionen zum Gegenstand. Hierzu werden

[21] Vgl. Irina Stange, Das Bundesministerium des Innern und seine leitenden Beamten, in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018, S. 55–121, hier S. 90 f., und Manfred Görtemaker/Christoph Safferling, Die Akte Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016, S. 118–122.

[22] Globkes Vertrauter Josef Rust beschrieb diese „Gewerkschaft" im Rückblick folgendermaßen: „Es waren in den ersten Jahren [der Bundesrepublik] gut ein Dutzend [Staatssekretäre], die sich seit Jahr und Tag bestens kannten. [...] Es war ein nirgendwo verankertes, aber gut funktionierendes Instrument der Koordinierung im Regierungsapparat"; Josef Rust, Streifzug mit Hans Globke durch gemeinsame Bonner Jahre, in: Klaus Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S. 27–38, hier S. 30 f.

[23] Zur Funktion der Spiegelreferate und der Querschnittsreferate des Kanzleramts vgl. Thomas Knoll, Das Bundeskanzleramt. Funktionen und Organisation, in: Klemens H. Schrenk/Markus Soldner (Hrsg.), Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2010, S. 201–220, hier S. 214 f.

[24] Christian Mentel, M. A., Studium der Geschichte und Germanistischen Linguistik, seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZZF, wichtigste Veröffentlichungen: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung, München/Potsdam 2016 (zusammen mit Niels Weise); Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit. Eine deutsche Debatte, Frankfurt a. M. 2014 (zusammen hrsg. mit Martin Sabrow).

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

exemplarisch zu untersuchende Themen- und Politikfelder ins Auge gefasst, die von der Errichtung des Amts unter Adenauer 1949 bis zur sozialliberalen Koalition unter Brandt und Schmidt reichen und drei zentrale Gesichtspunkte der NS-bezogenen Geschichts- und Vergangenheitspolitik des Kanzleramts abdecken.

Erstens ist dies die Behandlung dessen, was man bereits in den 1950er Jahren NS-Belastung nannte. Von großer Bedeutung sind hierbei einerseits die Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse im Zuge der Integrationspolitik, welche die von den Alliierten nach 1945 entlassenen Staatsbediensteten mit breiter öffentlicher Zustimmung wieder in Amt und Würden brachte, und andererseits der Komplex NS-Verbrechen und ihre juristische Ahndung. Damit stehen die Beendigung der Entnazifizierung sowie die Wiedereingliederungs- und Amnestieregelungen der frühen 1950er Jahre im Fokus, außerdem in den 1960er Jahren die Positionierung des Kanzleramts in Anbetracht mehrerer NS-Prozesse und der Frage, ob die 1965 anstehende Verjährung von Mord ausgesetzt werden sollte. Die Aufmerksamkeit richtet sich zudem auf die kontinuierlich vernehmbare Kritik an der vorherrschenden personellen Kontinuität und NS-Belastung, die in erster Linie Globke und Kiesinger galt. Von besonderem Interesse ist, wie man im Kanzleramt hierauf reagierte – nicht zuletzt in Anbetracht des Zusammenhangs von vergangenem Nationalsozialismus und zeitgenössischem Rechtsextremismus – und welche Gegenmaßnahmen ergriffen wurden, vor allem angesichts der Ende der 1950er Jahre angelaufenen Kampagnen der DDR.[25]

Zweitens ist danach zu fragen, welchen Stellenwert Verfolgung, Widerstand und Exil in der politischen Praxis des Kanzleramts hatten. Dies geschieht zum einen auf der Ebene der entscheidenden (vergangenheits)politischen Weichenstellungen, etwa im Rahmen der sogenannten Wiedergutmachung, der Beziehungen zu Israel und der Neuen Ostpolitik. Letztere lenkte nicht nur den Blick auf das Schicksal der Menschen in Osteuropa während des Kriegs und unter deutscher Herrschaft, sondern erneuerte auch die Debatten um Grenzverläufe und Ostvertriebene. Zum anderen wird das Zusammenwirken des Kanzleramts mit bestimmten Einrichtungen, Verbänden und Persönlichkeiten aus der Gruppe der NS-Geschädigten in den Blick genommen – vom Zentralrat der Juden in Deutschland über den Bund der Verfolgten des Naziregimes bis hin zum prominenten Hitler-Gegner Probst Heinrich Grüber. Analog dazu findet auch der Umgang mit jenen Verfolgten Beachtung, die im Zeichen des Antitotalitarismus vom öffentlichen Gedenken ausgeschlossen blieben wie etwa die Angehörigen des kommunistischen Widerstands. Aufschlussreich dürfte es zudem sein herauszuarbeiten, welche Position Mitarbeiter des Kanzleramts zu dem noch im Bundestagswahlkampf 1965 als Emigranten angefeindeten Willy Brandt einnahmen, der im Jahr darauf zum Außenminister ernannt und 1969 zum Kanzler gewählt wurde.

[25] Vgl. Klaus Bästlein, Der Fall Globke. Propaganda und Justiz in Ost und West, Berlin 2018; Franziska Kuschel/Dominik Rigoll, Broschürenkrieg statt Bürgerkrieg. BMI und MdI im deutsch-deutschen Systemkonflikt, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung, S. 355–380, und Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005, S. 73–105.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schließlich stehen, drittens, die historischen Selbst- und Fremdverortungen des Kanzleramts und das Verhältnis von Politik und historisch-politischer Forschung im Mittelpunkt. Hier kommt der Frage nach der Rückgabe und Zugänglichkeit deutscher Akten, die von den Siegermächten zumeist ins Ausland verbracht worden waren, zentrale Bedeutung zu. Von unmittelbarer Relevanz ist dies für den sich durch fließende Grenzen auszeichnenden Komplex von staatlicher Gedenkpraxis und Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung über den Nationalsozialismus und politischer Bildung sowie politikwissenschaftlicher und zeithistorischer Forschung. Welchen Einfluss das Kanzleramt auf die professionelle Historiografie hatte und wie sich das Zusammenspiel mit Historikern, Politikwissenschaftlern und Forschungseinrichtungen in Bezug auf den Aktenzugang oder die Forschungsförderung gestaltete, ist von vorrangigem Interesse. Untersucht wird im Besonderen das Verhältnis zum IfZ und zu Hans Buchheim, der mit dem Kanzleramt über viele Jahre eng verbunden war. Weiterhin liegt ein Schwerpunkt sowohl auf den historiografischen Ambitionen des Kanzleramts als auch auf der Selbsthistorisierung seiner Repräsentanten. Die Aufmerksamkeit richtet sich hierbei nicht ausschließlich auf die Deutung der NS-Zeit, sondern vielmehr auch auf die sich davon abgrenzende Darstellung der Frühgeschichte der Bundesrepublik.

Das Teilprojekt soll somit erhellen, welchen Stellenwert Geschichts- und Vergangenheitspolitik für die Arbeit des Bundeskanzleramts hatten, wie sie von den Mitarbeitern der Behörde eingeschätzt wurden und welche Bedeutung man ihnen für die Stärkung beziehungsweise Schwächung von Demokratie und Westbindung einerseits und für die Distanzierung vom Nationalsozialismus andererseits beimaß. Anhand der Untersuchung, wann und in welchen Fällen das Kanzleramt die Initiative ergriff, lassen sich außerdem übergreifende oder zeitlich begrenzte Handlungsmuster verdeutlichen. Von Interesse ist schließlich, inwieweit diese Muster mit den Wechseln der Kanzler, Kanzleramtschefs und leitenden Mitarbeiter sowie generell mit dem gesellschaftlichen Wandel im Umgang mit dem Nationalsozialismus korrespondieren.

Das Bundeskanzleramt und die Demokratie. Erfahrungsreservoirs, Grundvorstellungen und Politikstile führender Akteure (Nadine Freund, IfZ)[26]

Das dritte Teilprojekt wendet sich der Frage zu, wie sich das Kanzleramt in das politische System einfügte. Wie gestaltete sich die Wechselwirkung zwischen dem Regieren, dem Verwalten und der demokratischen Entwicklung Westdeutschlands? Welchen Formen der Demokratie versuchten die führenden Akteure des Kanzleramts in der jungen Bundesrepublik zur Durchsetzung zu verhelfen? Die Antwort wird weniger verfassungsrechtlich oder verwaltungstechnisch als politik-

[26] Dr. Nadine Freund, Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaften, seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IfZ, wichtigste Veröffentlichungen: Die Verwaltungsjuristin Theanolte Bähnisch (1899–1973) und der Deutsche Frauenring. Vom reformorientierten Preußen zur bundesdeutschen Westbindung – eine Wirkungsgeschichte, Bielefeld 2018; Teil der Gewalt. Das Regierungspräsidium Kassel und der Nationalsozialismus, Marburg 2015.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und kulturgeschichtlich ausfallen. Da das Kanzleramt bis Ende der 1960er Jahre eher einem Staatssekretariat als einem Ministerium ähnelte und den leitenden Beamten ein entsprechend großes Gewicht zukam, bietet sich ein akteursbezogener Zugang an, der auf die Chefs des Bundeskanzleramts zwischen 1949 und 1972 fokussiert ist. Das Projekt beschäftigt sich intensiv mit Hans Globke, der besonders einflussreich und umstritten war. Doch auch den anderen Staatssekretären unter Adenauer (Walter Hallstein, Otto Lenz, Franz-Josef Wuermeling) wird besondere Aufmerksamkeit zuteil, da ihr Handeln als prägend für die Ausrichtung der zweiten deutschen Demokratie gelten darf. Welche Vorstellungen hatten die Spitzenbeamten des Kanzleramts von Demokratie und Politiksteuerung, und wie setzten sie diese in die Praxis um? Diese Leitfrage geht von der Annahme aus, dass sich Akteure in sozialen Interaktionsprozessen an neuen Rahmungen[27] beteiligen, indem sie ihre Wirklichkeits- und Sinnkonstruktionen dem jeweiligen (hier: politischen und gesellschaftlichen) Arrangement anpassen.

Aus der Leitfrage ergeben sich drei eng miteinander verbundene Untersuchungskomplexe: Zunächst kommt der Vergangenheit der Kanzleramtschefs eine grundlegende Bedeutung zu. Dabei interessiert – anders als im ersten und zweiten Teilprojekt – nicht so sehr die NS-Belastung als solche. Vielmehr geht es um die private, berufliche und politische Sozialisation der Akteure und um die Erfahrungen, die sie in verschiedenen politischen Systemen sammelten. Dabei folgt das Teilprojekt der Überzeugung, dass diese biografischen Indikatoren das Denken und Handeln der Personen auch nach 1945 entscheidend beeinflussten. Die Netzwerke, in denen sich die Personen vor 1945 bewegten, werden ebenfalls untersucht. Insbesondere über die Relevanz der Vernetzung von Akteuren, die als NS-belastet gelten, mit Personen, denen man Distanz zum NS-Regime zuschreibt, ist bisher wenig bekannt.

Das zweite Kernthema sind die politischen Grundvorstellungen der Akteure. Welche generellen Annahmen und Leitbilder von Gesellschaft, Staat, Politik und Verwaltung lassen sich erkennen – und welche spezifischen Haltungen gegenüber der bundesdeutschen Demokratie und ihrem parlamentarischen System? Wie beurteilten die Akteure in der Retrospektive die NS-Diktatur, wie die Diktatur im sowjetischen Machtbereich? Inwiefern wurden andere politische Systeme in Vergangenheit und Gegenwart als Referenzgrößen bemüht, wenn es um die Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Demokratie ging? Welche Rolle spielten nationalstaatliche Kategorien, welche europäische und transatlantische? Eng mit diesem Themenkomplex verbunden ist die Frage nach dem Maß an Selbstrechtfertigung und Selbstkritik, mit denen sich die untersuchten Personen der deutschen Vergangenheit und den Herausforderungen der Gegenwart stellten. Mit welcher Konstruktion ihres Selbst[28] glaubten sie, den Herausforderungen einer Demokratie gerecht werden zu können? Methodisch soll sich das Teilprojekt zu

[27] Vgl. Erving Goffman, Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen, Frankfurt a. M. [9]2016. Das Buch wurde 1977 erstmals veröffentlicht.

[28] Vgl. Heinz Bude, Rekonstruktion von Lebenskonstruktionen. Eine Antwort auf die Frage, was die Biographieforschung bringt, in: Martin Kohli/Günther Robert (Hrsg.), Biogra-

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

diesem Aspekt primär auf die diskursgeschichtliche Auswertung von Reden, Schriften und Selbstzeugnissen der Akteure stützen.[29] Ergänzend sind entsprechende Quellen der Zeit vor 1949 sowie spätere autobiografische Schriften zu berücksichtigen. Ebenso ist das konkrete politische Handeln der Akteure – beispielsweise bei der Ausgestaltung des Wahlrechts – während ihrer Amtszeit im Bundeskanzleramt von Interesse.

Der dritte thematische Schwerpunkt umfasst die Ausbildung und den Wandel von Politikstilen und Verwaltungskulturen.[30] Wie entwickelten sich die dienstlichen Beziehungen der untersuchten Personen zu den Mitarbeitern im Kanzleramt und zum Kanzler selbst? Welche Rolle spielten Beziehungen zu Personen außerhalb der Verwaltung für die Arbeit der leitenden Kanzleramtsmitarbeiter? Wie verlief die Kommunikation mit den Fachministerien – insbesondere im Hinblick auf die Durchsetzung der Richtlinienfunktion des Bundeskanzlers – sowie mit dem Bundestag und der politischen Öffentlichkeit? Wie ließen sich im Austausch zwischen den Mitarbeitern des Kanzleramts und anderen Akteuren Lösungen für komplexe Herausforderungen finden, welche die Eignung des Kanzleramts als Steuerungszentrale einer demokratischen Republik in Frage zu stellen drohten? Wie wirkten die Akteure im Bundeskanzleramt an der Etablierung eines demokratischen Regierungs- und Verwaltungsstils mit, und wie beeinflusste im Gegenzug die fortschreitende demokratische Entwicklung der Bundesrepublik ihr Handeln? Welche Motivationen intrinsischer und extrinsischer Natur waren in diesen Prozessen handlungsleitend?

Das Bundespresseamt zwischen NS-Vergangenheit und demokratischer Eigenwerbung (Eszter Kiss, ZZF)[31]

Das vierte Teilprojekt behandelt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, später Bundespresseamt, das nach seiner Gründung im Oktober 1949 zunächst als Abteilung II in das Kanzleramt integriert war. Der mit der Leitung des Bundespresseamts betraute Staatssekretär amtierte als Regierungssprecher. Dem Bundespresseamt obliegt es, die Regierung über die allgemeine Nachrichtenlage zu informieren und der Öffentlichkeit das Regierungshandeln zu erläutern. Zudem koordiniert es den Informationsfluss zwischen den Bundesministe-

phie und soziale Wirklichkeit. Neue Beiträge und Forschungsperspektiven, Stuttgart 1984, S. 7–28.

[29] Vgl. etwa Klaus Gotto/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner (Hrsg.), Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Otto Lenz 1951–1953, Düsseldorf 1989, und Horst Ehmke, Über das Grundgesetz, in: Der Monat 19 (1967), S. 25–35.

[30] Vgl. Klaus König, Grundmuster der Verwaltungskultur. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung, Baden-Baden 2014, und Sven Römer-Hillebrecht, Verwaltungskultur. Ein holistischer Modellentwurf administrativer Lebensstile, Baden-Baden 1998.

[31] Dr. Eszter Kiss, Studium der Kulturwissenschaft, Neueren und Neuesten Geschichte sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZZF, wichtigste Veröffentlichung: Verhandelte Bilder. Sozialistische Bildwelten und die Steuerung von Fotografien in Ungarn, Göttingen 2018.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rien. Große Bedeutung fiel dieser ressortübergreifenden Kommunikationszentrale nicht nur bei der Legitimation der neuen Demokratie und der neuen Regierungen zu. Das Bundespresseamt trat zudem die Nachfolge in einem Bereich an, dessen nationalsozialistische Prägung kaum jemand in Zweifel zog: der Regierungswerbung oder Staatspropaganda.

Konrad Adenauers paradoxes Bonmot, als Regierungssprecher sei ein „demokratischer Goebbels" gefragt,[32] verweist treffend auf den Ausgangspunkt der Untersuchung 1949, während Helmut Schmidts Hinweis, der Chef des Bundespresseamts sei ein „heimlicher Oberbundeskanzler",[33] die Entwicklungsdimensionen der Thematik andeutet. Im Mittelpunkt der Studie steht die spezifische Mixtur aus Kontinuität und Umbruch bei der Regierungskommunikation in den drei zentralen Bereichen Personal, Selbstverständnis und Praktiken.

Mit Hilfe der Personalakten soll erstens der Grad der NS-Belastung der Mitarbeiter des Bundespresseamts punktuell überprüft werden. Neben den Behördenleitern findet dabei vor allem die Hierarchieebene der Abteilungsleiter besondere Beachtung, wobei vor allem nach personellen Kontinuitäten zwischen den NS-Institutionen und dem Bundespresseamt zu fragen ist. Welche Unterschiede bestanden in der Belastung zwischen internen und externen Öffentlichkeitsarbeitern, die etwa als Freiberufler die informationspolitische Arbeit des Presseamts informell unterstützten? Wo liefen die NS-Verbindungen Gefahr, skandalisiert zu werden? Welchen Einfluss übten nicht belastete Mitarbeiter sowie ehemalige NS-Gegner im Amt aus? Wie veränderte sich die personelle Zusammensetzung, und wie wandelten sich dadurch Selbstverständnis und politische Praxis?

Im Hinblick auf das Selbstverständnis des Bundespresseamts ist zweitens zu fragen, welche Konzepte politischer Öffentlichkeitsarbeit sich in seiner Arbeit erkennen lassen und welche Gewichtung den aus der NS-Zeit stammenden Propagandaauffassungen dabei letztlich zukam. Welchen Einfluss übten die aus dem Kaiserreich (Reptilienfonds) und der Weimarer Republik (Reichspressechef) stammenden informationspolitischen Ideen aus? Wie ging das Amt mit der Hypothek des Reichspropagandaministeriums um, und mit welchen Erwartungen sah es sich angesichts der westlichen PR-Methoden (Marketing und Demoskopie) konfrontiert? Auf welche Weise veränderte sich die Öffentlichkeitsarbeit infolge von Regierungswechseln, der Ernennung neuer Regierungssprecher sowie durch den Generationenwechsel? Beim Ringen um das Selbstverständnis des Presseamts soll nicht zuletzt die demokratische Eigenwerbung für das eigene Haus Berücksichtigung finden: Personalaffären, Manipulationsvorwürfe, aber auch Diskussionen über Transparenz zwangen das Bundespresseamt immer wieder dazu, sich in der Öffentlichkeit zu positionieren und intensive Public Relations-Arbeit in eigener Sache zu betreiben.

Drittens lässt sich der Niederschlag der Konzepte anhand der konkreten Praxis fassen. Als Beispiel dient hier die Vermengung von Regierungs- und Parteiwerbung – eine politische Praxis, die dem Bundespresseamt auch deshalb angelastet

[32] Zit. nach von Hodenberg, Konsens und Krise, S. 154.
[33] Zit. nach Der Spiegel vom 7.7.1969: „Diehl. Auf die Palme".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wurde, weil ein Großteil seines Etats der parlamentarischen Kontrolle entzogen war. Der Vorwurf, Journalisten seien je nach parteipolitischer Präferenz bei der Informationsvergabe bevorzugt oder benachteiligt wurden, soll anhand konkreter Hinweise überprüft werden. Auch die Transparenz der Regierungskommunikation, also die Sichtbarkeit oder Verschleierung des Kommunikators, gibt Aufschluss über eine propagandistische Praxis. In diesem dritten Untersuchungsfeld ist das offensichtliche Oszillieren zwischen den bewährten Praktiken der Ministerialbürokratie einerseits und der Kommunikationsdienstleistung andererseits stets zu bedenken.

Die Regierungskommunikation wird anhand von Fallbeispielen untersucht. Welche Informationspolitik verfolgte das Bundespresseamt während der Verhandlungen über das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel und der *Jewish Claims Conference* 1952, und wie reagierte es auf den Eichmann-Prozess 1961? Wie agierte das Bundespresseamt im Kontext der *Spiegel*-Affäre 1962, wie nach dem Attentat auf israelische Sportler bei den Olympischen Spielen in München 1972? Wie begleitete es den Einsatz der GSG 9 bei der Geiselbefreiung in Mogadischu 1977? Welchen Leitvorstellungen folgte die Bildpolitik, die die im Bundespresseamt angesiedelte Bundesbildstelle praktizierte, zum Beispiel im Kontext der im „Kniefall von Warschau" symbolisierten Ostpolitik Willy Brandts? Lässt sich ein Wandel vom Erbe der NS-Propagandafotografie zum Konzept der „Protokollfotografie"[34] beobachten?

Die Verbindung personalpolitischer, struktureller und ereignisgeschichtlicher Perspektiven wird es erlauben, die Frage einer NS-Prägung der im Bundespresseamt institutionalisierten Regierungskommunikation fundiert zu beantworten. Die Studie soll zudem die zahlreichen institutionengeschichtlichen Arbeiten zum Bundespresseamt, die die nationalsozialistische Vorgeschichte nahezu völlig aussparen, weiterentwickeln und mit neueren journalismusgeschichtlichen Forschungen verbinden, die ein Fortwirken nationalsozialistischer Eliten in den ersten Jahren der Bundesrepublik hervorgehoben haben.[35]

Nadine Freund, Johannes Hürter, Eszter Kiss, Christian Mentel, Thomas Raithel, Martin Sabrow, Thomas Schaarschmidt, Gunnar Take und Annette Vowinckel.

[34] „Protokollfotografie" meint im engeren Sinn die im Umfeld von diplomatischen Ereignissen entstandenen Aufnahmen. Der Begriff kann jedoch auch verwendet werden, um eine besonders standardisierte und oft statische Darstellungsweise von politischen Entscheidungsträgern zu kennzeichnen; vgl. Kiss, Verhandelte Bilder, Kapitel 4.1.5.

[35] Vgl. Köpf, Schreiben; Christian Sonntag, Medienkarrieren. Biografische Studien über Hamburger Nachkriegsjournalisten 1946–1949, München 2006, und Matthias Weiß, Journalisten. Worte als Taten, in: Norbert Frei (Hrsg.), Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M. 2001, S. 241–299.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Am 10. November 2018 feierte Hermann Graml seinen 90. Geburtstag. Eine Woche später beging er dieses denkwürdige Jubiläum zusammen mit zahlreichen Weggefährten – Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden – im Institut für Zeitgeschichte in München. Hier hat Hermann Graml seit 1953 als studentische Hilfskraft, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Chefredakteur der VfZ bis 1993, unterbrochen nur von einem kurzen Engagement bei *Free Europe Press* 1958/59, sein Berufsleben verbracht. Seine Arbeit als Historiker setzte er auch nach dem Eintritt ins Rentenalter noch viele Jahre am selben Ort bruchlos fort. Er sei „eine Säule des Instituts und der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, ja der deutschen und internationalen Zeitgeschichtsforschung überhaupt geworden", schrieb Karl Dietrich Bracher anlässlich des 65. Geburtstags von Graml in einer Würdigung im Oktoberheft 1993 dieser Zeitschrift. 2002 erhielt dieser für sein beeindruckendes Œuvre die Ehrendoktorwürde der Ludwig-Maximilians-Universität. Die Feier zu seinem 90. Geburtstag nahm Graml zum Anlass für einen persönlichen Rückblick auf seine Erfahrungen im Institut für Zeitgeschichte, insbesondere auf die Anfänge der zeithistorischen Forschung und deren generationelle Hintergründe. Die VfZ dokumentieren die Rede ihres langjährigen Chefredakteurs, der am 4. Februar 2019 überraschend verstorben ist, in ergänzter und leicht überarbeiteter Form.

Aus gegebenem Anlass

Hermann Gramls Erinnerungen an die Anfänge des Instituts für Zeitgeschichte

Meine Lieben,
dass ich Sie so formlos und vertraut anrede, bitte ich, mir nachzusehen. Mir ist heute nicht nach Formalitäten zumute, und wenn ich die hier Versammelten ansehe, scheint mir eine Anrede mit Formalkram unpassend zu sein. Zunächst von Herzen Dank für diese schöne Feier und Dank an die Initiatoren, die Organisatoren, die Gestalter und Dank an die Redner, deren Worte mir sehr wohlgetan haben.

Besonderen Dank schulde ich aber über den Anlass hinaus einigen Kolleginnen und Kollegen, die wir erfreulicherweise fast alle heute unter uns haben. Das sind die Direktoren Horst Möller, Andreas Wirsching und Udo Wengst, die mir Wohltaten erwiesen haben, großherzig und großmütig, ohne die ich vermutlich nicht so alt geworden wäre. Da ist Hans Woller, von Freundschaftsdiensten in schwierigen Lebenslagen abgesehen, wäre ich ohne ihn geistig ärmer und ein schlechterer Mensch. Da ist Christian Hartmann, mit dem mich Vieles verbindet und der mir oft selbstlos beigestanden hat. Da sind Georg Maisinger und Ingrid Morgen, deren Freundschaft mir ebenso teuer ist wie ihre nie versagende Hilfsbereitschaft. Da ist Renate Bihl, die nicht nur dienstlich glänzte, sondern auch mit ihrer Menschlichkeit die Herzen wärmt und kräftigt. Da ist Sibylle Benker, die meine Manuskripte – oft wenn es wieder einmal pressierte – bis tief in die Nacht abgeschrieben hat. Und da ist Wolfgang Benz. Wir sind dienstlich wie außer-

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0017

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dienstlich eine lange Wegstrecke sozusagen Arm in Arm gegangen. Was diese Freundschaft für mich bedeutet, was sie in mir bewirkt, und wie sie mich bereichert hat, das ließe sich nur in Worten ausdrücken, die uns beide verlegen machen und mitnichten zu dem zwischen uns gewachsenen Umgangston stimmen würden. Daher lasse ich es bei dieser zarten Andeutung bewenden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um einmal zu sagen, was ich dem Institut für Zeitgeschichte als Institution verdanke. Das Institut hat mir etwas überaus Kostbares gegeben, nämlich nicht bloß, wie es in den Todesanzeigen immer so schön heißt, ein erfülltes Leben, sondern ein sinnvolles Leben. Als ich im Februar 1953 im Institut anfing, bewegte mich ein sehr persönlich begründetes Interesse. Dazu eine kurze Erklärung: Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hockte ich in einem Gefangenenlager südlich von Ulm, tagaus, tagein auf hartem Ackerboden, kein Dach über dem Kopf, halb verhungert, halb verdurstet, im Ungewissen darüber, wie und ob die Eltern, der Bruder, die Liebste die letzten Kriegsmonate überstanden hatten, im Ungewissen, ob es noch ein zu Hause gab. Nach fehlgeschlagenen Fluchtversuchen war der Knabe recht deprimiert, dazu niedergedrückt von der Niederlage, oh ja, und andererseits tief verstört durch den Schock, den unsere amerikanischen Bewacher uns beschert hatten, indem sie den Stamm einer herrlichen Linde in unserem Block mit Fotos befreiter Konzentrationslager beklebten. Wenn an manchen Tagen, vor allem an Tagen, an denen es kräftig und anhaltend regnete, der Blick über die zahllosen anderen Elendsgestalten wanderte, regte sich in mir immer stärker der Gedanke: Solltest Du je lebend hier rauskommen, dann musst Du, wenn irgend möglich, herauszufinden versuchen, wie Du und wie wir alle in dieses weit über physische Nöte hinausreichende Unheil reingeraten sind. Die Einsicht übrigens, dass unsere miserable Existenz, die ja Millionen erlebten, zu den nicht unwichtigen Bausteinen einer besseren deutschen Entwicklung gehörte, nämlich als eindrückliche Evidenz einer totalen Niederlage, die alle Formen von Dolchstoßlegenden unmöglich machte, diese weise Einsicht kam mir gewiss nicht schon damals, sondern erst ein bisschen später. Jedenfalls zögerte ich nicht eine Sekunde, als sich zufällig die Chance bot, in einem Institut für Zeitgeschichte zu arbeiten. Wenn irgendwo, so mussten hier Antworten auf meine Fragen zu finden sein.

Nach kurzer Zeit trat jedoch diese Neugier, ohne bis zum heutigen Tag ganz zu verschwinden, in den Hintergrund. Ich wurde vielmehr vom Geist des Instituts angesteckt, und dieser Geist bestand, kurz und banal gesagt, in dem durchaus missionarisch beschaffenen Bewusstsein, durch wissenschaftlich fundierte Aufklärung an der Lösung der Deutschen von ihrer nationalsozialistischen Verblendung mitzuwirken – an der dauerhaften Lösung. Und die Überzeugung, einen Beitrag, sei er auch noch so bescheiden, zur Bewältigung einer Aufgabe von nationaler Bedeutung zu leisten, diese Überzeugung macht den, der sie haben darf, zu einem wahrhaft privilegierten Menschen.

Ich möchte mich heute aber auch noch dankbar an Menschen erinnern, die in den 1950er und 1960er Jahren an der Erziehung des Imports aus der tiefsten schwäbischen Provinz beteiligt waren. Ich hatte ja mit dem Eintritt ins Institut unverschämtes Glück. Im Frühsommer 1869 hat sich der gerade nach Basel beru-

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fene Philologieprofessor Friedrich Nietzsche bei seinem Freund Erwin Rhode beklagt, in der schönen Schweizer Stadt gebe es kaum jemanden, mit dem sich eine Unterhaltung lohne. In seiner trostvollen Antwort fand Rhode die hübsche Wendung „Wüste der Kollegialität". Eine solche Wüste habe ich nicht kennengelernt. Meine Lehrmeister waren an erster Stelle Helmut Krausnick und Hans Buchheim.

Ich hatte mir in den ersten Universitätsjahren einen recht sorglos schwelgerischen Gebrauch der deutschen Sprache angewöhnt, und sowohl meine historischen wie meine germanistischen Lehrer hatten das in meinen Seminararbeiten toleriert. Krausnick brachte nicht die geringste Toleranz für diese Unart auf. Er bestand auf Sachlichkeit, Klarheit und Genauigkeit. Auch bot er fortwährend Beispiele der gewissenhaften und trotzdem intelligenten Interpretation historischer Quellen. Noch heute ist mir eine halbe Stunde im Gedächtnis, in der er mir ein Schreiben des Parteiführers Hitler an einen General der Reichswehr erklärte. Wie er die Sätze, die Hitlers wahre Vorstellung von der Rolle der bewaffneten Macht verrieten, von den Sätzen trennte, die taktisch gemeint, das heißt auf die Gewinnung des Wohlwollens der Soldaten berechnet waren, das führte mir die hohe Schule historischen Einfühlens vor Augen. Er hatte sich ja mit Arbeiten über Holstein und Bismarck einen Namen gemacht, und indem er mich mit Enthusiasmus in solche Studien einführte, weckte er mein lebenslanges Interesse an der Geschichte von Außenpolitik und Diplomatie.

Auch nahm Krausnick bald die erfreuliche Gewohnheit an, mich zuzuziehen, wenn interessante Besucher ins Haus kamen, um interviewt zu werden oder die Bestände von Bibliothek und Archiv des rasch bekannt gewordenen Instituts zu nutzen. So lernte ich nicht wenige kennen, die in den Jahrzehnten vor 1945 eine Rolle gespielt hatten – vom ehemaligen Reichskanzler Franz von Papen über den Gestapokommissar Franz Sonderegger bis zu Generaloberst Franz Halder. Allerdings hatten solche Gespräche auch ihre Tücken: In der Unterhaltung mit von Papen mussten wir uns beide Mühe geben, seinem Charme zu widerstehen und nicht zu vergessen, dass wir es mit jemandem zu tun hatten, der an Hitlers Machtübernahme wesentlichen Anteil gehabt hatte und dem im Sommer 1934 einige seiner engsten Mitarbeiter von der SS weggeschossen worden waren, ohne dass er einen Finger für die Ahndung der Morde gerührt hätte. Immerhin wurde uns klarer, wie es einem Manne mit nur schwach bestücktem geistigen Arsenal gelingen konnte, für einige Zeit erheblichen Einfluss auf Reichspräsident von Hindenburg zu gewinnen. Halder hingegen drohte vor allem mich zu seiner Unterschätzung zu verleiten. Ich hatte mir jemand, der vom Herbst 1938 bis zum Herbst 1942 als Generalstabschef praktisch das deutsche Heer geführt und die Erfolge der „Blitzkriege" auf seinem Konto hatte, naiverweise – und selber noch etwas kriegerisch gestimmt – als eine martialische Gestalt erwartet. Und dann saß da ein timide wirkendes Männchen, das vornehmlich die Sorge um die Bügelfalten an seiner Hose zu plagen schien. Sonderegger wiederum, zu dessen „Kundschaft" der 1943 verhaftete Josef Müller, der „Ochsensepp", gehört hatte, konnte es trotz seiner freundwilligen Gesprächigkeit und seiner beflissenen Kooperationsbereitschaft nicht vermeiden, uns mit jedem zweiten Satz eine Ahnung zu vermitteln,

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wie böse es gewesen sein muss, wenn man in die Hände der Gestapo-Schergen geriet. In der Summe aber waren die vielen und vielfältigen Begegnungen ein unschätzbarer Lehrgang im kritischen Umgang mit Zeitzeugen.

Wie Krausnick nahm sich Buchheim meiner an. In keinem Lebensabschnitt wissen manche Menschen so genau und so sicher, was die Welt im Innersten zusammenhält und auf welche Weise sich die Gesellschaft und die Nation zu welchem Ziel zu entwickeln haben, wie in den Jahren, die man grob mit dem 18. und dem 30. Geburtstag markieren kann. Handelt es sich bei einem solchen Menschen um einen Geisteswissenschaftler, wie in meinem Fall um einen angehenden Historiker, so findet diese Selbstgewissheit nicht selten darin ihren Ausdruck, dass auf der Basis weniger Quellen und weniger Fakten stolze Thesengebäude gezimmert werden. Buchheim rückte dieser intellektuellen Ungebärdigkeit energisch zu Leibe. In mehreren Fällen sprach er mit mir Elaborate, die ich auf seine Weisung hin angefertigt hatte, Satz für Satz durch und bewies mir aufs Freundschaftlichste und aufs Freimütigste, dass ich nicht brillant formulierte Einsichten zu Papier gebracht hatte, sondern hochgestochenen Unfug. Die Medizin schmeckte sehr bitter, aber wohl dem, der einen Freund findet, der sie verabreicht. Im Übrigen war Buchheim damals auf dem Weg, Katholik zu werden, und da er mich daran teilhaben ließ, gewöhnte er mir unmerklich die Attitüde des unchristlichen und kirchenfeindlichen Spötters ab – ein Produkt des antichristlichen Klimas an den Oberschulen des Dritten Reichs und einer etwas überhitzten Beschäftigung mit Goethe in den ersten Nachkriegsjahren. Buchheim handelte dabei im Bunde mit meiner späteren Frau – das war eine jener in der Geschichte nicht seltenen Allianzen, deren Partner nichts voneinander wissen.

Ich muss aber auch Heinz Förster erwähnen, der von 1951 bis kurz vor dem Umzug in die Leonrodstraße als Verwaltungsleiter und inoffizieller Chef des Hauses fungierte. Als Administrator hatte Förster seine Eigenheiten, die missgünstige Leute wohl als Schwächen bezeichnen würden. Doch dieser Duzfreund unseres Beiratsmitglieds Hellmut Becker und eines der Weizsäcker-Brüder war ein umfassend gebildeter Mann, der es sich angelegen sein ließ, den geistigen und literarischen Horizont eines vom Lande Hereingeschneiten zu erweitern; und das war weiß Gott nicht überflüssig. Förster war auch mit H. G. Adler befreundet, dem ersten Chronisten von Theresienstadt, der dort selber gewesen war. Durch Adler lernte ich eine mir völlig unbekannte Welt kennen, das deutsche und deutschsprachige Judentum. Hans Rothfels, damals der große Mann des Instituts, war dazu nicht fähig, da er, trotz rein jüdischer Herkunft, kein Jude war, sondern Preuße.

Martin Broszat wiederum, der mich seit 1956 sehr gut kannte, brachte mich mit List und Tücke dazu, nach Gutachten, Vorträgen und Aufsätzen doch tatsächlich ein ausgewachsenes Buch zu schreiben. Von besonderer Art hingegen war die Lektion, die mir Anton Hoch erteilte, unser Archivar. Dienstlich hatte ich mit ihm wenig zu tun, aber wir tranken oft ein Bierchen zusammen, und mehrmals waren wir dienstlich wochenlang gemeinsam in Prag. Hoch war der einzige in der Mannschaft des Instituts, der doch wirklich und wahrhaftig vom Nationalsozialismus überzeugt gewesen war. In Eger aufgewachsen, hatte er dem sogenannten Auf-

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bruchkreis angehört, einer Gruppe junger, temperamentvoller und radikaler sudetendeutscher Anhänger des Nationalsozialismus. Die Jahre, die er als Nachrichtenoffizier – was nichts mit Geheimdiensten zu tun hat – in hohen Stäben des Heeres verbrachte, hatten schon manches abgeschliffen, doch war es nun faszinierend zu verfolgen, wie die Beschäftigung mit Quellen, das Klima des Hauses und der Austausch mit den Kollegen ein NS-Element nach dem anderen abschmolz.

Bereits 1958 war Anton Hoch so weit, dass er das vom Institut veröffentlichte Buch Boris Čelovskýs über das Münchener Abkommen gegen die wütende Kritik sudetendeutscher Freunde mannhaft verteidigte, und einige Zeit später war er es, der mit einer bemerkenswerten Studie Klarheit in den Fall Georg Elser brachte, des Attentäters vom 9. November 1939, eines bis dahin unbesungenen Heroen des Widerstands gegen Hitler. Die Lehre daraus lautet: In vielen Fällen ist es durchaus unzulässig, von personeller Kontinuität einfach auf ideologische und politische Kontinuitäten zu schließen.

Die größte erzieherische Wirkung ergab sich aber wohl daraus, dass das Institut in den beiden ersten Jahrzehnten seiner Existenz ein Ort der permanenten internen Debatten war, in die ich sofort einbezogen wurde. Die meisten ausgehenden Gutachten sind dabei besprochen worden, ebenso Vortrags- oder Aufsatzmanuskripte. Bücher, die erschienen, sind ausgiebig diskutiert worden, von Ernst von Salomons „Fragebogen“ über Wolfgang Fritz Haugs Schrift „Der hilflose Antifaschismus“ bis zu Karl Dietrich Brachers monumentalem Opus „Die Auflösung der Weimarer Republik“, das uns ja schon 1955 in Erstaunen setzte – noch von heute gesehen eine kaum glaubliche Leistung.

Auch die großen politischen Streitfragen der Zeit führten zu internen Kontroversen, oft recht bewegt. Es trug zur Lebendigkeit des Streits bei, dass die politischen Positionen der Mitarbeiter höchst unterschiedlich waren. Da war der Katholik Buchheim und der protestantische Liberalkonservative Krausnick, der cum grano salis nationalliberale Thilo Vogelsang und Martin Broszat, der im ersten Jahrzehnt seines Wirkens im Institut dezidiert linke Ansichten verfocht. Mit ihm habe ich manche Nacht über Adenauers Westpolitik und die Wiederbewaffnung heftigst gestritten – ich war natürlich dafür. Aber selbst persönlich-private Meinungen behielt man nicht für sich. So ist es nicht als sonderlich exzentrisch empfunden worden, dass Hans Buchheim eines Tages die ganze Belegschaft im Zimmer des Chefs zusammentrommelte, um ihr Schallplatten vorzuspielen; er hatte gerade Harry Belafonte entdeckt und wollte uns teilhaben lassen. Tagelang grüßten wir vormittags nicht mit „Guten Morgen“ oder „Grüß Gott“, sondern mit „Day O“.

Selbstverständlich konnte es diese Intimität nur geben, weil das Institut noch klein war, wie klein, ist heute nicht mehr recht vorstellbar. Ein Vorgang, der mich persönlich betraf, spricht Bände. Als ich ans Institut kam – zugegeben am Tiefpunkt der Personalkrise – prunkte das Haus, neben den Leitern von Archiv und Bibliothek, Anton Hoch und Thilo Vogelsang, mit sage und schreibe zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern: Helmut Krausnick und Hans Buchheim. Nun wollte im Frühjahr 1953 die Bundeszentrale für Heimatdienst (später für politische Bildung) zum 15. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ vom Institut eine Studie über

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

jenen Ausbruch antisemitischer Gewalt, die wissenschaftlich fundiert klären sollte, was und warum im November 1938 eigentlich geschehen war; die Untersuchung war zur Veröffentlichung als Beilage zum *Parlament* bestimmt. Krausnick akzeptierte hoch erfreut, zumal das Institut gerade einen Stapel Anklageschriften und Urteilsbegründungen aus Verfahren erworben hatte, die von der deutschen Justiz gegen Beteiligte am Pogrom geführt worden waren: wegen Haus- und Landfriedensbruchs, wegen Brandstiftung, Körperverletzung und Mords. Da es sich um Gewaltakte von Deutschen gegen Deutsche handelte, durfte ja die deutsche Justiz tätig werden. Die Quellenlage war also gut, doch saßen Krausnick und Buchheim alsbald da, kratzten sich hinter den Ohren und fragten sich, wer denn eigentlich die Arbeit machen sollte. Sie selbst waren überlastet, und die beiden Stammes-herzöge, wie Förster Archivar und Bibliothekar zu nennen pflegte, wiesen es weit von sich, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Der Bundeszentrale zu gestehen, dass man nicht in der Lage sei, eine solche Studie zu produzieren, war eine schreckliche Vorstellung, außerdem hatte man schon einen für damalige Verhältnisse ordentlichen Vorschuss bekommen. In ihrer Ratlosigkeit verfielen sie auf den Gedanken, mit einer Arbeit, die für das Prestige des noch jungen Instituts nicht ganz unwichtig sein musste, die eben erst eingestellte studentische Hilfskraft zu beauftragen. Zweifellos wohnte Bängnis in ihren Herzen. Nun, die Studie erschien, und die Bundeszentrale brachte sie auch als selbstständige Broschüre heraus, die bis Ende der 1950er Jahre, also in einer Zeit, in der, wie wir alle wissen, die Deutschen jeden Gedanken an das Dritte Reich verdrängten, sechs Auflagen erlebte – und was für Auflagen! Paul Kluke, der seit Herbst 1953 das Institut leitete, zitierte mich und überreichte mir mit großer Geste 300 DM. Ich kam mir als reicher Mann vor und steuerte die nächste Buchhandlung an.

Die Intimität war aber auch der Entwicklung jedes einzelnen Mitarbeiters und damit des Hauses außerordentlich förderlich. Wir waren ja alle Kinder einer besonderen Zeit. Jeder Historiker, der sich mit Zeitgeschichte beschäftigt, hat in seinem Inneren, ob er nun Thukydides heißt oder Heinrich August Winkler, einen naturgegebenen Konflikt auszutragen – den Konflikt zwischen Zeitzeuge und Wissenschaftler. Wir hatten aber den Abschnitt unseres Lebens, den wir nun in Geschichte verwandeln und als solche erforschen sollten, besonders intensiv erfahren. Von Hellmuth Auerbach abgesehen, meinem Genossen als studentische Hilfskraft, hatten wir alle noch Uniform angehabt, und, Krausnick ausgenommen, alle leichtere bis schwerere Verwundungen davongetragen. Und selbst Krausnick war noch 1944, was immer wieder Anlass zu mehr oder weniger geist- und geschmackvollen Witzen gab, bei den Fallschirmjägern gelandet, und wenn nicht zwei vielerfahrene Feldwebel den unbeholfenen Gelehrten unter ihre Fittiche genommen hätten, wäre er wohl nicht mehr aus Italien nach Deutschland zurückgekommen. Vor allem aber hatten wir selbst erlebte Zeit zu historisieren, die nicht Vor- oder Zwischenstufe einer irgendwelchen Höhepunkten zulaufenden Entwicklung gewesen war, sondern Teil einer beispiellosen Katastrophe. Aus beiden Gründen musste der Sieg des Forschers über den Zeitzeugen in uns spezielle Schwierigkeiten bieten und spezielle Anstrengungen erfordern. Dabei war es naturgemäß hilfreich, dass wir im Institut im ständigen Austausch mitein-

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ander lebten und arbeiteten, mit Kollegen ähnlicher Erfahrungen und ähnlicher Probleme.

Doch nun genug des Gemurmels aus grauer Vorzeit. Ich habe allerdings den Verdacht, dass auf das Institut Aufgaben zukommen, die eine gewisse Ähnlichkeit mit denen seiner Frühzeit haben. Ich habe natürlich Ihr *Spiegel*-Gespräch gelesen, lieber Herr Wirsching,[1] und bin ganz Ihrer Meinung: Aus allen möglichen Löchern kommen wieder Leute gekrochen, die offensichtlich entschlossen sind, unser Land erneut ins Unglück zu stürzen, nicht ins gleiche Unheil wie 1933, aber in ähnlich gefährliche Krisen. Und diese Leute finden allmählich Anhänger. Wer hätte gedacht, dass es nach unseren historischen Erfahrungen noch und wieder Deutsche gibt, die so br...dumm sind, wie wir in Schwaben sagen, dass sie jenen Leuten tatsächlich zuhören und folgen. Aber es gibt sie. Das scheint mir zu bedeuten, dass wir vor Auseinandersetzungen stehen, in denen nicht zuletzt Geschichtsklitterungen als scharfe Waffen verwendet werden. Es wird also Schlachtfelder geben, auf denen das Institut eine wichtige Rolle zu spielen hat. Ich habe keine Zweifel, dass es diese Rolle gut und am Ende erfolgreich spielen wird. In diesem Sinne: Das Institut für Zeitgeschichte – *vivas, floreas, crescas*!

[1] Vgl. Der Spiegel vom 15.9.2018: „Die Wertschätzung ist weg".

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Neu im VfZ-Forum: Diskussionsbeitrag von Heinz Kluss zu Heiner Möllers' Aufsatz über die „Kießling-Affäre" sowie die Replik des Autors

Der im Juli-Heft 2016 publizierte Aufsatz „Die Kießling-Affäre 1984. Zur Rolle der Medien im Skandal um die Entlassung von General Dr. Günter Kießling" hat den heftigen Widerspruch eines Zeitzeugen und seinerzeit wichtigen Akteurs hervorgerufen: Oberst a. D. Heinz Kluss, von 1977 bis 1985 Angehöriger des Militärischen Abschirmdiensts (MAD). Als Kommandeur der für Nordrhein-Westfalen zuständigen MAD-Gruppe III in Düsseldorf war Kluss 1983 mitverantwortlich für die Ermittlungen gegen General Dr. Günter Kießling wegen angeblicher homosexueller Neigungen. Der ehemalige Offizier wirft Heiner Möllers unter anderem vor, er habe den Kontext des Kalten Kriegs in unzulässiger Weise außer Acht gelassen und beim Umgang mit seinen Quellen nicht immer die nötige Sorgfalt an den Tag gelegt. Kluss verbindet diese Kritik mit eigenen Erinnerungen an eine Affäre, die Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner beschädigte und einen Schatten auf die Anfänge der Ära Kohl warf.

Heiner Möllers, Bereichsleiter Medien am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam und Verfasser des in Rede stehenden Aufsatzes, kann den Kritikpunkten von Heinz Kluss – trotz einiger Zugeständnisse im Detail – wenig abgewinnen. Möllers verweist auf das Spannungsverhältnis von Zeitzeugenschaft und historischer Forschung, betont Verantwortlichkeiten, fordert – etwa für die behauptete Involvierung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR – Quellenbelege ein und verweist auf neue Ergebnisse weiterer Recherchen zu einem der „skurrilsten Skandale in der an Pannen und Affären nicht armen Geschichte der Bundeswehr".

Der Diskussionsbeitrag von Heinz Kluss und die Replik von Heiner Möllers sind nachzulesen unter www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum/.

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0018

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

… von der Redaktion betreut (Dezember 2018 – Februar 2019)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Alex Aßmann, Gudrun Ensslin. Die Geschichte einer Radikalisierung, Paderborn 2018.
Rezensiert von: Martin Jander (Berlin) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/32191.html

Stefan Creuzberger / Fred Mrotzek / Mario Niemann (Hgg.), Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR, Berlin 2018.
Rezensiert von: Eva Lütkemeyer (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/31384.html

Jost Dülffer, Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er-Jahren, Berlin 2018.
Rezensiert von: Heiner Möllers (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/31648.html

Mark Haarfeldt, Deutsche Propaganda im Rheinland 1918–1936, Essen 2017.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/32019.html

Ludwik Hirszfeld, Geschichte eines Lebens. Autobiographie, Paderborn 2018.
Rezensiert von: Benedikt Faber (Gymnasium Augustinianum, Greven) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/32278.html

Jason B. Johnson, Divided Village. The Cold War in the German Borderlands, London / New York 2017.
Rezensiert von: Roger Engelmann (Abteilung Bildung und Forschung bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/31600.html

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0019

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Pieter M. Judson, Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740–1918, München 2017.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/31832.html

Jürgen Kilian, Krieg auf Kosten anderer. Das Reichsministerium der Finanzen und die wirtschaftliche Mobilisierung Europas für Hitlers Krieg, Berlin / Boston 2017.
Rezensiert von: Paul-Moritz Rabe (NS-Dokumentationszentrum München) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/31718.html

Jakob Knab, Ich schweige nicht. Hans Scholl und die weiße Rose, Darmstadt 2018.
Rezensiert von: Christiane Moll (München) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/31413.html

Carl Alexander Krethlow, Bagdad 1915/17. Weltkrieg in der Wüste, Paderborn 2018.
Rezensiert von: Bernd Lemke (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/32092.html

Neill Lochery, Out of the Shadows. Portugal from Revolution to the Present Day, London 2017.
Rezensiert von: Christiane Abele (Paris) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/31562.html

Leonid Luks, Totalitäre Versuchungen. Russische Exildenker über die Ursachen der russischen Revolution und über den Charakter der europäischen Krise des 20. Jahrhunderts, Münster u. a. 2017.
Rezensiert von: Jutta Scherrer (École des hautes études en sciences sociales, Paris) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/31779.html

Titus J. Meier, Widerstandsvorbereitungen für den Besetzungsfall. Die Schweiz im Kalten Krieg, Zürich 2018.
Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/32181.html

Giovanni Messe, Lettere alla moglie. Dai fronti greco-albanese, russo, tunisino e dalla prigionia 1940–1944, Mailand 2018.
Rezensiert von: Thomas Schlemmer (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/32806.html

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jann Müller, Die Wiederbegründung der Industrie- und Handelskammern in Ostdeutschland im Prozess der Wiedervereinigung, Stuttgart 2017.
Rezensiert von: Max Trecker (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/30998.html

Jürgen Nielsen-Sikora, Hans Jonas. Für Freiheit und Verantwortung, Darmstadt 2017.
Rezensiert von: Michael Gehler (Hildesheim) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/30717.html

Kiran Klaus Patel, Projekt Europa. Eine kritische Geschichte, München 2018.
Rezensiert von: Guido Thiemeyer (Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/32441.html

Julia Paulus (Hg.), „Bewegte Dörfer". Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970–1990, Paderborn 2018.
Rezensiert von: Anne Bieschke (Universität Mannheim) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/32070.html

Kim Phillips-Fein, Fear City. New York's Fiscal Crisis and the Rise of Austerity Politics, New York 2017.
Rezensiert von: Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/32201.html

Moritz Pöllath, Eine Rolle für die NATO out-of-area? Das Bündnis in der Phase der Dekolonisierung 1949–1961, Frankfurt/M. u. a. 2017.
Rezensiert von: Gerhard Altmann (Korb) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/31632.html

Felix Römer, Die narzisstische Volksgemeinschaft. Theodor Habichts Kampf 1914 bis 1944, Frankfurt/M. 2017.
Rezensiert von: Christian Packheiser (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/29703.html

Stefan Scholl (Hg.), Körperführung. Historische Perspektiven auf das Verhältnis von Biopolitik und Sport, Frankfurt/M. / New York 2018.
Rezensiert von: Frank Becker (Universität Duisburg-Essen) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/32068.html

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Alexander Sedlmaier, Konsum und Gewalt. Radikaler Protest in der Bundesrepublik, Berlin 2018.
Rezensiert von: Eckhard Jesse (Technische Universität, Chemnitz) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/32813.html

Konstanze Soch, Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989), Frankfurt/M. / New York 2018.
Rezensiert von: Christoph Lorke (Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/32264.html

Sybille Steinbacher (Hg.), Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz, Göttingen 2016.
Rezensiert von: Richard Büttner (München) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/29570.html

Alina Laura Tiews, Fluchtpunkt Film. Integrationen von Flüchtlingen und Vertriebenen durch den deutschen Nachkriegsfilm 1945–1990, Berlin 2017.
Rezensiert von: Andreas Kötzing (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität, Dresden) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/30891.html

Mario Wenzel, Arbeitszwang und Judenmord. Die Arbeitslager für Juden im Distrikt Krakau des Generalgouvernements 1939–1944, Berlin 2017.
Rezensiert von: Frank Grelka (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 2
www.sehepunkte.de/2019/02/32296.html

Rüdiger Wenzke, Wo stehen unsere Truppen? NVA und Bundeswehr in der ČSSR-Krise 1968, Berlin 2018.
Rezensiert von: Christian Th. Müller (Universität Potsdam) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/32281.html

Jan Ole Wiechmann, Sicherheit neu denken. Die christliche Friedensbewegung in der Nachrüstungsdebatte 1977–1984, Baden-Baden 2017.
Rezensiert von: Dimitrij Owetschkin (Bochum) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/29323.html

Oliver von Wrochem (Hg.), Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie, Berlin 2016.
Rezensiert von: Niels Weise (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/29247.html

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Tim-Lorenz Wurr, Terrorismus und Autokratie. Staatliche Reaktionen auf den Russischen Terrorismus 1870–1890, Paderborn 2017.
Rezensiert von: Vitalij Fastovskij (München) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/31297.html

Robert M. Zoske, Flamme sein! Hans Scholl und die Weiße Rose. Eine Biografie, München 2018.
Rezensiert von: Christiane Moll (München) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 1
www.sehepunkte.de/2019/01/31413.html

Rezension zu Publikationen des IfZ (Dezember 2018 – Februar 2019):

Martina Steber, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin / Boston 2017.
Rezensiert von: Nikolai Wehrs (Universität Konstanz) in sehepunkte 18 (2018), Nr. 12
www.sehepunkte.de/2018/12/30931.html

Florian Greiner, **Secular Death? The Churches and the End of Life in the Federal Republic of Germany**

According to a common, but empirically insufficiently proven assumption of thanatological research, death and dying underwent a drastic secularisation during the Modern Era, which led to a loss of transitional rites, many people's sense of security (hitherto derived from concepts of an afterlife) and human closeness. The article asks for the actual role of the churches and the Christian faith for the redefinition of the end of life after 1945, between terminal care and euthanasia. The overarching thesis is that church representatives continued to successfully assert an expertise in this field after losing competence as guidance experts in many other parts of life. They took the opportunity to heighten the public visibility of religion and emphasise its meaning by focusing on the new social problems related to the end of life.

Benjamin Ziemann, **Martin Niemöller as a *Völkisch*-Nationalist Student Politician in Münster, 1919–1923**

Martin Niemöller (1892–1984), one of the central protagonists of the Confessing Church during the Nazi Regime, studied Protestant theology at Münster University between 1919 and 1923. During this time, he was active in eight extreme right-wing and racially antisemitic political parties and organisations, most importantly the student group of the *Deutschnationale Volkspartei* (German National People's Party) – acting as chairman from spring 1920 until the end of the winter semester of 1920/21 – and of *the Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund* (German *Völkisch* Protection and Defiance Federation). The article traces Niemöller's restless activities in these groups, which included paramilitary activities in *Organisation Escherich*, and analyses militant anti-Bolshevism and *völkisch*-nationalist antisemitism as the common bond for Niemöller's engagement in the extreme right-wing student milieu.

Marcus Klein, **Walther Rauff and the Chilean Military Dictatorship under Augusto Pinochet. A Transnational Investigation of a Persistent Rumour**

Soon after the overthrow of the democratic government of Salvador Allende (1970–1973) by the Chilean armed forces under the leadership of Augusto Pinochet, there were reports that the notorious Nazi war criminal Walther Rauff was participating in the severe human rights violations of the dictatorship (1973–1990). The national secret service, the *Dirección de Inteligencia Nacional* (DINA), was repeatedly referred to in this regard. While hard evidence for such activities has never been produced, the tenacious accusations currently still persist. Marcus Klein follows up on the origins of these allegations, charts their distribution, and analyses the importance this rumour wielded in the transnational debate about the military regime, especially during the 1970s.

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0020

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mathias Häußler, **A British *Sonderweg*? A Research Report on the Role of Great Britain in European Integration since 1945**

The Brexit Referendum of 23 June 2016 has moved the hitherto mostly unnoticed research literature on Britain's role in European integration since 1945 into the spotlight of historical interest. The present research report deals with the question as to what is the underlying reason for the United Kingdom's differing positions with regards to European policy in comparison to other states of the European Communities, especially France and Germany. Can one speak of a form of British exceptionalism in this context? In doing so, the pertinent critical historical studies are connected with conceptual developments in European Integration history. The result reveals the particular strengths of contemporary history in systematically historicising hardened patterns of interpretation and questioning the embedding of the individual strand into the wider context.

Jürgen Brautmeier, **How Albert Speer Escaped the Gallows. On the Genesis of the Survival Strategy of the Reich Minister for Armaments and War Production in May 1945**

Right after the end of the Second World War, Albert Speer was in the focus of various Western intelligence services. He had already developed a defence strategy for his first Allied interrogations, which later was to save him from the gallows in Nuremberg. A hitherto overlooked protocol of 1 June 1945 in a file in the British National Archives proves how he was still modifying and streamlining individual elements of his subsequent narratives. The file not only delivers deep insights into the early phase of the development of his strategy, but also indications as to the expectations of the Foreign Office regarding his demeanour and effect in the expected war crimes trial.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Florian Greiner, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg (Universitätsstrasse 2, 86135 Augsburg); Publikationen u. a.: Wege nach Europa. Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945 (Göttingen 2014); gemeinsam mit Frank Bösch und Ariane Brill (Hrsg.), Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie (Göttingen 2012); gemeinsam mit Jan Vermeiren (Hrsg.), „The Bonds That Unite"? Historical Perspectives on European Solidarity (= European Review of History 24/2017); „Richtig sterben". Populäres Wissen zum Thema „Tod" seit den 1970er-Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 55 (2015), S. 275–296.

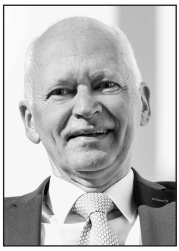
Dr. Benjamin Ziemann, ist Professor für Neuere Deutsche Geschichte an der University of Sheffield (Department of History, Jessop West, 1 Upper Hanover Street, Sheffield S3 7RA, United Kingdom); Publikationen u. a.: Martin Niemöller. Ein Leben im Widerspruch (München 2019); Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933 (Bonn 2014); gemeinsam mit Alf Christophersen (Hrsg.), Martin Niemöller. Gedanken über den Weg der christlichen Kirche (Gütersloh 2019, i. E.); gemeinsam mit Nadine Rossol (Hrsg.), The Oxford Handbook of the Weimar Republic (Oxford 2020. i. E.).

Dr. Marcus Klein, ist freier Lektor, Autor, Redakteur und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln); Publikationen u. a.: Sociedad e ideologías de masas, siglo XX, in: Iván Jaksic/Susana Gazmuri (Hrsg.), Historia política de Chile, 1810–2010, Bd. 4: Intelectuales y pensamiento político (Santiago de Chile 2018), S. 133–161; gemeinsam mit Harald Schmidt, Glaubwürdigkeit in Politik, Medien und Gesellschaft. 10 Bausteine für die schulische und außerschulische politische Bildung (Bonn 2018). Ein Buchmanuskript über Carlos Keller Rueff (1898–1974), einen deutschstämmigen chilenischen Intellektuellen und politischen Aktivisten, ist in Vorbereitung.

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0021

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Mathias Häußler, ist Akademischer Rat a. Z. am Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Regensburg (Universitätsstrasse 31, 93053 Regensburg); Publikationen u. a.: Helmut Schmidt and British-German Relations. A European Misunderstanding (Cambridge 2019, i. E.); The Convictions of a Realist. Concepts of „Solidarity" in Helmut Schmidt's European Thought, 1945–82, in: European Review of History 24 (2017), S. 955–972; A „Converted European"? James Callaghan and the „Europeanization" of British Foreign Policy in the 1970s, in: Gabriele Clemens/Alexander Reinfeldt (Hrsg.), The Quest for Europeanization. Interdisciplinary Perspectives on a Multiple Process (Stuttgart 2017), S. 153–166; The Popular Press and Ideas of Europe. The „Daily Mirror", the „Daily Express", and Britain's First Application to Join the EEC, 1961–63, in: Twentieth Century British History 25 (2014), 108–131.



Dr. Jürgen Brautmeier, ist Honorarprofessor für Geschichte und Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Universitätsstrasse 1, 40225 Düsseldorf) und Mitherausgeber der Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; Publikationen u. a.: Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1961 (Düsseldorf 1983); „Frontbewährung" in Stalingrad. Feldpostbriefe des Gefreiten Hans Happe aus Delbrück/Westfalen, in: Geschichte im Westen 7 (1993), S. 166–192; Von den Beratenden Provinzialräten zum Ernannten Landtag – Der Beginn des Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, in: Ernst Gnoß – Widerstand und Wiederaufbau. Der erste Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1999, S. 55–97; „Bleib doch nicht allein als ein Waisenkind in dem bedrückten Lande!" Die Auswanderung einer westfälischen Kleinbauernfamilie nach Nebraska im Jahr 1884, in: Westfälische Zeitschrift 153 (2003), S. 301–326; „Ran an den Feind!" Die literarische Erziehung der Jugend vor dem Ersten Weltkrieg, in: Novaesium – Neusser Jahrbuch für Kunst, Kultur und Geschichte (Neuss 2015), S. 167–209.

Jahrgang 67 (2019), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2019_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ-Online

Auf unserer Homepage (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/) finden Sie
- die Vorschau auf das kommende Heft (auch als ToC Alert abonnierbar),
- Informationen über das *German Yearbook of Contemporary History*,
- das Forum mit Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Aufsätzen,
- die Dokumentationen (Video und Transkript) der Veranstaltungen im Rahmen des „Podiums Zeitgeschichte",
- die Videokolumne „Rückblicke" mit Re-Lektüren älterer Beiträge,
- Informationen zu den *sehepunkten*, der VfZ-Schreibschule etc.,
- das offene Heftarchiv der VfZ mit allen Ausgaben seit 1953 (Moving Wall: fünf Jahre) sowie den Zugang zum kostenpflichtigen elektronischen VfZ-Angebot beim Verlag De Gruyter Oldenbourg,
- Hinweise zu Abonnement und Einzelverkauf,
- Informationen zu Profil sowie Herausgebergremium und Redaktion und nicht zuletzt
- aktuelle Informationen zu den vielfältigen Themen rund um die VfZ.

Merkblatt für Autorinnen und Autoren

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/autorenhinweise/

Begutachtungsverfahren

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung. Die entsprechenden Sitzungen finden dreimal im Jahr (Frühling, Sommer und Herbst) statt.

The *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (Double Blind Peer Review). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff decide on publication. Editorial meetings take place three times per year – in spring, summer and autumn.

VfZ 67 (2019) H.2 © Walter de Gruyter GmbH 2019 DOI 10.1515/vfzg-2019-0022